Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

28. August 1978
Jg. 6 Nr. 35

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Imperialisten beuten 52 Millionen Kinder aus

z.mav. Nach einem Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation ILO (einer UN-Organisation) werden 52 Millionen Kinder auf der Welt unter 15 Jahren ausgebeutet. 51 Millionen davon in den Ländern der Dritten Welt, in denen die Imperialisten heute noch ihre koloniale und neo-koloniale Ausbeutung betreiben, eine Million Kinder in den imperialistischen Ländern selbst. Die wirkliche Zahl der Kinder, die in den imperialistischen Ländern ausgebeutet werden, ist sicher um ein Vielfaches größer. Schon 1969 wurden nach einem Bericht des US-Senats allein in der Landwirtschaft der USA 600000 bis 800000 Kinder ausgebeutet. Seither ist in vielen imperialistischen Ländern das gesetzliche Verbot der Kinderarbeit weiter durchlöchert worden. In Maine, USA, z.B. waren nach einem 1974 veröffentlichten Untersuchungsbericht von 1016 Arbeitern auf Kartoffelfarmen nur 300 Erwachsene, 48 waren unter 12 Jahren, 668 waren 12 Jahre und darüber, d.h. 70% waren Kinder.

Philippinen fördern Nationalsprache

z.hah. Der philippinische Minister für Unterricht und Erziehung, Juan L. Manuel, hat in Manila angekündigt, daß mit Beginn des nächsten Schuljahres von der Grundschule bis zu den Hochschulen neben Englisch Pilipino, die Nationalsprache der Philippinen, als Unterrichtssprache verwandt werden soll. Bis 1899 waren die Philippinen der spanischen Kolonialmacht, danach bis 1946 der Herrschaft des US-Imperialismus unterworfen. Bestandteil der Unterjochung des philippinischen Volkes war die Durchsetzung von Spanisch bzw. Englisch, der Sprache der Unterdrückernationen, als ausschließlicher Verkehrssprache. Ab 1979/80 soll die Ausbildung an den Hochschulen des Landes bei allen Studienzweigen in mindestens sechs Unterrichtseinheiten in Pilipino, bei der Lehrerausbildung großteils in der Nationalsprache erfolgen. Ab 1982/83 sollen an den Schulen Fächer wie philippinische Geschichte ausschließlich in Pilipino unterrichtet werden.

Polen: Arbeitsdienst für die Jugend

z.pek. „Zweiter Studententurnus hat begonnen", berichtet die polnische Zeitung „Zycie Warszawy" am 8. August über den Fortgang des von der neuen Bourgeoisie gegen die lernende Jugend diktierten Arbeitsdienstprogramms. „1200 Studenten

nur 300 Erwachsene, 48 waren unter 12 Jahren, 668 waren 12 Jahre und darüber, d.h. 70% waren Kinder.

Philippinen fördern Nationalsprache

z.hah. Der philippinische Minister für Unterricht und Erziehung, Juan L. Manuel, hat in Manila angekündigt, daß mit Beginn des nächsten Schuljahres von der Grundschule bis zu den Hochschulen neben Englisch Pilipino, die Nationalsprache der Philippinen, als Unterrichtssprache verwandt werden soll. Bis 1899 waren die Philippinen der spanischen Kolonialmacht, danach bis 1946 der Herrschaft des US-Imperialismus unterworfen. Bestandteil der Unterjochung des philippinischen Volkes war die Durchsetzung von Spanisch bzw. Englisch, der Sprache der Unterdrückernationen, als ausschließlicher Verkehrssprache. Ab 1979/80 soll die Ausbildung an den Hochschulen des Landes bei allen Studienzweigen in mindestens sechs Unterrichtseinheiten in Pilipino, bei der Lehrerausbildung großteils in der Nationalsprache erfolgen. Ab 1982/83 sollen an den Schulen Fächer wie philippinische Geschichte ausschließlich in Pilipino unterrichtet werden.

Polen: Arbeitsdienst für die Jugend

z.pek. „Zweiter Studententurnus hat begonnen", berichtet die polnische Zeitung „Zycie Warszawy" am 8. August über den Fortgang des von der neuen Bourgeoisie gegen die lernende Jugend diktierten Arbeitsdienstprogramms. „1200 Studenten
arbeiteten in der Wojewodschaft Chelm. Die jungen Menschen halfen vor allem im Wohnungsbau, im Bauwesen, für die Landwirtschaft und bei Straßenbauarbeiten." Als „Studentenbrigaden" der staatlichen Befehlsgewalt unterstellt, werden die Studenten für den Profit der neuen Bourgeoisie als unbezahlte Arbeitskräfte vernutzt. Als „Experiment" wurden im letzten Jahr 25000 Schüler in den Arbeitsdienst gepreßt, „um die Arbeit der Jugend in den Ferien als eine völlig selbstverständliche Sache" durchzusetzen. Dieses Jahr wird er bereits über „Arbeitsbüros" organisiert. Widerstand der Jugend gibt es genug – die neue Bourgeoisie hetzt gegen ihn als die „unantastbare bequeme Denkart."

Bundesregierung will BAFöG-Zahlungen kürzen

z.svm. Um 100 Millionen – von 2,05 Milliarden DM auf 1,95 Milliarden DM – will die Bundesregierung 1979 die Zahlungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) kürzen. Nach Auskunft eines Ministerialrates aus dem Schmude-Ministerium sollen die Zahlungen für BAFöG offiziell erst festgelegt und veröffentlicht werden, wenn die Bundesregierung den Haushalt verabschiedet und dem Bundesrat vorgelegt hat – sicher sei auf jeden Fall die Streichung der 100 Millionen. Zusätzlich plant die Bundesregierung die Schüler des Berufsgrundbildungsjahres wie auch die Krankenpfleger der BAFöG-Regelung zu unterwerfen, um nicht nur ihren Lohn zu senken, sondern auch gleichzeitig die BAFöG-Zahlungen insgesamt. 1978 werden ca. 150 Millionen DM an BAFöG-Gelder zurückgehalten durch Nichtauszahlung oder Entziehung von Geldern der Studenten.

Vor dem Gipfel in Camp David: US-Öllager randvoll

Imperialistische Mobilmachung gegen die wirtschaftliche und politische Front der arabischen Völker

z.mif. „Die Politik der US-Regierung in der Frage des Zugangs zum Welt-Öl erfordert weitere Ausarbeitung", hat das Energie-Ministerium unter Leitung des kriegserfahrenen Schlesinger festgestellt. Eine 105-seitige Studie hat Schlesinger anfertigen lassen. Darin wird erklärt, der Druck der USA auf die OPEC sei erfolgreich gewesen, um die Preise zu dämpfen, und der „Prozeß zur Intensivierung zweiseitiger Beziehungen" solle sich „darauf konzentrieren, einen Sinn für die globale Verantwortlichkeit auf seiten der betreffenden Regierungen zu schaffen." In Verträgen mit den OPEC-Ländern soll eine Preisbindung durchgesetzt werden. Jeder Satz ist eine Kriegsdrohung.

„Während Carter zum Mittler im Nahen Osten und Afrika wird, heizt die OPEC an", schreibt der „Christian Science Monitor" (14.8.). Die Zeitung verbreitet, falls die OPEC-Länder eine Anhebung der Ölpreise um 7 bis 8% beschließen sollten: „Das würde die Rechnung für die US-Öleinfuhren um zusätzliche 3 Milliarden Dollar verteuern."

12,70 Dollar kostet der Barrel (159 Liter) seit Juli 1977, also 16 Pfennig pro Liter. Eine Verteuerung um 8% würde einen Preis von 17,3 Pfennig bedeuten.

Eine solche Erhöhung würde nicht einmal hinreichen, um die Verluste, die die OPEC-Länder durch die Abwertung des Dollars bisher haben hinnehmen müssen, auszugleichen. Die 12,70 Dollar sind außerhalb der USA nur noch 7,70 Dollar wert. Der „Christian Science Monitor" kalkuliert die Spaltungslinien innerhalb der OPEC: „Venezuela kauft viele seiner Importe in den USA und zahlt mit Dollars. Indonesien importiert viel aus Japan und zahlt mit Yen. Seit Juli 1977 hat der Dollar fast 40% seines Werts gegenüber dem Yen eingebüßt. So wird Indonesien von dem Niedergang des Dollars viel stärker getroffen. Dazwischen liegt der Rest der 13 OPEC-Mitglieder, die eine Mischung aus Waren von den USA, Japan, Westdeutschland und anderen europäischen Mächten kaufen."

Seit der Dollar-Abwertung vor drei Jahren plant die OPEC, den Dollarwährungsbezug des Öls durch ein anderes System zu ersetzen. Den US-Imperialisten würde ihr schmutziges Dollar-Betrugsgeschäft entscheidend erschwert. Die Aggression gegen die OPEC-Länder und vor allem gegen die des Nahen und Mittleren Ostens ist seitens der US-Imperialisten gründlich geplant. Noch nie haben sie soviel Öl aus dem Nahen Osten eingeführt wie jetzt. 1974 bezogen sie 14% ihres Öls aus dem Nahen Osten, 1976 36%. Die Gesamtöleinfuhr soll 1979 den bisherigen Rekord von 8,7 Mrd. Barrels pro Tag noch übertreffen.

Derzeit werden alle Läger bis zum Rand gefüllt. Die Charterraten sind auf höherem Niveau als je seit zwei Jahren. Manche Zeitungen schreiben von einem „fast panischen Chartern von Tankern". Das „Handelsblatt" wiegelt ab. Es sei „weder ein Tankerboom noch ein Ölboykott" zu erwarten. Ölboykott? Die bloße Tatsache, daß die arabischen Staaten inzwischen
Fortsetzung Seite 2

„Während Carter zum Mittler im Nahen Osten und Afrika wird, heizt die OPEC an", schreibt der „Christian Science Monitor" (14.8.). Die Zeitung verbreitet, falls die OPEC-Länder eine Anhebung der Ölpreise um 7 bis 8% beschließen sollten: „Das würde die Rechnung für die US-Öleinfuhren um zusätzliche 3 Milliarden Dollar verteuern."

12,70 Dollar kostet der Barrel (159 Liter) seit Juli 1977, also 16 Pfennig pro Liter. Eine Verteuerung um 8% würde einen Preis von 17,3 Pfennig bedeuten.

Eine solche Erhöhung würde nicht einmal hinreichen, um die Verluste, die die OPEC-Länder durch die Abwertung des Dollars bisher haben hinnehmen müssen, auszugleichen. Die 12,70 Dollar sind außerhalb der USA nur noch 7,70 Dollar wert. Der „Christian Science Monitor" kalkuliert die Spaltungslinien innerhalb der OPEC: „Venezuela kauft viele seiner Importe in den USA und zahlt mit Dollars. Indonesien importiert viel aus Japan und zahlt mit Yen. Seit Juli 1977 hat der Dollar fast 40% seines Werts gegenüber dem Yen eingebüßt. So wird Indonesien von dem Niedergang des Dollars viel stärker getroffen. Dazwischen liegt der Rest der 13 OPEC-Mitglieder, die eine Mischung aus Waren von den USA, Japan, Westdeutschland und anderen europäischen Mächten kaufen."

Seit der Dollar-Abwertung vor drei

Für Neueinschulung gleich 150 DM – die Arbeiter zahlen das nicht!



In verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens werden durch Arbeiter, Angestellte und Schüler die Schulen bestreikt. Diese Streiks konzentrieren sich auf die Grund- und Hauptschulen und sind gerichtet gegen die mit wachsender Zentralisierung des Schulwesens verschärfte Ausplünderung der Massen durch den bürgerlichen Staat. Allein die Kosten für die Neueinschulung betragen 150 DM. In Dortmund-Westerfilde wurde der Unterricht am ersten Tag in drei Klassen bestreikt. Gerichtet hat sich das gegen die Maßnahme, die Schule in einen anderen Vorort „auszulagern", was mit wachsenden Fahrtkosten bezahlt werden muß. Insgesamt sieht der Dortmunder Schulentwicklungsplan vor, daß in den nächsten Jahren 51 Schulen, in der Mehrzahl Hauptschulen, geschlossen werden sollen. An der Hangeney-Grundschule in einer Dortmunder Bergarbeitersiedlung wurde durch einwöchigen Schulstreik die Rücknahme der Strafversetzung eines Lehrers „wegen Kollaboration mit den Eltern" erzwungen. Ebenso wurde in der Schule in Ennepetal, bei Wuppertal, gestreikt. NRW-Kultusminister Girgensohn, der, gezwungen durch diese Streiks, sich gerade bei einer Propagandatour auf Elternversammlung befindet, um zu spalten und zu unterdrücken, hat die Schulämter darauf ausgerichtet, Geldstrafen zu verhängen, und mit Zwangsvorführung der Kinder durch die Polizei gedroht.

Steuerpaket auf dem Gesetzgebungsweg



In verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens werden durch Arbeiter, Angestellte und Schüler die Schulen bestreikt. Diese Streiks konzentrieren sich auf die Grund- und Hauptschulen und sind gerichtet gegen die mit wachsender Zentralisierung des Schulwesens verschärfte Ausplünderung der Massen durch den bürgerlichen Staat. Allein die Kosten für die Neueinschulung betragen 150 DM. In Dortmund-Westerfilde wurde der Unterricht am ersten Tag in drei Klassen bestreikt. Gerichtet hat sich das gegen die Maßnahme, die Schule in einen anderen Vorort „auszulagern", was mit wachsenden Fahrtkosten bezahlt werden muß. Insgesamt sieht der Dortmunder Schulentwicklungsplan vor, daß in den nächsten Jahren 51 Schulen, in der Mehrzahl Hauptschulen, geschlossen werden sollen. An der Hangeney-Grundschule in einer Dortmunder Bergarbeitersiedlung wurde durch einwöchigen Schulstreik die Rücknahme der Strafversetzung eines Lehrers „wegen Kollaboration mit den Eltern" erzwungen. Ebenso wurde in der Schule in Ennepetal, bei Wuppertal, gestreikt. NRW-Kultusminister Girgensohn, der, gezwungen durch diese Streiks, sich gerade bei einer Propagandatour auf Elternversammlung befindet, um zu spalten und zu unterdrücken, hat die Schulämter darauf ausgerichtet, Geldstrafen zu verhängen, und mit Zwangsvorführung der Kinder durch die Polizei gedroht.

Steuerpaket auf dem Gesetzgebungsweg

Regierungspläne: Mehr Steuern auf Lebensmittel, Milliarden für die Kapitalisten

z.frb. Mit ihrem „Steuerpaket", das diese Woche in den Gesetzgebungsgang gehen soll, will die Regierung Schmidt/Genscher ihre Herbstschlacht zur Durchpeitschung einer ganzen Reihe reaktionärer Gesetzesmaßnahmen eröffnen. Angekündigt oder in der Mache sind u.a. Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes, der Arbeitszeitregelung, des Kfz-Steuer-Gesetzes, des Entwicklungsländer-Steuergesetzes, des Investitionszulagengesetzes, des Strafverfahrensgesetzes, das Gesetz zur Beschleunigung arbeitsgerichtlicher Verfahren und nicht zuletzt der Bundeshaushalt 1979.

Wollte man der bürgerlichen Presse glauben, so gäbe es zu dem Steuerpaket gegenwärtig nur einen Diskussionspunkt: die Abschaffung der Lohnsummensteuer. Eine Reihe von Oberbürgermeistern der SPD hat – mit nachträglicher Sekundierung von Willy Brandt und Vorstandsmitglied Koschnick – einen köstlichen Wirbel gegen diese Pläne entfacht. Der Koschnick, der im Einknüppeln von Fahrpreiserhöhungen und Gebühren weiß Gott reichlich Erfahrung hat, will angeblich „auf die Pauke" hauen, wenn, ja wenn – den Städten kein *Ausgleich* für diese Steuer verschafft wird.

Manchen Steuerschnörkel haben die Bourgeois in ihrer wilden Jagd zur Erhöhung der Besteuerung der Volksmassen hinfabriziert, und die Lohnsummensteuer ist dazu geeignet, verschiedensten Widersprüchen Rahmen oder Vorwand zu bieten. In Bayern, Baden-Württemberg und Saarland gibt es sie gar nicht, Westberlin will sie gerade abschaffen. Die Steuer ist Teil der Gewerbesteuer und wird nach der Lohnsumme – einschließlich aller Zuschläge – berechnet, und ihre 3,5 Mrd. DM kommen ganz den Gemeinden – soweit sie sie eben erheben – zugute. Ihre Abschaffung ist ein von allen Kapitalistenverbänden gefordertes Geschenk, aber damit wird auch eine weitere Zentralisierung der Staatsfinanzen verbunden sein. Jene auf die Pauke hauenden SPD-OBs fürchten eine Einschnürung ihres Spielraums und sorgen sich zutiefst um ihre Sessel bei der nächsten Wahl.

Natürlich findet keiner dieser Opponenten ein Wörtchen gegen den restlichen Inhalt des „Pakets". So ist der aufs Parkett gelegte Streit ein gefundenes Fressen für die Propagandamaschinerie der Kapitalisten. Glänzend kann hinter der Spiegelfechterei alles Grundsätzliche verschwinden. Zwischen den Zeilen findet man diese Taktik mitgeteilt. So schreibt die „Welt" vom 25.8.: „Wie aus Führungskreisen der FDP zu hören ist, ist der kleinere Koalitionspartner vor allem darüber verstimmt, daß sich die Kritik keineswegs auf die Lohnsummensteuer beziehe, sondern zunehmend auch auf den einkommensteuerrechtlichen Teil des Pakets". Die Sorge ist durchaus berechtigt, und sie erfreut einen herzlich. Das Vorhaben ist so dreist, daß es bis in die Reihen von Mitgliedschaft und Anhängern der Sozialdemokratie hinein Ablehnung und Empörung hervorgerufen hat. Der SPD-Bezirk Niederrhein hat erklärt, die Steueränderung sei „unsozial" und „nütze Großverdienern". Nimmt man die Mehrwertsteuererhöhung, die über sieben Milliarden im Jahr in die Staatskasse bringen soll, so zahlen die unteren Lohngruppen drauf, und was sie draufzahlen, zahlen sie für die Abschaffung der Lohnsummensteuer und für die Steuerprämien an die hohen Gehaltsklassen.

Zunehmende Besteuerung der Lebensmittel, die die besitzlosen Klassen von den Kapitalisten kaufen müssen, ist unübersehbares Prinzip der Steuerpolitik der Bourgeois. In der Zeitschrift „Weltwirtschaft" des Kieler Weltwirtschaftsinstituts las man dies unlängst so: „Korrigiert man die Einkommensbesteuerung nicht regelmäßig oder mindestens von Zeit zu Zeit, so nimmt ... das Gewicht der direkten Steuern im Vergleich zu den indirekten Steuern immer mehr zu." Dies bedeute, „daß die *Begünstigung der investiven Einkommensverwendung* immer mehr abnimmt. Dies ist aber nicht wünschenswert." Steuerfreiheit für die akkumulierten Profite der Kapitalisten und Gratifikationen ihres Anhangs, Besteuerung des Konsums der Volksmassen, auch dann noch, wenn er aus Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe finanziert ist, garniert mit einem kräftigen Steuernachlaß für Bourgeois, das ist die Linie des „Steuerpakets". Im Dampf der Scheingefechte soll ihm möglichst noch eine Zugabe angehängt werden; schon hat die CDU/CSU durch ihre Mittelstandsvereinigung zusätzlich die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer gefordert.

Man schaue sich die Geschichte der SPD-Steuerreformen an, und man weiß, daß man das „Paket" bekämpfen muß. Die Reform 1975 sollte 9,5 Mrd. Steuersenkung bringen. Herausgekommen ist eine geringe Senkung 1975 um 0,8 Mrd. DM, sodann eine Steigerung um 9,5 Mrd. 1976 und um 19,5 Mrd. DM 1977. Im gleichen Zeitraum wurde zunächst die Mineralölsteuer erhöht (1,1 Mrd. DM), das Haushaltsstrukturgesetz verabschiedet (1,4 Mrd. DM), Tabak- und Branntweinsteuer erhöht (1,6 Mrd. DM), am 1.1.78 die Mehrwertsteuer (6,2 Mrd. DM), und ihre jetzt geplante Erhöhung soll über 7 Mrd. DM im Jahr einbringen. Den Kapitalisten wurde die Körperschafts- und Vermögenssteuer gesenkt, Steuersenkung durch Verlustrücktrag (0,4 Mrd.), weitere Abschreibungsmöglichkeiten (1,5 Mrd.) und für Kapitalexporte in Entwicklungsländer (0,2 Mrd.) gesichert. – Und jetzt also die 7-DM-Verhöhnungsreform für die Masse der Arbeiter und Angestellten (soviel bringt sie im Monat *ohne* höhere Mehrwertsteuer) zum Segen der Spaltungsabsichten und der Bereicherungswut der Finanzbourgeoisie. Wenn Matthöfer seinen Gesetzentwurf vorlegt: Die Mehrwertsteuer-Erhöhung muß fallen, und er muß den Grundfreibetrag sofort um weitere mindestens 2000 DM erhöhen, damit für die Masse der Löhne überhaupt etwas bleibt!

Vor dem Gipfel in Camp David: US-Öllager randvoll

Fortsetzung von Seite 1

über 89% der auf ihrem Gebiet liegenden Ölquellen kontrollieren, reizt die Imperialisten bis zur Weißglut. Schon der Kampf der OPEC-Länder gegen die ökonomische Ausplünderung durch die Imperialisten hat die Widersprüche gewaltig zum Tanzen gebracht. Der politische Zusammenschluß der arabischen Völker ist erst recht unerträglich. „Einer nicht bestätigten Meldung aus New York zufolge soll der englischsprachige Dienst des sowjetischen Senders (Radio Moskau) ausgestrahlt haben, daß die Araber Öllieferungen an nicht näher genannte westliche Länder einschränken oder gar ganz einstellen würden, falls sich Israel bei dem Camp-David-Treffen am 5. September weiterhin unnachgiebig zeige" (Frankfurter Rundschau, 15.8.). Chauvinismus schüren, um die eigenen Kriegsvorbereitungen zu verdecken, das ist die Linie. „Während die Aussicht auf Frieden abnimmt, nehmen Spekulationen um einen neuen, fünften Nahostkrieg zu" (Christian Science Monitor). Was heißt da Spekulationen. Das US-Verteidigungsministerium hat den Kongreß davon unterrichtet, daß es an Israel Waffen im Wert von 93,6 Mio. Dollar zu verkaufen gedenkt, und zwar: 200 Walleye-Bomben, 170 Luft-Luft-Raketen, 200 Luft-Boden-Raketen und 48000 175mm-Hochexplosivgeschosse. In den ersten sechs Monaten der Regierung Carter war bereits neues Kriegsmaterial für Israel im Wert von über 500 Mio. Dollar bewilligt worden. Der Stellvertreter von Vance erklärte: „Wir werden Israels Sicherheit nicht gefährden durch den Versuch, mittels Entzug von militärischer oder wirtschaftlicher Unterstützung Druck auszuüben."

Die Zionistenhäuptlinge haben ihre Kriegsziele seit Monaten offen formuliert. Der General Sharon erklärte am 5.6., „es sind nicht einzig die Araber, die den Fluß des Öls stoppen können; auch wir können das tun." Am 28.7. sendete der israelische Rundfunk: „Radio Kairo nahm gestern wieder seine Kriegsdrohungen auf. Unser Rundfunkkommentator berichtete, falls die Friedensbemühungen scheitern, werde Ägypten den Krieg wählen." Tatsächlich hat, nach Auskunft des zuständigen Programmauswerters der Deutschen Welle, Radio Kairo an jenem Tag nichts dergleichen gesendet. Die Volksgemeinschaft im Zionistenstaat schmieden, die arabischen Völker spalten und die Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen gegen die gerechten Interessen des palästinensischen Volkes und der arabischen Völker im Kampf gegen den Imperialismus mobilmachen, das wollen die Imperialisten. Dabei stehen die Zionistenhäuptlinge mit dem Rücken an der Wand. „Regierung vor wachsenden Wirtschaftsproblemen", meldet das „Handelsblatt". Seit Amtsantritt der Regierung Begin sind die Preise um 54% gestiegen, die Mieten um 60-150%. Ab 1.10. sollen die Subventionen, die bei einigen Nahrungsmitteln wie Brot, Mehl, Speisefett und Geflügel 98% des Einzelhandelspreises betragen, „stufenweise abgebaut werden". Die Importe sind doppelt so hoch wie die Exporte, das Handelsbilanzdefizit wird in diesem Jahr um 380 Mio. Dollar ansteigen. Die Regierung will im öffentlichen Dienst eine Lohn„erhöhung" von maximal 15% durchsetzen; die Lehrergewerkschaft fordert 50%. Falls bis Ende des Monats kein Abschluß erzielt ist, wird gestreikt.

Am 22. August hat die israelische Regierung mit einem Programm von „Anti-Terroristen-Übungen in großem Stil" begonnen. „Eine Übung heute war auf den Ben-Gurion-Flugplatz konzentriert. Dabei wurden auch Luftalarmsirenen eingesetzt. In den nächsten Tagen werden u.a. Straßensperren, Evakuierung von Verletzten und Nachtalarm geübt", schreibt die „International Herald Tribune". Mobilmachung. Aber die US-Imperialisten und ihre zionistischen Statthalter wissen genau, daß aus dem Krieg eine Niederlage wird, wenn es ihnen nicht gelingt, die PLO, das palästinensische Volk und die arabischen Staaten zu isolieren. Die „International Herald Tribune" enthüllt den Schlachtplan: Bei ihren Vorschlägen in Camp David müßten die USA „ein genügend starkes palästinensisches Moment einbauen, um die Palästinenser zu spalten."

Die Bedingungen, diese Spaltungsabsichten zu durchkreuzen, sind günstig. Radio Kuwait meldete am 8. August, zur Zeit würden Vorbereitungen getroffen, um eine sechsköpfige arabische Gipfelkonferenz abzuhalten, die im kommenden Oktober oder November in Riad einberufen werden soll, woran die Vertreter Saudi-Arabiens, Kuwaits, Jordaniens, Ägyptens, Syriens und der PLO teilnehmen werden. Der Kronprinz Saudi-Arabiens hat nach einer Reise durch mehrere arabische Länder erklärt: „Ich bin von dieser Rundreise mit greifbaren Tatsachen zurückgekehrt; die wichtigste ist, daß Präsident Sadat kein separates Abkommen mit Israel unterzeichnen wird und die arabischen Rechte, auch Rückerlangung der besetzten Gebiete und das palästinensische Selbstbestimmungsrecht, nicht verwirken wird."

Was stört die Kapitalisten an der gültigen Arbeitszeitordnung?

z.vom. Gegen die schrankenlose Ausdehnung des Arbeitstages hat die Arbeiterbewegung seit ihren Anfängen einen hartnäckigen Kampf geführt. Erst 1918 ist in Deutschland der 8-Stunden-Normalarbeitstag gesetzlich festgelegt worden. Es war dies eine der Maßnahmen, die die Sozialdemokratie über die Gewerkschaftsführung mit den Kapitalistenverbänden noch vor Ende des ersten Weltkrieges ausgehandelt hat, in der Hoffnung, darüber den Klassenkampf der revolutionären Arbeiterbewegung eindämmen zu können.

Wie wenig die bürgerlichen Gesetze für die Arbeiter eine Garantie bilden, zeigte bereits 1923 die erneute Einführung des 10-Stunden-Tages als eine der vielen Notmaßnahmen zur „Sanierung" der kapitalistischen Wirtschaft.

Die heute gültige Arbeitszeitordnung geht zurück auf die Fassung von 1938. In § 3 wird die *regelmäßige* tägliche Arbeitszeit mit 8 Stunden bestimmt. Der Begriff der „Regelmäßigkeit" erweist sich im folgenden als eine Fußangel, so daß in x-erlei Sonderregelungen dieser 8-Stunden-Tag wieder durchlöchert wird. Von vornherein findet er keine Anwendung in der Landwirtschaft, im Fischereiwesen, in den Bäckereien und Konditoreien, für Pflegepersonal und Beschäftigte von Verkaufsstellen jeglicher Art.

Nach § 4 kann die Arbeitszeit anders als auf 8 Stunden täglich verteilt werden, vorausgesetzt, sie wird an den einzelnen Werktagen *regelmäßig* verändert. Nach § 5 ist die Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit bis zu maximal 10 Stunden zulässig, wenn 1. Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung durchgeführt werden müssen, die, während der Produktion ausgeführt, die Maschinen zum Stillstand bringen würden; 2. Arbeiten notwendig sind, von denen die Wiederaufnahme oder Aufrechterhaltung des Betriebes arbeitstechnisch abhängt.

Es ist nach dieser AZO also möglich, eine 4-Tage-Woche mit 10-stündigem Arbeitstag einzuführen, genauso wie die Ausdehnung des Arbeitstages mit der Begründung zu betreiben, daß die Maschinerie für die nächste Schicht auf Trab gebracht werden muß.

Nach § 6 dürfen Arbeitnehmer an dreißig Tagen im Jahr mit bis zu 2 Stunden Mehrarbeit über die tägliche Arbeitszeit hinaus belegt werden, dies gilt z.B. für Betriebe der Zuckerindustrie während der jährlichen „Rübenkampagne". Aus „dringenden Gründen des Gemeinwohls" kann das Gewerbeaufsichtsamt anordnen, daß die Arbeitszeit über 10 Stunden täglich hinausgeht.

Zwecks „Sicherung eines durchgehenden Schichtbetriebes" verfügt § 10, daß bei Arbeiten, die werktags und feiertags einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, männliche Arbeiter innerhalb eines Zeitraumes von drei Wochen einmal zu einer Schicht von höchstens sechzehn Stunden Dauer einschließlich der Ruhepausen herangezogen werden können, sofern ihnen in diesen drei Wochen zweimal eine ununterbrochene Ruhezeit von jeweils 24 Stunden gewährt wird.

Man sieht, die Arbeitszeitordnung ist dazu da, die *Durchbrechung* des Normalarbeitstages anstatt seine Fixierung zu regeln.

Für den Fall des „Notstands" ist vorgesehen: Für „außergewöhnliche Fälle, die unabhängig vom Willen der Betroffenen eintreten und deren Folgen nicht auf andere Weise zu beseitigen sind", besonders wenn „Rohstoffe oder Lebensmittel verderben oder Arbeitserzeugnisse zu mißlingen drohen", kann die Arbeitszeit *beliebig* ausgedehnt werden. Die Beschäftigten bei der Bundeswehr sind verpflichtet, auf Weisung „aus zwingenden Gründen der Verteidigung" Mehrarbeit zu leisten.

Für die maßlose Gier der Kapitalisten nach unbezahlter Mehrarbeit, nach verschärfter Ausbeutung durch *Ausdehnung* des Arbeitstages ist diese Arbeitszeitordnung ein geeignetes Instrument. Was die Kapitalisten stört, ist die Festlegung, daß die *regelmäßige* tägliche Arbeitszeit 8 Stunden betragen soll. Gerade gegenwärtig planen die Kapitalisten die Einführung massenhafter Teilzeitarbeit, die *intensivere* Vernutzung der Arbeitskraft in *weniger* Stunden, die Verschärfung des Zwangs zu Überstunden und Schichtarbeit durch Bezahlung der Arbeitskraft unter ihrem Wert.

Daß die übermäßige Vernutzung der Arbeitskraft nach der bisherigen AZO nur durch *regelmäßige* Verlängerung oder Verkürzung des Arbeitstages zugelassen ist, stört sie ebenfalls, sie wollen den Arbeiter an einem Tag bis zur völligen Erschöpfung auspressen, ihn am nächsten lediglich fünf Stunden ausbeuten können und insgesamt bei der Organisierung der Produktion über völlig willkürlich festlegbare Arbeitszeiten verfügen können.

Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche muß, das zeigt die Absicht der Kapitalisten, wenn sie tatsächlich eine Beschränkung des Arbeitstages bringen soll, den *7-Stunden-Normalarbeitstag an 5 Wochentagen* enthalten.

Mineralölkonzerne diktieren Arbeitsbedingungen

r.edb. 42 Stunden an sieben Tagen in der Woche im Schichtdienst, „aber das werden in der Regel mehr, ich kann ja nicht mitten beim Wagenwaschen oder bei der Reparatur aufhören", sagt der Tankwart auf die Frage nach seiner Arbeitszeit.

Es herrscht hektische Betriebsamkeit an der Tankstelle, Wagenwaschen, Ölwechsel, Reparaturdienst, hier und da mal auftanken, Waren im Autoshop verkaufen, kassieren. „Als ich hier angefangen habe, habe ich mir das auch anders vorgestellt", sagt er und reibt in bezeichnender Geste Daumen und Zeigefinger aneinander. Was Tankwarte verdienen, beantwortet er mit „wir kriegen zwischen 850 und 1100 DM netto". Die Mineralölkonzerne diktieren diesen Lohn und die Arbeitsbedingungen, nicht unmittelbar, sondern durch die aufgestellten Bedingungen, wie eine Tankstelle geführt werden muß. So durch die Einführung der Selbstbedienung, durch die viele Stellen wegrationalisiert wurden, die Einführung der Autoshops, die ein großes Maß an Mehrarbeit bedeuten. Sie diktieren z.B. auch die Größe der Lagertanks für das Benzin. Bei einer Tankstelle war der Pachtvertrag abgelaufen, Bedingung für eine Erneuerung des Vertrags war der Ausbau und damit die Vergrößerung der Tanks, da im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen bei den Mineralölkonzernen die Tankwagen nur noch einmal die Woche Lieferung fahren. Pro Woche werden zwischen 35000 und 50000 l Benzin angeliefert, also im Monat durchschnittlich 150000 bis 200000 l. Da der Pächter mit dieser Änderung nicht einverstanden war, „war das sein Risiko", die Tankstelle wurde geschlossen.

Der Pächter einer Tankstelle erhält viereinhalb Pfennig pro Liter Benzin, ist er Besitzer von Grund und Boden, sind es zehn Pfennig pro Liter. Bei einem Preis zwischen 86 Pfennig und 91 Pfennig pro Liter (Normalbenzin) kann man sich ausrechnen, wer daran verdient, einen Teil kassiert der Staat, den anderen Happen schlucken die Mineralölkonzerne. Obwohl die Benzinpreise stetig und spürbar gestiegen sind und steigen, sind die Provisionen, die der Pächter von den Mineralölkonzernen erhält, im Laufe der Jahre kaum gestiegen. Diese Bedingungen sind es, den Pächter der Tankstelle zwingen, solange wie möglich geöffnet zu halten, da sich aus der Anzahl der Kunden und damit aus den verkauften Liter Benzin der Verdienst des Pächters ergibt. So hat gerade wieder eine Tankstelle ihre Öffnungszeiten ver-

der Ausbau und damit die Vergrößerung der Tanks, da im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen bei den Mineralölkonzernen die Tankwagen nur noch einmal die Woche Lieferung fahren. Pro Woche werden zwischen 35000 und 50000 l Benzin angeliefert, also im Monat durchschnittlich 150000 bis 200000 l. Da der Pächter mit dieser Änderung nicht einverstanden war, „war das sein Risiko", die Tankstelle wurde geschlossen.

Der Pächter einer Tankstelle erhält viereinhalb Pfennig pro Liter Benzin, ist er Besitzer von Grund und Boden, sind es zehn Pfennig pro Liter. Bei einem Preis zwischen 86 Pfennig und 91 Pfennig pro Liter (Normalbenzin) kann man sich ausrechnen, wer daran verdient, einen Teil kassiert der Staat, den anderen Happen schlucken die Mineralölkonzerne. Obwohl die Benzinpreise stetig und spürbar gestiegen sind und steigen, sind die Provisionen, die der Pächter von den Mineralölkonzernen erhält, im Laufe der Jahre kaum gestiegen. Diese Bedingungen sind es, den Pächter der Tankstelle zwingen, solange wie möglich geöffnet zu halten, da sich aus der Anzahl der Kunden und damit aus den verkauften Liter Benzin der Verdienst des Pächters ergibt. So hat gerade wieder eine Tankstelle ihre Öffnungszeiten ver-

längert, von bisher 18.00 Uhr auf 23.00 Uhr. Ein Rentner, der mit seiner Rente allein nicht leben kann, macht von 19.00 bis 23.00 Uhr für zehn DM an sieben Tagen in der Woche Dienst. Bei einer anderen Tankstelle wechseln sich der Pächter und seine Frau seit Jahren im Schichtdienst ab, jetzt haben sie einen Studenten für die Nachtstunden eingestellt. Nur durch eine enorme Verlängerung des Arbeitstages ist es möglich, den Lohn aufzubessern, weit über die 42-Stunden-Woche hinaus und durch Spät- und Nachtdienst. Viele übernehmen nach Feierabend Wagenreparaturen. Ein Tankwart: „Anders geht das gar nicht, sonst kommen wir nicht rum."

Italien: Schwieriger Kampf um die Einheit im Lohnkampf

„Forderungsvorschläge" der Gewerkschaftsführung / Abschlüsse bei Bahn und Post lassen Übles ahnen

z.ulg.Rom. Im kommenden Herbst und in der ersten Hälfte des nächsten

sein, ... ausreichende Lohnerhöhungen sicherzustellen."

beitszeitverkürzung – in Italien erscheinen die Zeitungen auch sonntags,

gesichts solcher „Vorschläge" der Revisionisten und Reformisten ihre Ein-

den ersten sechs Monaten der Regierung Carter war bereits neues Kriegsmaterial für Israel im Wert von über 500 Mio. Dollar bewilligt worden. Der Stellvertreter von Vance erklärte: „Wir werden Israels Sicherheit nicht gefährden durch den Versuch, mittels Entzug von militärischer oder wirtschaftlicher Unterstützung Druck auszuüben."

Die Zionistenhäuptlinge haben ihre Kriegsziele seit Monaten offen formuliert. Der General Sharon erklärte am 5.6., „es sind nicht einzig die Araber, die den Fluß des Öls stoppen können; auch wir können das tun." Am 28.7. sendete der israelische Rundfunk: „Radio Kairo nahm gestern wieder seine Kriegsdrohungen auf. Unser Rundfunkkommentator berichtete, falls die Friedensbemühungen scheitern, werde Ägypten den Krieg wählen." Tatsächlich hat, nach Auskunft des zuständigen Programmauswerters der Deutschen Welle, Radio Kairo an jenem Tag nichts dergleichen gesendet. Die Volksgemeinschaft im Zionistenstaat schmieden, die arabischen Völker spalten und die Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen gegen die gerechten Interessen des palästinensischen Volkes und der arabischen Völker im Kampf gegen den Im-

ausgehandelt hat, in der Hoffnung, darüber den Klassenkampf der revolutionären Arbeiterbewegung eindämmen zu können.

Wie wenig die bürgerlichen Gesetze für die Arbeiter eine Garantie bilden, zeigte bereits 1923 die erneute Einführung des 10-Stunden-Tages als eine der vielen Notmaßnahmen zur „Sanierung" der kapitalistischen Wirtschaft.

Die heute gültige Arbeitszeitordnung geht zurück auf die Fassung von 1938. In § 3 wird die regelmäßige tägliche Arbeitszeit mit 8 Stunden bestimmt. Der Begriff der „Regelmäßigkeit" erweist sich im folgenden als eine Fußangel, so daß in x-erlei Sonderregelungen dieser 8-Stunden-Tag wieder durchlöchert wird. Von vornherein findet er keine Anwendung in der Landwirtschaft, im Fischereiwesen, in den Bäckereien und Konditoreien, für Pflegepersonal und Beschäftigte von Verkaufsstellen jeglicher Art.

Nach § 4 kann die Arbeitszeit anders als auf 8 Stunden täglich verteilt werden, vorausgesetzt, sie wird an den einzelnen Werktagen regelmäßig verändert. Nach § 5 ist die Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit bis zu maximal 10 Stunden zulässig, wenn 1. Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung durchgeführt werden

gründung zu betreiben, daß die Maschinerie für die nächste Schicht auf Trab gebracht werden muß.

Nach § 6 dürfen Arbeitnehmer an dreißig Tagen im Jahr mit bis zu 2 Stunden Mehrarbeit über die tägliche Arbeitszeit hinaus belegt werden, dies gilt z.B. für Betriebe der Zuckerindustrie während der jährlichen „Rübenkampagne". Aus „dringenden Gründen des Gemeinwohls" kann das Gewerbeaufsichtsamt anordnen, daß die Arbeitszeit über 10 Stunden täglich hinausgeht.

Zwecks „Sicherung eines durchgehenden Schichtbetriebes" verfügt § 10, daß bei Arbeiten, die werktags und feiertags einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, männliche Arbeiter innerhalb eines Zeitraumes von drei Wochen einmal zu einer Schicht von höchstens sechzehn Stunden Dauer einschließlich der Ruhepausen herangezogen werden können, sofern ihnen in diesen drei Wochen zweimal eine ununterbrochene Ruhezeit von jeweils 24 Stunden gewährt wird.

Man sieht, die Arbeitszeitordnung ist dazu da, die Durchbrechung des Normalarbeitstages anstatt seine Fixierung zu regeln.

Für den Fall des „Notstands" ist vorgesehen: Für „außergewöhnliche Fälle, die

Für die maßlose Gier der Kapitalisten nach unbezahlter Mehrarbeit, nach verschärfter Ausbeutung durch Ausdehnung des Arbeitstages ist diese Arbeitszeitordnung ein geeignetes Instrument. Was die Kapitalisten stört, ist die Festlegung, daß die regelmäßige tägliche Arbeitszeit 8 Stunden betragen soll. Gerade gegenwärtig planen die Kapitalisten die Einführung massenhafter Teilzeitarbeit, die intensivere Vernutzung der Arbeitskraft in weniger Stunden, die Verschärfung des Zwangs zu Überstunden und Schichtarbeit durch Bezahlung der Arbeitskraft unter ihrem Wert.

Daß die übermäßige Vernutzung der Arbeitskraft nach der bisherigen AZO nur durch regelmäßige Verlängerung oder Verkürzung des Arbeitstages zugelassen ist, stört sie ebenfalls, sie wollen den Arbeiter an einem Tag bis zur völligen Erschöpfung auspressen, ihn am nächsten lediglich fünf Stunden ausbeuten können und insgesamt bei der Organisierung der Produktion über völlig willkürlich festlegbare Arbeitszeiten verfügen können.

Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche muß, das zeigt die Absicht der Kapitalisten, wenn sie tatsächlich eine Beschränkung des Arbeitstages bringen soll, den 7-Stunden-Normalarbeitstag an 5 Wochentagen enthalten.

Italien: Schwieriger Kampf um die Einheit im Lohnkampf

„Forderungsvorschläge" der Gewerkschaftsführung / Abschlüsse bei Bahn und Post lassen Übles ahnen

z.ulg.Rom. Im kommenden Herbst und in der ersten Hälfte des nächsten Jahres laufen in Italien für insgesamt 7 Millionen Lohnabhängige die Tarifverträge aus. Der Tarifvertrag für die 1,5 Mio. Metaller ist zum 1. Januar, der für die 1,1 Mio. Landarbeiter zum 30.9. kündbar. Die nationalen Tarifverträge – daneben gibt es auf Betriebsebene geschlossene Vereinbarungen mit kürzerer Laufzeit – gelten in Italien gewöhnlich für die Dauer von drei Jahren. Noch heute graust der Bourgeoisie vor einem neuen „heißen Herbst" wie vor neun Jahren, 1969, als sie einer langanhaltenden Streikbewegung bedeutende Zugeständnisse machen mußte.

Zur Vorbereitung der Diskussion über die Tarifforderungen, die in den nächsten Wochen nach der Rückkehr aus den Werksferien in den Betrieben beginnt, hat der Vorstand der Einheitsgewerkschaft der Metaller FLM in der vorletzten Woche die Ergebnisse seines im Juli durchgeführten Seminars zur Tarifpolitik veröffentlicht. Andreotti hatte noch direkt vor der Sommerpause erklärt, Reallohnerhöhungen kämen für das nächste Jahr nicht in Frage. Derweil bereitet derselbe Andreotti vor, die angebliche „Reallohnsicherung" durch die „gleitende Lohnskala" (scala mobile) noch weiter zu kürzen. Demgegenüber lehnt der FLM-Vorstand jede Unterordnung der Tarifforderungen unter die „Wirtschaftspolitik" der Regierung ab und stellt zur Lohnskala fest: „Die scala mobile stellt für sich allein kein ausreichendes Lohnwachstum sicher, weder in bezug auf die Preisentwicklung und noch viel weniger in bezug auf das Wachstum des Sozialprodukts ... daher wird es Aufgabe des Tarifkampfes sein, ... ausreichende Lohnerhöhungen sicherzustellen."

Ein gleicher Betrag für alle soll gefordert werden, heißt es in dem Dokument, aber über die Hauptsache, wie hoch dieser Betrag denn sein soll, darüber schweigt sich der überwiegend von Revisionisten und Reformisten besetztgehaltene FLM-Vorstand aus. Dafür haben schon andere gesprochen. Bereits im Januar 1977 hatte der Vorstand der Gewerkschaftsbünde CGIL-CISL-UIL der Regierung zugestanden, in diesem Jahr im öffentlichen Dienst nicht mehr als 25000 Lire zu fordern. Für die anstehenden Tarifkämpfe haben die Gewerkschaftsbünde im letzten Dezember eine Obergrenze von 20000 bis 25000 Lire (50-62 DM) festgelegt. Die Erhöhung soll noch dazu über mehrere Jahre verteilt ausgezahlt werden, im Durchschnitt also niedriger liegen.

Gleich am Tag nach der Veröffentlichung der FLM-Materialien hat der Sekretär des Sozialistischen Gewerkschaftsbundes UIL Benvenuto der Bourgeoisie ein Angebot gemacht: „Was die Lohnpolitik angeht, so muß sich die Regierung darüber im klaren sein, daß Mäßigung in den Forderungen nur möglich sein wird, wenn sie endgültig aufhört, von Änderungen des Mechanismus der gleitenden Lohnskala zu reden". In demselben Interview hat der Mann, der Lohnsenkung gegen Fortsetzung des Betrugs mit der Lohnskala zu „tauschen" anbietet, der aufmerksam lauschenden Bourgeoisöffentlichkeit einen Vorschlag zum „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" unterbreitet, dem ja die ganze „Lohnmäßigung" dienen soll. Zu dem seit Monaten andauernden Kampf der Zeitungshändler um Arbeitszeitverkürzung – in Italien erscheinen die Zeitungen auch sonntags, und die Kioske haben täglich geöffnet – sagt er: „In bezug auf die Beschäftigung von Jugendlichen muß einen die Tatsache nachdenklich machen, daß in Großbritannien 176000 ‚news boys' das Verbreitungsnetz für Zeitungen flankieren". Hungerlöhne wie für englische Zeitungsjungen, das schwebt der italienischen Finanzbourgeoisie als „Recht auf Arbeit" vor.

In den letzten Monaten haben die Arbeiter verschiedene Kämpfe für Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung des Urlaubs geführt, so in der großen Automobilfabrik Alfa Romeo in Mailand, wo die Belegschaft zum Ausgleich für die 1977 abgeschafften Feiertage vier Tage mehr Urlaub durchgesetzt hat. Dazu schlägt der FLM-Vorstand folgende Alternative zu einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung um 5% vor: Die Arbeitszeitverkürzung soll nicht allgemein eingeführt werden, sondern, um den „Beschäftigungseffekt" zu erhöhen, zunächst in Betrieben im Süden, wo die Einführung von Schichtarbeit eine „bessere Ausnutzung der Anlagen und eine Erhöhung der Beschäftigung" zulassen würde, ebenso in Betrieben, in denen gleichzeitig mit der Verkürzung Conti-Schicht eingeführt werden könnte. Zusammen mit der ebenfalls „geforderten" Einführung von unbefristeten Teilzeitarbeitsverträgen würde das nur der italienischen Finanzbourgeoisie erleichtern, bei der gnadenlosen Schweißauspressung das hohe Niveau ihrer Konkurrenten zu erreichen.

Die italienischen Arbeiter stehen jetzt vor der schwierigen Aufgabe, angesichts solcher „Vorschläge" der Revisionisten und Reformisten ihre Einheit gegen die Kapitalisten herzustellen. Im öffentlichen Dienst ist es der Bourgeoisie bereits gelungen, eine tiefe Spaltung aufzureißen. Bei Bahn und Post sind kürzlich Tarifabschlüsse innerhalb der im letzten Jahr festgelegten Grenze von 25000 Lire vereinbart worden, bei den Eisenbahnern z.B. ab 1. Oktober 10000 Lire für alle gleich, zusätzlich durchschnittlich 10000 Lire „Prämie" und 800 Lire für jedes Dienstjahr. Den Arbeitern soll diese Lohnsenkung als großartiger Erfolg verkauft werden, weil zugleich eine Verringerung der Zahl der Lohngruppen von 94 auf sieben erreicht worden sei. Bei dem niedrigen Abschluß hat sich dieser mögliche Faktor für die Einheit der Belegschaft sogleich in einen Ansatzpunkt für Spaltung verwandelt. Die ständische „autonome" Gewerkschaft der Eisenbahner zog ihre Unterschrift unter den Vertrag, der noch der Zustimmung der Belegschaftsversammlungen bedarf, zurück und rief zum Streik auf, u.a. für die Errichtung einer besonderen Lohngruppe für die Lokomotivführer, die einen Großteil ihrer Mitglieder ausmachen. Am 21./22.8., dem Streiktag, fielen 40% aller Züge aus, in der Eisenbahndirektion Rom beteiligte sich über die Hälfte der Lokomotivführer an dem Streik. Die Regierung drohte mit Dienstverpflichtung. Die Eisenbahnergewerkschaften haben die Drohung zurückgewiesen, die zuständige Einzelgewerkschaft der katholischen CISL hat für den Fall einer Dienstverpflichtung einen allgemeinen Streik angekündigt. Die Eisenbahnergewerkschaft der UIL fordert neue Verhandlungen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431/731471 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730234, Telex 4 13080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 35/78: 32000

Diamanten aus Namibia – die Börse verkündet hohe Profite

z.bil. Aufmerksam haben die westlichen Imperialisten die Reise des UNO-Sonderbeauftragten Ahtisaari nach Namibia verfolgt. Zusammen mit dem UNO-Militärberater, Generalmajor Phillip, und einem Troß von „Beratern" ist er in das Grenzgebiet zwischen Namibia und Angola geflogen, um sich „über die militärische Lage im Guerilla-Gebiet zu unterrichten". Das Ergebnis: „Erhebliche logistische Probleme seien in der vorgesehenen Waffenstillstandszone für die zu entsendende UNO-Friedenstruppe zu erwarten." Erfolgsaussichten: „Einschränkend optimistisch für den westlichen Namibiaplan".

Früh haben die Imperialisten die SWAPO als die einzig legitime Vertretung des namibischen Volkes anerkennen müssen. Daß die SWAPO den Namibiaplan der Imperialisten anerkennt, ist ein Zugeständnis, es drückt Erfolge der Rivalität der beiden Supermächte, die die Sozialimperialisten über Angola entfachen, aus. Niemals aber hat die SWAPO die Forderung des Volkes von Namibia nach vollständiger Unabhängigkeit von jeglichem Imperialismus aufgegeben. Eine Reihe von Manövern sind an der organisierten Kraft des Volkes von Namibia unter Führung seiner Befreiungsorganisation SWAPO gescheitert. Die Turnhallenkonferenz, angestrebt als interne Lösung mit schwarzen Marionetten, und der ursprüngliche Namibiaplan sind gescheitert. Vor einigen Wochen haben die fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder zwei zusätzlichen Resolutionen zustimmen müssen, die 1. „für Namibia eine Herrschaft der schwarzen Bevölkerungsmehrheit" und 2. „die Wiedereingliederung des Hafens Walvis Bay" fordern. Während die Imperialisten auf der diplomatischen Ebene hoffen, den „Namibia-Fahrplan" einhalten zu können und bis zur Regenzeit eine Wahlfarce, die sie gegenwärtig durch die polizeimäßige Registrierung des Volkes und Gründungen von neuen Parteien, wie der Nationalen Front usw., durchführen wollen, verstärken sie gleichzeitig die militärischen Angriffe. Nachdem südafrikanische Truppen im Mai in Angola eingefallen sind, haben sie jetzt einen Vorstoß nach Sambia unternommen. Eine höhere Schule und umliegende Gebäude in der sambischen Grenzstadt Shesheke sind zerstört worden. Die sambische Regierung hat die militärische Aggression zurückgewiesen.

Keine Minute geben die beiden Supermächte eine Möglichkeit auf, den Befreiungskampf des Volkes von Namibia zu unterdrücken. Die Bundesregierung hat den Namibiaplan mit betrieben, sie erhofft sich eine „Modellwirkung für das gesamte Südliche Afrika". Das Modell ist die neokoloniale Lösung, die den Imperialisten den Anteil an den Reichtümern des Landes sichern soll. Es geht um viel: Namibia ist ein außerordentlich reiches Land. Neben dem extensiven Weideland sind die Bodenschätze und der Fischbestand der Küstengewässer die beiden anderen Säulen des natürlichen Reichtums des Landes. Namibia ist nach Azania, Zaire und Sambia der größte Exporteur von Bodenschätzen. Die Diamantenfelder sind die reichsten Afrikas. Gerade hat der imperialistische Konzern De Beers den Preis für Rohdiamanten um 30% erhöht; 90% des Weltverkaufs an Diamanten sind unter seiner Kontrolle. Die Produktion von Kupfer, Zink, Blei und Silber wird durch den US-Konzern Tsumeb Corporation, der drei Minen ausbeutet, betrieben. Andere große Konzerne sind die Gold Fields Corporation, Falconbridge aus Kanada (Produktion von Kupfer und Silber) und die SA ISCOR. An den Gold- und Silberbörsen ist bekanntlich der Preis gestiegen. Der Goldpreis hat 208 Dollar pro Unze erreicht (Vergleich zum Vorjahr: ca. 180 Dollar). An der Börse wird es für möglich gehalten, daß er auf 225 Dollar pro Unze steigt (Handelsblatt 1.8.78). Der Silberpreis hat nachgezogen und hat den Jahreshöchstrekord von 5,58 bis 5,65 Dollar je Feinunze erreicht. Diese Aussichten an der Edelstein-, Gold- und Silberbörse machen die Imperialisten schier wild. Hinzu kommt der Gedanke an die riesigen Uranvorkommen in Namibia. In der Rossingmine hat der Abbau begonnen. Rio Tinto Zinc, ein britischer Minenkonzern, besitzt 40% Anteil an der Mine; das südafrikanische Rassistenregime 13%, und ein französisches Konsortium und der RTZ Rio Algom Konzern haben sich weitere 10% angeeignet. An der Ausbeutung der namibischen Arbeiterklasse und all ihre Reichtümer, die sie als ihre ureigensten Besitztümer und Profitquellen betrachten, wollen die Imperialisten unbedingt festhalten. Es erklärt sich so auch, weshalb sie den Tiefseehafen Walvis Bay unbedingt halten wollen. Er ist der einzige Hafen, von dem aus der Abtransport der Bodenschätze erfolgen kann. Wer diesen Hafen kontrolliert, hat auch die Kontrolle über das Land. Zudem ist in Walvis Bay die gesamte Fischereiindustrie angesiedelt, mit 11 Konzernen der Imperialisten, die sie nicht aufgeben wollen. Walvis Bay hat neben dieser wirtschaftlichen hohe strategische Bedeutung, weil er die Sicherung und Überwachung der Kap Route ermöglicht. Das südafrikanische Rassistenregime hat auf Walvis Bay ein großes Militärlager unterhalten. Wegen obiger Vorteile haben die Imperialisten von Walvis Bay auch immer ganz selbstverständlich als dem ihrigen gesprochen. Mußten sie jetzt anerkennen, daß Walvis Bay dem Volk von Namibia gehört, so haben sie doch ein neuerliches Manöver in diesem Anerkenntnis angesiedelt. Die UNO-Resolution spricht von „Wiedereingliederung des Hafens Walvis Bay", einzugliedern gibt es nichts, und alles spricht dafür, daß die Imperialisten über den Weg der Festlegung des *Datums* der „Wiedereingliederung" die Kontrolle und Überwachung des Landes in Händen halten wollen. Die Wachsamkeit der Völker des südlichen Afrika wird es so oder so nicht zulassen. Das ist gewiß. Die Hauptforderung der Imperialisten ist Waffenstillstand und Auflösung der Truppen der Befreiungsbewegung. Die SWAPO antwortet: Sie wird niemals einen Waffenstillstand verkünden, bevor nicht alle Gesetze des Rassistenregimes aufgehoben sind, alle Befreiungskämpfer aus den Gefängnissen entlassen sind und alle feindlichen Truppen das Land verlassen haben. „Es wäre von den südafrikanischen Rassisten arrogant und anmaßend zu glauben, die SWAPO würde den Befreiungskrieg in Namibia einstellen", erklärte der Sprecher der SWAPO.



Demonstration der SWAPO in Windhuk zur Bekräftigung der Forderung nach der Walvis Bay

Presselügen gehen hoch

z.lup. „4 Anwälte, die gerade von einer Afrika-Reise zurückgekehrt sind, erklärten gestern in London, sie hätten Beweise, die sie davon überzeugt hätten, daß das Massaker an 12 englischen Missionaren in Rhodesien im Juni auf Befehl der weißen rhodesischen Regierung durchgeführt worden sei. Sie sagten, sie hätten in Maputo, Mosambik, mit einem schwarzen Rhodesier namens Flint gesprochen, der gerade von den rhodesischen Polizeikräften desertiert und der Zimbabwe African National Union beigetreten war. Er erzählte ihnen, daß er tatsächlich an dem Massaker im Dienst der rhodesischen Polizeikräfte teilgenommen hätte.

Er erklärte, er hätte geholfen, 2 Stunden lang die Missionare zu erschlagen und sich an ihnen zu vergehen, und daß er Mitglied des Kommandos war, das 7 von ihnen erschossen hätte.

Dann hätten er und seine Kollegen ‚Nieder mit Smith, vorwärts mit der ZANU' an die Mauern der Missionsstation geschrieben, um den Eindruck zu erwecken, daß afrikanische Nationalisten verantwortlich wären. Einer der Anwälte, Mr. Peter Harvey, Vorstandsmitglied der britischen Haldane-Gesellschaft, sagte, daß er 2 Stunden lang in Gegenwart von ZANU-Mitgliedern mit Flint gesprochen habe", berichtet der britische „Guardian" am 23. August 1978.

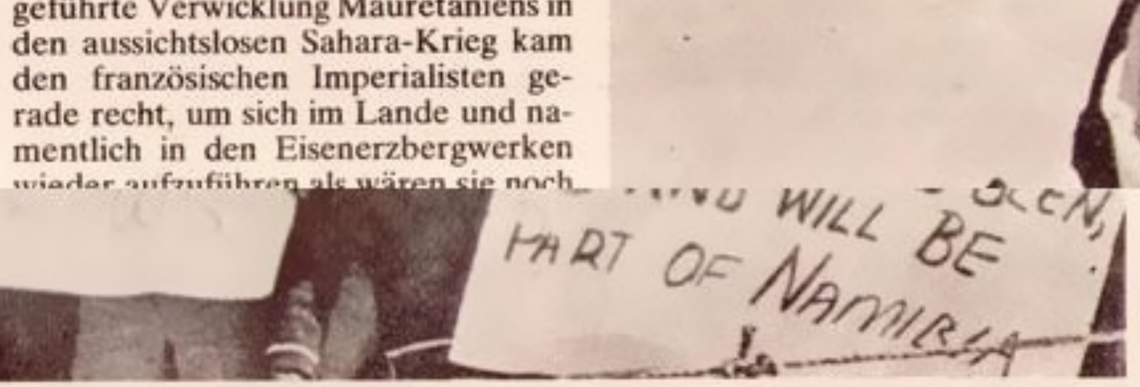
Über dies von den Polizeikräften des Smith-Regimes durchgeführte Massaker hatten die imperialistischen Zeitungen am 26. Juni geschrieben: „Die vermutlich 10 Täter sollen Mitglieder der ZANU gewesen sein." (Frankfurter Rundschau) „Massaker im rhodesischen Bürgerkrieg – Mörder geben sich als Guerilleros Mugabes aus" (Schlagzeile „Frankfurter Allgemeine Zeitung"). „Die Schüler berichteten später, die Guerillas hätten sich als Friedenskämpfer der von Mosambik aus operierenden Untergrundorganisation Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe bezeichnet." (Die Welt) Das Smith-Regime hatte einige Tage später Mosambik überfallen und dort 17 Freiheitskämpfer und 2 belgische Angehörige der FAO ermordet.

Imperialisten fürchten die Massen Kenias

z.mif. Kenia mußten die deutschen Kolonialräuber den britischen überlassen, weil die deutschen Missionare 1849 nicht genug Soldaten mitbekommen hatten. Das Volk von Kenia hat sich nie der Kolonialherrschaft unterworfen; zum Bau der Eisenbahn mußten indische Arbeiter gezwungen werden. Im Kampf gegen




„Für Mauretanien ist der Frieden die Priorität Nr. eins"
F.Polisario hat Waffenstillstand erklärt / Imperialisten versuchen zu spalten
z.ulg.Rom. Gleich nachdem die mauretanische Armee am 10. Juli den früheren Präsidenten Ould Daddah gestürzt hatte, hat die Frente Polisario einseitig einen Waffenstillstand gegenüber den mauretanischen Truppen
Franc-Zone aus. Die kunstvoll herbeigeführte Verwicklung Mauretaniens in den aussichtslosen Sahara-Krieg kam den französischen Imperialisten gerade recht, um sich im Lande und namentlich in den Eisenerzbergwerken



spricht von „Wiedereingliederung des Hafens Walvis Bay", einzugliedern gibt es nichts, und alles spricht dafür, daß die Imperialisten über den Weg der Festlegung des *Datums* der „Wiedereingliederung" die Kontrolle und Überwachung des Landes in Händen halten wollen. Die Wachsamkeit der Völker des südlichen Afrika wird es so oder so nicht zulassen. Das ist gewiß. Die Hauptforderung der Imperialisten ist Waffenstillstand und Auflösung der Truppen der Befreiungsbewegung. Die SWAPO antwortet: Sie wird niemals einen Waffenstillstand verkünden, bevor nicht alle Gesetze des Rassistenregimes aufgehoben sind, alle Befreiungskämpfer aus den Gefängnissen entlassen sind und alle feindlichen Truppen das Land verlassen haben. „Es wäre von den südafrikanischen Rassisten arrogant und anmaßend zu glauben, die SWAPO würde den Befreiungskrieg in Namibia einstellen", erklärte der Sprecher der SWAPO.
Demonstration der SWAPO in Windhuk zur Bekräftigung der Forderung nach der Walvis Bay
tung des namibischen Volkes anerkennen müssen. Daß die SWAPO den Namibiaplan der Imperialisten anerkennt, ist ein Zugeständnis, es drückt Erfolge der Rivalität der beiden Supermächte, die die Sozialimperialisten über Angola entfachen, aus. Niemals aber hat die SWAPO die Forderung des Volkes von Namibia nach vollständiger Unabhängigkeit von jeglichem Imperialismus aufgegeben. Eine Reihe von Manövern sind an der organisierten Kraft des Volkes von Namibia unter Führung seiner Befreiungsorganisation SWAPO gescheitert. Die Turnhallenkonferenz, angestrebt als interne Lösung mit schwarzen Marionetten, und der ursprüngliche Namibiaplan
eingefallen sind, haben sie jetzt einen Vorstoß nach Sambia unternommen. Eine höhere Schule und umliegende Gebäude in der sambischen Grenzstadt Shesheke sind zerstört worden. Die sambische Regierung hat die militärische Aggression zurückgewiesen.
Keine Minute geben die beiden Supermächte eine Möglichkeit auf, den Befreiungskampf des Volkes von Namibia zu unterdrücken. Die Bundesregierung hat den Namibiaplan mit betrieben, sie erhofft sich eine „Modellwirkung für das gesamte Südliche Afrika". Das Modell ist die neokoloniale Lösung, die den Imperialisten den Anteil an den Reichtümern des Landes sichern soll. Es geht um viel:
conbridge aus Kanada (Produktion von Kupfer und Silber) und die SA ISCOR. An den Gold- und Silberbörsen ist bekanntlich der Preis gestiegen. Der Goldpreis hat 208 Dollar pro Unze erreicht (Vergleich zum Vorjahr: ca. 180 Dollar). An der Börse wird es für möglich gehalten, daß er auf 225 Dollar pro Unze steigt (Handelsblatt 1.8.78). Der Silberpreis hat nachgezogen und hat den Jahreshöchstrekord von 5,58 bis 5,65 Dollar je Feinunze erreicht. Diese Aussichten an der Edelstein-, Gold- und Silberbörse machen die Imperialisten schier wild. Hinzu kommt der Gedanke an die riesigen Uranvorkommen in Namibia. In der Rossingmine hat der Abbau begonnen. Rio Tinto Zinc, ein
des Smith-Regimes durchgeführte Massaker hatten die imperialistischen Zeitungen am 26. Juni geschrieben: „Die vermutlich 10 Täter sollen Mitglieder der ZANU gewesen sein." (Frankfurter Rundschau) „Massaker im rhodesischen Bürgerkrieg – Mörder geben sich als Guerilleros Mugabes aus" (Schlagzeile „Frankfurter Allgemeine Zeitung"). „Die Schüler berichteten später, die Guerillas hätten sich als Friedenskämpfer der von Mosambik aus operierenden Untergrundorganisation Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe bezeichnet." (Die Welt) Das Smith-Regime hatte einige Tage später Mosambik überfallen und dort 17 Freiheitskämpfer und 2 belgische Angehörige der FAO ermordet.
Imperialisten fürchten die Massen Kenias
z.mif. Kenia mußten die deutschen Kolonialräuber den britischen überlassen, weil die deutschen Missionare 1849 nicht genug Soldaten mitbekommen hatten. Das Volk von Kenia hat sich nie der Kolonialherrschaft unterworfen; zum Bau der Eisenbahn mußten indische Arbeiter gezwungen werden. Im Kampf gegen



Lohnsenkung gründete das kenianische Volk 1921 den Bund junger Kikuyus. 1928 wurde Johnstone Kamau Ngengi (Jomo Kenyatta) sein Sekretär. Die britische Kolonialmacht verhaftete ihn 1952 als Führer der Mau-Mau-Aufstände und hielt ihn bis 1960 gefangen. Am 12.12.1963 mußte Großbritannien Kenia die Unabhängigkeit gewähren, einen Tag später trat Kenia der OAU bei. Kenias Reichtümer sind vor allem Kaffee, Tee, Öl und Gold. 1974 hat Kenia die Steuern auf Profit von 40 auf 45% erhöht, bei ausländischen Kapitalien von 47 auf 52%. Kaffee und Tee sind die Hauptexportgüter; daneben spielen Erdölprodukte und Zement eine wachsende Rolle. An dem Montagewerk von General Motors hält der Staat Kenia 51%. Jetzt nach dem Tod von Jomo Kenyatta hoffen die Imperialisten, ein allgemeines Durcheinander stiften zu können und alle Hindernisse gegen die Aussaugung des Landes einzureißen. Gleichzeitig fürchten sie den Befreiungskampf. „Setzten die Schwarzen den Weißen und Asiaten in Kenia den Stuhl jetzt vor die Tür, würde sich die Haltung der weißen Südafrikaner so versteifen, daß kaum noch Hoffnung auf friedlichen Wandel in diesem Teil des Kontinents bliebe" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.8.1978).

„Für Mauretanien ist der Frieden die Priorität Nr. eins"

F.Polisario hat Waffenstillstand erklärt / Imperialisten versuchen zu spalten

z.ulg.Rom. Gleich nachdem die mauretanische Armee am 10. Juli den früheren Präsidenten Ould Daddah gestürzt hatte, hat die Frente Polisario einseitig einen Waffenstillstand gegenüber den mauretanischen Truppen erklärt, um eine friedliche Verständigung zwischen Mauretanien und der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) zu erleichtern. Zwar lehnte die mauretanische Regierung bisher noch direkte Verhandlungen mit der F.Polisario ab und will stattdessen mit Algerien Gespräche führen, aber in der vorletzten Woche hat der neue mauretanische Kanzler Laghdaf erklärt: „Für Mauretanien ist der Frieden die Priorität Nummer eins."

1975 hatte die spanische Oligarchie, vollauf damit beschäftigt, zu verhindern, daß sich aus dem Zusammenbruch des Franco-Regimes eine demokratische Revolution entwickelte, die Niederwerfung des Befreiungskampfes in ihrer ehemaligen Kolonie Westsahara offiziell an Marokko und Mauretanien, tatsächlich aber an die US- und die französischen Imperialisten abgetreten. Die DARS gehört zusammen mit Marokko zu den größten Phosphatproduzenten der Welt. Die Westsahara wurde entsprechend einem „Urteil" des imperialistischen „Internationalen Gerichtshofs" in Den Haag zwischen Mauretanien und Marokko aufgeteilt, ohne daß es der marokkanischen Armee je gelungen wäre, gegen die Befreiungsarmee der F.Polisario die Kontrolle über das Land zu erlangen.

Mauretanien, ein bedeutender Eisenerzproduzent, hatte in den Jahren zuvor einige Schritte unternommen, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes zu stärken. Die Eisenerzgruben wurden verstaatlicht, eine eigene Währung geschaffen, und das Land trat aus der von den französischen Imperialisten beherrschten Franc-Zone aus. Die kunstvoll herbeigeführte Verwicklung Mauretaniens in den aussichtslosen Sahara-Krieg kam den französischen Imperialisten gerade recht, um sich im Lande und namentlich in den Eisenerzbergwerken wieder aufzuführen als wären sie noch die Kolonialherren und Grubenbesitzer. Die Auslandsverschuldung stieg in den drei Jahren von 1973 bis 1976 von 132 auf 354 Mio. Dollar, 70 % des Bruttosozialprodukts eines Jahres. Ende der 60er Jahre waren zwei Drittel des Exporterlöses aus Erz als Profit nach Westeuropa abgeführt worden. Infolge des Krieges sanken Produktion und Export jetzt von 12 Mio. t jährlich auf nur noch 3 Mio. t in den ersten sechs Monaten dieses Jahres. Die Imperialisten lassen sich das Erz zu solchen Spottpreisen liefern, daß die staatliche Erzgesellschaft in diesem Jahr erstmals keine Gewinne an die Staatskasse abführen konnte und für die Zahlung der fälligen „Entschädigungs"rate an die früheren Grubenbesitzer eine Hilfe der Elfenbeinküste in Anspruch genommen werden mußte. Die französischen Imperialisten hielten die Lage für reif, Mauretanien zurück in die Franc-Zone zu zwingen. Eine Woche vor dem Militärputsch hielt sich zu diesem Zweck eine französische „Studiengruppe" in Nouakchott auf, um die Bedingungen zu diktieren, vor allem: die mauretanische Währung müsse um 50% abgewertet werden, was einer Halbierung des Erzpreises gleichkommt.

Der Sturz des Daddah-Regimes führte den Imperialisten vor Augen, daß sie den Sahara-Krieg militärisch nicht gewinnen können, und fieberhafte Bemühungen, es jetzt zugleich mit Spaltung zu versuchen, waren die prompte Reaktion. Ausgerechnet die französischen Imperialisten haben eine „Friedensinitiative" gestartet und versuchen, die Vermittlungsbemühungen des Präsidenten der Elfenbeinküste, der eine gemeinsame Konferenz zwischen der DARS, der F.Polisario, Marokko und Mauretanien anstrebt, dafür einzuspannen. Giscard lud die Botschafter Marokkos, Mauretaniens und Algeriens in Paris zu „Sondierungsgesprächen", während er seine Luftwaffe weiter die DARS beschießen und bombardieren läßt. Der spanische Außenminister Oreja erbot sich als „Gastgeber" für eine Westsaharakonferenz. Die spanischen Kolonialisten witterten Morgenluft in der schon endgültig verloren geglaubten ehemaligen Kolonie. „Die Befriedung der Sahara darf nicht ohne Spanien stattfinden", macht sich die bürgerliche Tageszeitung „El Pais" für Intervention stark. Dieselbe Zeitung berichtet, die US-Imperialisten wären gegen die Versuche der französischen Imperialisten, durch eine Föderation zwischen Mauretanien und der DARS den USA den Zugang zu den „frankophonen" Ländern Westafrikas – der „Franc-Zone" – abzuschneiden, und begünstigten eine weitere Expansion Marokkos.

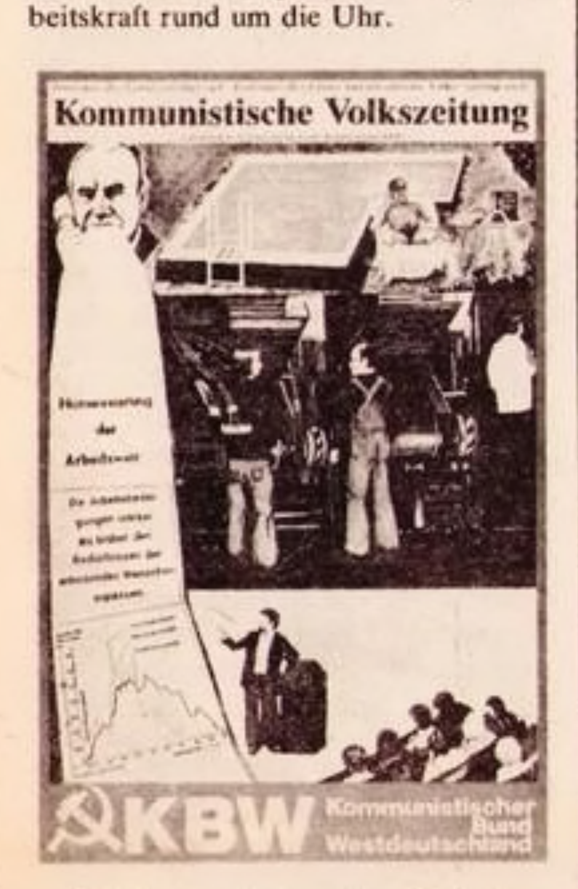

Parade anläßlich des 2. Jahrestages der Proklamation der Demokratischen Arabisch-Sahaurischen Republik im Frühjahr 1978

Jedenfalls hat der marokkanische Staatssekretär Osmaan am 9.8. verkündet, der „Internationale Gerichtshof" habe die ausschließliche Souveränität über die Sahara Marokko und Mauretanien zugesprochen, und wenn Mauretanien „seinen" Teil der F.Polisario abtrete, werde Marokko auch dieses Gebiet annektieren. Schon jetzt stehen dort fast 10000 marokkanische Soldaten. Am vorletzten Sonntag hat der marokkanische König Hassan in einer Fernsehansprache erklärt, Marokko werde die „Errichtung einer Republik Sahara an seiner Südgrenze niemals akzeptieren."

Den nationalen Interessen des marokkanischen Volkes ist durch solche Unterwerfung unter die Imperialisten am wenigsten gedient. Am 21.8. hat die F.Polisario in Algier das Militärkommuniqué für Juli veröffentlicht. Danach sind im letzten Monat 315 marokkanische Soldaten gefallen, 323 verwundet und 32, darunter zwei Unteroffiziere, gefangengenommen worden.

Schichtarbeit „unwirtschaftlich“?

z.brp. Er meint es gut mit seinesgleichen, der Bourgeoiskader Müller-Seitz, seines Zeichens Wirtschaftswissenschaftler in Wuppertal. Auch wenn es ganz anders aussehen soll. Seine spektakuläre Offenbarung in der „Wirtschaftswoche“: „Schichtarbeit ist unwirtschaftlich“. Er ist für einen „Abschied von der Konvention“; man sollte festhalten, daß er immerhin die allgemeine Einführung von Schichtarbeit in westdeutschen Betrieben als Tatsache anerkennt, mehr noch, es ist bereits in gewisser Weise eine Art guter alter Tradition der Schweißauspressung. Sei's drum, man nehme Abschied davon; warum? Abgesehen von den Formen der Schichtarbeit, die ihre Existenzberechtigung in „gesellschaftlich-humanitärer Motivation“, z.B. im Krankenhaus und bei der Polizei findet, sind auch „produktionstechnische Sachzwänge“ in bestimmten Branchen vorhanden, die den Abschied von der geliebten Konvention verunmöglichen. Und wie zu erwarten, tischt er zum erneuten Male die Lüge von der „nicht zu unterbrechenden“ Stahlproduktion auf, die genauso „typisch“ ist wie die „stahltypischen Zuschläge“, die den Stahlarbeitern für harte Knochenarbeit gezahlt werden. Die Maschinen sind die „Sachzwänge“, die die Schichtarbeit eingeführt haben, nicht die Gier der Kapitalisten nach Aussaugung lebendiger Arbeitskraft rund um die Uhr.



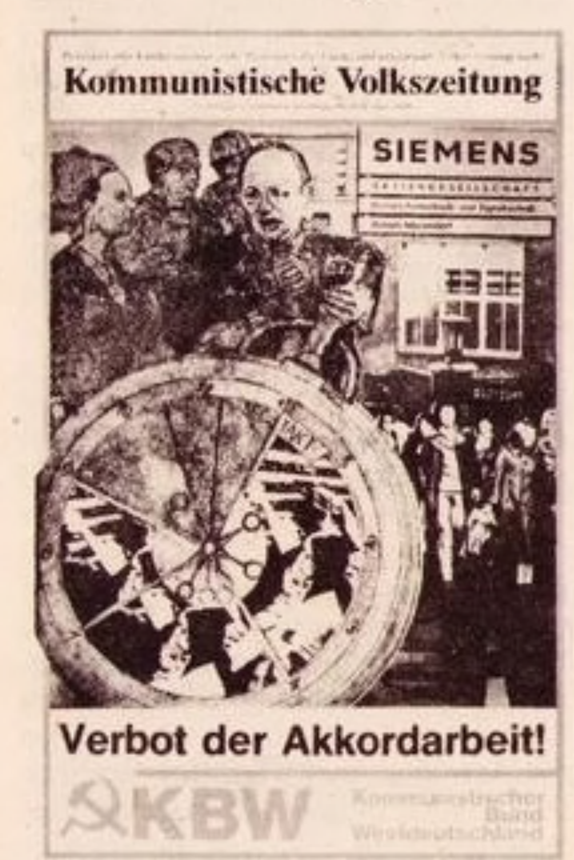
Also besagte „Sachzwänge“ beiseite, so bleibt schließlich und endlich die Schichtarbeit „aus rein ökonomischer Motivation“, die einer „freien Entscheidung des Unternehmers“ entspringt. Hier nun wird es kompliziert. Ist er erst einmal eingestiegen in das Geschäft der Ausbeutung, ist es hin mit der „freien Entscheidung“; der Kapitalist ist nichts als die Charaktermaske der Gefräßigkeit des Kapitals.

Und dennoch hat Herr Müller-Seitz einen Funken recht, und zwar genau um den Funken, der das Pulverfaß zur Explosion bringen wird: Die Freiheit des Kapitalisten ist die Freiheit des Privateigentums, das er besitzt, während der besitzlose Proletarier seine „Freiheit“ von Produktionsmitteln in der Lohnsklaverei wieder-


Also besagte „Sachzwänge“ beiseite, so bleibt schließlich und endlich die Schichtarbeit „aus rein ökonomischer Motivation“, die einer „freien Entscheidung des Unternehmers“ entspringt. Hier nun wird es kompliziert. Ist er erst einmal eingestiegen in das Geschäft der Ausbeutung, ist es hin mit der „freien Entscheidung“; der Kapitalist ist nichts als die Charaktermaske der Gefräßigkeit des Kapitals.

Und dennoch hat Herr Müller-Seitz einen Funken recht, und zwar genau um den Funken, der das Pulverfaß zur Explosion bringen wird: Die Freiheit des Kapitalisten ist die Freiheit des Privateigentums, das er besitzt, während der besitzlose Proletarier seine „Freiheit“ von Produktionsmitteln in der Lohnsklaverei wieder-
findet.

Jedenfalls soll der Kapitalist, der „freiwillig“ Schichtarbeit einführt, einmal nachrechnen, durch den Schichtarbeiter entstünden ihm beträchtliche Kosten: die Schichtzulage, erhöhte Ausgaben für Ausschußproduktion, für Reklamationen, Lohnfortzahlung bei häufigeren Krankheiten, erhöhte Unfallgefahr mit den entsprechenden drohenden Kosten und nicht zuletzt erhöhte Streikgefahr, kurzum: Es rentiert sich gar nicht!



Fehlt nur noch, daß er den Arbeitern unmißverständlich die Quintessenz präsentiert, daß sie nämlich noch einen Teil ihres Lohnes abgeben müßten für die Risikoabsicherung des Kapitalisten, der sie als Schichtarbeiter ausbeutet. Man weiß ja nie ...

Was den einen „zugelegt“ wird, wird den anderen abgezogen

Der Tarifvertrag über die Leistungsbeurteilung fördert die Spaltung unter den Angestellten bei VW

r.roh. Jedes Jahr nach dem Urlaub unternehmen die VW-Kapitalisten größere Anstrengungen, die Arbeitshetze bei den Angestellten zu verschärfen. Dieser Zeitpunkt ist günstig, weil in jedem November die „Leistungszulagen“ für Angestellte neu bestimmt werden. Mit der Ausdehnung der EDV-Anlagen in der Verwaltung ist der Arbeitstag der Angestellten immer mehr verdichtet worden.

In den Buchhaltungen, so z.B. in der Kreditorenbuchhaltung, wo der Wareneingang mit den Rechnungen verglichen wird, ist der Arbeitstag der Angestellten jetzt in viele einzelne Vorgänge zerlegbar, durchaus vergleichbar mit den Arbeitsvorgängen an den Montagebändern und dementsprechend auch genau kontrollierbar. Die „Leistungszulagen“ dienen den VW-Kapitalisten als Hebel zur stetigen Verschärfung der Arbeitshetze.

Zum Zweck der Spaltung der Angestellten haben die VW-Kapitalisten einen Tarifvertrag über die „Leistungsbeurteilung und Leistungsbewertung zur Zahlung von Leistungszulagen“ abgeschlossen. Im §2 über die „Grundsätze“ dieses Vertrages heißt es: „Das Grundgehalt des Angestellten wird durch die für seine Tätigkeit maßgebende Gehaltsgruppe bestimmt. Unterschiedliche individuelle Leistungen werden hierbei nicht berücksicht. Sie werden durch diesen Tarifvertrag abgegolten.“ Von wegen die „individuelle Leistung“ soll abgegolten werden: Ein Teil der Gehälter, nämlich 4% der Grundgehaltssumme des Monats November jeden Jahres wird im kommenden Jahr nicht zusammen mit dem Grundgehalt und entsprechend der Gehaltsgruppe, die der jeweilige Angestellte hat, ausgezahlt sondern in Form einer „Leistungszulage“. Damit nicht schon der erste Augenschein zeigt, daß es sich hierbei lediglich um eine veränderte Form der Auszahlung von Lohnbestandteilen handelt, ist tarifvertraglich festgehalten, daß diese Zulage auf der Gehaltsabrechnung gesondert aufgeführt werden muß.

Die Zulage ist nach fünf verschiedenen Stufen gestaffelt. Es ist genau festgelegt, wieviel Prozent einer Gehaltsgruppenbelegung in jeder Stufe sein dürfen: in der „Leistungsstufe“ A 35%, in B 30%, in C 19%, in D 10,5% und in E 5,5,%. Es ist also klar, wenn ein Angestellter, der die Leistungsstufe B hat, in die Leistungsstufe C will, so muß bei sonst gleicher Gehaltsgruppen- und Leistungsstufenbelegung ein anderer Angestellter in die Leistungsstufe B zurück.

Wer in welcher Stufe eingeordnet wird entscheidet der Abteilungsleiter. Seine Entscheidung gilt für jeweils ein Jahr. Sie ist nur von dem einzelnen Angestellten anfechtbar, nicht etwa von der ganzen Abteilung. Auch dies ist tarifvertraglich festgehalten, um die Möglichkeit der Ausschaltung von Konkurrenz zu erschweren. Was der materielle Zweck der Spaltung der Angestellten durch die VW-Kapitalisten ist, enthüllt der Anhang zum Tarifvertrag selbst ganz eindeutig. Die Einordnung der Angestellten in die Leistungsstufen geschieht nach einem Punktesystem. Die niedrigste Punktezahl gibt es für Beurteilungen wie: „Der Angestellte arbeitet nicht immer aus eigenem Antrieb und bedarf daher des Anstoßes von außen“, oder „Der Angestellte arbeitet nicht immer sorgfältig, gründlich und fehlerfrei, so daß es zu Beanstandungen kommt.“ Demgegenüber ergattert die Arbeitsaufsicht die höchsten Punktzahlen, wenn sie „anstößt“ und „beanstandet“.

Damit ist die Widerwärtigkeit des Spaltungsinstruments „Leistungsbeurteilung“ aber keineswegs erschöpft. Sie liegt nicht etwa darin, durch Zulagen unbezahlte Mehrarbeit aus den Angestellten herauszupressen. Da würde man die Ausgekochtheit und die Profitgier der VW-Kapitalisten und auch den Willen der Angestellten, ihre Arbeitskraft nicht vorzeitig vernutzen zu lassen, unterschätzen. Zulagen für einen Teil der Angestellten gewährt der Tarifvertrag zur „Leistungsbeurteilung“ nur, indem er einem anderen Teil direkt das Gehalt kürzt. Das normale Gehalt erhalten nämlich tatsächlich die 30% der Angestellten, die in der Leistungsstufe B eingeordnet sind. Sie erhalten genau die 4% vom Grundgehalt des Monats November vom Vorjahr, wenn auch gesondert in der verhüllten Form der Zulage auf ihr tarifliches Grundgehalt. Die 35% der Angestellten in der Leistungsstufe A erhalten lediglich das Grundgehalt, während ihre „Zulage“ zusätzlich auf die restlichen 35% in den Leistungsstufen C, D und E befindlichen Angestellten verteilt wird. In die Leistungsstufe A werden Angestellte eingeordnet, die unter 19 Jahre alt sind oder die nicht „volle neun Kalendermonate ohne erhebliche Unterbrechung in der VW-AG tätig sind – ob eine erhebliche Unterbrechung vorliegt, z.B. Krankheit, Beurlaubung ist im Einzelfall ... abzustimmen – “ oder in einer für eine Einarbeitungszeit festgelegten Gehaltsgruppe eingestuft sind oder die niedrigste Punktzahl haben.

Innerhalb einer Gehaltsgruppe gibt es so Gehaltsschwankungen von 160 DM pro Monat in der niedrigsten und 430 DM in der höchsten. Dies wurde von den VW-Kapitalisten auch zur Unterdrückung des Lohnkampfes eingesetzt, allerdings mit schwindendem Erfolg, wie die Beteiligung von Angestellten bei den Streiks im Frühjahr zeigt. Von Vertrauensleuten der Angestellten wird auch schon die Forderung nach Streichung zumindest der Leistungsstufe A erhoben.

Wird der Kampf für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag zugunsten der Arbeiter und Angestellten entschieden, so verbessert das auch die Bedingungen des Kampfes gegen den „Leistungsbeurteilungsvertrag“. Mit ihm kann nicht anders verfahren werden als mit den anderen akkordähnlichen Leistungssystemen. Ihr Verbot muß zusammen mit dem Verbot des Akkordsystems durchgesetzt werden.

Verschärfte Ausbeutung, um die „Stahlkrise“ zu überwinden
Klöckner-Geschäftsbericht enthüllt die Pläne der Kapitalisten
r.gör. Der jüngst veröffentlichte Geschäftsbericht der Klöckner-Werke AG für das Geschäftsjahr 1976/77 zeugt von den Anstrengungen der Stahlkapitalisten, die Ausbeutung zu verschärfen als Voraussetzung für ihre Durchsetzung in der imperialistischen Konkurrenz. Es wird ein Verlust von 95,8 Mio. DM ausgewiesen. 27O Mio. DM soll er in Wirklichkeit betragen, wenn man den „Substanzverlust“ hinzurechnet. So soll der Eindruck entstehen, daß die Arbeiter mehr an Lohn erhalten als sie an neuen Werten geschaffen haben. Das Gegenteil ist der Fall. Man muß die Gewinn- und Verlustrechnung der Klöckner-Kapitalisten von ihren buchungstechnischen Lügen und Profitverschleierungen entkleiden.
Wir berechnen die Profite im produktiven Geschäftsbereich – also ohne Gewinne aus Beteiligungen und sonstigen Finanzanlagen – wie sie sich nach Abzug der Lohnkosten vom Neuwert, den die Arbeiter geschaffen haben, ergeben. Einschließlich noch der Erlöse aus Umbuchungen bei den Sachanlagen (Effekte zu gering angesetzter Abschreibungen) und Sachanlagenverkäufen. Das Ergebnis ist:
neugeschaffene Wert wurde um 67 Mio. DM, das sind 13,3 %, erhöht; und zwar bei gleichzeitigem Belegschaftsabbau um 3,2 %. Seit 1971 wurden rd. 8000 Beschäftigte entlassen. 3. Insgesamt konnten die Klöckner-Kapitalisten ihre Profitrate (also Profit gemessen am dafür eingesetzen Kapital) stabilisieren. Brutto stieg sie von 1o,8 auf 12,o %, netto von 8,6 auf 9,5 %. Die Belastung des Bruttoprofits mit Einkommens- und Ertragssteuern ist – als Folge der verschiedenen Steuerreformen – von 6,3 % auf 3,7 % zurückgegangen. 4. Wesentlich wurde die Erhöhung der Profitrate dadurch erreicht, daß die Klöckner-Kapitalisten den Anteil der Profite am Neuwert von 25,1 auf 27,3 % ausdehnen konnten, direkt auf Kosten des Lohnanteils. In absoluten Zahlen sind das allein immerhin 21,1 Mio. DM, pro Beschäftigten rd. 1o6o DM.
Heißt das nun, daß das Gerede von der „Stahlkrise“ blanker Unsinn ist? Nein, vom Standpunkt der Kapitalisten nicht. Denn ihre Profitrate fällt im längerfristigen Trend und ab 197o sogar verschärft. Zudem liegt ihre Profitrate unter dem industriellen Durchschnitt, was auf den besonders hohen
Das Schaubild zeigt, wie sich der bei der Klöckner Werke AG erzeugte Neuwert in seine verhältnismäßigen Bestandteile zerlegt, beginnend beim Geschäftsjahr 1958/59 bis 1976/77. Die dick gezeichneten geraden Linien zeigen die Trends ab 1964/65. Man erkennt, wie die Profitanteile auf Kosten der Lohnanteile ausgedehnt wurden.
die Stahlproduktion ist allein 1977 gegenüber 1976 um 8 % gesunken. Im
schen Stahlkapitalisten relative Einbußen hinnehmen müssen: ihr Anteil
abgegolten.“ Von wegen die „individuelle Leistung“ soll abgegolten werden: Ein Teil der Gehälter, nämlich
materielle Zweck der Spaltung der Angestellten durch die VW-Kapitalisten ist, enthüllt der Anhang zum Ta-
Angestellten in der Leistungsstufe A erhalten lediglich das Grundgehalt, während ihre „Zulage“ zusätzlich auf
Verbot muß zusammen mit dem Verbot des Akkordsystems durchgesetzt werden.

Verschärfte Ausbeutung, um die „Stahlkrise“ zu überwinden

Klöckner-Geschäftsbericht enthüllt die Pläne der Kapitalisten

r.gör. Der jüngst veröffentlichte Geschäftsbericht der Klöckner-Werke AG für das Geschäftsjahr 1976/77 zeugt von den Anstrengungen der Stahlkapitalisten, die Ausbeutung zu verschärfen als Voraussetzung für ihre Durchsetzung in der imperialistischen Konkurrenz. Es wird ein Verlust von 95,8 Mio. DM ausgewiesen. 27O Mio. DM soll er in Wirklichkeit betragen, wenn man den „Substanzverlust“ hinzurechnet. So soll der Eindruck entstehen, daß die Arbeiter mehr an Lohn erhalten als sie an neuen Werten geschaffen haben. Das Gegenteil ist der Fall. Man muß die Gewinn- und Verlustrechnung der Klöckner-Kapitalisten von ihren buchungstechnischen Lügen und Profitverschleierungen entkleiden.

Wir berechnen die Profite im produktiven Geschäftsbereich – also ohne Gewinne aus Beteiligungen und sonstigen Finanzanlagen – wie sie sich nach Abzug der Lohnkosten vom Neuwert, den die Arbeiter geschaffen haben, ergeben. Einschließlich noch der Erlöse aus Umbuchungen bei den Sachanlagen (Effekte zu gering angesetzter Abschreibungen) und Sachanlagenverkäufen. Das Ergebnis ist:

1. Die Summe der Profite (vor Steuern) ist von 224,6 auf 261,9 Mio. DM gewachsen.

2. Der durchschnittlich pro Beschäftigten produzierte Profit ist von 43500 DM auf 48300 DM (für das jeweilige Geschäftsjahr) hochgetrieben worden. Das spiegelt – wenn auch noch viel zu gering ausgewiesen, weil alle, auch die unproduktiven Manager und Aufseher, in die Rechnung eingehen – die gesteigerte Ausbeutung wider; wie auch die Profite in Wahrheit höher sind, da die Managergehälter usw. durchaus Profitbestandteile sind. Der neugeschaffene Wert wurde um 67 Mio. DM, das sind 13,3 %, erhöht; und zwar bei gleichzeitigem Belegschaftsabbau um 3,2 %. Seit 1971 wurden rd. 8000 Beschäftigte entlassen. 3. Insgesamt konnten die Klöckner-Kapitalisten ihre Profitrate (also Profit gemessen am dafür eingesetzen Kapital) stabilisieren. Brutto stieg sie von 1o,8 auf 12,o %, netto von 8,6 auf 9,5 %. Die Belastung des Bruttoprofits mit Einkommens- und Ertragssteuern ist – als Folge der verschiedenen Steuerreformen – von 6,3 % auf 3,7 % zurückgegangen. 4. Wesentlich wurde die Erhöhung der Profitrate dadurch erreicht, daß die Klöckner-Kapitalisten den Anteil der Profite am Neuwert von 25,1 auf 27,3 % ausdehnen konnten, direkt auf Kosten des Lohnanteils. In absoluten Zahlen sind das allein immerhin 21,1 Mio. DM, pro Beschäftigten rd. 1o6o DM.

Heißt das nun, daß das Gerede von der „Stahlkrise“ blanker Unsinn ist? Nein, vom Standpunkt der Kapitalisten nicht. Denn ihre Profitrate fällt im längerfristigen Trend und ab 197o sogar verschärft. Zudem liegt ihre Profitrate unter dem industriellen Durchschnitt, was auf den besonders hohen Kapitaleinsatz zurückzuführen ist. Erneut wurde im vergangenen Geschäftsjahr das Anlagekapital (Gebäude, Maschinen usw.) pro Beschäftigten um 13,2 % gesteigert. Um den hiervon ausgehenden Druck auf die Profitrate zu kompensieren, müßte die Ausbeutung der Arbeitskraft schon in ungeahnte Höhen getrieben werden. Das ist zugleich Voraussetzung, um den Absatz zu garantieren. Denn die Produktion stagniert seit Jahren. Das Produktionspotential (Eisen und Stahl) hat von 197o bis 1976 gerade um o,8 % im jährlichen Durchschnitt zugenommen,

Nettoprofite – Steuern aus Profit – Sozialabgaben der Kapitalisten – Steuern und Sozialabgaben aus Lohn – Nettolohn- u. Gehaltssumme (geschätzt); 100 % – 90 – 80 – 70 – 60 – 50 – 10; 1958/59 – 1964/65 – 1969/70 – 1974/75

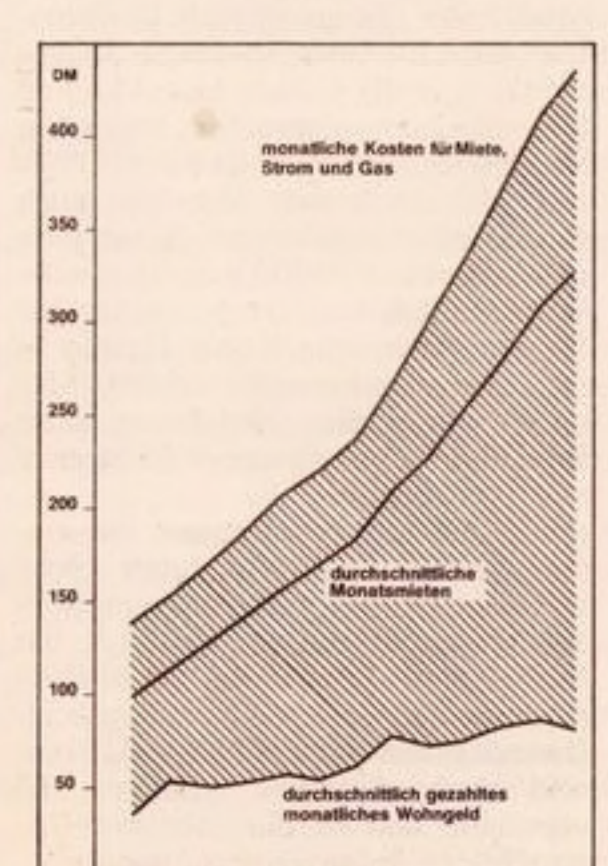
Das Schaubild zeigt, wie sich der bei der Klöckner Werke AG erzeugte Neuwert in seine verhältnismäßigen Bestandteile zerlegt, beginnend beim Geschäftsjahr 1958/59 bis 1976/77. Die dick gezeichneten geraden Linien zeigen die Trends ab 1964/65. Man erkennt, wie die Profitanteile auf Kosten der Lohnanteile ausgedehnt wurden.

die Stahlproduktion ist allein 1977 gegenüber 1976 um 8 % gesunken. Im Gefolge „der Großaufträge der Bundeswehr an den Schiffbau und den Lastkraftwagenbau“ hat sich bloß ein „Zwischenhoch“ entwickelt, wie das RWI-Wirtschaftsinstitut der Kapitalisten diagnostizierte.

Die Stagnation spiegelt zugleich die Lage der westdeutschen Stahlkapitalisten in der imperialistischen Konkurrenz wider. Auf dem westdeutschen Stahlmarkt ist ihr Anteil relativ zurückgegangen, trotz der tendenziell protektionistischen Maßnahmen, die sie im Rahmen der EG durchgesetzt haben. Auch in ihrer Durchsetzung innerhalb der EG haben die westdeutschen Stahlkapitalisten relative Einbußen hinnehmen müssen: ihr Anteil an der Rohstahlerzeugung ist von 42 % 1968 und 40 % 1974 auf 37 % 1977 zurückgegangen.

Also werden die Stahlkapitalisten mit Gewalt ihre Expansion forcieren. Die Stahlarbeiter haben allerdings keinen Grund, dafür ihre Lebenskraft hinzugeben. Der jüngste Klöckner-Geschäftsbericht zeigt auch, daß ein erfolgreicher Lohnkampf geführt werden kann. Eine Festgeldforderung zwischen 120 DM und 150 DM kann den Zusammenschluß der Stahlarbeiter und die Entwicklung der Kampfkraft ermöglichen.

Höhere Mieten – weniger Wohngeld



Quellen: durchschnittliche Mieten, Strom- und Gaskosten des 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes: Statistische Jahrbücher der Bundesregierung (1965–75); durchschnittlich gezahltes Wohngeld: Wirtschaft und Statistik (1965–78)

z.gab. 1977 ist die Höhe des ausgezahlten Wohngeldes erstmals stärker zurückgegangen als die Zahl der Haushalte, die Wohngeld erhielten, berichtet die Bundesregierung im „Bundesanzeiger“ vom 19. August. Weit mehr als die Hälfte aller Arbeiter- und Rentnerhaushalte erhielten weitaus weniger als den errechneten Durchschnitt im Schaubild. 52% erhielten weniger als 60 DM, jeder 10. Haushalt weniger als 20 DM „Kleinstwohngeld“. Um über 61000 ist die Zahl der Arbeiterhaushalte, die einen „Wohngeldanspruch“ hatten, seit 1975 zurückgegangen, um über 100000 die Zahl der wohngeldberechtigten Rentnerhaushalte.

„Erfolgreiche Jagd auf Schwarzarbeiter“

z.chk. Für ein „koordiniertes Vorgehen aller Behörden gegen Schwarzarbeiter“ hat sich die Bundesregierung jetzt ausgesprochen. Insbesondere will sie die Ordnungsbehörden zu schnellem Handeln ermutigen“. (Handelsblatt 18/19.8.) Als „Schwarzarbeit“ bezeichnet die Bourgeoisie die Arbeit, die nicht unter ihrem Fabrikregime steht, keine Profite für sie bringt. Kein Wunder, daß sie dagegen ist. Die Bundesregierung propagiert die verschärfte Unterdrückung als Maßnahme zur „Beseitigung der Arbeitslosigkeit“, schließlich würden die „Schwarzarbeiter“ den anderen die Arbeit wegnehmen. Soviel „Gerechtigkeit“ muß einen baren Kern haben: Einerseits soll die wachsende Verelendung, die den Zwang zur Überarbeit hervorbringt, genutzt werden, um weitere Mehrarbeit aus den Arbeitern herauszupressen, andererseits soll kein Pfennig an Steuern aus Lohn dem Staatsapparat entgehen. 3,5 Mio. DM Bußgelder wegen „Schwarzarbeit“ hat der Staatsapparat 1977 einkassiert, im ersten Halbjahr 1978 stieg die Summe bereits auf 2,5 Mio. DM.

„Problemgruppenarbeitslosigkeit“

z.anb. Bereits im Mai 1978 hat die Bundesanstalt für Arbeit eine „Strukturanalyse der Arbeitslosen“ erstellt. Erst jetzt werden Ergebnisse veröffentlicht. Was die Ehrenberg-Chargen untersucht haben, ist der Grad der Mobilität und der Umwälzung der Arbeiterheere in der Produktion, die Bereitstellung von billigster, schrankenlos ausbeutbarer Arbeitskraft, vor allem der Jugendlichen. Einbrüche in den Wert der Arbeitskraft, wie sie über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erzielt werden sollen, machen sich in der Folge bezahlt; sind es zunächst die schwächsten Teile der Arbeiterklasse, die alten, behinderten, gesundheitlich ruinierten Arbeiter, die unter die Knute der Arbeitsverwaltung in Zwangsverpflichtung genommen werden, so ist es keineswegs das Ziel der Kapitalisten, ihre Produktion hauptseitig mit schwachen und wenig belastbaren Arbeitern zu organisieren. An die Jugend wollen sie heran und an die Facharbeiter, deren Arbeitskraft entwertet wird, durch Tätigkeiten, die allenfalls eine kurze Zeit des Anlernens erfordern. Das ist der Grund, warum die Bundesanstalt eine Zunahme der „Problemgruppenarbeitslosigkeit“ feststellt, während immer mehr qualifizierte

Portugiesische Seeleute stehen weltweit im Streik

r.ulp. Seit fünf Wochen streiken die portugiesischen Seeleute weltweit auf allen Schiffen der drei großen Staatsreedereien CTM, CNN und SOPONATA. Es geht um die Durchsetzung einer Lohnerhöhung von 3000 Escudos (ca. 120 DM) für alle Dienstgrade an Bord.

Der Tarif für die Seeleute ist trotz einer gewaltigen Inflationsrate von rund 30% pro Jahr seit drei Jahren nicht mehr erhöht worden. Die Seeleute Portugals kämpfen bereits seit zwei Jahren um die Erneuerung des Vertrages. Im Verlauf von Generalstreiks für höhere Löhne im ganzen Land hat die FESIMAR, die Dachorganisation der Seeleute-Einzelgewerkschaften, zu einem besonderen Streik aufgerufen. Es wird zwar nach wie vor acht Stunden von Montag bis Freitag gearbeitet, aber die zum Auslaufen der Schiffe notwendigen Überstunden werden verweigert. Das hat den Vorteil, daß die Heuer während des Streiks weitergezahlt werden muß, die Schiffe aber weltweit festliegen.



Ein ausgebildeter Matrose der 1. Klasse verdient 9000 Escudos (ca. 360 Mark) monatlich Grundheuer. Mit Überstunden kommt er auf 15000 Escudos (ca. 600 Mark) brutto. Ca. 25% Steuern und Sozialversicherung gehen ab, und am Ende des Jahres wird die gesamte Steuer summiert und von dieser Summe nochmals 10% als sogenannte Berufssteuer gefordert.

Das zuständige Ministerium bot eine Erhöhung der Grundheuern für Matrosen der 1. Klasse auf 11500 Escudos an, jedoch unter der Bedingung, die Überstunden in Zukunft überhaupt nicht mehr zu bezahlen. Als Wachgänger hätten die Seeleute dann mindestens eine 56-Stunden- Woche mit 1500 Escudos weniger als vorher. Die Seeleute antworteten mit der Organisierung des Streiks. Inzwischen wurden 1500 Escudos Lohnerhöhung angeboten bei Beibehaltung der Überstundenzahlung. Auch das haben die Seeleute abgelehnt, aus guten Gründen, zumal den Ministern der portugiesischen Regierung eine Gehaltserhöhung von 10000 Escudos gewährt wird und der Grundlohn eines Matrosen nicht einmal die Summe erreicht, die sich die Staatsfunktionäre zusätzlich einstreichen. Die Seeleute halten an ihrer Forderung fest.

Dann hat der Staatsapparat versucht, die Besatzungen bestreikter Schiffe zwangszuverpflichten. Die Seeleute haben sich geweigert und sollten daraufhin vor den Kadi gezerrt werden. Gerichtsverhandlungen wurden angesetzt und Geldstrafen verhängt. Die Gewerkschaftsorganisation FESIMAR wird erst dann wieder mit dem Staatsapparat verhandeln, wenn die Drohungen und Geldstrafen zurückgenommen werden. Der Einsatz der Staatsgewalt gegen die streikenden Seeleute hat deren Entschlossenheit zur Durchsetzung der Lohnforderung erhöht.

Lohnkampf der Sozialarbeiter in London

z.jon.London. Seit dem 14. August streiken die Sozialarbeiter der Stadtverwaltung Newcastle und des Londoner Bezirks Southwark. Seit dem 21. August die 200 Sozialarbeiter des Londoner Bezirks Tower Hamlets. Am gleichen Tag beschlossen 300 Delegierte von Sozialarbeitern aus ganz England die Ausdehnung der Streikaktionen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Sie verdienen jetzt zwischen 40 Pfund (rund 160 DM) und 80 Pfund netto pro Woche. Sie fordern eine Anhebung auf mindestens 60 bis 90 Pfund. Das haben die Dienstherren abgelehnt, weil es gegen die bis dahin gültige Lohnleitlinie von 10% verstößt. Ferner fordern die Sozialarbeiter die Möglichkeit zu örtlichen Lohnverhandlungen. Drittens fordern sie die Durchsetzung der 36-Stundenwoche. Bis jetzt müssen sie „mindestens" 36 Stunden arbeiten, tatsächlich werden von ihnen zahllose Überstunden ohne Bezahlung verlangt. Die bürgerliche Presse hetzt, der Streik richte sich gegen die Alten, Kranken und Schwachen und will den Sozialarbeitern damit das Streikrecht streitig machen. Eine Sozialarbeiterin aus den Tower Hamlets erklärte: „Wir weigern uns, einen Notdienst einzurichten, weil das die einzige Möglichkeit ist, den Streik zu einem schnellen Ende zu bringen."

Brauereiindustrie: Ohne Lohnforderung wird es nicht gehen

z.hek. 84,95% der knapp 15000 organisierten Arbeiter der Brauereiindustrie Nordrhein-Westfalens haben am 21./22.8. für Streik gestimmt. Am 25.8. wurde trotz dieser Abstimmung ein Schlichtungsgespräch geführt. Am 26.8. hieß es: „Ein entscheidender Durchbruch, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, (ist) gelungen." (G. Döding, zweiter Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten) Die hessischen Nachrichten vom 26.8. um 12.00 Uhr zu den Forderungen: 60jährige Arbeiter sollen künftig 32 Stunden arbeiten. 55jährige sollen von 1979 an 38 Stunden, von 1980 37 Stunden und 1981 36 Stunden pro Woche arbeiten. Über 57jährige sollen ab 1981 34 Stunden arbeiten. Für alle gilt die Voraussetzung 10jähriger Arbeit in einem nordrhein-westfälischen Brauereibetrieb. Mehr Urlaub für alle und Erhöhung verschiedener Zulagen soll's auch geben. Nur, der Kündigungsschutz – tariflich abgesichert – wird nicht angesprochen. Der Abschluß läuft darauf hinaus, daß die älteren Arbeiter früher verrentet oder beseitigt werden. Er ist geeignet, die Einstellung von Teilzeitarbeitern zu beschleunigen, um eine Senkung des Lohnniveaus zu erreichen. Der anstehende Lohnkampf in Nordrhein-Westfalen und die Urabstimmung über den Manteltarif muß genutzt werden, um diesem Vorhaben der Kapitalisten

listen. Entsprechend der Versuch, über die Intensivierung des Arbeitstages und durch direkte Lohnsenkung die Schlappe im Konkurrenzkampf wieder wettzumachen, sich Extraprofite zu sichern.

Dies ist der Hintergrund des Kampfes der Brauereiarbeiter. Die Aussage des Schlichtungsspruchs liegt auf der Linie der Zigarettenindustrie, mit der die NGG folgende Vereinbarung traf: „Arbeitnehmer, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und mindestens zehn Jahre dem Unternehmen angehören, werden alternativ von der Arbeit freigestellt bei Fortzahlung von 75% ihrer Bruttobezüge (einschließlich Jahressonderzahlungen) oder bei herabgesetzter Wochenarbeitszeit von 20 Stunden mit vollem Arbeitsentgelt beschäftigt" (Die Quelle, 7-8/78, wir berichteten darüber in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 25/78).

Der NGG-Pressesprecher Hönig: „In der Zigarettenindustrie ist das ja so, daß die Branche 1:1 neu einstellt. Also wenn einer nur noch 20 Stunden arbeitet, muß eben einer mit 20 Stunden reinkommen." Nach Vereinbarung kann es sogar 2:1 sein. Profitträchtig für die Kapitalisten ist es allemal. Die Tabelle zeigt, welche Auswirkungen der verstärkte Einsatz von Teilzeitarbeitern auf den Durchschnittslohn hat.

In der Brauereiindustrie NRW sind die Kapitalisten gegen einen solchen Abschluß. 7300 Arbeiter in der gesamten westdeutschen Brauindustrie sind über 55 Jahre alt. Das sind zu viele. Der Nutzen für die Kapitalisten wird zu spät realisiert. Sie benötigen den Profit jetzt. Im „Handelsblatt" äußern sie sich: „Bisher galten Arbeitnehmer (in NRW) von über 54 Jahren bei einer 12-jährigen Betriebszugehörigkeit als unkündbar. Die Arbeitgeber hätten nun den Fortfall dieser Unkündbarkeitsklausel und stattdessen die tarifpolitische Vereinbarung gefordert, daß eine Kündigung dieses Personenkreises nur mit Zustimmung des Betriebsrates möglich sei." Das ist ohnehin im Betriebsverfassungsgesetz verankert und bezieht sich auf *alle* Arbeiter. Das Ziel wird durch diese Äußerung klarer und die Methode, wie sie die Lohnsenkung vorzunehmen gedenken. Die älteren Arbeiter müssen zuvor entlassen werden, es sind ihrer noch zu viele, als daß ein Abschluß wie in der Zigarettenindustrie sich rasch in Bares verwandeln würde. Interessiert

Wirkung der Teilzeitarbeit auf den Durchschnittslohn

Gesamtbelegschaft davon Teilzeit- Teilzeitarbeit ab Endlohn Monatslohnsumme durchschnittlicher Monatslohn

daran sind sie schon. Schließlich gibt es nach den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen genug junge, von den Kassen der Arbeiter bezahlte Arbeitskraft, die in Teilzeitarbeit eingesetzt, aber wie in Vollzeit vernutzt, wahre Profitberge durch Senkung des allgemeinen Lohnniveaus verspricht. „Bekämpfung" der Arbeitslosigkeit durch Verbilligung der Ware Arbeitskraft, diesem Ziel stehen die Kapitalisten nicht abgeneigt gegenüber. Offene Flanken reißt die Politik des NGG-Vorstands, der für insgesamt 430000 Beschäftigte der Nahrungsmittelindustrie über 1000 Tarifverträge abgeschlossen hat, davon jährlich 600 verhandelt. Doppelt zahlen es die Arbeiter: NGG-Hönig: „Jetzt haben wir den 2. Weg, und der sieht so aus: Lohnausgleichskasse! Die Arbeitnehmer zahlen einen Teil in die Kasse, die Unternehmer den anderen. Z.B. bei einem Abschluß von 10% bekommen die Arbeiter nur 9,15%." Das ist eine folgenschwere Rechnung. 1,7% betragen die „Kosten" für die frühere Verrentung bzw. Teilzeitarbeit bei 75% bzw. voller Entlohnung der älteren Arbeiter. 50 zu 50 werden die Kosten aufgeteilt. Es kann gut sein, daß der NGG-Vorstand die Manteltarifforderung nach dem vertraglichen Kündigungsschutz der älteren Arbeiter zugunsten der „Arbeitszeitverkürzung" opfert. Schon ist man da, wo die Kapitalisten hinwollen. Das muß nicht sein. Am 31.8.78 läuft der Lohntarif

z.hek. 84,95% der knapp 15000 organisierten Arbeiter der Brauereiindustrie Nordrhein-Westfalens haben am 21./22.8. für Streik gestimmt. Am 25.8. wurde trotz dieser Abstimmung ein Schlichtungsgespräch geführt. Am 26.8. hieß es: „Ein entscheidender Durchbruch, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, (ist) gelungen." (G. Döding, zweiter Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten) Die hessischen Nachrichten vom 26.8. um 12.00 Uhr zu den Forderungen: 60jährige Arbeiter sollen künftig 32 Stunden arbeiten. 55jährige sollen von 1979 an 38 Stunden, von 1980 37 Stunden und 1981 36 Stunden pro Woche arbeiten. Über 57jährige sollen ab 1981 34 Stunden arbeiten. Für alle gilt die Voraussetzung 10jähriger Arbeit in einem nordrhein-westfälischen Brauereibetrieb. Mehr Urlaub für alle und Erhöhung verschiedener Zulagen soll's auch geben. Nur, der Kündigungsschutz – tariflich abgesichert – wird nicht angesprochen. Der Abschluß läuft darauf hinaus, daß die älteren Arbeiter früher verrentet oder beseitigt werden. Er ist geeignet, die Einstellung von Teilzeitarbeitern zu beschleunigen, um eine Senkung des Lohnniveaus zu erreichen. Der anstehende Lohnkampf in Nordrhein-Westfalen und die Urabstimmung über den Manteltarif muß genutzt werden, um diesem Vorhaben der Kapitalisten Schranken zu ziehen.

Von den 88000 Beschäftigten in der Brauereiindustrie im Jahre 1970 arbeiten heute nach Auskunft der Pressestelle Hamburg der NGG noch 73000, 17% weniger also. In NRW ist der Beschäftigtenstand im gleichen Zeitraum um 24% gesunken. Im ersten Quartal 1978 sank die Gesamtbierausfuhr der westdeutschen Imperialisten gegenüber dem Vorjahr um 35,5% oder 608883 hl. Die Ausfuhr in wichtige europäische Absatzländer nahm ab. Ein Alarmzeichen für die Brauereikapitalisten. Entsprechend der Versuch, über die Intensivierung des Arbeitstages und durch direkte Lohnsenkung die Schlappe im Konkurrenzkampf wieder wettzumachen, sich Extraprofite zu sichern.

Dies ist der Hintergrund des Kampfes der Brauereiarbeiter. Die Aussage des Schlichtungsspruchs liegt auf der Linie der Zigarettenindustrie, mit der die NGG folgende Vereinbarung traf: „Arbeitnehmer, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und mindestens zehn Jahre dem Unternehmen angehören, werden alternativ von der Arbeit freigestellt bei Fortzahlung von 75% ihrer Bruttobezüge (einschließlich Jahressonderzahlungen) oder bei herabgesetzter Wochenarbeitszeit von 20 Stunden mit vollem Arbeitsentgelt beschäftigt" (Die Quelle, 7-8/78, wir berichteten darüber in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 25/78).

Der NGG-Pressesprecher Hönig: „In der Zigarettenindustrie ist das ja so, daß die Branche 1:1 neu einstellt. Also wenn einer nur noch 20 Stunden arbeitet, muß eben einer mit 20 Stunden reinkommen." Nach Vereinbarung kann es sogar 2:1 sein. Profitträchtig für die Kapitalisten ist es allemal. Die Tabelle zeigt, welche Auswirkungen der verstärkte Einsatz von Teilzeitarbeitern auf den Durchschnittslohn hat.

In der Brauereiindustrie NRW sind die Kapitalisten gegen einen solchen Abschluß. 7300 Arbeiter in der gesamten westdeutschen Brauindustrie sind über 55 Jahre alt. Das sind zu viele. Der Nutzen für die Kapitalisten wird zu spät realisiert. Sie benötigen den Profit jetzt. Im „Handelsblatt" äußern sie sich: „Bisher galten Arbeitnehmer (in NRW) von über 54 Jahren bei einer 12-jährigen Betriebszugehörigkeit als unkündbar. Die Arbeitgeber hätten nun den Fortfall dieser Unkündbarkeitsklausel und stattdessen die tarifpolitische Vereinbarung gefordert, daß eine Kündigung dieses Personenkreises nur mit Zustimmung des Betriebsrates möglich sei." Das ist ohnehin im Betriebsverfassungsgesetz verankert und bezieht sich auf *alle* Arbeiter. Das Ziel wird durch diese Äußerung klarer und die Methode, wie sie die Lohnsenkung vorzunehmen gedenken. Die älteren Arbeiter müssen zuvor entlassen werden, es sind ihrer noch zu viele, als daß ein Abschluß wie in der Zigarettenindustrie sich rasch in Bares verwandeln würde. Interessiert daran sind sie schon. Schließlich gibt es nach den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen genug junge, von den Kassen der Arbeiter bezahlte Arbeitskraft, die in Teilzeitarbeit eingesetzt, aber wie in Vollzeit vernutzt, wahre Profitberge durch Senkung des allgemeinen Lohnniveaus verspricht. „Bekämpfung" der Arbeitslosigkeit durch Verbilligung der Ware Arbeitskraft, diesem Ziel stehen die Kapitalisten nicht abgeneigt gegenüber. Offene Flanken reißt die Politik des NGG-Vorstands, der für insgesamt 430000 Beschäftigte der Nahrungsmittelindustrie über 1000 Tarifverträge abgeschlossen hat, davon jährlich 600 verhandelt. Doppelt zahlen es die Arbeiter: NGG-Hönig: „Jetzt haben wir den 2. Weg, und der sieht so aus: Lohnausgleichskasse! Die Arbeitnehmer zahlen einen Teil in die Kasse, die Unternehmer den anderen. Z.B. bei einem Abschluß von 10% bekommen die Arbeiter nur 9,15%." Das ist eine folgenschwere Rechnung. 1,7% betragen die „Kosten" für die frühere Verrentung bzw. Teilzeitarbeit bei 75% bzw. voller Entlohnung der älteren Arbeiter. 50 zu 50 werden die Kosten aufgeteilt. Es kann gut sein, daß der NGG-Vorstand die Manteltarifforderung nach dem vertraglichen Kündigungsschutz der älteren Arbeiter zugunsten der „Arbeitszeitverkürzung" opfert. Schon ist man da, wo die Kapitalisten hinwollen. Das muß nicht sein. Am 31.8.78 läuft der Lohntarif für die Brauereibeschäftigten in NRW aus. Die Delegiertenkonferenz der NGG hat die Forderung von 7,5% erhoben. Die Höhe der Forderung zeigt den Willen der Brauereiarbeiter, die geplante Lohnsenkung nicht hinnehmen zu wollen. Ein Abschluß in dieser Höhe ist geeignet, der Verelendung eine Schranke zu ziehen. Daß die Kraft dazu reicht, haben die Arbeiter von Haake-Beck Bremen nach dem letzten Abschluß in Höhe von 6,5% bewiesen. Sie erzwangen eine zusätzliche Prämie in Höhe von 50 DM.

Wirkung der Teilzeitarbeit auf den Durchschnittslohn

Gesamtbelegschaft	davon Teilzeitarbeiter	Teilzeitarbeit ab Endlohn in DM/h	Monatslohnsumme in Mio. DM	durchschnittlicher Monatslohn in DM
3300	–	–	6,815	2065,10
3388	176	8,00	6,815	2011,46
5118	3636	11,00	6,815	1331,54
5890	5180	14,00	6,815	1157,02
6165	5730	17,00	6,815	1105,40
6452	6304	20,00	6,815	1056,23
6600	6600	23,00	6,815	1032,55

Der Kapitalist zahlt nicht die Arbeit und nicht den Wirkungsgrad der Arbeit, er zahlt die Arbeitszeit. Infolgedessen kann ein Kapital eine zuschüssige Mehrarbeit einheimsen, wenn es die Dauer der Arbeit verkürzt und für die Stunde das gleiche zahlt. Denn es *nimmt* mehr. Der durchschnittlich gezahlte Lohn, der vor Einführung der Teilzeitarbeit auf 2065,10 DM stand, sinkt Zug um Zug in Richtung seiner Hälfte ab.

Unruhe im Vatikan

z.and.Rom. „Eine gewisse Erwartungshaltung macht sich unter den Beschäftigten des Vatikans breit", meldet der „Corriere della Sera". Der Grund: Die Gratifikation „pro pontifice defunto" – für den verstorbenen Papst – ist noch nicht ausgezahlt. Gewöhnlich geschieht das am Tage vor der Beerdigung, und das hat man in Rom immerhin schon seit über einer Woche hinter sich. In Anbetracht der „enthaltsamen Lebensweise" des toten Papstes, die überall gepriesen wird, stimmt das wirklich unruhig. Über 3000 Beamte füllen allein die Büros und Sakristeien des Vatikans, 1000 Pfaffen wird Rente gezahlt, dazu kommen die Arbeiter und Angestellten, die für den Papst *arbeiten* müssen. Der Vatikan hat einen eigenen Verlag. Für den technischen Betrieb, Wirtschaftshaltung, Gesundheitsversorgung, Bibliotheken, Archive und Museen müssen Hunderte ihre Arbeitskraft an die Kirche verkaufen. Paul Montini hat die Kurie „reformiert". Unter anderem wurde ein „Staatssekretariat" eingerichtet, bei dem die Leitung des ganzen Unternehmens zentralisiert ist, unter direkter Aufsicht des Papstes. Eine in einem römischen Kino „zu Studienzwecken" angelaufene Pornofilm-Dokumentation wurde jetzt auf Intervention des Vatikan ausgesetzt. Sobald der neue Papst gewählt ist, geht es weiter.

z.and.Rom. „Eine gewisse Erwartungshaltung macht sich unter den Beschäftigten des Vatikans breit", meldet der „Corriere della Sera". Der Grund: Die Gratifikation „pro pontifice defunto" – für den verstorbenen Papst – ist noch nicht ausgezahlt. Gewöhnlich geschieht das am Tage vor der Beerdigung, und das hat man in Rom immerhin schon seit über einer Woche hinter sich. In Anbetracht der „enthaltsamen Lebensweise" des toten Papstes, die überall gepriesen wird, stimmt das wirklich unruhig. Über 3000 Beamte füllen allein die Büros und Sakristeien des Vatikans, 1000 Pfaffen wird Rente gezahlt, dazu kommen die Arbeiter und Angestellten, die für den Papst arbeiten müssen. Der Vatikan hat einen eigenen Verlag. Für den technischen Betrieb, Wirtschaftshaltung, Gesundheitsversorgung, Bibliotheken, Archive und Museen müssen Hunderte ihre Arbeitskraft an die Kirche verkaufen. Paul Montini hat die Kurie „reformiert". Unter anderem wurde ein „Staatssekretariat" eingerichtet, bei dem die Leitung des ganzen Unternehmens zentralisiert ist, unter direkter Aufsicht des Papstes. Eine in einem römischen Kino „zu Studienzwecken" angelaufene Pornofilm-Dokumentation wurde jetzt auf Intervention des Vatikan ausgesetzt. Sobald der neue Papst gewählt ist, geht es weiter.

New Yorker Drucker festigen die Streikfront

z.wom. Seit drei Wochen streiken die Drucker und Journalisten der New Yorker Bourgeoisblätter „New York Times", „New York Daily News" und „New York Post" gegen die Rationalisierungspläne der Zeitungsherren, die ihnen noch größere Arbeitshetze und Massenentlassungen aufzwingen wollten. Trotz Einsatz des staatlichen Schlichters konnten die Kapitalisten die Streikfront nicht zersetzen. In der letzten Woche haben die Zeitungsherren zu einem neuen Vorstoß ausgeholt und lassen jetzt außerhalb New Yorks unter anderen Titeln die drei Zeitungen drukken. Aber mit diesem Angriff kommen sie bislang nicht recht voran. Ihre Streikbruchblättchen erreichen gerade eine Auflage von 1 Million, während sonst allein eine von den drei Tageszeitungen über 3 Millionen Exemplare Auflage erreicht. Auch das profitträchtige Anzeigengeschäft will nicht recht laufen.

Die Antwort der Druckarbeiter und Journalisten ist die weitere Festigung und Verbreiterung der Streikfront: Jetzt haben sich auch die Journalistengewerkschaft „Newspaper Guild", die Gewerkschaft der Maschinisten und die Gewerkschaft der Zeitungsausfahrer, die den Vertrieb der Streikbruchblätter wirksam behindern können, offiziell dem Streik angeschlossen. Die Mitglieder dieser Gewerkschaften hatten sich schon seit Streikbeginn am Streik beteiligt.

Arbeitskräfte wie auch Jugendliche über die Arbeitsverwaltung in neue Stellen vermittelt werden.

Neuer BDI-Chef Rodenstock: Langjährig bewährt

z.sst. Am 18.8 wurde R. Rodenstock, Münchner Brillenfarikant und Ausbeuter von 6000 Arbeitern in der BRD, Europa, Nord- und Südamerika zum neuen BDI-Präsidenten gekürt. Den Abschuß Fasolts – offensichtlich vor dem Offenbarungseid und in der Konkurrenz hoffnungslos hinterher – kommentiert der „Spiegel" so: „In Kanzler- und Gewerkschaftsrunden fiel Fasolt vor allem durch sein vornehmes Schweigen auf." In den kommenden Tarifkämpfen wollen die Kapitalisten weitere Lohnsenkungen durchsetzen. Dazu brauchen sie einen starken Mann an der Spitze. Rodenstock hat sich als Vizepräsident des BDI, Präsident der Industrie- und Handelskammer München und Bayern, des Landesverbandes der bayrischen Industrie, als Vorsitzender des Instituts der deutschen Wirtschaft und Wirtschaftsprofessor an der Universität München mit Vorträgen über „technisch wirtschaftliche Rationalisierung" bewährt. „Gewinne zu erzielen, ist Grundbedingung für den eigentlichen Daseinszweck der Unternehmer" hat er 1967 geschrieben und gedroht, daß „das Leistungsdenken wieder den Vorrang vor dem Anspruchsdenken zu bekommen hat".

Gurtpflicht: Gscheidle in Ehrenbergs Fußstapfen

z.düb. Ab 1.4.79 will Verkehrsminister Gscheidle für nichtangeschnallte Autofahrer ein Bußgeld von 40 DM kassieren und für neue Autos den Gurt für den Rücksitz zur Pflicht machen. Angeblich treibt ihn die Sorge um die Massen, die zu ihrem Glück eben gezwungen werden müssen. 495 Mrd. Kilometer mußten die Massen im letzten Jahr im Auto fahren, meist um die Entfernungen zwischen Betrieb und Wohnung zu überwinden. 15000 Tote und 51000 Verletzte (plus 6%) hat das die Arbeiterklasse gekostet, obwohl über 52% der Autofahrer Gurt anlegen. Gscheidle will die Versicherungsgelder, auf die der Anspruch entfällt, wenn ohne Gurt gefahren wurde, und die zusätzliche Quelle für die Plünderung mit dem Bußgeld.

Gewerkschaftsarbeit: Keine Gehaltsfortzahlung

z.mif. Bei Freistellung für Gewerkschaftstätigkeit im Bankgewerbe besteht kein Anspruch auf Gehaltsfortzahlung! Im § 16 des Manteltarifvertrags für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken vom 1. Juli 1974 heißt es u.a.:

„... Den in verantwortlicher leitender Stellung bei den vertragschließenden Angestelltenorganisationen tätigen Arbeitnehmern ist zur Teilnahme an den Sitzungen in Gewerkschaftsangelegenheiten Arbeitsbefreiung zu gewähren ...

3. Arbeitsbefreiung unter Fortzahlung des Gehalts ... ist ferner zu gewähren ..." Laut Gericht besteht „nur eine Pflicht des Arbeitgebers zur Freistellung von der Arbeit, aber nicht zur Entgeltfortzahlung", da nur „in den im privaten Bereich der Angestellten liegenden Fällen der Nummer 3 (zum Beispiel eigene Eheschließung) ausdrücklich ‚unter Fortzahlung des Gehalts' " dabeisteht.

(Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 5.4.1978 – 4 AZR 640/76)

Springer erhält Frontmedaille

z.hef. Axel Springer wurde die „Amerikanische Freundschaftsmedaille" von der US-„Freiheitsstiftung" verliehen. „Die Verleihungsurkunde betont, der Verleger habe mit der Errichtung seines Verlagsgebäudes direkt an der Berliner Mauer ein eindrucksvolles Symbol für unsere Demokratie geschaffen", schreibt Springers „Welt"

Springer erhielt seine Propaganda für die Wiedereroberung der DDR honoriert. Die „Freiheitsstiftung" wurde 1949 von Eisenhower gegründet. Eisenhower kommandierte kurz nach dem Krieg die US-Besatzungstruppen in Deutschland. Höhepunkte seiner Außenpolitik als Präsident von 1952 bis 1960 waren die Entfaltung der Einmischung in Vietnam, die Invasion in den Libanon 1959, die Produktion neuer Atomwaffen, die Aufnahme regelmäßiger Spionageflüge über der Sowjetunion, die öffentliche Forderung nach der „Einheit Deutschlands" unter US-Vorherrschaft.

Springer feierte den Orden in seinem Westberliner Hochhaus, mit Blick nach Osten.

EKD-Jugendarbeit: Stahlhelm unter dem Heiligenschein

z.woe. Tief besorgt, daß „durch die Einführung von obligatorischem Wehrunterricht in der DDR die Erziehung zum Frieden ... ernsten Schaden leidet", haben die Pfaffen in der Presse laut aufgeheult. Scheinheilig über den DDR-Wehrunterricht empört, versucht die Evangelische Kirche Deutschlands selbst, intensiv die westdeutsche Jugend für den imperialistischen Krieg abzurichten. So schreibt Pfarrer Böckh im „Berliner Sonntagsblatt" vom 4.6.1978: „Der Revolver des Revolutionärs ist ebenso furchtbar wie der Dolch des gedungenen Mörders", um weiszumachen, daß den Völkern im Süden Afrikas bei „der Gewalt Einhalt geboten wird ..., um eine friedliche Lösung für dieses Gebiet zu finden". (EPD-Dokumentation) Ist die Jugend erst in die Armee gepreßt, wird dann das pazifistische Gesäusel durch einen strammen Kasernenton ausgetauscht: Die Bundeswehr sei nötig, „weil es gilt, Frieden und Freiheit zu bewahren und nicht anderen die Entscheidung zu überlassen." (Militärbischof Dr. S. Lehming) Zur Verteidigung dieser Freiheit wird durch die kirchliche Jugendzeitschrift „Blickpunkt" denn auch „im Bewußtsein, daß die individuellen Menschenrechte ... im westlichen System immer noch am besten aufgehoben sind", der Charta-77-Anhänger Patocka zitiert: „Keinerlei Nachgiebigkeit" habe gegen die Menschenrechtsverletzungen des sozialimperialistischen Konkurrenten genützt, daher seine „Aufforderung zu einem unerschrockenen Auftreten". Für diesen neuen Ostfeldzug werden denn auch Jugendliche aus kirchlichen Ferienlagern zu Kasernenbesuchen mit obligatorischem Gebet vor dem Essen „eingeladen". Die Militärgeistlichen werden darauf vorbereitet, sich auf die „Begleitung der Truppen zu längerfristigen Übungen" einzustellen (Süddeutsche Zeitung, 21.11.77). Um dann im Krieg ihre Aufgabe der „Gewissensschärfung" (Entwicklungspolitischer Dienst, 26.10.77) auch richtig zu erfüllen, hält angesichts des „Neuaufbruchs der Jugend" – der wachsenden Entfaltung des Klassenkampfes – Militärdekan Ottomeyer ein „umfangreiches Fortbildungsprogramm für Bundeswehrseelsorger", das z.B. in der Schule für Innere Führung, Koblenz, durchgeführt wird, für unverzichtbar.

„Wer will schon gern Papst werden"

z.and.Rom. Kurz vor Beginn der Wahl schien noch immer „alles offen", obwohl allgemein ein „kurzes Konklave" erwartet wurde. Welcher Kardinal soll die durch das zweite Vatikanische Konzil festgelegte Politik der „Öffnung der Kirche gegen die Welt" fortsetzen? Der Hauptstreitpunkt: ein Italiener oder ein „Nichtitaliener", womöglich einer aus der Dritten Welt? Die Fraktion der US-Imperialisten hatte eine Schrift verfaßt, in der die Vorzüge eines Kardinals aus der Dritten Welt erörtert werden – Zweck hätte ein solches Unterfangen nur, wenn damit der Versuch der Spaltung der Völker mit Hilfe der christlichen Religion ein gutes Stück vorangebracht werden könnte, und ob das gelingt, ist wirklich unsicher. „Weltoffen" versuchen sich die Pfaffen dort als Vorkämpfer gegen Unterdrükkung und soziales Unrecht aufzuspielen, und zu diesem Bild paßt nicht so recht ein im Vatikan immer fetter werdender Papst. Die Kardinäle aus der Dritten Welt selbst waren auch sehr zurückhaltend. Vom ZDF nach seiner Meinung zu dem Problem befragt, äußerte sich der Kardinal und Erzbischof von Manila (Philippinen): „Wir haben über diesen Punkt noch nicht entschieden, das wird auch nicht leicht sein, denn wer will schon gern Papst werden." Die nötige Rückenstärkung will man lieber über die Bischofskonferenzen erhalten, zu der dritten lateinamerikanischen im Oktober in Mexiko ist der neue Papst jedenfalls schon offiziell eingeladen. Für die katholische Kirche hat ein Italiener an der Spitze der Hauptverwaltung des größten Privatkonzerns des Landes den Vorteil, sich unverfrorener in die inneren Angelegenheiten Italiens einmischen zu können. Da bietet sich niemand besser an als Albino Luciani mit sozialistischem Papa, jedoch „ein Mann der Seelsorge". Die „weltoffene" Pfaffentätigkeit wird fortgesetzt. Johannes-Paul I. garantiert für Qualität – nicht zu progressiv – aber wirkungsvoll. Mit der Wahl dieses Italieners meinen die Kirchenfürsten ihre Forderung nach Entscheidungsbefugnissen für die Bischofskonferenzen durchzusetzen, um ihrer und ihrer Herren Einfluß auf den Vatikan und Italien auszudehnen.

Preussag-Kapitalisten verseuchen Harlingerode

Sozialminister empfiehlt: Blei- und Cadmiumverseuchtes Obst „gründlich waschen"





r.ohm. Goslar/Bad Harzburg. Vor gut einer Woche hat das Niedersächsische Sozialministerium zu dem Pflanzenuntersuchungsprogramm Stellung bezogen, das im Auftrag des Ministeriums in der Umgebung der Blei- und Zinkhütte der Preussag durchgeführt wird. Selbstangebautes Obst und Gemüse ist untersucht worden. Vom ausschließlichen Verzehr des in Harlingerode, Oker, Göttingerode und Schlewecke (Stadtteile von Goslar bzw. Bad Harzburg) geernteten Salats, Grünkohls und Johannisbeeren rät das Ministerium ab wegen des „erhöhten Gehalts an Blei und Cadmium" (Schwermetalle), der festgestellt worden sei. Der Verzehr von in Harlingerode angebauten Kartoffeln sollte durch Zukauf eingeschränkt werden. In jedem Fall sollte Obst und Gemüse aus diesem Bereich vor dem Verzehr gründlich gewaschen werden. Dann sei eine Gefährdung der Gesundheit nicht zu befürchten.

Inzwischen hat die Preussag durch den Sprecher ihres Hüttenwerks Harz erklären lassen, daß die Überlegungen des Sozialministeriums, die Messungen fortzusetzen, begrüßt werden, „weil nur Meßergebnisse über längere Zeiträume repräsentatives Material liefern können". Ebenso würden die gegebenen Empfehlungen der Behandlung von Obst und Gemüse unterstützt. Weiter heißt es in der Stellungnahme, es bestehe kein Zweifel, daß die Emissionen des Hüttenwerks und die Imissionen im Raum Oker/Harlingerode in den letzten Jahren spürbar zurückgegangen seien. Das würden die vorliegenden Ergebnisse der eigenen Messungen zeigen.

Damit hat auch niemand gerechnet, daß die Preussag-Kapitalisten ihr eigenes Grab ausschaufeln. Was von diesem „spürbaren Rückgang" zu halten ist, weiß jeder, der im Juli 1976 wegen starken Hustenreizes bis zum Erbrechen nachts wachgelegen hat. Nach einem Schaden an den Endabsorbern der Schwefelsäureanlage der Zinkhütte waren dichte Schwefeltrioxydnebelschwaden über Harlingerode gezogen, über mehrere Wochen hinweg war der Gestank unerträglich. Die Preussag-Kapitalisten hatten dies, Bares im Auge, voll einkalkuliert. Nach einer Störung an einem Turm der Schwefelsäureanlage Ende Juni 1976 wurde dieser außer Betrieb genommen und mit dem anderen Turm weitergefahren, bis auch dieser nicht mehr voll arbeitete und das Schwefeltrioxyd ungehindert durch den Schornstein entweichen konnte.

Ein Bauer, dessen Hof nur ein paar hundert Meter von der Preussag entfernt in Harlingerode liegt, berichtete uns in der letzten Woche: Ein Gebiet von achtzig Hektar direkt an der Preussag kann gar nicht bebaut werden, es wird nur gepflügt. Die Erträge in diesem Gebiet sind überall niedriger als z.B. im Braunschweiger Raum, obwohl die Bauern 20 Zentner Kalk pro Morgen streuen. Im Braunschweiger Raum streuen die Bauern bei gleichem Boden nur fünf Zentner, und außerdem schlechteren Kalk. Der Kalk soll den Bleistaub binden. In direkter Nähe der Hütte gehen von den Rüben ca. 50% ein.

Für die Entschädigungen wird ein Ausschuß gebildet aus drei Bauern und einem Vertreter der Preussag (das ist ein Erfolg der Bauern, früher war das Verhältnis zwei zu zwei). Die Entschädigungen werden nach Erfahrungswerten festgelegt, aber richtige Bodenuntersuchungen werden nicht gemacht. Die Mehraufwendungen z.B. für den Kalk müssen die Bauern selbst tragen, von der Mehrarbeit, die der vergiftete Boden ihnen abverlangt, gar nicht zu reden. Wieviel Blei sich über die Jahre hinweg im Boden angesammelt hat, kann keiner sagen. Nach der Schneeschmelze haben die Bauern früher manchmal den letzten, vollkommen schwarzen Schnee abgenommen, damit das Blei nicht in den Boden kommt. Nach den neuesten Untersuchungen des Sozialministeriums befürchten die Bauern Verschlechterungen bei der Einstufung ihrer Produkte.

In Harlingerode gibt es nur noch 15 Vollerwerbsbetriebe, davon halten drei Milchvieh. Diesen drei Bauern sind allein in diesem Jahr schon zwölf Kühe eingegangen. Als in Nordenham die Kühe neben dem Bleiwerk der Preussag auf der Weide verendet sind, hat ein Vertreter der Preussag in Harlingerode gesagt, so etwas könne hier auf keinen Fall passieren. Der Bauer meinte, damit hätte er schon recht gehabt, denn in Harlingerode gäbe es ja fast keine Kühe mehr.

Obwohl der Preussag-Konzern, der etwa 50% Anteil an der westdeutschen Blei- und Zinkproduktion hat, Rükkendeckung im Schnipkoweitschen Sozialministerium gefunden hat, das die Frage Bleivergiftung Ja oder Nein, vom „Zukauf" und „gründlichem Waschen" abhängig macht, fühlen sie sich nicht wohl in ihrer Haut. Offenbar ist direkt Anweisung erteilt worden, in keiner Art und Weise Stellung zu nehmen, und sie gehen offenbar nicht davon aus, daß ihnen die spürbar zurückgegangenen Emissionswerte irgendjemand abnimmt. Den Eindruck hat man zumindest nach einigen Telefongesprächen. Einen Tag nach der Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes des Sozialministeriums mußte die „Goslarsche Zeitung" den ersten Leserbrief abdrucken, in dem die Verzehrempfehlungen Schnipkoweits als Verhöhnung angegriffen werden und unter anderem die unverzügliche Veröffentlichung des gesamten Gutachtens und die vollständige Entschädigung aller Betroffenen gefordert wird.

Einmalige Aufnahme größerer Bleimengen führt rasch zum Tode

r.sab. Blei und Bleiverbindungen können von Menschen und Tieren über die Nahrung, die Haut (fettlösliche Verbindungen) und vor allem über die Atmung aufgenommen werden, wodurch das Blei besonders schnell ins Blut gelangt. Nur 50% des eingeatmeten Bleis werden wieder ausgeatmet. Ein zu hoher Bleigehalt im Blut führt zu einer Schädigung der roten Blutkörperchen und führt zur Blutarmut, Folge ist eine erhöhte Anfälligkeit gegenüber Krankheiten.

Die akute, einmalige Aufnahme größerer Bleimengen führt innerhalb weniger Tage zum Tod. Die chronische Bleivergiftung ist die Folge von dauernder Aufnahme kleinerer Bleimengen, die sich im Laufe der Zeit im Körper ansammeln. Die ersten Anzeichen einer Bleivergiftung werden oft nicht als solche erkannt: Appetitlosigkeit, Konzentrationsschwäche, Müdigkeit, Kopfschmerzen. Da das Blei wichtige Enzyme hemmt, können Bausteine und Vorstufen der roten Blutkörperchen nicht genutzt werden, stauen sich diese an und greifen in den normalen Ablauf des Stoffwechsels ein. Das ist wahrscheinlich auch die Ursache für die bei Bleivergiftungen auftretenden schmerzhaften Koliken und Bauchkrämpfe.

Außerdem kommt es zu Störungen der Nervenfunktion, die von Kribbeln in den Gliedern, Sehstörungen, Gedächtnisschwäche, Schwindelanfällen bis zu Lähmungen und Verwirrtheitszuständen reichen. Besonders gefährdet sind Kinder und Säuglinge. Die Sterblichkeit bei Kindern soll 25% übersteigen.

90 bis 95% des Bleis wird nach wenigen Tagen in den Knochen eingebaut und ruft dann augenblicklich keine Vergiftungserscheinungen hervor, kann aber dort, da es vom Körper wie Calcium behandelt wird, zu jeder Zeit wieder abgebaut werden und zwar insbesondere bei körperlichen Anstrengungen und Krankheiten. Das im Skelett eingebaute Blei wirkt wie eine Zeitbombe.

Die Bleikonzentration in Pflanzen in der Nähe bleiverarbeitender Industrie beträgt oft das 20fache der „normalen" Menge. Das Blei verstopft die kleinen Atmungsöffnungen an den Blättern – die Pflanzen gehen ein. Entsprechend niedrig sind die Erträge der Bauern. Bei Getreide findet man sogar eine Anreicherung von Blei in den Körnern. Untersuchungen in Kalifornien haben gezeigt, daß zwischen gewaschenen und ungewaschenen Proben bleiverseuchten Hafers kein erkennbarer Unterschied in der Bleikonzentration festzustellen war.

Demonstrationen und Streiks gegen den australischen Staatshaushalt

z.jon.London. Die australische Arbeiterklasse hat die Vorlage des Staatshaushalts 1978/79 durch die Bundesregierung von Australien mit Massendemonstrationen und Streiks beantwortet. Am 17.8. wurde der Ministerpräsident Malcolm Fraser von Demonstranten mit Farbbeuteln und Eiern beworfen. Am 21.8. stürmten in Sidney Teilnehmer an einer 10000 Mann starken Demonstration die Börse und brachten den Aktienhandel zum Erliegen. In Brisbane wurden 135 Teilnehmer einer 3000 Mann starken Demonstration bei Zusammenstößen mit der Polizei verhaftet. Am 23.8. ruhte während einer Demonstration von 8000 in Melbourne der öffentliche Nahverkehr, die Arbeit im Hafen und in verschiedenen Fabriken.

Der Börsenkommentar der „Financial Times" bemerkt zu dem Budget: „Der Mann auf der Straße wird mehr für sein Bier, seinen Schnaps, seine Zigaretten und sein Benzin bezahlen. Er wird, außer einem Sockel, seine Zahlungen aus dem geänderten Nationalen Gesundheitsdienst verlieren. Er wird mehr Einkommensteuer bezahlen. Aber für den Investor, der sich in Australien umsieht, enthält der Entwurf keine unangenehmen Überraschungen: In der Tat sollen Kapitalzuflüsse ermutigt werden ... Ein unverhülltes Ziel ist die Anregung zur Profitsteigerung auf Kosten der realen Löhne. Australische Aktienpreise sind bereits in den Monaten vor dem Budget gestiegen."

Der Haushaltsentwurf ist ein brutaler und kaltschnäuziger Angriff auf die Einkommen und Lebensbedingungen der australischen Volksmassen. Er soll die Ausplünderung Australiens durch die imperialistischen Monopole steigern. Er folgt aufs Wort den Forderungen des Sekretariats der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), die ein Instrument der US-amerikanischen und europäischen Imperialisten ist.

Der Bundesfinanzminister John Howard erklärte in seiner Etatrede: „Die realen Löhne sind noch zu hoch und bleiben die Hauptursache für die unannehmbare Höhe der Arbeitslosigkeit. Der Profitanteil ist noch zu gering und hat sich 1978/79 nur wenig verändert."

Ziel des Haushaltes mit Ausgaben in Höhe von 28,87 Mrd. Australischen Dollar (1 Australischer Dollar gleich ca. 2,50 DM) sei es, durch Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen die Inflationsrate auf 5% im kommenden Jahr zu senken und das Haushaltsdefizit von jetzt 11,1% auf 7,7% zu senken.

Für die Massen bedeutet dieser Haushalt unter anderem: „Anpassung" der Renten um 3,4% ab November (bei einer Inflationsrate von knapp unter 10%) und Einführung eines „Bedürftigkeitstests" als Voraussetzung für den Bezug von Rente, Kürzung der Familienzuschüsse, wenn ein Kind mehr als 6 Australische Dollar pro Woche verdient, Mutterschaftsunterstützungen werden gestrichen, Abschaffung der allgemeinen Krankenversicherung, der Staat übernimmt bis zu 40% der Arztkosten für alle, ansonsten müssen sich die Werktätigen selbst versichern, Erhöhung der indirekten Steuern auf Bier um 12,6 Cents pro Liter, auf Spirituosen auf 18,75 Dollar pro Liter, auf Zigaretten um 5,39 Dollar pro kg, Einführung einer Kopfsteuer von 10 Dollar für jeden Erwachsenen, der aus Australien ausreist, Importsteuern von 12,5% auf zahlreiche Fertigwaren, Anpassung der an die in Australien operierenden Ölmonopole gezahlten Rohölpreise an die Weltmarktpreise, was nach Angaben des Ministers eine Benzinpreiserhöhung von 3,5 Cents pro Liter mit sich bringt, Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuer um 1,5% rückwirkend ab 1.7., Besteuerung der Renten und der Sozialunterstützungen zum niedrigsten Satz von 33,5%, Einschränkung aller Lohnerhöhungen auf eine Rate unterhalb des vorgesehenen Wachstums der Geldmenge von maximal 6 – 8%.

Außer dieser Lohnsenkung sind die *direkten* Vorteile, die die Finanzkapitalisten aus diesem Haushalt ziehen, unter anderem:

Die direkte Übereignung der gesamten Versicherungsgelder der arbeitenden Massen an die Versicherungs- und Bankkapitalisten, die erwähnte Mästung der Ölmonopole zu „Weltmarktpreisen", 58 Mio. Australische Dollar an direkten Exportbeihilfen, 27 Mio. Dollar mehr als im letzten Jahr, 24 Mio. Dollar für „industrielle Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen", 10 Mio. Dollar mehr als im letzten Jahr, gesteigerte Kreditaufnahme des Staates im Ausland, Erhöhung der Regierungsanteile an der Entwicklung der Ranger-Uran-Vorkommen im australischen Nord-Territorium, die von einem britisch-amerikanischen Konsortium ausgebeutet werden sollen, auf 44 Mio. Australische Dollar 1978/79, Senkung der Verkaufssteuer auf Autos und Busse von 27,5% auf 15% „zur Förderung der australischen Automobilindustrie", die in den Händen der US-amerikanischen Monopole ist, Abschaffung der Kohleexportsteuer am 30.6.79, Unterstützung von Bauinvestitionen.

Durch die planmäßige Senkung der Rohstoffpreise haben die Imperialisten die koloniale Wirtschaft Australiens 1974/75 in eine schwere Krise getrieben. Die australische Arbeiterklasse hat bisher in großen, langanhaltenden Streikkämpfen die Versuche, ihre Löhne ins Bodenlose zu senken, zurückgeschlagen. Ebenso setzen die australischen Ureinwohner dem Raub der Bodenschätze, der vor allem auf dem ihnen noch verbliebenen Land stattfinden soll, wachsenden Widerstand entgegen. Die Imperialisten fordern dringend die Schaffung uneingeschränkter Plündermöglichkeiten und optimale Ausbeutungsbedingungen für das von ihnen exportierte Kapital, um die Front der Länder der Dritten Welt zu schwächen. Der OECD-Bericht vom April dieses Jahres:

„Um das Gesamtgleichgewicht wiederherzustellen, ist aber eine stärkere Belebung des privaten Kapitalzuflusses und/oder weitere Kreditaufnahme durch die Regierung erforderlich ..., da Australien in etwas längerer Frist in einer außergewöhnlich guten Lage ist, um eine gesteigerte Nachfrage nach Exporten auf Rohstoffgrundlage zu befriedigen."

Radio Australien meldet am 14. August, daß die Arbeitstage, die die Kapitalisten durch Streiks verloren haben, im Mai 1978 den höchsten Stand seit Juli 1976 erreicht haben. 249 Streiks mit 413600 Streiktagen wurden registriert. Im Dezember 1977 waren es 23000 Streiktage. Nach wochenlangen Streiks vor allem der Hafen- und Automobilarbeiter fügt jetzt ein Streik der Arbeiter der Telefongesellschaft Telecom, der seit über einem Monat gegen Rationalisierungs- und Lohnsenkungspläne geführt wird, den imperialistischen Geschäften schweren Schaden zu. Die Übersee- und Überlandverbindungen sind zusammengebrochen, der Telefonverkehr in den Städten ist schwer gestört, ebenso wie der überregionale und internationale Fernschreibverkehr.

rischem Gebet vor dem Essen „eingeladen". Die Militärgeistlichen werden darauf vorbereitet, sich auf die „Begleitung der Truppen zu längerfristigen Übungen" einzustellen (Süddeutsche Zeitung, 21.11.77). Um dann im Krieg ihre Aufgabe der „Gewissensschärfung" (Entwicklungspolitischer Dienst, 26.10.77) auch richtig zu erfüllen, hält angesichts des „Neuaufbruchs der Jugend" – der wachsenden Entfaltung des Klassenkampfes – Militärdekan Ottomeyer ein „umfangreiches Fortbildungsprogramm für Bundeswehrseelsorger", das z.B. in der Schule für Innere Führung, Koblenz, durchgeführt wird, für unverzichtbar.

„Wer will schon gern Papst werden"

z.and.Rom. Kurz vor Beginn der Wahl schien noch immer „alles offen", obwohl allgemein ein „kurzes Konklave" erwartet wurde. Welcher Kardinal soll die durch das zweite Vatikanische Konzil festgelegte Politik der „Öffnung der Kirche gegen die Welt" fortsetzen? Der Hauptstreitpunkt: ein Italiener oder ein „Nichtitaliener", womöglich einer aus der Dritten Welt? Die Fraktion der US-Imperialisten hatte eine Schrift verfaßt, in der die Vorzüge eines Kardinals aus der Dritten Welt erörtert werden – Zweck hätte ein solches Unterfangen nur, wenn damit der Versuch der Spaltung der Völker mit

gangen seien. Das würden die vorliegenden Ergebnisse der eigenen Messungen zeigen.

Damit hat auch niemand gerechnet, daß die Preussag-Kapitalisten ihr eigenes Grab ausschaufeln. Was von diesem „spürbaren Rückgang" zu halten ist, weiß jeder, der im Juli 1976 wegen starken Hustenreizes bis zum Erbrechen nachts wachgelegen hat. Nach einem Schaden an den Endabsorbern der Schwefelsäureanlage der Zinkhütte waren dichte Schwefeltrioxydnebelschwaden über Harlingerode gezogen, über mehrere Wochen hinweg war der Gestank unerträglich. Die Preussag-Kapitalisten hatten dies, Bares im Auge, voll einkalkuliert. Nach einer Störung an einem Turm der Schwefelsäureanlage Ende Juni 1976 wurde dieser außer Betrieb genommen und mit dem anderen Turm weitergefahren, bis auch dieser nicht mehr voll arbeitete und das Schwefeltrioxyd un-

einem Vertreter der Preussag (das ist ein Erfolg der Bauern, früher war das Verhältnis zwei zu zwei). Die Entschädigungen werden nach Erfahrungswerten festgelegt, aber richtige Bodenuntersuchungen werden nicht gemacht. Die Mehraufwendungen z.B. für den Kalk müssen die Bauern selbst tragen, von der Mehrarbeit, die der vergiftete Boden ihnen abverlangt, gar nicht zu reden. Wieviel Blei sich über die Jahre hinweg im Boden angesammelt hat, kann keiner sagen. Nach der Schneeschmelze haben die Bauern früher manchmal den letzten, vollkommen schwarzen Schnee abgenommen, damit das Blei nicht in den Boden kommt. Nach den neuesten Untersuchungen des Sozialministeriums befürchten die Bauern Verschlechterungen bei der Einstufung ihrer Produkte.

In Harlingerode gibt es nur noch 15 Vollerwerbsbetriebe, davon halten drei Milchvieh. Diesen drei Bauern

ausgeatmet. Ein zu hoher Bleigehalt im Blut führt zu einer Schädigung der roten Blutkörperchen und führt zur Blutarmut, Folge ist eine erhöhte Anfälligkeit gegenüber Krankheiten.

Die akute, einmalige Aufnahme größerer Bleimengen führt innerhalb weniger Tage zum Tod. Die chronische Bleivergiftung ist die Folge von dauernder Aufnahme kleinerer Bleimengen, die sich im Laufe der Zeit im Körper ansammeln. Die ersten Anzeichen einer Bleivergiftung werden oft nicht als solche erkannt: Appetitlosigkeit, Konzentrationsschwäche, Müdigkeit, Kopfschmerzen. Da das Blei wichtige Enzyme hemmt, können Bausteine und Vorstufen der roten Blutkörperchen nicht genutzt werden, stauen sich diese an und greifen in den normalen Ablauf des Stoffwechsels ein. Das ist wahrscheinlich auch die Ursache für die bei Bleivergiftungen auftretenden schmerzhaften Koliken und Bauchkrämpfe.

Außerdem kommt es zu Störungen der

90 bis 95% des Bleis wird nach wenigen Tagen in den Knochen eingebaut und ruft dann augenblicklich keine Vergiftungserscheinungen hervor, kann aber dort, da es vom Körper wie Calcium behandelt wird, zu jeder Zeit wieder abgebaut werden und zwar insbesondere bei körperlichen Anstrengungen und Krankheiten. Das im Skelett eingebaute Blei wirkt wie eine Zeitbombe.

Die Bleikonzentration in Pflanzen in der Nähe bleiverarbeitender Industrie beträgt oft das 20fache der „normalen" Menge. Das Blei verstopft die kleinen Atmungsöffnungen an den Blättern – die Pflanzen gehen ein. Entsprechend niedrig sind die Erträge der Bauern. Bei Getreide findet man sogar eine Anreicherung von Blei in den Körnern. Untersuchungen in Kalifornien haben gezeigt, daß zwischen gewaschenen und ungewaschenen Proben bleiverseuchten Hafers kein erkennbarer Unterschied in der Bleikonzentration festzustellen war.

Demonstrationen und Streiks gegen den australischen Staatshaushalt

z.jon.London. Die australische Arbeiterklasse hat die Vorlage des Staatshaushalts 1978/79 durch die Bundesregierung von Australien mit Massendemonstrationen und Streiks beantwortet. Am 17.8. wurde der Ministerpräsident Malcolm Fraser von Demonstranten mit Farbbeuteln und Eiern

für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), die ein Instrument der US-amerikanischen und europäischen Imperialisten ist.

Der Bundesfinanzminister John Howard erklärte in seiner Etatrede: „Die realen Löhne sind noch zu hoch und bleiben die Hauptursache für die

ben des Ministers eine Benzinpreiserhöhung von 3,5 Cents pro Liter mit sich bringt, Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuer um 1,5% rückwirkend ab 1.7., Besteuerung der Renten und der Sozialunterstützungen zum niedrigsten Satz von 33,5%, Einschränkung aller Lohnerhöhungen auf

klasse hat bisher in großen, langanhaltenden Streikkämpfen die Versuche, ihre Löhne ins Bodenlose zu senken, zurückgeschlagen. Ebenso setzen die australischen Ureinwohner dem Raub der Bodenschätze, der vor allem auf dem ihnen noch verbliebenen Land

Hauffs Ministerium: Milliarden für die Kriegsvorbereitung

z.brp. „Aber unsere Stärke muß die Herstellung hochspezialisierter, technisch sehr anspruchsvoller Güter und Anlagen sein – mit der Nase anderen immer ein bißchen vorweg. In einem Land, das kein Öl und Erdgas hat und auch sonst mit Ausnahme von Braunkohle und Steinkohle an Bodenschätzen sehr arm ist, wird das so sein müssen", instruierte Bundeskanzler Schmidt die Wissenschaftler und Forscher der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Der BRD-Imperialismus ist längst aus der Rolle als Junior-Partner des US-Imperialismus herausgewachsen, er mißt sich an seinen stärksten Konkurrenten. Kapitalistische Produktion hat als alleinige Triebfeder die Produktion von Mehrwert. Den Kapitalisten geht es um Höchst- und Extraprofite über den Durchschnittsprofit hinaus. Extraprofite kann ein Kapitalist nur realisieren, wenn er alle Faktoren der Wertbildung der Ware senkt: Verbilligung des konstanten Teils des Kapitals und Senken des variablen. Kapitalexport ist wesentlicher Hebel der Verbilligung der Produktion durch Ausbeutung billiger Arbeitskraft und Ausplünderung billiger Rohstoffe. Der Kampf der Völker der Dritten Welt, der Einsatz des Öls als Waffe der ölproduzierenden Länder gegen ihre Unterjocher schränkt den Spielraum der Imperialisten ein.

Wie Papiertiger bäumen sie sich dagegen auf und hetzen gegen den gerechten Kampf der Völker der Dritten Welt. Sie müssen sich in den Besitz der Rohstoffquellen bringen, wollen sie den Kampf um die Neuaufteilung der Welt, der sich notwendigerweise aus dem Streben aller imperialistischen Länder nach Extraprofit ergibt und aus der unterschiedlichen Entwicklung der Produktion für sich entscheiden. Der BRD-Imperialismus befindet sich in der Vorbereitung dieses Krieges. Der imperialistische Staatsapparat hat den Zweck, diese Schlacht vorzubereiten, ökonomisch durch Subvention der Kapitalisten, um dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken, und durch Verbilligung der Ware Arbeitskraft, damit die Kapitalisten einen Vorsprung vor den anderen Konkurrenten erhalten, politisch durch Niederhaltung der Arbeiterklasse. Das Hauff-Ministerium ist ein Kriegsministerium. Sein gesamtes umfangreiches Tun ist auf Senken der Produktionskosten für die Kapitalistenklasse ausgerichtet bei Untergrabung und Degradierung der menschlichen Arbeit. 5,7 Mrd. DM beträgt der Haushaltsansatz für 1979, 7 Mrd. DM zusätzlich zur bisherigen Planung hat das Hauff-Ministerium für Förderung von Zukunftsinvestitionen bis 1982 erhalten. Der westdeutsche Imperialismus hat es eilig.

Ausgaben des Bundes für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung
(in Mio. DM)

Ressorts	1973	1974	1975	1976	1977
Bundeskanzleramt	6,6	5,5	6,0	5,7	5,7
Auswärtiges Amt	42,6	49,3	57,2	57,7	54,8
BM des Innern	144,9	172,8	188,6	208,2	251,1
BM der Justiz	1,2	1,5	0,8	1,0	1,5
BM für Wirtschaft	423,6	479,3	495,5	472,5	467,1
BM für Landwirtschaft und Ernährung	163,9	187,1	202,2	210,7	193,0
BM für Arbeit und Sozialordnung	10,2	15,0	20,6	17,9	27,0
BM für Verkehr	95,7	113,2	132,6	135,9	152,7
BM der Verteidigung	1374,3	1425,8	1485,5	1700,6	1706,3
BM für Jugend, Familie und Gesundheit	70,8	101,6	112,5	121,6	163,2
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit	12,2	19,6	23,7	27,8	31,9
BM für Raumordnung, Städtebau, Bauwesen	41,6	21,5	23,0	24,9	36,5
BM für innerdeutsche Beziehungen	7,6	6,4	5,2	5,8	4,2
BM für Forschung und Technologie	3025,6	3529,0	4066,8	3974,7	4173,7
BM für Bildung u. Wissenschaft	1807,3	1877,6	1717,5	1643,9	1401,6
Zivile Verteidigung	1,1	6,3	6,4	5,5	6,1
Allg. Finanzverwaltung	90,4	149,3	114,2	20,6	10,0

Quelle: Faktenbericht 1977 zum Bundesbericht Forschung

Umwälzung der Produktion, Senkung des Lohns

Für die *Modernisierung der Wirtschaft* erhalten die Kapitalisten bis 1982 25 Mrd. DM. Einen Teil bekommen sie über die Subventionierung der Investitionen in Höhe von 15% und über die Verbilligung der Arbeitskraft der in der Forschung Beschäftigten durch Lohn- und Gehaltszuschüsse von 15%. Betreiben die Kapitalisten eigene Forschungsprogramme, bezahlt der bürgerliche Staat 80 bis 90 Prozent der entstandenen Kosten.

Schwerpunkte der Forschung, die unter Schirmherrschaft des Bundesverkehrsministeriums für Forschung und Technologie organisiert wird, sind die *Datenverarbeitung, der Einsatz von Elektronik und Mikroelektronik*. Das Ziel ist, daß „zu Beginn der achtziger Jahre eine Datenverarbeitungsindustrie besteht, die in allen Produktionsbereichen – ausgenommen Größtrechner – einen ausreichenden Wettbewerb sicherstellt, die in der Wirtschaft und im öffentlichen Bereich benötigten Datenverarbeitungssysteme und -geräte entwickeln, fertigen und anbieten kann ... als wirksames Mittel zur Rationalisierung". (Faktenbericht 1977 zum Bundesbericht Forschung, S. 41) Die Umwälzung der Produktion, wie sie bereits in der Druckindustrie vollzogen wird, wird spätestens zu dem Zeitpunkt in allen Bereichen der Industrie und im öffentlichen Dienst stattfinden. Für die Kapitalisten bietet das große Aussichten auf Extraprofit. Der Maschinenbau, unter Einsatz numerisch-gesteuerter Werkzeugmaschinen, hat den westdeutschen Imperialisten einen gehörigen Vorsprung in der Konkurrenz eingebracht. Begierig sind sie, die Arbeit zu intensivieren, den Lohn zu drücken. Über die Dequalifizierung der Arbeit sind massenhaft Abgruppierungen möglich.

Mit dem Programm *Humanisierung der Arbeit* wird erforscht, wie darüber hinaus alle Hemmnisse, die zu Störungen oder Reibungen im Produktionsablauf führen (Lärmeinflüsse, Erschütterungen) und schnelles, konzentriertes und genaues Arbeiten behindern, ausgeschaltet werden können. Ein optimales „Mensch-Maschine-System" soll entwickelt werden durch Anwendung ergonomischer Erkenntnisse über die einzelnen Handgriffe, die bei einem Arbeitsgang auszuführen sind unter Ausschaltung aller übrigen Sinne, und durch neuartige Maschinerie. Der Arbeiter als Anhängsel der Maschine, das verkauft Hauff als „Erleichterung der Arbeit". In Großbetrieben hat er dafür forschen lassen, bei den Hoesch Werken AG, bei Bosch, Blaupunkt und VW.

Teilzeitarbeit in großem Umfange bei teilweiser Bezahlung und voller Vernutzung der Arbeitskraft bereiten die Kapitalisten und der staatliche Dienstherr vor.

Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Kapitalisten nach Umsatzgrößenklassen 1973
(in Mio. DM)

Umsatzgröße	FuE-Aufwendung in DM	FuE-Aufwendung in Prozent
Bis 5 Mio. DM	24,9	0,2
5 bis 10 Mio. DM	26,6	0,2
10 bis 50 Mio. DM	261,9	2,3
50 bis 100 Mio. DM	363,6	3,3
100 bis 250 Mio. DM	616,5	5,5
250 bis 500 Mio. DM	680,7	6,1
500 bis 1 Mrd. DM	800,0	7,2
über 1 Mrd. DM	5511,1	49,3

Quelle: Stifterverband

Solch umfassende Umwälzungen des Produktionsprozesses beschleunigen die Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen. Einher gehen sie mit der Herausbildung einer großen industriellen Reservearmee. Diejenigen unter ihnen, die am weitesten unter das Existenzminimum gedrückt sind, als Spaltkeil zu nutzen, um das Lohnniveau der gesamten Arbeiterklasse *absolut* zu senken, will Hauff über die „behindertengerechte Ausgestaltung von Arbeitsplätzen in einem Motorenwerk" erproben lassen (Handelsblatt 23.8.78).

Hauff ist ein Sozialdemokrat. Er hat gleich zu Beginn seiner Karriere als Bundesforschungsminister erleben müssen, wie verschiedene Abteilungen der westdeutschen Arbeiterklasse, die Arbeiter aus der Stahl-, Metall-, Druck- und Bauindustrie, gegen das Drücken des Werts der Arbeitskraft durch Einführung neuer Produktionstechniken gekämpft haben. Er trägt seinen Teil dazu bei, diesem Kampf Fesseln anzulegen. Sozialchauvinistisch muß er auftreten, als Ursache der Umwälzung der Produktion das elende Lohnniveau in anderen Ländern hinstellen: „Die Bundesrepublik ist auch ein Land, das über beruflich hervorragend qualifizierte Arbeitnehmer, Techniker, Ingenieure, Manager verfügt, und die Bundesrepublik ist kein Niedriglohnland – und ich füge als Sozialdemokrat hinzu, sie soll nach meiner Meinung kein Niedriglohnland werden – nur das bedeutet, daß wir uns dem Zwang der Modernisierung unserer Wirtschaft stellen müssen" (Saarländischer Rundfunk, 11.3.78). Abgesehen davon, daß es sowieso in seiner Macht *nicht* steht zu verhindern, daß die Löhne der westdeutschen Arbeiterklasse gedrückt werden; wenn die Kapitalisten können – und sie sind wild entschlossen dazu –, werden sie nichts unversucht lassen, die Löhne der westdeutschen Arbeiter auf Niedriglohnlandniveau zu drücken. Und außerdem, was haben „qualifizierte Arbeitnehmer, Techniker, Ingenieure, Manager" gemeinsam? Den Wunsch nach „Modernisierung der Wirtschaft"? Nach Konkurrenzvorsprung der Kapitalisten? Für diese Leier kann Hauff wohl Unterstützung bei den Spitzensozialdemokraten in den Gewerkschaften finden, die Propaganda der Bourgeoisie findet jedenfalls keine Zustimmung der Arbeiter, läuft sie doch darauf hinaus, die eigene Haut zu Leder gerben zu lassen: „Wenn meine volkswirtschaftlichen Kenntnisse richtig sind, dann begünstigen hohe Lohn- und Lohnnebenkosten doch eher Technologieanwendung und Rationalisierungen." (Wirtschaftswoche 17/78) Die Gewerkschaftssozialdemokratie benutzt diese Lüge ständig gegen die Lohnforderungen der Arbeiter. Daß sie jetzt in Westberlin im „Technologie-Transfer-Verbund" in Gesellschaft der bürgerlichen Parteien, der Banken, der Industrie- und Handelskammern und der Kapitalistenverbände noch die Finanzbourgeoisie beraten, wie man am besten rationalisieren kann, ist zwar nicht verwunderlich, aber man sollte das wirklich nicht zulassen.

Befreiung der Kapitalisten von Lohnkosten ist die Absicht des Programms *Forschung im Dienst der Gesundheit*: „Wir streben nicht mehr Herzverpflanzungen und ähnliche Dinge an, die vielleicht für 60 Menschen in der Bundesrepublik relevant sind. Wir wollen versuchen, andere Risikofaktoren – wie etwa Rheuma – zu analysieren. Es kommt vor allem darauf an, eine Präventivmedizin auszubauen, um die große Masse der Zivilisationskrankheiten anzugehen. Schließlich ist es erschreckend, daß fünfzig Prozent der Menschen nicht mehr bis zu ihrem normalen Ruhealter arbeiten, sondern aus Gesundheitsgründen schon vorzeitig aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden" (Hauff in der „Zeit", 4.8.78). Mit *Ruhe*alter meint Hauff hier den Tod, und Ehrenberg wirkt ja schließlich in die gleiche Richtung. Einsparen von Lohngeldern z.B. durch Streichung der Lohnfortzahlung, durch „Kostendämpfung", d.h. Plünderung der Versicherungskassen durch die Kapitalisten, das hat Hauff im Sinn. Deshalb läßt er auch erforschen „Möglichkeiten, Verhaltensänderungen zu bewirken, um gesundheitliches Fehlverhalten korrigieren zu können; Entwicklung von Interventionsprogrammen in bezug auf Rauchen, Übergewicht, Bewegungsmangel und Streß; Studien über Ernährungsgewohnheiten, über den Einfluß von Überkonsum alkoholischer Getränke, über Auswirkungen schadstoffärmerer Zigaretten" (Faktenbericht 1977 zum Bundesbericht Forschung, S. 47).

Die Datenverarbeitung zur Durchsetzung Ehrenbergs Kostendämpfungsgesetzes ist schon in 1000 Krankenhäusern im Einsatz. Hauff stellt erste Erfolge fest: „Maschinelles Verfahren der Kosten- und Leistungsabrechnung in Krankenhäusern (KOLK) soll als Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung den Betriebsablauf offenlegen und eine Wirtschaftlichkeitskontrolle erleichtern. Wesentliche Voraussetzungen an das Krankenhausfinanzierungsgesetz werden erfüllt." (Pressemitteilung, 21.3.78)

Ökonomisierung des konstanten Teils des Kapitals

„Seit Jahren hat sich der Schwerpunkt von Bergbauinvestitionen in die Industrieländer zurückverlegt, und es werden dort zunehmend ungünstigere Lagerstätten abgebaut. In vielen Entwicklungsländern dagegen stagnieren diese Investitionen; kostengünstigere Lagerstätten, deren Ausbeutung den Entwicklungsländern wertvolle Ressourcen zuführen könnte, bleiben ungenutzt und oft unexploriert." Außenminister Genscher lockt und droht. Kanzler Schmidt: „Möglicherweise gibt es schon bald einen weltweiten Verteilungskampf um das Öl. Ich will das nicht hoffen, aber niemand kann es ausschließen". Er schließt es nicht aus; im Gegenteil, das Hauff-Ministerium gibt zusammen mit dem Wirtschaftsministerium 1979 5,1 (statt der geplanten 3,1) Mrd. DM für „energiepolitische" Maßnahmen aus. Die vorhandenen Energiequellen profitabel zu nutzen, um eine strategische Startbasis zu haben, von der aus der Kampf um die Besitzergreifung der Rohstoffquellen der Länder der Dritten Welt geführt werden kann, ist Zweck der Erforschung von Kernenergie, Wiederaufbereitung von Kernbrennelementen, von Urananreicherung, Kohleverflüssigung und Kohlevergasung.

Teil der Ökonomisierung des Kapitals ist die Umwälzung des Transportsystems. Langsamer Transport ist ein Nachteil im weltweiten Konkurrenzkampf, er erhöht die Kosten für das konstante Kapital und drückt deswegen empfindlich auf die Profitrate. Die Luftfracht beschleunigt zwar ungemein den Transport, ist heute aber noch so teuer, daß sie deshalb noch nicht in großem Umfang genutzt werden kann. Das Hauff-Ministerium im Verbund mit dem Verkehrsministerium geht deshalb zweigleisig vor: Beschleunigung des Transports auf der Schiene und auf dem Wasser – Erprobung von Magnetbahnen aller Art und Ausbau des Containersystems – und Förderung der Luftfahrttechnologie. Beides ist nicht als Transportmittel für die Volksmassen gedacht, sondern als Massenfrachttransportmittel, geschröpft werden sollen dafür aber die Volksmassen durch horrende Preise bei den öffentlichen Verkehrsmitteln und durch Erhöhung der Kfz-Steuer.

Das Hauff-Ministerium führt einen umfassenden Schlag gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen. Man muß der Bourgeoisie entsprechend antworten.

Ausgaben des Bundesministeriums für Forschung und Technologie
(in Mio. DM)

Schwerpunktbereich	1978	1979	1980	1981	1982
Nichtnukleare Energieforschung	433,8	542,0	570,0	614,0	662,0
Kernenergie (nur Projekte)	728,0	759,0	795,0	858,0	882,0
Ökologie / Umwelt	134,0	189,0	173,0	142,0	131,0
Rohstoffe / Stahlforschung / Bohrprogramm	122,0	170,0	208,0	223,0	181,0
Humanisierung des Arbeitslebens / Medizinforschung	133,0	157,0	189,0	212,0	232,0
Elektronik / Nachrichtentechnik	128,0	150,0	154,0	150,0	147,0
Meerestechnik / Antarktis	68,4	110,0	144,0	190,0	394,0
Weltraum	504,0	523,0	567,0	599,0	604,0
Verkehr / Transport / Luftfahrt	226,2	373,6	437,6	523,7	536,7
Institutionelle Förderung	1745,0	1894,0	2001,0	2077,0	2133,0
Reserve für Betriebskostenzuschüsse	–	–	–	100,0	200,0
Reserve für Investitionszuschüsse	–	–	–	100,0	200,0

Städteerneuerung à la Carter

z.gek. Unter dem Titel „Städteerneuerung" hat die Regierung Carter die Verschiebung neuer, gewaltiger Tribute an das Finanzkapital eingeleitet. Die Verödung weiter Stadtgebiete, das Elend der großen Slumgebiete, gibt den humanitären Vorwand ab. Im Juni wurden allein zwei „Hilfsprogramme", jedes 10 Mrd. Dollar schwer, vorgelegt. Sie sollen im Lauf der nächsten Jahre „Anreize" für die Finanziers und Spekulanten bei großen Bauprojekten in den Sanierungsgebieten der Städte schaffen. Praktischerweise wird das direkt mit der Zuweisung zusätzlicher Mittel an die „Arbeitsbeschaffungs"-Agenturen in den Städten verbunden. Ein anderer Teil der Gelder soll einfach zur Sicherung der Schuldendienstzahlungen der Städte ans Finanzkapital dienen. Mit großem Brimborium schob Carter Anfang dieses Monats einen „Rettungsplan" für New York nach, wofür weitere 1,65 Mrd. Dollar lockergemacht wurden. – New York, das ist der Muster- und Testfall dafür, bis zu welchem Grad die *kommunale* Ausplünderung der Volksmassen getrieben werden kann. Mit 20 Mrd. Dollar stand New York 1977 bei den Wall-Street-Magnaten in der Kreide. Ein Gremium der Gläubiger-Banken, humorvoll als „Städtische Entwicklungsgesellschaft" bezeichnet, übt die Kontrolle über die Finanzführung des Magistrats aus. Mehrere zehntausend städtische Arbeiter und Angestellte sind in den letzten Jahren „eingespart" worden, ebenso wie Jahr für Jahr einige Lohnprozente von den Städtischen Bediensteten. Pünktlich zu den Tarifverhandlungen im Juni dieses Jahres hatten die Banken wieder den Kredit gesperrt. Bürgermeister Koch drohte mit der Sperrung aller Lohngelder und weiteren Massenentlassungen und erzwang damit die Unterschrift der Gewerkschaften unter ein 4%-Lohndiktat sowie die Aufgabe ihres Widerstands gegen die „Inanspruchnahme" der Pensionsfonds der städtischen Bediensteten. Mehrere hundert Millionen Dollar an Schatzbriefen (die sofort von den Banken als Schuldendienstzahlungen einverleibt wurden), wurden seither von den Pensionsfonds unter die Meute der Couponschneider geworfen. Carters „Rettungsplan" für New York soll vor allem diese und ähnliche Transaktionen durch Bundesbürgschaft sichern: die Zinszahlung sichern, wenn die Pensionsfonds leergeplündert sind.

„Saubere Verwaltung" in Parma

z.ulg.Rom. Vor drei Jahren hatte das demokratische „Komitee für Wohnungen" die Verwicklung des Magistrats der norditalienischen Stadt Parma in die blühende Bodenspekulation auf im Stadtzentrum ausgehängten Transparenten enthüllt. Nach einigen Monaten hatte der Magistrat seinen Rücktritt erklären müssen. Seit Jahrzehnten wird die Stadt in der „roten Region" Emilia-Romagna von einer Koalition aus Revisionisten und Sozialisten regiert. Jetzt hat der Staatsanwalt gegen insgesamt 37 Personen Anklage erhoben. Ein leibhaftiger Superior des Missionsordens der Saverianer verleiht der feinen Gesellschaft, zu der neben früher führenden Vertretern der beiden „Linksparteien" einige der bedeutendsten örtlichen Grundbesitzer und Bauunternehmer gehören, die höheren Weihen. Jahrelang war es in Parma üblich gewesen, gegen eine kleine „Zuwendung" Baugenehmigungen zu vergeben oder für etwas mehr auch den Bebauungsplan zu ändern. Gebiete, die zunächst für Grünflächen oder für Bebauung mit Sozialwohnungen ausgewiesen waren, wurden urplötzlich für ein neues Geschäftszentrum „umgewidmet", nicht ohne daß ein großer Teil des Bodens kurz vorher zu Spottpreisen in den Besitz Wissender gewechselt war. Die Revisionisten pflegen sich unter Verweis auf die „roten Regionen" damit zu rühmen, nur sie könnten in Italien für „saubere Verwaltung" sorgen. Die allzu offensichtlich in die Spekulationsgeschäfte verwickelten Ganoven wurden folglich postwendend ausgeschlossen. Der neue PCI-Provinzsekretär Sassi findet heute über die Schiebereien schöne Worte: „Verschiedene Entscheidungen" seien der „öffentlichen Meinung nicht vollständig zur Kenntnis" gebracht worden. Zu den Schecks, die über einen Mittelsmann in die Parteikasse wanderten, gibt er sich naiv: „Es gab auch Schecks, das ist wahr. Aber was wußten wir schon über die Herkunft?" Die vorsichtigen Worte haben einen festen Grund: Wo die Stadtautobahn einen scheinbar ganz unmotivierten Knick macht, steht jetzt das neue Parteihaus der PCI, berichtet der „Corriere della Sera".

BM für Raumordnung, Städtebau, Bauwesen 41,6 21,5 23,0 24,9 36,5
BM für innerdeutsche Beziehungen 7,6 6,4 5,2 5,8 4,2
BM für Forschung und Technologie 3025,6 3529,0 4066,8 3974,7 4173,7
BM für Bildung u. Wissenschaft 1807,3 1877,6 1717,5 1643,9 1401,6
Zivile Verteidigung 1,1 6,3 6,4 5,5 6,1
Allg. Finanzverwaltung 90,4 149,3 114,2 20,6 10,0
Quelle: Faktenbericht 1977 zum Bundesbericht Forschung
Umwälzung der Produktion, Senkung des Lohns
Für die Modernisierung der Wirtschaft erhalten die Kapitalisten bis 1982 25 Mrd. DM. Einen Teil bekommen sie über die Subventionierung der Investitionen in Höhe von 15% und über die Verbilligung der Arbeitskraft der in der Forschung Beschäftigten durch Lohn- und Gehaltszuschüsse von 15%. Betreiben die Kapitalisten eigene Forschungsprogramme, bezahlt der bürgerliche Staat 80 bis 90 Prozent der entstandenen Kosten.
Schwerpunkte der Forschung, die unter Schirmherrschaft des Bundesverkehrsministeriums für Forschung und Technologie organisiert wird, sind die Datenverarbeitung, der Einsatz von Elektronik und Mikroelektronik. Das Ziel ist, daß „zu Beginn der achtziger Jahre eine Datenverarbeitungsindustrie besteht, die in allen Produktionsbereichen – ausgenommen Größtrechner – einen ausreichenden Wettbewerb sicherstellt, die in der Wirt-
Blaupunkt und VW.
Teilzeitarbeit in großem Umfange bei teilweiser Bezahlung und voller Vernutzung der Arbeitskraft bereiten die Kapitalisten und der staatliche Dienstherr vor.
Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Kapitalisten nach Umsatzgrößenklassen 1973 (in Mio. DM)
Bis 5 Mio. DM 24,9 0,2; 5 bis 10 Mio. DM 26,6 0,2; 10 bis 50 Mio. DM 261,9 2,3; 50 bis 100 Mio. DM 363,6 3,3; 100 bis 250 Mio. DM 616,5 5,5; 250 bis 500 Mio. DM 680,7 6,1; 500 bis 1 Mrd. DM 800,0 7,2; über 1 Mrd. DM 5511,1 49,3
Quelle: Stifterverband
Solch umfassende Umwälzungen des Produktionsprozesses beschleunigen die Konzentration des Kapitals in
und Lohnnebenkosten doch eher Technologieanwendung und Rationalisierungen." (Wirtschaftswoche 17/78) Die Gewerkschaftssozialdemokratie benutzt diese Lüge ständig gegen die Lohnforderungen der Arbeiter. Daß sie jetzt in Westberlin im „Technologie-Transfer-Verbund" in Gesellschaft der bürgerlichen Parteien, der Banken, der Industrie- und Handelskammern und der Kapitalistenverbände noch die Finanzbourgeoisie beraten, wie man am besten rationalisieren kann, ist zwar nicht verwunderlich, aber man sollte das wirklich nicht zulassen.
Befreiung der Kapitalisten von Lohnkosten ist die Absicht des Programms Forschung im Dienst der Gesundheit: „Wir streben nicht mehr Herzverpflanzungen und ähnliche Dinge an, die vielleicht für 60 Menschen in der Bundesrepublik relevant sind. Wir wollen versuchen, andere Risikofaktoren – wie etwa Rheuma – zu analysieren. Es kommt vor allem darauf an, eine Präventivmedizin auszubauen, um die große Masse der Zivilisationskrankheiten anzugehen. Schließlich ist es erschreckend, daß fünfzig Prozent der Menschen nicht mehr bis zu ihrem normalen Ruhealter arbeiten, sondern aus Gesundheitsgründen schon vorzeitig aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden" (Hauff in der „Zeit", 4.8.78). Mit Ruhealter
diese Investitionen; kostengünstigere Lagerstätten, deren Ausbeutung den Entwicklungsländern wertvolle Ressourcen zuführen könnte, bleiben ungenutzt und oft unexploriert." Außenminister Genscher lockt und droht. Kanzler Schmidt: „Möglicherweise gibt es schon bald einen weltweiten Verteilungskampf um das Öl. Ich will das nicht hoffen, aber niemand kann es ausschließen". Er schließt es nicht aus; im Gegenteil, das Hauff-Ministerium gibt zusammen mit dem Wirtschaftsministerium 1979 5,1 (statt der geplanten 3,1) Mrd. DM für „energiepolitische" Maßnahmen aus. Die vorhandenen Energiequellen profitabel zu nutzen, um eine strategische Startbasis zu haben, von der aus der Kampf um die Besitzergreifung der Rohstoffquellen der Länder der Dritten Welt geführt werden kann, ist Zweck der Erforschung von Kernenergie, Wiederaufbereitung von Kernbrennelementen, von Urananreicherung, Kohleverflüssigung und Kohlevergasung.
Teil der Ökonomisierung des Kapitals ist die Umwälzung des Transportsystems. Langsamer Transport ist ein Nachteil im weltweiten Konkurrenzkampf, er erhöht die Kosten für das konstante Kapital und drückt deswegen empfindlich auf die Profitrate. Die Luftfracht beschleunigt zwar ungemein den Transport, ist heute aber noch so teuer, daß sie deshalb noch
die Banken wieder den Kredit gesperrt. Bürgermeister Koch drohte mit der Sperrung aller Lohngelder und weiteren Massenentlassungen und erzwang damit die Unterschrift der Gewerkschaften unter ein 4%-Lohndiktat sowie die Aufgabe ihres Widerstands gegen die „Inanspruchnahme" der Pensionsfonds der städtischen Bediensteten. Mehrere hundert Millionen Dollar an Schatzbriefen (die sofort von den Banken als Schuldendienstzahlungen einverleibt wurden), wurden seither von den Pensionsfonds unter die Meute der Couponschneider geworfen. Carters „Rettungsplan" für New York soll vor allem diese und ähnliche Transaktionen durch Bundesbürgschaft sichern: die Zinszahlung sichern, wenn die Pensionsfonds leergeplündert sind.
„Saubere Verwaltung" in Parma
z.ulg.Rom. Vor drei Jahren hatte das demokratische „Komitee für Wohnungen" die Verwicklung des Magistrats der norditalienischen Stadt Parma in die blühende Bodenspekulation auf im Stadtzentrum ausgehängten Transparenten enthüllt. Nach einigen Monaten hatte der Magistrat seinen Rücktritt erklären müssen. Seit Jahrzehnten wird die Stadt in der „roten Region" Emilia-Romagna von einer Koalition aus Revisionisten und Sozialisten regiert. Jetzt hat der Staatsanwalt ge-

Lohnabschluß Lampenschirmindustrie

Frankfurt. Seit dem 1. Juli 1978 sind die neuen Lohn- und Gehaltstarife in der Lampenschirm-, Wohnraumleuchten- und Zubehörindustrie gültig, über die am 4. Juli verhandelt worden war. Die Lampenschirmindustrie hat einen eigenen Lohntarifvertrag, der es den Kapitalisten ermöglicht, in diesem Nebenzweig der Papierindustrie Elendslöhne zu zahlen. Der tarifliche Spitzenlohn für einen Facharbeiter nach dem dritten Gehilfenjahr beträgt in der höchsten Lohnklasse 0 (Staffel 118 Prozent) ganze 8,80 DM, für die jugendliche Arbeitskraft unter 18 Jahren in der niedrigsten Lohnklasse V zahlt der Kapitalist 4,61 DM (Staffel 77,2 Prozent). Der größte Teil der Arbeiter der Lampenschirmindustrie ist in den unteren Lohnklassen eingestuft.

Lohntabelle Lampenschirmindustrie
(über 21 Jahre bzw. nach dem 3. Gehilfenjahr)

Lohnklasse	Staffel	Stundenlohn
0	118,0%	8,80
I	100,0%	7,46
II	92,0%	6,86
III	85,4%	6,37
IV	82,3%	6,14
V	77,2%	5,76

Überprüfung der Leistungszulage bei der Bahn eingeleitet

Stuttgart. Auf Grundlage einer Untersuchung des Bundesrechnungshofes an der Bundesbahndirektion in Karlsruhe und der dortigen Feststellung, daß ein Großteil der Arbeiter und Beschäftigten zu hohe Leistungszulagen erhalten, hat der Vorstand der Deutschen Bundesbahn dies für alle Dienststellen angeordnet. Dies geschieht in einer Lage, in der der Vorstand die tarifliche Leistungszulage gekündigt hat, mit dem Ziel, sie zu senken. In Freudenstadt wurden einer Gruppe von vier Arbeitern im dortigen Bahnbetriebswerk die Leistungszulagen gekürzt, obwohl im letzten Monat der fünfte in der Gruppe in Rente ging, und nun die Arbeit zu viert gemacht werden muß, Begründung, sie hätten zu wenig zu tun. In Stuttgart Nord wurde allen Putzfrauen, Hausmeistern und Boten die Leistungszulage gestrichen. Sie dürften gar keine erhalten, und der Personalrat hatte ihnen bisher durch einen Trick 15% Leistungszulage gesichert. Bei einigen Frauen sind das Lohneinbußen von 200 bis 250 DM. Durch neue Zulagen wird die Senkung teilweise gemindert, beträgt im Schnitt jedoch rund 100 DM. Der Dienststellenvorsteher des Bahnhbetriebswerkes Stuttgart Nord erklärte, keine weiteren Überprüfungen vorzunehmen, jedoch sei er Pessimist und es könne dort noch einges kommen.

Abmachung Bosch – Arbeitsamt zur vorzeitigen Altersrente

Stuttgart. Seit kurzem gibt es eine Vereinbarung zwischen den Bosch-Kapitalisten und dem Arbeitsamt. Danach können Arbeiter und Angestellte mit dem 59. Lebensjahr aus der Firma ausscheiden, bekommen für ein Jahr Stempelgeld, und die Differenz zum alten Nettolohn zahlen die Bosch-Kapitalisten. Danach erhalten die Kollegen ab dem 60. Lebensjahr Altersrente. Die Vereinbarung mit dem Arbeitsamt beinhaltet weiter, daß für jeden gemäß der Vereinbarung ausscheidenden

denstadt wurden einer Gruppe von vier Arbeitern im dortigen Bahnbetriebswerk die Leistungszulagen gekürzt, obwohl im letzten Monat der fünfte in der Gruppe in Rente ging, und nun die Arbeit zu viert gemacht werden muß, Begründung, sie hätten zu wenig zu tun. In Stuttgart Nord wurde allen Putzfrauen, Hausmeistern und Boten die Leistungszulage gestrichen. Sie dürften gar keine erhalten, und der Personalrat hatte ihnen bisher durch einen Trick 15% Leistungszulage gesichert. Bei einigen Frauen sind das Lohneinbußen von 200 bis 250 DM. Durch neue Zulagen wird die Senkung teilweise gemindert, beträgt im Schnitt jedoch rund 100 DM. Der Dienststellenvorsteher des Bahnhbetriebswerkes Stuttgart Nord erklärte, keine weiteren Überprüfungen vorzunehmen, jedoch sei er Pessimist und es könne dort noch einges kommen.

Abmachung Bosch – Arbeitsamt zur vorzeitigen Altersrente

Stuttgart. Seit kurzem gibt es eine Vereinbarung zwischen den Bosch-Kapitalisten und dem Arbeitsamt. Danach können Arbeiter und Angestellte mit dem 59. Lebensjahr aus der Firma ausscheiden, bekommen für ein Jahr Stempelgeld, und die Differenz zum alten Nettolohn zahlen die Bosch-Kapitalisten. Danach erhalten die Kollegen ab dem 60. Lebensjahr Altersrente. Die Vereinbarung mit dem Arbeitsamt beinhaltet weiter, daß für jeden gemäß der Vereinbarung ausscheidenden

Kollegen ein jüngerer Kollege wieder eingestellt werden muß. Die durchschnittliche Fluktuation bei Bosch beträgt 7%, so daß diese Vereinbarung den Bosch-Kapitalisten immer noch die Möglichkeit gibt, weniger Kollegen einzustellen als aus der Firma ausscheiden. Die Betriebsrente wird so berechnet, als ob der Kollege bis zum 63. Lebensjahr arbeitet. Damit schaffen sich die Bosch-Kapitalisten die älteren Kollegen verhältnismäßig billig vom Hals und können jüngere einstellen, so z.B. bei der Verlagerung des Zentrallagers von Stuttgart-Feuerbach nach Karlsruhe. 500 Arbeiter, meist ältere, haben bisher keinen anderen Arbeitsplatz in Aussicht, obwohl Mitte kommenden Jahres das Zentrallager in Stuttgart-Feuerbach aufgelöst sein wird.

Bezirksvorsitzender der IG DruPa zur 35-Stunden-Woche

Heilbronn. Der Bezirksvorsitzende der IG Druck und Papier in Heilbronn, Wasmeier, schreibt am 12.8. in einem Leserbrief in der „Heilbronner Stimme": „Freizeitstress? Den Unternehmern und ihren Kammern ist noch kein Argument zu primitiv, um es nicht gegen die 35-Stunden-Woche zu verwenden ... Ich kann mich nicht erinnern, daß eine Industrie- und Handelskammer schon einmal etwas gegen Überstundenstress, Nachtarbeitsstress, Schichtwechselstress oder Rationalisierungsstress gesagt hätte ... Kein Mensch hat gesagt, daß die Arbeitszeit bei der 35-Stunden-Woche auf 4 Tage à 9 Stunden verteilt werden soll. Über diese Frage wurde überhaupt noch nicht gesprochen. Es könnte aber beispielsweise denkbar sein, und dahin tendieren die Gewerkschaften, 35 Stunden auf 5 Tage à 7 Stunden zu verteilen."

Wenn sie die Betriebsrenten schon als „Zusatzversorgung" bezeichnen ...

z.anb. Die eindeutigen Wirkungen von Ehrenbergs „Kostendämpfung" sind inzwischen in seinen eigenen Statistiken auffindbar; nicht nur die Senkung des durchschnittlichen Zugangsalters (siehe KVZ 34/78), die auf die gesteigerte Ruinierung der Arbeitskraft hinweist, auch das Absinken des sogenannten „Wegfallalters" von 1976 durchschnittlich 71,1 auf 1977 70,9 Jahre, also der frühere Tod der alten Arbeiter, sind – statistisch nivelliert – Tribute der Arbeiterklasse an das Finanzkapital, gezahlt in Lebensjahren.

Da die Finanzbourgeoisie nicht davon ausgehen kann, daß die Profitschlachten auf dem Weltmarkt eine Pause einlegen, ist es keineswegs zufriedenstellend, für 1984 ein neuerliches grundsätzliches Rentenbetrugspaket zu planen; die Zeit bis dahin will genutzt sein, und da ist die Frage, *wie!*

Bekanntlich sind der Ausplünderung gewisse Grenzen gesteckt, wenn sie sich einseitig auf eine ständige Erhöhung der Beitragssätze „beschränkt". Es war wohl selten schwerer als jetzt für die Bourgeois, neuerliche Betrügerei auszuhecken, und *trotzdem* politisch die Zügel in der Hand zu halten. Zu viele sind inzwischen hellhörig geworden. Die Methode muß deshalb noch abgefeimter, noch spalterischer, noch gehässiger sein.

Nach dem Ehrenberg-Grundmuster bietet sich an, an der *Ausgaben*seite zu kürzen, wenn die *Beitrags*seite „überstrapaziert" ist. Und danach sieht es zweifellos aus. Stellt ein bürgerlicher Sozialexperte fest:

> „Daß im sozialen Bereich alles seinen Preis hat, spüren Arbeitnehmer und Firmen leider immer erst mit einer zeitlichen Verzögerung, was wohl auch der Grund dafür ist, daß häufig der Bezug der später erhobenen Beiträge zur bereits konsumierten Leistung verloren geht. Woraus sich das Gefühl erklärt, über Gebühr zur Kasse gebeten zu werden." (Süddeutsche Zeitung, 15.8.78)

Von Beitragserhöhung mag er nicht offen sprechen. Er bringt sie von hintenherum ins Gespräch. Die Bundesregierung gehe davon aus, daß die Beiträge konstant blieben, sowohl die der Arbeitnehmer als natürlich auch die der Arbeitgeber. *Aber* ... 1. müßten die Lohnabhängigen jährlich einen immer größeren Teil ihres „verfügbaren" Einkommens der Beitragspflicht unterwerfen, weil die Beitragsbemessungsgrenzen jährlich automatisch steigen, womit er erstaunlich offen wird, und 2. sei für die Kapitalisten äußerst wichtig, wie sich die *Nebenleistungen* entwickeln, die die Regierung in ihrem Sozialbericht nicht berücksichtigt habe.

In diesem Zusammenhang spielten „Zusatzversicherungen und Betriebsrenten einen durchaus beachtenswerten Kostenfaktor".

Ehrenbergs „Sozialpolitische Umschau" vermerkt am 23.6.78, daß die „Aufwendungen der Unternehmen für die betriebliche Altersversorgung erheblich gestiegen" seien. Für die Betriebsrenten-, Pensions- und Unterstützungskassen haben die Kapitalisten bis 1976 100 Mrd. DM angesammelt. Woher? Auf die sattsam bekannte Methode aus Lohn geplündert: Die „Hälfte" zahlt der Kapitalist, die andere der Arbeiter „selbst". „Verloren" gingen den Kapitalisten 1976 14 Mrd. DM, nein, halt, 21 Mrd. DM, wovon die Arbeiter jedoch nur 14 gesehen haben. Letztere sind an Betriebsrenten ausgezahlt worden, jedoch sind damit gleichzeitig weitere 6 – 7 Mrd. an Steuerausfällen zu verbuchen, weil die Kapitalisten „ihre Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung gewinnmindernd absetzen" können.

Und da heutzutage mehr als 65% der Arbeitnehmer Anspruch auf eine Betriebsrente habe, wird es Zeit, sich über die angemessene Verwendung dieser Kapitalsummen Gedanken zu machen.

1974 hat die Bundesregierung das *Betriebsrentengesetz* verabschiedet, das die Grundlage für die „Zusatzversorgung" auf Betriebsebene legte. Es ging darum, den Kapitalisten als Klasse eine Richtschnur an die Hand zu geben, wie sie am glimpflichsten aus der Klemme kommen, die Forderung der Arbeiterklasse nach ausreichender Versorgung der verbrauchten Arbeitskraft umzubiegen und auf dem Wege der Abspaltung der „Zusatzversorgung" von der gesetzlichen Rentenversicherung mehrere Schachzüge in einem zu erledigen. Die ohnehin niedrigen Renten der gesetzlichen Rentenversicherung waren die Grundlage, auf der die Arbeiter in einzelnen Betrieben gegen die jeweiligen Kapitalisten „zusätzliche" Altersversorgung durchgesetzt, also insgesamt das Niveau der Reproduktion der vernutzten Arbeitskraft verteidigt haben. Gerade die Tatsache aber, daß die politische Verfügungsgewalt über die Lohngelder, die diese Reproduktion sichern sollen, den Arbeitern sowohl in der gesetzlichen als auch in der betrieblichen Altersversorgung entzogen ist, ist das Entscheidende und verhindert, daß die Pensionskassen tatsächlich zur Sicherung der Reproduktion der Klasse genutzt werden können. Das Betriebsrentengesetz von 1974 ist ein Bourgeoiswerk übelster Machart.

Alle möglichen Klauseln pflastern den Weg bis zur Erfüllung sämtlicher „Anspruchsvoraussetzungen" zum Bezug einer Betriebsrente. 35 Jahre Ausbeutung im jeweiligen Betrieb ist nicht nur eine Zumutung für den Arbeiter, sie widerspricht auch der Anarchie und Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise. Man sieht es heute deutlich, in welchem Umfang die Arbeiterheere umgewälzt werden, die Arbeitskraft dorthin „mobilisiert" wird, wohin das Kapital strömt, die Rationalisierung ihr übriges tut, um die Belegschaften innerhalb geraumer Zeit von Grund auf umzuwälzen. All das hat mit Sicherheit tausende Betriebsrenten gekürzt oder ganz beseitigt.

Damit nicht genug. Über die für die betriebliche Altersversorgung einbehaltenen Lohngelder haben die Kapitalisten die Schmierung der leitenden Angestellten, der Antreiber und Aufpasser von der Masse der Arbeiter finanzieren lassen, ein hinterhältiges Spaltungsmanöver, das seine Gemeinheit darüber entfaltet, daß die weitaus größte Zahl der Betriebsrenten von ihrer Höhe tatsächlich nichts weiter als ein „Zubrot" darstellt. An der Tabelle läßt sich ablesen, in welchem Umfang die Schmierung und Bestechung der Antreiber aus dem Lohn der Masse der Arbeiter finanziert wird. Zwar sind die Betriebsrenten seit 1973 bzw. 1974 zahlenmäßig gestiegen, jedoch hat sich die Kluft zwischen der Masse der Niedrigstrenten und den Antreiberrenten vertieft.

„*Pro Kopf* (!) der begünstigten Arbeitnehmer ergibt sich – wegen des Rückgangs der Beschäftigtenzahl – sogar eine Zunahme (der Renten von 1973 – 1976) um gut 60%", rechnet Ehrenbergs Hausblatt vor und setzt auf die Täuschung der Statistik.

Im April hat das Bundesarbeitsgericht sich nun einer äußerst absichtlichen Formulierung des Betriebsrentengesetzes erinnert und ihr zu ungeahnter Geltung verholfen: § 5 (2)

> „Leistungen der betrieblichen Altersversorgung dürfen durch Anrechnung oder Berücksichtigung anderer Versorgungsbezüge, soweit sie auf *eigenen* Beiträgen des Versorgungsempfängers beruhen, nicht gekürzt werden. Dies gilt *nicht* für Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen ..."

Mit anderen Worten, es ist rechtens, eine Anrechnung der Sozialrenten auf die Betriebsrenten durchzuführen, es ist rechtens, daß die 14 Mrd. DM, am besten noch 21 Mrd. DM aus Lohn dorthin fließen, wo auch die restlichen 86 Mrd. DM hinfließen sollen: in die Hände der Kapitalisten. Natürlich wird Ehrenberg nicht die Abschaffung der betrieblichen Altersversorgung propagieren, er wird der „ausgleichenden Gerechtigkeit" wegen dafür sein, daß die Zusatzversorgung Bestandteil des „Allgemeinniveaus" wird, zumal ja schon 65% der Arbeiter Anspruch auf eine solche Senkung ihrer Rente haben.

Verteilung der Betriebsrenten
(in %)

DM monatlich	Arbeiter 1973	Arbeiter 1976	Angestellte 1973	Angestellte 1976	Leitende Angest. 1973	Leitende Angest. 1976
unter 200 DM	83,5	76,6	50,7	50,8	15,0	14,4
200 bis 350 DM	14,4	19,3	34,1	33,3	12,2	12,3
über 350 DM	2,1	4,1	15,2	15,9	41,8	33,0
über 1000 DM	–	–	–	–	31,0	40,3

Ein Jahr Heuerabbau in der Seeschiffahrt

Nach Einführung der 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich: weniger Lohn und noch mehr Überstunden

r.ulp. Seit dem 1.1.78 gibt es die 40-Stunden-Woche für Seeleute. Die Verkürzung der Seearbeitszeit von 48 auf 40 Stunden pro Woche wurde von Seiten des Gewerkschaftsvorstandes der ÖTV mit Heuersenkungen erhandelt. Die Zugeständnisse an die Reeder sind: keine Heuererhöhung für 1978, Verlängerung des alten Tarifvertrages bis 30.11.78; Senkung des Überstundenzuschlags von 35% auf

die zwischen 2,77 DM und 4,85 DM für die Überstunde bekommen, und Drücken von Überstunden für besser bezahlte Seeleute. Zwei Matrosenanwärter berichten: „Als wir an Bord gingen, fragt uns der Erste Offizier sofort, ob wir schon 18 Jahre alt wären und zutörnen könnten. Eine halbe Stunde später müssen wir an Deck sein und das Schiff löschklar machen bis 20.30 Uhr. Am nächsten Tag müssen

von 0.00 Uhr bis 4 Uhr Wache, von 8.30 bis 11.30 Uhr Überstunden und von 12.00 bis 16.00 Uhr erneut Wache. Von 19 bis 1.30 Uhr schuften wir dann ohne Pause. Von 1.30 bis 4 Uhr gehts mit Wache weiter, nach viereinhalb Stunden Schlaf dann um 9 Uhr wieder ran. Zwei Matrosen, die sich gegen diese Arbeitshetze und Überstundenschinderei zur Wehr setzen, werden von Deck geschickt. Ihnen

ten Jahr. Den Rest muß man durch Überstunden, Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit reinholen; ist es doch so, daß die Seeleute den Reedern rund um die Uhr zur Verfügung stehen und die Tarife in ihrer Grundstruktur so angelegt sind, daß man ohne maßlose Überstunden auf der Höhe eines Sozialhilfesatzes liegt. Die Reeder wollen, daß das auch so bleibt. Es gibt schon interne Anweisungen, Überstunden der

Sozialexperte fest:

„Daß im sozialen Bereich alles seinen Preis hat, spüren Arbeitnehmer und Firmen leider immer erst mit einer zeitlichen Verzögerung, was wohl auch der Grund dafür ist, daß häufig der Bezug der später erhobenen Beiträge zur bereits konsumierten Leistung verloren geht. Woraus sich das Gefühl erklärt, über Gebühr zur Kasse gebeten zu werden." (Süddeutsche Zeitung, 15.8.78)

Von Beitragserhöhung mag er nicht offen sprechen. Er bringt sie von hintenherum ins Gespräch. Die Bundesregierung gehe davon aus, daß die Beiträge konstant blieben, sowohl die der Arbeitnehmer als natürlich auch die der Arbeitgeber. Aber ... 1. müßten die Lohnabhängigen jährlich einen immer größeren Teil ihres „verfügba-

machen.

1974 hat die Bundesregierung das Betriebsrentengesetz verabschiedet, das die Grundlage für die „Zusatzversorgung" auf Betriebsebene legte. Es ging darum, den Kapitalisten als Klasse eine Richtschnur an die Hand zu geben, wie sie am glimpflichsten aus der

wird, wohin das Kapital strömt, die Rationalisierung ihr übriges tut, um die Belegschaften innerhalb geraumer Zeit von Grund auf umzuwälzen. All das hat mit Sicherheit tausende Betriebsrenten gekürzt oder ganz beseitigt.

Damit nicht genug. Über die für die

Mit anderen Worten, es ist rechtens, eine Anrechnung der Sozialrenten auf die Betriebsrenten durchzuführen, es ist rechtens, daß die 14 Mrd. DM, am besten noch 21 Mrd. DM aus Lohn dorthin fließen, wo auch die restlichen 86 Mrd. DM hinfließen sollen: in die Hände der Kapitalisten. Natürlich wird Ehrenberg nicht die Abschaffung der betrieblichen Altersversorgung propagieren, er wird der „ausgleichenden Gerechtigkeit" wegen dafür sein, daß die Zusatzversorgung Bestandteil des „Allgemeinniveaus" wird, zumal ja schon 65% der Arbeiter Anspruch auf eine solche Senkung ihrer Rente haben.

Verteilung der Betriebsrenten
(in %)

DM monatlich	Arbeiter 1973	Arbeiter 1976	Angestellte 1973	Angestellte 1976	Leitende Angest. 1973	Leitende Angest. 1976
unter 200 DM	83,5	76,6	50,7	50,8	15,0	14,4
200 bis 350 DM	14,4	19,3	34,1	33,3	12,2	12,3
über 350 DM	2,1	4,1	15,2	15,9	41,8	33,0
über 1000 DM	–	–	–	–	31,0	40,3

Ein Jahr Heuerabbau in der Seeschiffahrt

Nach Einführung der 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich: weniger Lohn und noch mehr Überstunden

r.ulp. Seit dem 1.1.78 gibt es die 40-Stunden-Woche für Seeleute. Die Verkürzung der Seearbeitszeit von 48 auf 40 Stunden pro Woche wurde von Seiten des Gewerkschaftsvorstandes der ÖTV mit Heuersenkungen erhandelt. Die Zugeständnisse an die Reeder sind: keine Heuererhöhung für 1978, Verlängerung des alten Tarifvertrages bis 30.11.78; Senkung des Überstundenzuschlags von 35% auf 30%; Wegfall folgender Zuschläge: Nachtarbeitszuschlag im Hafen, d.h. die 100%ige Vergütung von Überstunden innerhalb des Normalarbeitstages bei Nachtarbeit im Hafen, Funkdienstzulage, Backzulage; Senkung der Festheuer und im folgenden auch der Auslands- und Tankerzulage für die unteren nautischen und technischen Offiziere aufgrund der 5%igen Senkung des Überstundenzuschlags. Dafür wurden die Heuern für den Kapitän und die leitenden Offiziere gleich um 10,7% angehoben. Das war ein teurer Preis für die 40-Stunden-Woche.

Die Heuerabrechung eines Seemanns (Pumpenmann) auf einem BRD-Tanker ergab bei gleicher Überstundenzahl, Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit zwischen dem Monat Juni 1977 und dem Monat Juni 1978 einen Heuerverlust von fast 200 Mark. Demgegenüber konnte der Kapitän gleich 505 DM mehr einstecken bei einem Tarifgehalt von 4822 DM, sieht man einmal ab von den besonderen „Vergünstigungen" wie z.B. Umsatzbeteiligung durch die Reedereien.

Die richtige Forderung der Seeleute nach Arbeitszeitverkürzung wurde zum Hebel der Reederkapitalisten für gesteigerte Arbeitshetze und Lohnraub, da die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche nicht mit der Forderung nach vollem Lohnausgleich verbunden wurde und das Loch in der Lohntüte mit Überstunden ausgeglichen werden muß.

Die Reeder jonglieren zwischen maßloser Verlängerung des Arbeitstags für die billigsten Arbeitskräfte an Bord wie z.B. für Matrosenanwärter, die zwischen 2,77 DM und 4,85 DM für die Überstunde bekommen, und Drücken von Überstunden für besser bezahlte Seeleute. Zwei Matrosenanwärter berichten: „Als wir an Bord gingen, fragt uns der Erste Offizier sofort, ob wir schon 18 Jahre alt wären und zutörnen könnten. Eine halbe Stunde später müssen wir an Deck sein und das Schiff löschklar machen bis 20.30 Uhr. Am nächsten Tag müssen wir 13,5 Stunden ran, dann 14,5 Stunden, Freitag zwölf Stunden und am Wochenende auf See acht Stunden Samstag und acht Stunden Sonntag Seewache gehen. Zur Regel wurden täglich drei Überstunden neben acht Stunden Wachdienst. In einem Hafen beim Übernehmen von Ladung sah das so aus: 19 Uhr laufen wir im Hafen ein. Bis dahin hatte einer von uns bereits von 0.00 Uhr bis 4 Uhr Wache, von 8.30 bis 11.30 Uhr Überstunden und von 12.00 bis 16.00 Uhr erneut Wache. Von 19 bis 1.30 Uhr schuften wir dann ohne Pause. Von 1.30 bis 4 Uhr gehts mit Wache weiter, nach viereinhalb Stunden Schlaf dann um 9 Uhr wieder ran. Zwei Matrosen, die sich gegen diese Arbeitshetze und Überstundenschinderei zur Wehr setzen, werden von Deck geschickt. Ihnen wird nun jede Überstundenmöglichkeit genommen, um sie klein zu kriegen."

Für die Grundheuer allein kann keiner zur See fahren, sie liegt unter dem Lohn vergleichbarer Arbeit an Land. So verdient ein Matrose 1304 DM Grundheuer brutto im ersten bis zweiten Jahr, ein Bootsmann 1624 DM Grundheuer brutto im ersten bis zweiten Jahr. Den Rest muß man durch Überstunden, Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit reinholen; ist es doch so, daß die Seeleute den Reedern rund um die Uhr zur Verfügung stehen und die Tarife in ihrer Grundstruktur so angelegt sind, daß man ohne maßlose Überstunden auf der Höhe eines Sozialhilfesatzes liegt. Die Reeder wollen, daß das auch so bleibt. Es gibt schon interne Anweisungen, Überstunden der „teureren" Arbeitskräfte an Bord auf 100 Stunden zu beschränken. Da geben die Gewerkschaftssozialdemokraten den Reedern gleich zu bedenken: „Die Freizeitmöglichkeiten an Bord sind noch sehr begrenzt. Deshalb ist es nicht gut, die Besatzungen plötzlich zwei Tage hintereinander von der Arbeit freizustellen." Dies um so mehr, als „die Arbeit des Seemannes immer noch erheblich billiger ist als die einer Werft" (ÖTV-Seefahrt 1/78). Die Reeder wissen die Hierarchie an Bord zur Unterdrückung und Spaltung der Mannschaft zu nutzen. Nichts liegt ihnen näher als eine Beschleunigung der Arbeit. Schiffe, also Maschinen, an denen nicht rund um die Uhr eine menschliche Hand Werte schafft, sind nicht in ihrem Interesse. Das Problem wollen die Reeder lösen durch Besatzungsreduzierung über Änderung der Schiffsbesatzungsordung und Einsatz dieser reduzierten Besatzung auf dem „Schiff der Zukunft" rund um die Uhr.

Der Tarifabschluß 1977/78 hat zwar eine Arbeitszeitverkürzung gebracht, trotzdem konnten die Kapitalisten neue Maßstäbe in der vermehrten Ausbeutung der Seeleute und im Heuerabbau durchsetzen. Das werden sich die Seeleute nicht gefallen lassen. Das hat anscheinend auch der ÖTV-Hauptvorstand erkannt: „Wenn das so bleibt, wird die Gewerkschaft ÖTV harte Gegenmaßnahmen ergreifen." Die Seeleute werden das wörtlich nehmen. Die ÖTV startet gerade eine Umfrage und schlägt jetzt 240 DM Festgeld für alle vor. Es kommt darauf an, in Bordversammlungen diesen Vorschlag zu beraten.



1928 wurde der Schnelldampfer „Bremen" vom Stapel gelassen. Für die Bourgeoisie Anlaß genug, den Reichspräsidenten Hindenburg als Taufpaten ranzukarren. Mit der „Bremen" als „schnellstem Dampfer der Welt" sollte der Anspruch auf die Vormachtstellung Deutschlands dokumentiert werden. Bereits beim Bau hatten sie Schwierigkeiten, das Schiff fertigstellen zu lassen. Ein monatelanger Streik der Werftarbeiter verzögerte den Stapellauf.
Die Seeleute, Köche, Stewards etc. mußten dann rund um die Uhr arbeiten, um das Bourgeoispack zu versorgen und bei Laune zu halten. Heute noch schwärmen sie von der „alten Bremen": „Allein das Studium der Speisekarte war ein ganzes Urlaubsvergnügen." Der Widerstand der Seeleute dagegen ging bis zur Vernichtung des Dampfers. 1941 stand er in Flammen. Die bürgerliche Presse bemerkt verächtlich dazu: „Racheakt eines Besatzungsmitgliedes, das mit dem Tod dafür büßen mußte."

Wirkungen der Verelendung

OECD analysiert „eine europäische Erscheinung“

z.bil. Die Herrschaft der Kapitalistenklasse führt zwangsläufig zur Enteignung der Masse der kleinen Bauern von ihrem Grund und Boden. Sie reihen sich ein in das Heer der Lohnarbeiter, die nur leben können, wenn sie ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten verkaufen.

Als sogenannte „Nebenerwerbsbauern“ versuchen viele Bauern diesem im Kapitalismus unvermeidlichen Untergang zu entgehen. Für die Kapitalistenklasse ist diese Tatsache ein Mittel, den Lohn der gesamten Arbeiterklasse zu drücken, die Reproduktionsbasis auf die der einzelnen Arbeitskraft zu verengen.

Die Tatsache, daß gleichzeitig in der Landwirtschaft und im Handwerk oder der Industrie gearbeitet wird, ist nicht neu. Dies war jahrhundertelang eine Form der Arbeitsteilung, so beispielsweise in den skandinavischen Ländern, wo die Holzwirtschaft und die Landarbeit eng verbunden waren. Im Frühling und Sommer, während der Erntezeit, arbeitete der Bauer auf seinem Land, während er im Herbst und im Winter als Waldarbeiter sich verdingte. In anderen Gegenden ergänzten sich die Fischerei und ländliches Gewerbe. *Neu* ist, daß heute der Bauer, *bevor* er in die Fabrik fährt, die Landarbeit verrichtet und daß, wenn er *aus* der Fabrik kommt, die Landarbeit fortsetzt, daß er an den Wochenenden und in der „Urlaubszeit“ als Bauer arbeitet. *Neu* ist auch, daß die Arbeit des Bauern durch die Arbeit der Frau und der Kinder am Tage *ersetzt* wird. Die in der OECD zusammengerotteten Imperialisten haben dies in einer Studie analysiert. Die Studie stellt fest, daß in allen europäischen Ländern die Zahl der Nebenerwerbsbauern steigt. Bedauernd sagen sie, daß diese Arbeiter-Bauern sich nicht so leicht zu Schicht- und Überstundenarbeit bereitfinden; was hinsichtlich der Qualität dieser Arbeitskräfte ausgeführt wird, ist dagegen für jeden Ausbeuter begeisternd. Die Mehrheit der Bauern arbeitet als Hilfsarbeiter – oft in der Bau- oder der Transportindustrie. Mit Glück kann er zum angelernten Arbeiter „aufsteigen“.

Diese Tatsache ist ein Mittel der beständigen Spaltung und Lohndrückerei zwischen den Arbeitern, die in Arbeit sind, und den Bauern, die Arbeiter werden. Aus der Tabelle ergibt sich auch, wer von den westlichen Imperialisten führend in der doppelten Auspressung ist; an der Spitze steht Japan, 62,1% der Bauern müssen sich zusätzlich als Lohnarbeiter verkaufen, es folgen die US- und die BRD-Imperialisten sowie Norwegen und Österreich. In der BRD ist die Zahl der Nebenerwerbsbauern von 1966/67 1005000 auf 1976 1112000 gestiegen. Die Bedingungen, unter denen sich die Bauern als Lohnarbeiter verkaufen, werden zusätzlich erschwert durch Anfahrtswege von bis zu 100 km zum Arbeitsplatz. Es ist bekannt, daß nach Frankfurt jeden Morgen Nebenerwerbsbauern aus dem Vogelsberg, der Wetterau, dem Spessart und Odenwald kommen, die diese Strapazen in Kauf nehmen, um der drohenden Verelendung zu entgehen. Als Gründe für die Lohnarbeit von Bauern nennt die OECD-Studie der Imperialisten die Schuldknechtschaft, die Hypothekengläubiger, die Notwendigkeit der Ausrüstung mit neuer Maschinerie oder schlicht die Sicherung der Reproduktion.

Haben fast alle Bauern Lohnarbeit in der Hoffnung begonnen, sie nur zeitweise ausüben zu müssen, so stellt sich schnell heraus, daß der Zwang lebenslang wird. Befriedigt kommen die Imperialisten zum Schluß zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Nebenerwerbsbauern weiter zunehmen werde, befriedigt stellen sie fest, daß die Arbeiter-Bauern eine „größere Mobilität“ aufweisen, und mit frommem Augenaufschlag, daß die Lohnsklavenexistenz die „Lösung“ für viele Bauern sei, da sie so nicht ihren Hof aufgeben und in Armut verfallen müßten.

Die Widerwärtigkeit des kapitalistischen Produktionsprozesses ist die eine Seite, die die Arbeiter-Bauern erfahren; die andere ist die Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit denen der Arbeiterklasse, die Notwendigkeit und Möglichkeit, die Einheit herzustellen, weil sie zu den beiden produzierenden Klassen der Gesellschaft gehören, die für die Aufhebung des Privateigentums und die Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals kämpfen.

Vollzeitarbeit und Teilzeitarbeit in der Landwirtschaft in den OECD-Ländern

	Vollzeit	Teilzeit		Zusammen
		hauptsächlich in der Landwirtsch.	hauptsächlich in der Industrie	
Österreich (1973)	45,8	10,5	43,7	54,2
BRD (1975)	45,2	15,3	39,5	54,8
Norwegen (1972)	34,4	21,5	44,1	65,6
Schweiz (1975)	48,6	9,1	42,3	51,4
Japan (1975)	12,5	25,4	62,1	87,5
USA (1969)	45,7	14,3	40,0	54,3
Belgien (1970)	56,7	9,1	34,2	43,3
Kanada (1970)	69,4	10,7	19,9	30,6
Finnland (1969)	63,1	20,1	16,8	36,9
Frankreich (1970)	77,4	5,8	16,8	22,6
Irland (1972)	77,8	–	–	22,2
Italien (1970)	62,4	5,0	32,6	37,6
Niederlande (1975)	74,1	6,3	18,4	24,7
Neuseeland	87,3	–	–	–

Professoren empfehlen Rentenkürzungen und Beitragssteigerungen für die Bauern

Im Vorschlag der Eingliederung der Landwirte in die Arbeiter- und Rentenversicherung steckt Spaltung und Heimtücke

z.rak. Mit zwei Artikeln hat die FAZ das Gutachten des Göttinger Professors Schmitt – „ein Vorschlag zur Reform der Alterssicherung für Landwirte in der BRD“ – groß herausgestellt: Die bäuerliche Alterssicherung sei höchst ungerecht, weil die armen die reichen Bauern bezahlen müßten. Einige Zeit später rügt sie das „seltsame Schweigen“ der Regierung. Das Gutachten existiert in zwei Fassungen: In der ersten, institutsinternen, wird es in der Einleitung als Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeslandwirtschaftsministerium angekündigt. Im zweiten, öffentlichen, Papier beklagen sich der Professor und sein Assistent darüber, daß sie mit ihrer Kritik auf taube Ohren stoßen. Man spürt es, die Bourgeoisie muß große Manöver machen, um einen

tenbeitrag bezahlen. Dafür bekommen er und seine Frau, wenn er über 65 ist, je nach Beitragsjahren, zwischen 398 DM und 469,70 DM. Würden sie nicht von ihren Kindern durch das sogenannte Altenteil unterstützt, sie müßten verhungern. Das „gesetzliche Altersgeld für Landwirte“ (GAL) wurde 1956 zur Beschleunigung des Bauernlegens eingeführt. Damals waren rund 20% der Bauern über 65. Oft waren die Kinder schon in die Fabrik getrieben worden, während die Alten keine andere Wahl hatten, als weiterzumachen. Die Bourgeoisie wollte aber an das Land dieser Bauern; deshalb gab sie diesen Bauern 60 DM „Rente“, wenn sie ihren Betrieb an einen Nachfolger übergaben (Hofübergabeklausel). Heute sind nur noch 6% der Hofinhaber über 65. Das GAL ist geblie-

Zahl der Leistungsempfänger“ zu rechnen ist und schon jetzt von den 2043,9 Mio. DM Renten 1609,8 Mio. DM (78,76%) aus Steuern gezahlt werden müssen, braucht die Bourgeoisie eine Reform, die das abstellt.

Um entsprechende Rentenkürzungen und Beitragssteigerungen durchzusetzen, ist Spaltung zwischen Arbeitern und Bauern nötig: Seitenlang errechnen die Gutachter, was ein Arbeiter an Rente bekommen würde, wenn er „so wenig Beitrag“ wie ein Bauer bezahlen müßte. Der Professor scheut dann nicht einmal davor zurück, darauf hinzuweisen, daß die Rente der Bauern unter dem Sozialhilfesatz liegt und daß die kleinen die Renten der großen mitfinanzieren, um den Boden für seine Reformvorschläge vorzuberei-

geld in der Arbeiterrentenversicherung lag 1976 bei 641,20 DM, multipliziert mit 1,55 (entsprechend der Arbeitskräfte) macht 993 DM. Entsprechend rechnen wir für 1977 eine durchschnittliche Rente von 1050 DM für ein Ehepaar. Abzüglich des Altenteils, entsprechend dem Wert für Kost und Logis nach Agrarbericht für zwei Leute 1977 400 DM, macht 650 DM. Dem stehen Beiträge von 18% („Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil“) des Gesamteinkommens gegenüber, das sind 422 DM; minus 40% (entsprechend dem Altenteil), sind 254 DM. Bisher erhielt ein Landwirtsehepaar 1977 bei 63 DM Beitrag 416,50 DM Rente. Nach dem Professorengutachten wären es bei 250 DM Beitrag monatlich 650 DM Rente.

Kann dieser Plan durchgesetzt wer-

Kanada (1970)	69,4	10,7	19,9	30,6
Finnland (1969)	63,1	20,1	16,8	36,9
Frankreich (1970)	77,4	5,8	16,8	22,6
Irland (1972)	77,8	–	–	22,2
Italien (1970)	62,4	5,0	32,6	37,6
Niederlande (1975)	74,1	6,3	18,4	24,7
Neuseeland	87,3	–	–	–

auf 1976 1112000 gestiegen. Die Bedingungen, unter denen sich die Bauern als Lohnarbeiter verkaufen, werden zusätzlich erschwert durch Anfahrtswege von bis zu 100 km zum Arbeitsplatz. Es ist bekannt, daß nach Frankfurt jeden Morgen Nebener-

beiterklasse, die Notwendigkeit und Möglichkeit, die Einheit herzustellen, weil sie zu den beiden produzierenden Klassen der Gesellschaft gehören, die für die Aufhebung des Privateigentums und die Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals kämpfen.

Professoren empfehlen Rentenkürzungen und Beitragssteigerungen für die Bauern

Im Vorschlag der Eingliederung der Landwirte in die Arbeiter- und Rentenversicherung steckt Spaltung und Heimtücke

z.rak. Mit zwei Artikeln hat die FAZ das Gutachten des Göttinger Professors Schmitt – „ein Vorschlag zur Reform der Alterssicherung für Landwirte in der BRD“ – groß herausgestellt: Die bäuerliche Alterssicherung sei höchst ungerecht, weil die armen die reichen Bauern bezahlen müßten. Einige Zeit später rügt sie das „seltsame Schweigen“ der Regierung. Das Gutachten existiert in zwei Fassungen: In der ersten, institutsinternen, wird es in der Einleitung als Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeslandwirtschaftsministerium angekündigt. Im zweiten, öffentlichen, Papier beklagen sich der Professor und sein Assistent darüber, daß sie mit ihrer Kritik auf taube Ohren stoßen. Man spürt es, die Bourgeoisie muß große Manöver machen, um einen Coup zu landen.

Bauern in der Umgebung von Göttingen nennen die Rente „Taschengeld, ein Almosen“. Jeder Bauer muß in diesem Jahr einheitlich 63 DM Rentenbeitrag bezahlen. Dafür bekommen er und seine Frau, wenn er über 65 ist, je nach Beitragsjahren, zwischen 398 DM und 469,70 DM. Würden sie nicht von ihren Kindern durch das sogenannte Altenteil unterstützt, sie müßten verhungern. Das „gesetzliche Altersgeld für Landwirte“ (GAL) wurde 1956 zur Beschleunigung des Bauernlegens eingeführt. Damals waren rund 20% der Bauern über 65. Oft waren die Kinder schon in die Fabrik getrieben worden, während die Alten keine andere Wahl hatten, als weiterzumachen. Die Bourgeoisie wollte aber an das Land dieser Bauern; deshalb gab sie diesen Bauern 60 DM „Rente“, wenn sie ihren Betrieb an einen Nachfolger übergaben (Hofübergabeklausel). Heute sind nur noch 6% der Hofinhaber über 65. Das GAL ist geblieben. Durch das Bauernlegen hat sich das Verhältnis von Versicherten zu Rentnern aber auf 676921 zu 601196 verengt. Da bis 1991 „mit einer vergleichsweise geringen Abnahme der Zahl der Leistungsempfänger“ zu rechnen ist und schon jetzt von den 2043,9 Mio. DM Renten 1609,8 Mio. DM (78,76%) aus Steuern gezahlt werden müssen, braucht die Bourgeoisie eine Reform, die das abstellt.

Um entsprechende Rentenkürzungen und Beitragssteigerungen durchzusetzen, ist Spaltung zwischen Arbeitern und Bauern nötig: Seitenlang errechnen die Gutachter, was ein Arbeiter an Rente bekommen würde, wenn er „so wenig Beitrag“ wie ein Bauer bezahlen müßte. Der Professor scheut dann nicht einmal davor zurück, darauf hinzuweisen, daß die Rente der Bauern unter dem Sozialhilfesatz liegt und daß die kleinen die Renten der großen mitfinanzieren, um den Boden für seine Reformvorschläge vorzubereiten: Integration der Bauern in die Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung, entsprechende Beiträge, wobei der Bauer auch den sogenannten „Arbeitgeberanteil“ selbst bezahlen muß. Von der Rente wird ein bestimmter Teil für das Altenteil (also die „Rente“, die die Kinder den Alten zahlen) abgezogen, entsprechend wird der Beitrag etwas verringert; Berechnung von Rente und Beiträgen auf Grund des Gesamteinkommens. Dazu wollen sie endlich die Buchführungspflicht gegen die Bauern durchsetzen. Ein ausdrücklicher Hinweis auf die Pläne zur Steuererhöhung auf der Grundlage der Buchführungspflicht zeigt, wo es lang gehen soll. Solange das noch nicht durchgesetzt ist, soll das Einkommen geschätzt werden, aber „nicht, wie im Falle der landwirtschaftlichen Durchschnittssatzbesteuerung ...“, wo die Schätzungen das Einkommen „beträchtlich unterschreiten“.

An einem Beispiel soll durchgerechnet werden, was dieser Vorschlag für die kleinen und mittleren Bauern bedeuten würde: Nach dem Agrarbericht liegt das Gesamteinkommen 1977 der Betriebe zwischen 10 und 20 ha (der häufigsten Betriebsgrößenklasse) durchschnittlich monatlich bei 2348,60 DM. Bei durchschnittlich 1,55 Arbeitskräften sind das 1515 DM je Vollarbeitskraft. Dies Einkommen ist aber nicht mit dem Bruttolohn eines Arbeiters zu vergleichen. Der Bauer muß davon noch Erweiterungsinvestitionen und Schuldentilgung bezahlen, darüberhinaus stammen die Zahlen von durch die Bundesregierung ausgewählten Testbetrieben. Trotzdem will der Professor das Gesamteinkommen als Grundlage nehmen.

Das durchschnittliche Altersruhegeld in der Arbeiterrentenversicherung lag 1976 bei 641,20 DM, multipliziert mit 1,55 (entsprechend der Arbeitskräfte) macht 993 DM. Entsprechend rechnen wir für 1977 eine durchschnittliche Rente von 1050 DM für ein Ehepaar. Abzüglich des Altenteils, entsprechend dem Wert für Kost und Logis nach Agrarbericht für zwei Leute 1977 400 DM, macht 650 DM. Dem stehen Beiträge von 18% („Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil“) des Gesamteinkommens gegenüber, das sind 422 DM; minus 40% (entsprechend dem Altenteil), sind 254 DM. Bisher erhielt ein Landwirtsehepaar 1977 bei 63 DM Beitrag 416,50 DM Rente. Nach dem Professorengutachten wären es bei 250 DM Beitrag monatlich 650 DM Rente.

Kann dieser Plan durchgesetzt werden, soll er in drei Richtungen wirken: Erstens wird durch die enorme Beitragserhöhung die Lage der kleinen Bauern so verschlechtert, daß ihre Ruinierung rasant voranschreitet, denn sie werden eher die etwas erhöhte Rente weggeben, als daß der Sohn den Hof aufgeben muß. Eine besondere Sorge der Gutachter ist, „die beträchtliche Erhöhung der für vorzeitiges Altersgeld getätigten Ausgaben (nach einer Vorplanung bis 1991 d.R.). ...(Sie) läßt sich ferner dadurch erklären, daß vorzeitige Altersgeldempfänger über 78 Jahre gegenwärtig noch fehlen und daher eine Verminderung dieser Versichertengruppe durch Tod erst ... künftig eintritt.“ Durch die Kürzung der Lebensgrundlage soll für Beschleunigung gesorgt werden. Drittens wird die Regierung die Eingliederung der Landwirte in die Arbeiter- und Rentenversicherung dazu nutzen, eine weitere Beitragserhöhung und Rentenkürzung für alle Versicherten zu betreiben. Das Verhältnis von Rentnern zu Versicherten als Folge des Bauernlegens wird dafür herhalten müssen; „der Übergang von der Staats- zur Beitragsfinanzierung ... (bietet) ein höheres Maß an sozialer Sicherheit ...“ geben die Gutachter ideologischen Flankenschutz für die verstärkte Ausplünderung.

Nur die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterklasse nach Bestreitung aller Versicherungskosten durch die Kapitalisten und den Staat und für vollständige Selbstverwaltung der Versicherungen durch die Versicherten bietet auch für die kleinen und mittleren Bauern die Voraussetzung für eine „Integration“ in die allgemeine Rentenversicherung. (Alle nicht gekennzeichneten Zitate aus dem Gutachten.)

Italienische Landproletarier erringen Teilerfolg



z.ulg.Rom. In der Gegend von Rom haben die Landarbeiter und landlosen Bauern im Kampf um den Boden, den sie seit Jahren mit Landbesetzungen führen, einen weiteren Teilerfolg errungen. Eine staatliche Kommission mußte der Kooperative „1. Mai“ die er- zu Spekulationszwecken in Besitz hielt. Die Kooperative fordert tausend Hektar. zu Spekulationszwecken in Besitz hielt. Die Kooperative fordert weitere Tausend Hektar. Das hat die Kommission vorerst abgelehnt, die Landarbeiter und Bauern verfügten nicht über die nötigen „unternehmerischen Fähigkeiten“ zur Landwirtschaft. Unterdessen hält die Besetzung der Kooperative „Etruria“ in S. Severa an. Unser Bild zeigt die Besetzung der ersten 210 Hektar am 22. Juli. (Siehe Bericht in KVZ 34)

„Jede Ähre ist Gold wert“

z.pek. Mit der Aktion „Jede Ähre ist Gold wert“ setzt die neue Bourgeoisie Polens gegenwärtig fast eine Million Jugendliche, Arbeiter, Soldaten und Rentner als unbezahlte Arbeitskräfte zur Einbringung der Ernte ein. Obwohl Polen über eine hochentwickelte Industrie für landwirtschaftliche Maschinen und Anlagen verfügt, stellt „Zycie Warszawy“ fest, daß „man auf den Feldern noch öfters Schnitter sehen können wird, die die Sense schwingen.“ 700 hochleistungsfähige Strohpressen, 1500 Häckselmaschinen für Grünfutter, 115000 Traktoren, 5000 Kartoffelerntemaschinen, automatische Rübenerntemaschinen sowie 4000 Mähdrescher „Bison“ wurden 1977 von der polnischen Arbeiterklasse produziert. Ein großer Teil dieser Maschinen mußte an die Sowjetunion abgeliefert werden. Im Mai verfügten die Sozialimperialisten die Lieferung von drei Zuckerfabriken und vier Sojaölfabriken. „Schon traditionell“ wird bei der Ernte die jugendliche Arbeitskraft vernutzt. Die Zeitung „Zycie Warszawy“ berichtet, daß „sich die ununterbrochene Hilfe und Einsatzbereitschaft der Pfadfinder bei den Ackerlandkultivierungsarbeiten der Getreide- und Heuernte und der Vorbereitung des Sauerfutters für die Tiere als unersetzlich erwiesen hat“. Weil die knappe Maschinenausrüstung der polnischen Landwirtschaft auch noch veraltet und dementsprechend reparaturanfällig ist, werden viele Industriearbeiter von den Fabriken zur Bedienung und Reparatur der Maschinen abkommandiert. Den Einsatz von Armeeinheiten, die in den ländlichen Gebieten für die Niederhaltung der Kämpfe der polnischen Bauern zusammengezogen wurden, für die Erntearbeiten, versucht die neue Bourgeoisie demagogisch als „Hilfe für die Bauern“ zu verkaufen: „Erntearbeiter in Uniform arbeiten auf den Feldern von Veteranen, ehemaligen Kriegsteilnehmern und betagten Landwirten. Viele Abteilungen des Militärbezirks Pomorze organisieren Werkstattwagen, die bei der Wartung und Reparatur der unter sehr schwierigen Bedingungen arbeitenden landwirtschaftlichen Maschinen helfen.“

„In Thanning und Tölz, Hongkong und New York“

z.gah. Letzte Woche hat das „Handelsblatt“ über eine Untersuchung der Bundesbank berichtet und ein überdurchschnittliches Wachstum der Genossenschaftsbanken festgestellt: „So buchte der Bereich der genossenschaftlichen Kreditinstitute mit einer Steigerung seines Anteils am gesamten Geschäftsvolumen (aller westdeutscher Banken) von 7,7% Ende 1970 auf 9,8% Ende 1977 den stärksten Elan in der Geschäftsausweitung.“ Die Genossenschaftsbanken haben heute in Westdeutschland mit 19300 Geschäftsstellen das dichteste Bankennetz, in Bayern ist jede zweite Bank eine Ge-

Den Einsatz von Armeeinheiten, die in den ländlichen Gebieten für die Niederhaltung der Kämpfe der polnischen Bauern zusammengezogen wurden, für die Erntearbeiten, versucht die neue Bourgeoisie demagogisch als „Hilfe für die Bauern“ zu verkaufen: „Erntearbeiter in Uniform arbeiten auf den Feldern von Veteranen, ehemaligen Kriegsteilnehmern und betagten Landwirten. Viele Abteilungen des Militärbezirks Pomorze organisieren Werkstattwagen, die bei der Wartung und Reparatur der unter sehr schwierigen Bedingungen arbeitenden landwirtschaftlichen Maschinen helfen.“

„In Thanning und Tölz, Hongkong und New York“

z.gah. Letzte Woche hat das „Handelsblatt“ über eine Untersuchung der Bundesbank berichtet und ein überdurchschnittliches Wachstum der Genossenschaftsbanken festgestellt: „So buchte der Bereich der genossenschaftlichen Kreditinstitute mit einer Steigerung seines Anteils am gesamten Geschäftsvolumen (aller westdeutscher Banken) von 7,7% Ende 1970 auf 9,8% Ende 1977 den stärksten Elan in der Geschäftsausweitung.“ Die Genossenschaftsbanken haben heute in Westdeutschland mit 19300 Geschäftsstellen das dichteste Bankennetz, in Bayern ist jede zweite Bank eine Genossenschaftsbank. Seit 1960 haben die Kreditgenossenschaften ihre Bilanzsumme (Forderungen und Einlagen) von knapp über 1 Mrd. auf 24,2 Mrd. gesteigert, ihre „Kundenforderungen“ von 0,8 Mrd. auf 13 Mrd. 13,3 Mio „Jahresüberschüsse“ gibt die bayerische Raiffeisenzentralbank für 1977 an bei einer Bilanzsumme von 7,5 Mrd. und einer Summe für Agrarkredite von 3,57 Mrd. Hauptkreditsektor der Genossenschaftsbanken ist nach wie vor die Landwirtschaft. Den zunehmenden Bilanzsummen und ausgewiesenen „Überschüssen“ entspricht die zunehmende Verschuldung und Ruinierung der Bauern. Seit 1961 hat die Verschuldung der Bauern in Westdeutschland von 13 Mrd. auf 31 Mrd. DM zugenommen, dabei waren die Bauern mit 9,4 Mrd. bei den Genossenschaftsbanken verschuldet. Billiger sind die Kredite bei den Genossenschaftsbanken nicnt, hauptsächlich vergeben sie Kredite nach den Agrarkreditprogrammen der Bundes- und Länderregierungen. Dafür ist die Abhängigkeit der Bauern um so größer, da die Kreditgenossenschaften gleichzeitig einen großen Teil des Warengeschäftes mit betreiben. Den Warenumsatz haben sie seit 1950 von 102 Mio. DM auf heute 1,82 Mrd. DM gesteigert, besonders stark seit 1970. Die Preise richten sich dabei nach den Bezugsmengen und sind gerade für die kleinen Bauern besonders hoch. Über die Finanzierung von Flurbereinigungsmaßnahmen (1977: 700 Mio. DM) betreiben die Genossenschaftsbanken zusätzlich die Ruinierung der Bauern. Die Ausblutung der Bauern ist die Grundlage für die riesige Anhäufung des Kapitals in den Genossenschaftsbanken, die sich heute schon in 71 Ländern der Welt festgesetzt haben, um ihr Geschäft der Ausbeutung und Plünderung fortzusetzen.

Schlosserlehrlinge gegen Notenunterdrückung

Bochum. Am Montag, 21.8., haben die Schlosserlehrlinge der Klasse MM4 der Berufsschule Ostring den Kandidaten zum Klassensprecher gewählt, der dagegen aufgetreten ist, entsprechend dem Schulmitwirkungsgesetz mit der Schulleitung zusammenarbeiten. Anschließend haben die Schüler den Technologielehrer Preuß gezwungen, seinen Plan, jeden Schüler während eines Halbjahres ein Referat halten zu lassen, um „bessere Noten geben zu können", aufzugeben. Er wurde angegriffen, nur die Auslese der Schüler verschärfen zu wollen, womit man ja seine Erfahrungen aus dem letzten Jahr hat, wo die Klasse bei ihm eine Arbeit verweigert hat. In einem Brief der ganzen Klasse (außer einem Schüler) an den Direktor war gefordert worden, den Lehrer auf keinen Fall wiederzukriegen. Nachdem Preuß dann 10 Übungsaufgaben aufgab, wohl um zu demonstrieren, wer Herr im Hause ist, beschlossen die Mitglieder der Jugendvertretungen der 3 Betriebe, aus denen die Lehrlinge sind, die Hausaufgaben nur einmal zu machen und zu fotokopieren und ein Transparent aus dem Fenster zu hängen mit den Forderungen: „Preuß muß gehn! Keine 5en und 6en! Schluß mit den vielen Hausaufgaben!"

Schulschließungen im Kreis Northeim

Northeim. Im Landkreis Northeim sind seit 1975 bis 1977 6 Grund- und Hauptschulen mit insgesamt 235 Schülern geschlossen worden. Ab kommendem Schuljahr soll eine weitere Grundschule hinzukommen, die noch 1975 von 110 Schülern besucht wurde. Um die Schließung weiterer Schulen gibt es Auseinandersetzungen mit den Eltern. In Hammenstedt bei Northeim fanden Elternversammlungen statt. Die Schließung ist verschoben worden. Auch was die Transportkosten betrifft, gibt es Auseinandersetzungen: Lindauer Eltern, die ihre Kinder statt ins 12 km entfernte Gymnasium in Northeim nach Duderstadt (25 km) schicken, sollen künftig nur den Teil der Fahrtkosten ersetzt bekommen, der der Fahrt nach Northeim entspricht. Eine neue „Rechtsgrundlage" vom Ministerium wird erwartet.

Beitrag für Kindertagesstätte erhöht

Friedrichshafen. Der Gemeinderat Friedrichshafen hat mit einer Satzungsänderung die Beitragsberechnung der städtischen Kindertagesstätten, die zum größten Teil von Kindern von Saba-Arbeiterinnen besucht wird, verändert. Der jetzige Satz beträgt 10% des Bruttolohns beider Eltern oder entsprechend des alleinstehenden Elternteils. Jetzt soll bei alleinstehenden Elternteilen, wenn sie in eheähnlicher Wohngemeinschaft leben, ebenfalls der Bruttolohn beider Partner zugrundegelegt werden. Begründung: Sonst seien die verheirateten Eltern benachteiligt. Der Beschluß im Gemeinderat wurde einstimmig gefaßt, während derzeit die CDU und die SPD im Landtag von Baden-Württemberg viel Wind machen mit den zu hohen Beiträgen in Kindergärten und Beitragssenkungen versprechen.

hinzukommen, die noch 1975 von 110 Schülern besucht wurde. Um die Schließung weiterer Schulen gibt es Auseinandersetzungen mit den Eltern. In Hammenstedt bei Northeim fanden Elternversammlungen statt. Die Schließung ist verschoben worden. Auch was die Transportkosten betrifft, gibt es Auseinandersetzungen: Lindauer Eltern, die ihre Kinder statt ins 12 km entfernte Gymnasium in Northeim nach Duderstadt (25 km) schicken, sollen künftig nur den Teil der Fahrtkosten ersetzt bekommen, der der Fahrt nach Northeim entspricht. Eine neue „Rechtsgrundlage" vom Ministerium wird erwartet.

Beitrag für Kindertagesstätte erhöht

Friedrichshafen. Der Gemeinderat Friedrichshafen hat mit einer Satzungsänderung die Beitragsberechnung der städtischen Kindertagesstätten, die zum größten Teil von Kindern von Saba-Arbeiterinnen besucht wird, verändert. Der jetzige Satz beträgt 10% des Bruttolohns beider Eltern oder entsprechend des alleinstehenden Elternteils. Jetzt soll bei alleinstehenden Elternteilen, wenn sie in eheähnlicher Wohngemeinschaft leben, ebenfalls der Bruttolohn beider Partner zugrundegelegt werden. Begründung: Sonst seien die verheirateten Eltern benachteiligt. Der Beschluß im Gemeinderat wurde einstimmig gefaßt, während derzeit die CDU und die SPD im Landtag von Baden-Württemberg viel Wind machen mit den zu hohen Beiträgen in Kindergärten und Beitragssenkungen versprechen.

ÖTV-Betriebsgruppe unterstützt ABM-Lohnkampf

Westberlin, Neukölln. Die Mitgliederversammlung der ÖTV am Wenckebachkrankenhaus hat am 22.8. einstimmig folgende Solidaritätsadresse beschlossen: „Etwa 2000 ABM-Angestellte, die rundweg circa 20 bis 30% schlechter bezahlt werden durch schlechtere Einstufung in die BAT-Gruppen, befinden sich seit dem 1.3.78 in tariflosem Zustand. Wir sind dagegen, daß ein Teil unserer Kollegen im öffentlichen Dienst im Lohnkampf von uns abgespalten wird und auf diese Art und Weise von Ihrer Stelle hingehalten wird. Wir unterstützen die Forderungen der ABM-Kollegen: 7,5%, mindestens 112 DM! 2 Arbeitstage mehr Urlaub! 150 DM Urlaubsgeld! Wir haben gemerkt, daß 4,5% schon nicht ausreichen, die ständig steigenden Ausgaben übers Jahr zu decken. Wie sollen da die noch schlechter bezahlten ABM-Kollegen über die Runden kommen. Wir fordern Sie unverzüglich auf, die Verhandlungen mit der Gewerkschaft zu führen und den notwendigen Forderungen der ABM-Kollegen Rechnung zu tragen!"

PJ-Studenten in die ÖTV

Wetzlar. Auf der ÖTV-Mitgliederversammlung der Hessenklinik Wetzlar gab D. Nagel, Mitglied des Kreisvorstandes Gießen der ÖTV, bekannt, daß der Kreisvorstand beschlossen habe, die Medizinstudenten im praktischen Jahr auf Antrag als Gewerkschaftsmitglieder aufzunehmen. Dies sei inzwischen bei ca. 50 Studenten erfolgt.

Professor Schweitzer führt ein Planspiel durch

Die imperialistische Unterjochung erklärt er zum „Völkergewohnheitsrecht"

z.alw. Im kommenden Wintersemester will der Professor Schweitzer an der Universität Mainz ein „Planspiel" in Völkerrecht durchführen. Was er vorhat, kann man aus seinen Schriften herauslesen: Für die Bourgeoisie Juristen herzurichten, die ihr die Geschäfte bei der Ausplünderung und Unterdrückung der Länder der Dritten Welt betreiben.

Schweitzer hat ein Buch mit dem Titel „Das Völkergewohnheitsrecht und seine Bedeutung für neuentstehende Staaten" herausgegeben. Unter „Völkergewohnheitsrecht" versteht er „Gewohnheitsrechtsnormen, die sich im Rahmen einer internationalen Organisation herausbilden". „Sich herausbilden" heißt soviel wie: Von den Imperialisten in 200 Jahren den Völkern der Welt aufgezwungen und abgepreßt.

„Völkergewohnheitsrecht" ist juristisch verbrämter Anspruch der Imperialisten auf Aggression. Schweitzer bringt ein Beispiel: „Der Internationale Gerichtshof hat die Möglichkeit von bilateralem VGR (Völkergewohnheitsrecht) im Fall des Durchgangsrechts über indisches Gebiet geprüft und bejaht. Es ging um das freie Durchgangsrecht von Personen und Gütern Portugals zu und zwischen den Enklaven Dadrá und Nager-Aveli. Portugal leitete sein Recht darauf auf behauptetem bilateralem Völkergewohnheitsrecht zwischen Indien und Portugal ab."

Dieses Urteil des Internationalen Gerichtshofs ist mittlerweile hinfällig. Es ist durch die Zerschlagung des portugiesischen Kolonialismus durch den Kampf der Völker erledigt. Betrübt stellt Schweitzer fest, daß „die Politik eines großen Teils der Mitglieder der Vereinten Nationen dahin (geht), die Kolonialmächte zu bewegen, auch ihren letzten überseeischen Gebieten die Unabhängigkeit zu gewähren". Aber, so Schweitzer weiter: „Aus der internationalen Praxis kann eine Pflicht zur Dekolonialisierung nicht abgeleitet werden. Trotz der Dekolonialisierungswelle der letzten Jahre ist eine dahingehende opinio iuris der Kolonialmächte nicht zu erkennen. Die Gewährung der Unabhängigkeit ist meist auf internationalen Druck und nicht selten auf Befreiungskämpfe der Kolonialbevölkerung zurückzuführen". Das Recht der Imperialisten auf Kolonien hält Schweitzer hoch; allerdings nicht deshalb, weil er glaubt, den alten Kolonialismus wiederherzustellen. Vielmehr entwickelt der imperialistische Völkerrechtler daraus neue Ansprüche der Imperialisten gegenüber dem Befreiungskampf der Völker ebenso wie gegenüber den unabhängigen Staaten der Dritten Welt.

„Zumutung" überschreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 29.7. einen Kommentar zu den Ergebnissen der UNO-Sicherheitssitzung, auf der die westlichen Imperialisten ihren ursprünglichen Plan, nach dem Südafrika den namibischen Hafen Walvis Bay besetzt halten sollte, aufgeben mußten und die Forderung der SWAPO anerkennen mußten. Das übergehe den „selbst von Juristen der Vereinten Nationen anerkannten Südafrikanischen Hoheitsanspruch". Bei Schweitzer findet man die passenden völkerrechtlichen „Argumente": Ein rechtmäßiger Staat kann sich laut Schweitzer bilden auf einem Gebiet, auf dem es bisher kein Staatsgebilde gibt. Schweitzer nennt dafür als Beispiel die Burenrepublik, die auf nichts anderem als der Vertreibung und Unterdrückung der afrikanischen Völker von ihrem Land beruhte. Deren Gesellschaftsformationen gelten dem Imperialisten nicht als Staatsgebilde. Auf Walvis Bay trifft diese Argumentation genauso zu, außerdem gehört es, seitdem es dort im „völkerrechtlichen Sinne" einen Staat gibt, zu Südafrika. Mit der kolonialen Besetzung von Walvis Bay als Pfahl im Fleisch, mit dem Weiterhalten aller Kolonialverträge als Schlinge um den Hals, so hatten sich die Imperialisten die Verwandlung Namibias aus einer Kolonie in eine Neokolonie vorgestellt.

Die Länder der Dritten Welt fordern bekanntlich ein UNO-Abkommen, das ausdrücklich festhält, daß die alten Kolonialverträge nicht fortbestehen. Der Professor Schweitzer ist da natürlich ganz anderer Auffassung. Die westdeutschen Bourgeois wollen die Ausplünderung der Länder der Dritten Welt verstärken, ihren Anteil an der Beute vergrößern. Schweitzer soll ihnen eine Reihe von Funktionären mit „praxisnaher" Ausbildung liefern.

Taktik der Sozialdemokraten gegenüber der VDS-Mitgliederversammlung

z.rah. Nach der parlamentarischen Sommerpause wird sich der Bundestag zu der gesetzlich fälligen „BAFöG Überprüfung" verhalten. Die Pläne, die inoffiziell über die GEW und das Studentenwerk lanciert wurden, sind schmutzig. Die Studentenbewegung soll in eine Falle tappen, mit der die Vertiefung der Isolierung der Arbeiterbewegung sowie die Spaltung der Kämpfe der Studentenbewegung selbst beabsichtigt ist. Vorbereitet wurde dieser Coup in spe durch die Sozialdemokraten in den VDS durch Zersetzung, Verrat und Putsch.

Die Kämpfe der besitzlosen Studentenmassen um Koalitionsrechte entwickelten sich seit 1976 als Offensive gegen die Offensive des bürgerlichen Staatsapparates zur Zerschlagung jeglicher Position dieser Bewegung. Das zentralisierende Moment dieser Kämpfe war die Forderung nach Bezahlung der Arbeitskraft.

Dieser Gesamtcharakter der Kämpfe zeigte sich, als der Mitte 1977 auf seinem Höhepunkt angelangte Streik der Medizinstudenten für Ausbildungs- und Tarifvertrag, von der gesamten Studentenbewegung unterstützt wurde. Bei korrekter Politik der VDS hätte der Streik aller Studenten für diese Ziele beschlossen werden können. Diese Möglichkeit verhinderten die Jusos durch Putsch im Zentralrat der VDS, indem sie die für diesen Zeitpunkt einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung absetzten. Was die Jusos auf der MV im Februar 1978 dann niederschrieben, verfolgten sie hier schon praktisch, „nämlich daß der Durchsetzung studentischer Forderungen Grenzen durch die Akkumulation des Kapitals gesetzt" seien.

Auf der MV im Februar 1978 wurden unter Führung der Sozialdemokraten die Forderungen der bundeseinheitlichen Streikkämpfe im WS 77/78 „nicht befaßt". Stattdessen legten die Jusos der VDS MV ein Aktionsprogramm vor, das die chauvinistischen Interessen der westdeutschen Finanzbourgeoisie sowie deren Interesse an schärferer Ausbeutung der Arbeiterklasse zum Interesse der Studentenmassen machen sollte. Die Mitgliederversammlung hat sich darauf nicht festlegen lassen, was die Jusos nicht gehindert hat, nachdem sie sich ohne politische Festlegung in den Vorstand haben wählen lassen, zu erklären, ihre Anträge in allen Punkten in den VDS durchsetzen zu wollen.

Das war ernst gemeint. Keinen Monat, nachdem die MV der VDS ihr Ansinnen „die internationalistische Tradition der Studentenbewegung ... glaubhaft fortzusetzen", indem „die VDS auch wirklich international für die Freiheitsrechte eintritt" verkündeten, starteten sie als Begleitmusik zu Charters Menschenrechtskampagne die Kampagne „Freiheit für Rudolf Bahro".

Der zweite Punkt, das BAFöG, bedurfte gründlicherer Vorbereitung zu seiner Erledigung. Er soll im Herbst erledigt werden und wurde auf der gleichen MV vorbereitet. Unter dem Stichwort „BAFöG/Öffnung der Hochschulen" hieß es in ihrem Aktionsprogramm: „Die VDS gehen davon aus, daß Ausbildungsförderung ein Instrument sein soll, sozial Benachteiligten ein Studium zu ermöglichen. Allein diese kompensatorische Dimension ist Funktion der Ausbildungsförderung."

Die Bezahlung der Arbeitskraft der Studenten ist damit ausdrücklich ausgeschlossen von den Zielen der Politik der VDS und man erinnert sich, daß die Jusos alle ihre Anträge „in allen Punkten in den VDS durchsetzen" wollten. Aber weiter: „Die VDS fordern die Verteilung der Mittel, die heute für die Förderung durch das Einkommenssteuergesetz und das Kindergeldgesetz aufgewendet werden, nach ausschließlich sozialem Bedarf, d.h. Einbeziehung dieser Mittel in die BAFöG-Förderung".

Seither sind gut sechs Monate vergangen und es hat sich erwiesen, daß die regierende Sozialdemokratie ihren Nachwuchs vorausgeschickt hatte, um die Chancen für die Durchsetzung ihrer Pläne zu sondieren. Durch GEW und Studentenwerk ließ die Bundesregierung im Juni eine vom Charakter her exakt durch die Jusos im Februar vorbereitete Forderung und Taktik verbreiten: 690 DM Höchstförderungsbetrag, 1400 DM Elternfreibetrag, Streichung des Grunddarlehens, jährliche Anpassung. Elternfreibetrag und Höchstförderungsbetrag sind der Speck. Die Falle, die damit der Studentenbewegung gestellt ist, besteht in der Art, wie diese Forderung gestellt ist. Denn finanziert werden soll diese „Reform" in erster Linie durch Streichung des Steuerfreibetrages, der für Eltern gilt, deren Kinder studieren. Was da, wie die Jusos im Februar „angeboten haben", „verteilt" wird? In erster Linie wird zentralisiert, nämlich Arbeiterlohn in den Händen der imperialistischen Finanzbourgeoisie. Nach Berechnungen der Bund-Länder-Kommission werden mit dieser Maßnahme ca. drei Mrd. DM, was ca. dem doppelten BAFöG-Haushalt eines ganzen Jahres entspricht, in die Kassen des Staatsapparates fließen, da der Raub durch Streichung des Steuerfreibetrages unabhängig davon durchgeführt werden soll, ob das Kind BAFöG kriegt, also an alle Eltern, deren Kinder studieren.

Für eine vierköpfige Familie, z.B. Einkommen in Höhe von Grundschullehrern, würde sich dieser Vorschlag als Kürzung des Einkommens um 240 DM auswirken. Der Student aus der Familie würde einen BAFöG-Bescheid über 270 DM erhalten, aber gerade 30 DM mehr ausgezahlt. Was ihm in die Hand gedrückt würde, ist ein um 240 DM erhöhter Unterhaltsanspruch bei den Eltern. Diese Spaltung wollen die Jusos im Wintersemester perfekt machen. Man sieht, sie haben Gründe nach der abgesetzten MV Mitte '77, dem durch Putsch erzwungenen Blankoscheck im Februar 1978, die jetzige MV, auf der die Studentenmassen die Gelegenheit hätten, dieses Manöver einheitlich zu bekämpfen, gar nicht erst einzuberufen.

Mit dem kommenden Semester steht die Studentenbewegung vor der Aufgabe, ein großangelegtes Spaltungsmanöver zerschlagen zu müssen.

Bourgeoisie verordnet Praxisbezug

Sommerpause wird sich der Bundestag zu der gesetzlich fälligen „BAFöG Überprüfung" verhalten. Die Pläne, die inoffiziell über die GEW und das Studentenwerk lanciert wurden, sind schmutzig. Die Studentenbewegung soll in eine Falle tappen, mit der die Vertiefung der Isolierung der Arbeiterbewegung sowie die Spaltung der Kämpfe der Studentenbewegung selbst beabsichtigt ist. Vorbereitet wurde dieser Coup in spe durch die Sozialdemokraten in den VDS durch Zersetzung, Verrat und Putsch.

Die Kämpfe der besitzlosen Studentenmassen um Koalitionsrechte entwickelten sich seit 1976 als Offensive gegen die Offensive des bürgerlichen Staatsapparates zur Zerschlagung jeglicher Position dieser Bewegung. Das zentralisierende Moment dieser Kämpfe war die Forderung nach Bezahlung der Arbeitskraft.

Dieser Gesamtcharakter der Kämpfe zeigte sich, als der Mitte 1977 auf seinem Höhepunkt angelangte Streik der Medizinstudenten für Ausbildungs- und Tarifvertrag, von der gesamten Studentenbewegung unterstützt wurde. Bei korrekter Politik der VDS hätte der Streik aller Studenten für diese Ziele beschlossen werden können. Diese Möglichkeit verhinderten die Jusos durch Putsch im Zentralrat der VDS, indem sie die für diesen Zeitpunkt einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung absetzten. Was die Jusos auf der MV im Februar 1978 dann niederschrieben, verfolgten sie hier schon praktisch, „nämlich daß der Durchsetzung studentischer Forderungen Grenzen durch die Akkumu-

Auf der MV im Februar 1978 wurden unter Führung der Sozialdemokraten die Forderungen der bundeseinheitlichen Streikkämpfe im WS 77/78 „nicht befaßt". Stattdessen legten die Jusos der VDS MV ein Aktionsprogramm vor, das die chauvinistischen Interessen der westdeutschen Finanzbourgeoisie sowie deren Interesse an schärferer Ausbeutung der Arbeiterklasse zum Interesse der Studentenmassen machen sollte. Die Mitgliederversammlung hat sich darauf nicht festlegen lassen, was die Jusos nicht gehindert hat, nachdem sie sich ohne politische Festlegung in den Vorstand haben wählen lassen, zu erklären, ihre Anträge in allen Punkten in den VDS durchsetzen zu wollen.

Das war ernst gemeint. Keinen Monat, nachdem die MV der VDS ihr Ansinnen „die internationalistische Tradition der Studentenbewegung ... glaubhaft fortzusetzen", indem „die VDS auch wirklich international für die Freiheitsrechte eintritt" verkündeten, starteten sie als Begleitmusik zu Charters Menschenrechtskampagne die Kampagne „Freiheit für Rudolf Bahro".

Der zweite Punkt, das BAFöG, bedurfte gründlicherer Vorbereitung zu seiner Erledigung. Er soll im Herbst erledigt werden und wurde auf der gleichen MV vorbereitet. Unter dem Stichwort „BAFöG/Öffnung der Hochschulen" hieß es in ihrem Aktionsprogramm: „Die VDS gehen davon aus, daß Ausbildungsförderung ein Instrument sein soll, sozial Benachteiligten ein Studium zu ermöglichen. Allein diese kompensatorische Di-

förderung."

Die Bezahlung der Arbeitskraft der Studenten ist damit ausdrücklich ausgeschlossen von den Zielen der Politik der VDS und man erinnert sich, daß die Jusos alle ihre Anträge „in allen Punkten in den VDS durchsetzen" wollten. Aber weiter: „Die VDS fordern die Verteilung der Mittel, die heute für die Förderung durch das Einkommenssteuergesetz und das Kindergeldgesetz aufgewendet werden, nach ausschließlich sozialem Bedarf, d.h. Einbeziehung dieser Mittel in die BAFöG-Förderung".

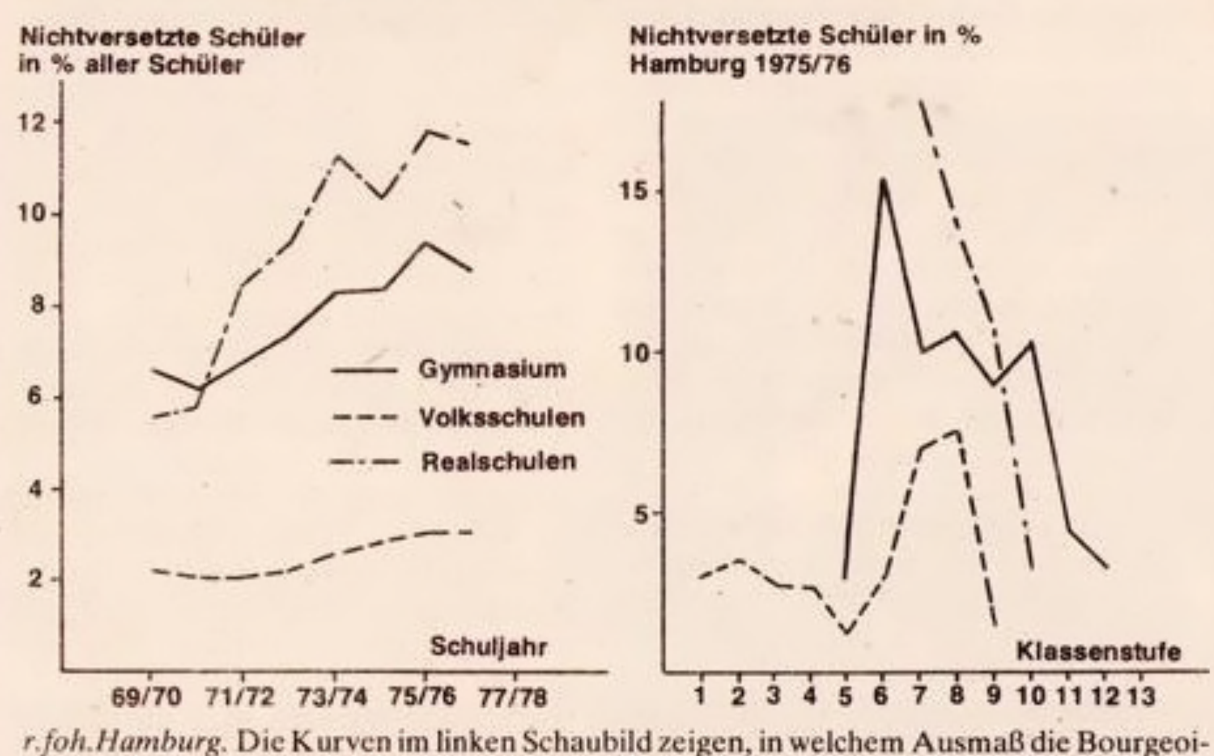
Seither sind gut sechs Monate vergangen und es hat sich erwiesen, daß die regierende Sozialdemokratie ihren Nachwuchs vorausgeschickt hatte, um die Chancen für die Durchsetzung ihrer Pläne zu sondieren. Durch GEW und Studentenwerk ließ die Bundesregierung im Juni eine vom Charakter her exakt durch die Jusos im Februar vorbereitete Forderung und Taktik verbreiten: 690 DM Höchstförderungsbetrag, 1400 DM Elternfreibetrag, Streichung des Grunddarlehens, jährliche Anpassung. Elternfreibetrag und Höchstförderungsbetrag sind der Speck. Die Falle, die damit der Studentenbewegung gestellt ist, besteht in der Art, wie diese Forderung gestellt ist. Denn finanziert werden soll diese „Reform" in erster Linie durch Streichung des Steuerfreibetrages, der für Eltern gilt, deren Kinder studieren. Was da, wie die Jusos im Februar „angeboten

nie wird zentralisiert, nämlich Arbeiterlohn in den Händen der imperialistischen Finanzbourgeoisie. Nach Berechnungen der Bund-Länder-Kommission werden mit dieser Maßnahme ca. drei Mrd. DM, was ca. dem doppelten BAFöG-Haushalt eines ganzen Jahres entspricht, in die Kassen des Staatsapparates fließen, da der Raub durch Streichung des Steuerfreibetrages unabhängig davon durchgeführt werden soll, ob das Kind BAFöG kriegt, also an alle Eltern, deren Kinder studieren.

Für eine vierköpfige Familie, z.B. Einkommen in Höhe von Grundschullehrern, würde sich dieser Vorschlag als Kürzung des Einkommens um 240 DM auswirken. Der Student aus der Familie würde einen BAFöG-Bescheid über 270 DM erhalten, aber gerade 30 DM mehr ausgezahlt. Was ihm in die Hand gedrückt würde, ist ein um 240 DM erhöhter Unterhaltsanspruch bei den Eltern. Diese Spaltung wollen die Jusos im Wintersemester perfekt machen. Man sieht, sie haben Gründe nach der abgesetzten MV Mitte '77, dem durch Putsch erzwungenen Blankoscheck im Februar 1978, die jetzige MV, auf der die Studentenmassen die Gelegenheit hätten, dieses Manöver einheitlich zu bekämpfen, gar nicht erst einzuberufen.

Mit dem kommenden Semester steht die Studentenbewegung vor der Aufgabe, ein großangelegtes Spaltungsmanöver zerschlagen zu müssen.

Nieder mit dem Notensystem! Keiner darf sitzenbleiben!



r.foh.Hamburg. Die Kurven im linken Schaubild zeigen, in welchem Ausmaß die Bourgeoisie die Konkurrenz insbesondere an Gymnasien und Realschulen verschärft hat. An den Gymnasien läßt sie sich sorgfältig ihre späteren Agenten auslesen, die übrigen werden mit Gewalt nach unten abgeschoben. Im Schuljahr 1976/77 sind von 5116 nichtversetzten Gymnasiasten 3340 – also 65% – an Real-, Haupt- oder „sonstige" Schulen (z.B. Fachschulen und Sonderschulen) ausgesiebt worden, nur 35% sind am Gymnasium geblieben. Von den Realschülern soll ein großer Teil früh in die Produktion gezwungen werden. Nur 1420 der 1976/77 nichtversetzen 3395 Realschüler blieben auf der Realschule (42%). 1500 mußten zurück auf die Hauptschule, 164 auf „sonstige" Schulen und 311 „in den Beruf".
Daß die Auslesequote an Volksschulen „nur" bei 3% liegt, erklärt sich vor allem daraus, daß einmal Sitzenbleiben an der Hauptschule langt, um den Abschluß nicht zu bekommen. Und auch die Hauptschüler mit Abschluß stehen der Bourgeoisie zum großen Teil als Hilfsarbeiter zur Verfügung. Diesen Interessen der Bourgeoisie entsprechen die Stellen, an denen der bürgerliche Staat die Schüler aussiebt (rechtes Schaubild).

Bourgeoisie verordnet Praxisbezug

b.rok. Am 12.8. ließ ein Sprecher des Kultusministeriums in der „Neuen Osnabrücker Zeitung" verlauten: „Die Ausbildung der Lehreranwärter (LA) für die Grund-, Haupt- und Realschulen soll künftig praxisbezogener sein. Änderungen der Stundenpläne, die jetzt in einem Erlaß des Kultusministeriums festgelegt werden, (sollen) den jungen Lehrern mehr Gelegenheit geben, gemeinsam Unterrichtsstunden zu beobachten, zu analysieren und zu beurteilen". Für Meppen und Nordhorn gibt es vorläufige Richtlinien, daß die LA am Donnerstag nach der zweiten Stunde keinen Unterricht mehr geben sollen. Damit sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, daß am Donnerstag in der vierten und fünften Stunde die LA mit dem Seminarleiter gemeinsam Unterrichtsstunden „beobachten" und „analysieren". Das soll alle vier bis sechs Wochen geschehen.

Durch Unterrichtsbesuche und Analyse soll jetzt der „Praxisbezug" hergestellt werden. Denn trotz der Kontrolle der LA auf Schritt und Tritt ist es nicht voll gelungen, über die nachmittags stattfindenden Seminare die Köpfe der LA mit Schulrecht und didaktischen Modellen zu verwirren und ihre Ansichten zu verdrehen. Das beweisen die Beschwerden der Rektoren, daß die Unruhe in den Klassen, in denen die LA unterrichten, besonders groß sei und die LA viel zu gute Zensuren gäben. Im Ausbildungsseminar Nordhorn wurde der „Praxisbezug" bereits erprobt. Seminarleiter Kirsch organisierte noch vor den Sommerferien den gemeinsamen Besuch einer Unterrichtsstunde eines LA, der gerade sein zweites Staatsexamen mit der Note 1,0 gemacht hatte. Das Thema der Stunde lautete: „Aufbau einer Einsicht in die funktionalen Zusammenhänge bei der Entstehung des Steigungsregens". 45 Minuten lang dirigierte dieser Lehrer die Schüler mit didaktischen Tricks: bestimmten Handzeichen, einer kurzen Meditationspause, gezieltem leisen Sprechen, durch den in seinem Unterrichtsentwurf bereits ins Detail vorgezeichneten „Erkenntnisprozeß", wie ein Dompteur Tiere dressiert.

Das Ergebnis der Stunde: Steigungsregen fällt im Gebirge. Was auch noch falsch ist, denn er fällt vor dem Gebirge runter.

Das Ganze roch stark nach vorangegangenem Kasernendrill. So ließen die LA in der anschließenden Besprechung erstmal ihren Unmut raus: Erfahrungen der Schüler wurden abgewürgt – den Schülern wurde etwas Falsches beigebracht. Die Schulaufsicht verteidigte diese Unterrichtsstunde: „Wollen Sie denn mit Kreide und Schwämmen beworfen werden!" So Schulamtsdirektor Wischnat. Damit meint er: Die LA, die den Widerstand der Schüler gegen die Unterdrückung zu spüren bekommen, sollen, anstatt sich auf die Seite der Schüler zu stellen, lernen mit „angewandter Didaktik" die Rebellion zu brechen.

Praxisbezogener ist das schon, nutzen tut es nur der Bourgeoisie!

NATO probt die Entscheidungsschlacht um Europa

„Imperialistenhochzeit '78" / Ob Heirat gegen die revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse hilft?

z.kea. In einem der größten Seemanöver seit Bestehen der NATO soll vom 4. bis 19. September „die schnelle Verstärkung Europas in Spannungs- und Kriegszeiten" (Kieler Nachrichten) geübt werden. „Northern Wedding" oder auf deutsch „Hochzeit im Norden" ist Teil der alljährlichen Manöverfolge „Autumn Forge" („Herbstschmiede"), die dieses Jahr in Rekorddimensionen stattfinden soll. „Northern Wedding" ist die Vorbereitung und direkte Einleitung des großen Herbstmanövers „Bold Guard 78" („Kühne Wacht 78"), welches als bisher größte Gefechtsübung in der norddeutschen Tiefebene und in Dänemark stattfinden wird.

40000 Soldaten aus neun NATO-Ländern sollen beim „Northern Wedding" eingesetzt werden, darunter über 3000 westdeutsche Marinesoldaten. Das Manövergebiet erstreckt sich von den Vereinigten Staaten über den Nordatlantik, Nordsee und Ärmelkanal bis nach Skandinavien und Norddeutschland. Die Manöverlage geht von einem Spannungsfall mit drohendem Kriegsausbruch, bzw. vom ausgebrochenen Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt aus. Die Notwendigkeit der militärischen Entscheidungsschlacht zwischen den beiden Supermächten Sowjetunion und USA und ihren Verbündeten um die Vorherrschaft in Europa ist zugrunde gelegt. Es wird „konventionelle" Kriegsführung geübt, d.h. der Zweck des Krieges ist die Einverleibung des europäischen Wirtschaftspotentials und nicht dessen Ausradierung. Schwerpunkt des Manövers: Rasche Verlegung großer vollausgerüsteter Truppenmassen samt Nachschub hauptsächlich von den USA an die Nordflanke Europas. Entsprechende militärische Übungen zur Erreichung dieses Ziels sind Luft- und Seetransportmanöver, amphibische Landungsübungen auf die Shetlandinseln, Norwegen und Jütland (Dänemark), U-Boot-Abwehr und U-Boot-Jagdeinsätze und Sperrung der Ostseeausgänge für die Flotte der sozialimperialistischen Sowjetunion. 200 Schiffe, 22 U-Boote und 800 Flugzeuge und Hubschrauber sollen zum Einsatz kommen. Zivile Transportmittel wie z.B. Fährschiffe müssen für die Beförderung von Truppen und Gerät zur Verfügung gestellt werden.

Vom integrierten NATO-Stab in Rendsburg verlautet: mit den Herbstmanövern solle „die Glaubwürdigkeit der Abschreckung und die Solidarität des Bündnisses demonstriert werden." Die neue Qualität der Kriegsvorbereitung besteht darin, daß gegenwärtig der US-Imperialismus seine Bündnispartner in der NATO auf die aktuelle *Bereitschaft* zum Kriegführen ausrichtet und damit den Druck auf den Sozialimperialismus verstärkt, und daß die sozialimperialistische Sowjetunion ihrerseits den militärischen Aufmarsch gegen Westeuropa forciert. Von seiten der NATO wird das Manöver als Verteidigungsübung gegen den drohenden Blitzangriff der Sowjetunion bezeichnet. Das ist nicht aus der Luft gegriffen, denn die militärische Vorherrschaft der Sowjetunion über Mitteleuropa ist anders als durch einen Blitzkrieg gegen die BRD bis nach Frankreich – bei gleichzeitiger Störung der nordatlantischen Verbindungen – nicht erreichbar. Nur, mit „Northern Wedding" läßt sich genauso gut der Aufmarsch für einen Präventivangriff der NATO gegen Osteuropa üben.

Die völlig andere Möglichkeit, auf die sich die imperialistischen Militärs mit „Northern Wedding" vorbereiten, wird aber im dunkeln gelassen: Bei revolutionären Erhebungen der Arbeiterklasse in den europäischen Ländern wollen sie ebenfalls „die Solidarität des Bündnisses demonstrieren" und der jeweils bedrängten Bourgeoisie durch Intervention bei der Konterrevolution helfen. Die am Manöver teilnehmenden „Ledernacken" der US-Marineinfanterie sind für solche Zwecke jedenfalls vorgesehen: Das Blut des vietnamesischen Volkes hat diese Truppe immer noch an den Händen kleben.

Man kann sich durchaus ein Bild machen von der Verbindung, die mit der „Hochzeit im Norden" geknüpft werden soll: Sie entspricht den Interessen des US-Imperialismus und der westdeutschen Imperialisten.

Nicht Bomben, die Volksmassen fürchtet die Bourgeoisie

z.hek. Bomben sind detoniert. Mitten in den Kasernen der „British Army of Occupation of the Rhine" (Britische Rheinbesatzungsarmee), wie ihr ursprünglicher Name lautet. Noch steht nicht fest, wer die Bomben gelegt hat. Doch der Getroffene jault auf, und sein imperialistischer „Gastgeber" stimmt ein. „Die IRA war es." Das läßt weit blicken. Abgesehen davon, ob sie es wirklich war, scheint ein Grund für die Annahme vorhanden zu sein. Sind es doch gerade die in Westdeutschland stationierten britischen Truppen, die im festen Zyklus in Nordirland eingesetzt werden, um den Befreiungskampf des irischen Volkes zu unterdrücken.

Die Feststellung der „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 21.8.78, „Regierung und Volk betrachten die britischen Streitkräfte als erwünschte Gäste in diesem Land. Es sind ihrer wegen Nordirland eher zu wenige als zuviele", bleibt angesichts der Unterstützung des Kampfes des irischen Volkes durch die westdeutschen Volksmassen ein frommer Wunsch und erstrebtes Ziel der westdeutschen Imperialisten.

Handfeste Interessen ihrerseits liegen schon vor, den Kampf in Nordirland zu unterdrücken: „Der Stand der deutschen Investitionen in Großbritannien erreichte am 31.12.1977 mit 2115 Mio. DM ein um 7,6% höheres Niveau als ein Jahr zuvor" (Nachrichten für den Außenhandel, 18.7.78). Ein Gutteil davon wurde in Nordirland investiert. Im Bereich der Dieselmotorenfertigung hat sich z.B. MAN mit 49% bei Harland & Wolff Ltd, Belfast, beteiligt. Der CDU-Sprecher Henrich ist jetzt besser zu verstehen: „Jeder Anschlag gegen die Rheinarmee richtet sich auch gegen die Sicherheit der Bevölkerung der Bundesrepublik". Womit er die Sicherheit der westdeutschen Imperialisten und ihre Niedriglohn-Niederlassungen meint. Sie betrachten die britischen Truppen als „Gäste", deren Einsatz für vieles geplant ist.

Von Entrüstung über die Bombendetonationen innerhalb der westdeutschen Volksmassen ist nicht viel zu hören. Sie haben auch ihre Erfahrungen mit den Besatzertruppen. Zum Leidwesen der westdeutschen Imperialisten ist jener Teil der Arbeiterklasse noch nicht ausgestorben, der nach dem 2. Weltkrieg die Fabriken übernahm, um ein sozialistisches Deutschland aufzubauen. Von ihnen ist zu erfahren, daß die amerikanischen, britischen und französischen Besatzer die Fabriken mit Panzern besetzten, unter wohlwollendem Beifall der geschlagenen deutschen Imperialisten, die mit ihrem Sprachrohr Adenauer nach der Devise handelten, kommt Zeit, kommt Selbständigkeit.

Anfang der 50er Jahre war der Kampf der deutschen Arbeiterklasse für Sozialismus gegen den Wiederaufbau einer imperialistischen Armee so stark, daß der damalige Bundesminister a.D. und spätere Bundespräsident Heinemann bemerkte: „Natürlich wäre mit der Einsetzung einer gesamtdeutschen Regierung aus freien und geheimen Wahlen noch nicht viel gelöst. ... Sie würde vollends ohne einen allseitig gefestigten Staatsapparat und ohne brauchbare Machtmittel ihren Weg beginnen müssen. Wie kann diese Regierung bestehen und ausführen, was ihr obliegen wird? ... Kann man sich deshalb eine gesamtdeutsche Regierung schon aus *inneren* Gründen ohne schützende Übergangshilfe vorstellen?" Es „oblag" dieser Regierung mit amerikanischer, britischer und französischer „Übergangshilfe" die Startlöcher der westdeutschen Imperialisten zu buddeln. Zerschlagung des Widerstands der Volksmassen, Verbot der KPD waren die nächsten selbständigen Schritte. Die „Übergangshilfe" dauert heute noch an. Die westdeutschen Imperialisten wissen sie zu nutzen für den Kampf um die Vorherrschaft in Europa. Da ist man den anderen Konkurrenten ein Stück voraus. Zur Niederhaltung der Volksmassen im eigenen Land taugen sie allemal, und die Stärke, die Neuverteilung der Welt im Alleingang durchzuführen, ist noch nicht erreicht. Bedenklich stimmt es die westdeutschen Imperialisten, daß diese Ziele innerhalb der eigenen Volksmassen keine Unterstützung finden. Die Ideologie der „Vorwärtsverteidigung" greift nicht so recht. Die Imperialisten spüren es deutlich an den Kämpfen gegen die Stationierung der Besatzertruppen. Besorgt stellen sie fest, daß selbst innerhalb der Besatzertruppen, trotz Isolation von den westdeutschen Volksmassen, die Zersetzung wächst. „Viele amerikanische Soldaten ... sind verdrossen", meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (21.8.78). „Klage wird natürlich über den Verfall des Dollar geführt und die Auswirkungen auf den Lebensstandard des militärischen Personals in Übersee." Unter Heimweh würden sie leiden. Das sei bedenklich. Doch geradezu *brisant* sei die Sicherheitslage in unserem Land. So brisant wie nie. Eine Umfrage unter den westdeutschen Volksmassen hätte eine haarsträubende „Unwissenheit" über den Sinn und Zweck der britischen Truppen in Westdeutschland ergeben: „Gegen die können wir doch nichts machen, das ist doch eine Besatzungsmacht", oder: „Solange die nicht losschlagen, muß man sie akzeptieren" (Süddeutsche Zeitung, 21.8.78). Liebe und Gastfreundschaft für die Besatzertruppen spricht nicht aus diesen Zitaten. Das ist allerdings gefährlich. Durch den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei lassen sie es denn auch aussprechen, daß sie weniger die Bomben als den Aufstand der Massen fürchten: „Die Sicherheitslage in unserem Land war noch nie so brisant!" Erklärlich, macht doch der Zusammenschluß der Arbeiter, Bauern und Soldaten für den Austritt aus der NATO, die Auflösung aller imperialistischen Militärbündnisse und den Abschluß eines Friedensvertrages beider deutscher Staaten mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges immer größere Fortschritte.

z.hek. Bomben sind detoniert. Mitten in den Kasernen der „British Army of Occupation of the Rhine" (Britische Rheinbesatzungsarmee), wie ihr ursprünglicher Name lautet. Noch steht nicht fest, wer die Bomben gelegt hat. Doch der Getroffene jault auf, und sein imperialistischer „Gastgeber" stimmt ein. „Die IRA war es." Das läßt weit blicken. Abgesehen davon, ob sie es wirklich war, scheint ein Grund für die Annahme vorhanden zu sein. Sind es doch gerade die in Westdeutschland stationierten britischen Truppen, die im festen Zyklus in Nordirland eingesetzt werden, um den Befreiungskampf des irischen Volkes zu unterdrücken.

Die Feststellung der „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 21.8.78, „Regierung und Volk betrachten die britischen Streitkräfte als erwünschte Gäste in diesem Land. Es sind ihrer wegen Nordirland eher zu wenige als zuviele", bleibt angesichts der Unterstützung des Kampfes des irischen Volkes durch die westdeutschen Volksmassen ein frommer Wunsch und erstrebtes Ziel der westdeutschen Imperialisten.

Handfeste Interessen ihrerseits liegen schon vor, den Kampf in Nordirland zu unterdrücken: „Der Stand der deutschen Investitionen in Großbritannien

Heinemann bemerkte: „Natürlich wäre mit der Einsetzung einer gesamtdeutschen Regierung aus freien und geheimen Wahlen noch nicht viel gelöst. ... Sie würde vollends ohne einen allseitig gefestigten Staatsapparat und ohne brauchbare Machtmittel ihren Weg beginnen müssen. Wie kann diese Regierung bestehen und ausführen, was ihr obliegen wird? ... Kann man sich deshalb eine gesamtdeutsche Regierung schon aus *inneren* Gründen ohne schützende Übergangshilfe vorstellen?" Es „oblag" dieser Regierung mit amerikanischer, britischer und französischer „Übergangshilfe" die Startlöcher der westdeutschen Imperialisten zu buddeln. Zerschlagung des Widerstands der Volksmassen, Verbot der KPD waren die nächsten selbständigen Schritte. Die „Übergangshilfe" dauert heute noch an. Die westdeutschen Imperialisten wissen sie zu nutzen für den Kampf um die Vorherrschaft in Europa. Da ist man den anderen Konkurrenten ein Stück voraus. Zur Niederhaltung der Volksmassen im eigenen Land taugen sie allemal, und die Stärke, die Neuverteilung der Welt im Alleingang durchzuführen, ist noch nicht erreicht. Bedenklich stimmt es die westdeutschen Imperialisten, daß diese Ziele innerhalb der eigenen Volksmassen keine Unterstützung fin-

Wehrkraftzersetzungsprozess im ersten Anlauf gescheitert

r.cum. Am Mittwoch hat die Staatsschutzkammer Flensburg den Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen C.U. Monica, presserechtlich Verantwortlicher der „Volksmiliz" Flensburg/Westküste, bis Mitte September ausgesetzt. Mit einer raschen und hohen Verurteilung in einem nicht öffentlichen Standgerichtsverfahren sollte mit diesem Prozeß die erste Welle von Wehrkraftzersetzungsprozessen gegen die „Volksmiliz" in Schleswig-Holstein abgeschlossen werden, um so günstige Voraussetzungen zu schaffen, durch das Nachschieben von 15 weiteren Verfahren die SRK's Flensburg/Westküste und Holstein zu zerschlagen.

In vier vorangegangenen Wehrkraftzersetzungsprozessen haben sie neun Monate Gefängnis ohne Bewährung, 22 Monate Gefängnis mit Bewährung und 1000 DM Geldbuße verteilt. Schon in den vorherigen Verfahren durch zahlreiche Resolutionen und zwei Demonstrationen in Flensburg unter Druck geraten, hatte die Staatsschutzkammer den Prozeß von Anfang an nicht in der Hand. Fast 60 Besucher des Prozesses forderten die sofortige Einstellung des Prozesses. Richter Sauer versucht, die Öffentlichkeit einzuschränken, und läßt nur 35 Platzkarten ausgeben. Die ersten beiden Verhandlungstage wird die Auseinandersetzung um uneingeschränkte Öffentlichkeit geführt. Wohlwissend, daß ihre Taktik vor öffentlicher Gerichtsverhandlung nicht durchgesetzt werden kann, läßt die Kammer am zweiten Verhandlungstage den Gerichtssaal mit dem Polizeiknüppel räumen. Erfolg: Ein Demonstrationszug durchs Gericht informiert die Gerichtsbeschäftigten. In der Stadt wird durch Demonstrationen, Kundgebungen, Plakate und Flugblätter über den jeweiligen Stand des Verfahrens berichtet. Während der Verhandlungspausen nehmen jeweils über 100 Menschen an den Kundgebungen teil.

In der Anklage heißt es: „In der Druckschrift wird die Bundeswehr als ein ‚Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie' dargestellt. Diese isoliere die Soldaten der Bundeswehr vom Volk um sie ‚abzurichten gegen das Volk und für den imperialistischen Krieg'. Die ‚Abrichtung' erfolge durch ‚Schinderei und Unterdrückung'." Das entspricht den Erfahrungen der Massen, deshalb unterstützen sie die Kundgebungen, und deshalb kann die Polizei auch keine Aktionen verhindern. Am Ende des zweiten Verhandlungstages ist die Anklageschrift noch immer nicht verlesen, aber nahezu jeder in Flensburg weiß vom Prozeß. Das Gericht versucht, wenigstens einen Leutnant als Zeugen vor der Hauptverhandlung in Sicherheit zu bringen, indem es ihn in Urlaub schickt und vorher kommissarisch vernimmt. Dabei setzt es sich so offen über seine eigenen Gesetze hinweg, daß selbst der Staatsanwalt nicht mehr mitmacht.

Nach vermutlicher Beratung mit dem Rechtsberater des Territorialkommandos Nord in Kiel beschließt das Gericht am dritten Verhandlungstag, daß es besser sei, diesen ersten, fehlgeschlagenen Versuch abzubrechen, dem Druck auszuweichen und den Prozeß am 13. September von vorne, besser vorbereitet, zu beginnen.

r.cum. Am Mittwoch hat die Staatsschutzkammer Flensburg den Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen C.U. Monica, presserechtlich Verantwortlicher der „Volksmiliz" Flensburg/Westküste, bis Mitte September ausgesetzt. Mit einer raschen und hohen Verurteilung in einem nicht öffentlichen Standgerichtsverfahren sollte mit diesem Prozeß die erste Welle von Wehrkraftzersetzungsprozessen gegen die „Volksmiliz" in Schleswig-Holstein abgeschlossen werden, um so günstige Voraussetzungen zu schaffen, durch das Nachschieben von 15 weiteren Verfahren die SRK's Flensburg/Westküste und Holstein zu zerschlagen.

In vier vorangegangenen Wehrkraftzersetzungsprozessen haben sie neun Monate Gefängnis ohne Bewährung, 22 Monate Gefängnis mit Bewährung und 1000 DM Geldbuße verteilt. Schon in den vorherigen Verfahren durch zahlreiche Resolutionen und zwei Demonstrationen in Flensburg unter Druck geraten, hatte die Staatsschutzkammer den Prozeß von Anfang an nicht in der Hand. Fast 60 Besucher des Prozesses forderten die sofortige Einstellung des Prozesses. Richter Sauer versucht, die Öffentlichkeit einzuschränken, und läßt nur 35 Platzkarten ausgeben. Die ersten beiden Ver-

Gericht informiert die Gerichtsbeschäftigten. In der Stadt wird durch Demonstrationen, Kundgebungen, Plakate und Flugblätter über den jeweiligen Stand des Verfahrens berichtet. Während der Verhandlungspausen nehmen jeweils über 100 Menschen an den Kundgebungen teil.

In der Anklage heißt es: „In der Druckschrift wird die Bundeswehr als ein ‚Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie' dargestellt. Diese isoliere die Soldaten der Bundeswehr vom Volk um sie ‚abzurichten gegen das Volk und für den imperialistischen Krieg'. Die ‚Abrichtung' erfolge durch ‚Schinderei und Unterdrückung'." Das entspricht den Erfahrungen der Massen, deshalb unterstützen sie die Kundgebungen, und deshalb kann die Polizei auch keine Aktionen verhindern. Am Ende des zweiten Verhandlungstages ist die Anklageschrift noch immer nicht verlesen, aber nahezu jeder in Flensburg weiß vom Prozeß. Das Gericht versucht, wenigstens einen Leutnant als Zeugen vor der Hauptverhandlung in Sicherheit zu bringen, indem es ihn in Urlaub schickt und vorher kommissarisch vernimmt. Dabei setzt es sich so offen über seine eigenen Gesetze hinweg, daß selbst der Staatsanwalt nicht mehr mitmacht.

Hundestaffeln sollen Bundesliga schützen



r.kar. Jedes Bundesligaspiel nutzt der imperialistische Staatsapparat für die Durchführung großer Polizeimanöver. Die Rechtfertigung dafür sucht er in der Notwendigkeit, die „dumpf tobenden Massen" im Zaum zu halten. So hetzte die „Bremer Morgenpost" nach dem Spiel Werder gegen HSV: HSV-Fans machen Randale in der Innenstadt, die Polizei nimmt 20 fest, fünf behalten sie wegen Trunkenkeit bis zum Ende des Spiels. Im Stadion stürmen Fußballanhänger ohne Karten die Eingägne, andere, die trotz Eintrittskarten nicht mehr ins überfüllte Stadion kommen, bedrohen die Kartenverkäufer

Ein Problem ist es für die Bourgeoisie, daß die Massen aus Protest gegen Korruption und Bestechung nicht gegenseitig aufeinander losgehen, sondern es zunehmend als gerecht empfinden, gegen die Ausplünderung durch den Konzern Bundesliga zu kämpfen. Welcher Fußballanhänger ist schon bereit, durch sein Eintrittsgeld die Bestechungssummen aufzubringen? Mit Verfolgungen durch die ganze Stadt, Massenfestnahmen und dem Einsatz einer Hundertschaft Hilfspolizei vom Norddeutschen Bewachungsinstitut mit 15 Hundeführern versucht die Bundesliga sich das notwendige Kapital beschaffen zu lassen. Bierbüchsen und -flaschen zeigen deutlich, was die Massen von der polizeimäßigen Organisierung dieses honorigen Unternehmens Bundesliga halten.

Britische Besatzer verschärfen Kontrolle

Bielefeld. In der Nacht vom 10.8. auf den 11.8. ließen die britischen Besatzeroffiziere alle mobilisierbaren Besatzersoldaten Wache stehen. Jede Kaserne ist seit dem Anschlag mit 2 Posten bewacht. Die Kontrollen sind scharf. In die Kasernen werden keine zivilen Wagen hineingelassen. Ein Posten, Dienstgrad Corporal, der in der Zeit um 5 Uhr eingeschlafen war, soll vor ein Majorgericht gestellt werden. Gleichzeitig verschärfen die Offiziere den Druck auf die Soldaten und die zivilen Angestellten. Die Arbeitszeit der Beschäftigten ist umgewechselt worden, die Kantinenzeiten sind um dreiviertel Stunden gekürzt worden. Bei den Söldnern ist die Dienstzeit erhöht worden. Von Freitag auf Samstag Nacht ist keiner der unteren Dienstgrade aus dem Dienst gekommen, das Training ist für die Söldner um 3 Stunden täglich verstärkt worden.

Möllemann für Ausbau des Zivildienstes

Dortmund/Anröchte. Auf dem FDP-Kreisparteitag in Anröchte sprach sich der FDP-Bundestagsabgeordnete für die Ausweitung des Zivildienstes aus. Er solle 18 Monate dauern, die Zahl der Plätze müsse von derzeit 40000 auf 60000 ausgebaut werden. Auch diese Dienstpflichtigen sollten, so Möllemann, eine Grundausbildung erhalten, unter der Verantwortung der „sozialen Träger". Möllemann befürwortet die Kasernierung der Zivildienstpflichtigen in sogenannte „Gemeinschaftseinrichtungen". Für die Bundeswehr forderte er, da „der politische Hintergrund und die inhaltliche Verpflichtung, die ein Soldat zu erfüllen habe", nicht genügend klar werde, einen Unterricht mit Schwerpunkt „Friedenspädagogik". Eine Kommission erarbeite bereits entsprechende Rahmenpläne. Die „Liberalen" haben sehr genaue Vorstellungen für die Vorbereitung auf den imperialistischen Krieg mittels Arbeitsdienst und ideologischer Ausrichtung der Armee.

Soldaten fordern Benzingeld und Dienstausgleich

Bad Mergentheim. Deutschherrenordenkaserne. Vergangene Woche haben 156 Soldaten der Deutschherrenordenkaserne in Bad Mergentheim einen Brief mit Namen und Dienstgrad unterschrieben, in dem sie an Minister Apel die Forderung nach Bezahlung der Benzinkosten für die Heimfahrt mit PKW fordern und seine Ankündigung der zweiten Heimfahrt monatlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückweisen. Gleichzeitig haben die Soldaten mehrerer Einheiten in der Kaserne Mannschaftsversammlungen gefordert, auf denen sie Maßnahmen zur Durchsetzung des vollen Dienstausgleichs für alle Zusatzdienste beraten wollen. Der Panzergrenadierkompanie 360 war für Mittwoch eine Mannschaftsversammlung zugesagt. Sie wurde ohne Begründung auf Donnerstag nach Dienst (!) verschoben. Gleichzeitig verlautet, der Kp-Chef sei der Auffassung, gegen die Sache mit dem Dienstausgleich müsse jetzt einmal hart durchgegriffen werden. Der 1./12, Nachschubkompanie, wurden vor 4 Wochen, während des Urlaubs vieler Soldaten, die letzten 2 bis 3 Stunden Dienstausgleich für GvD, Wache etc. auch noch gestrichen. Auf der letzten Sitzung des Unterkomitees Tauberbischofsheim des SRK Franken wurde mit den Vertrauensleuten mehrerer Einheiten aus Mergentheim beraten, wie eine einheitliche Front gegen die Ausweitung der Zusatzdienste und für den vollen Dienstausgleich aufgebaut werden kann.

habe", nicht genügend klar werde, einen Unterricht mit Schwerpunkt „Friedenspädagogik". Eine Kommission erarbeite bereits entsprechende Rahmenpläne. Die „Liberalen" haben sehr genaue Vorstellungen für die Vorbereitung auf den imperialistischen Krieg mittels Arbeitsdienst und ideologischer Ausrichtung der Armee.

Soldaten fordern Benzingeld und Dienstausgleich

Bad Mergentheim. Deutschherrenordenkaserne. Vergangene Woche haben 156 Soldaten der Deutschherrenordenkaserne in Bad Mergentheim einen Brief mit Namen und Dienstgrad unterschrieben, in dem sie an Minister Apel die Forderung nach Bezahlung der Benzinkosten für die Heimfahrt mit PKW fordern und seine Ankündigung der zweiten Heimfahrt monatlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückweisen. Gleichzeitig haben die Soldaten mehrerer Einheiten in der Kaserne Mannschaftsversammlungen gefordert, auf denen sie Maßnahmen zur Durchsetzung des vollen Dienstausgleichs für alle Zusatzdienste beraten wollen. Der Panzergrenadierkompanie 360 war für Mittwoch eine Mannschaftsversammlung zugesagt. Sie wurde ohne Begründung auf Donnerstag nach Dienst (!) verschoben. Gleichzeitig verlautet, der Kp-Chef sei der Auffassung, gegen die Sache mit dem

Bundeswehr-Seminar über Marxismus-Leninismus

Fahl. Zwei Soldaten der Raketen-Artillerieeinheit in Pfullendorf berichteten, daß sie auf einen einwöchigen Kurs nach Fahl abkommandiert wurden zum politischen Unterricht. Thema des Kurses: Marxismus-Leninismus, Leiter Prof. Oswald, PH Freiburg. Die politischen Debatten aufgrund von Fragen von Soldaten werden von vornherein unterdrückt. Die Soldaten berichteten, es sei gesagt worden, der Sozialismus sei eine Gesellschaft, in der die Arbeiter mehr Macht hätten und die Kapitalisten von den Arbeitern gedrückt würden. Der Kommunismus in der Sowjetunion sei schlecht und der in China etwas besser, der aber sei in einer früheren Phase und würde auch noch soweit kommen wie der in der Sowjetunion. Weiter wurde von dem Kursleiter vertreten, die Viererbande sei die einzige, die den Kurs Maos weiterverfolgen wollte. Zweck dieses Kurses war offensichtlich, den Soldaten beizubringen, daß die Arbeiterklasse unfähig sei, ihre eigene Herrschaft zu erringen und zu verteidigen. Nach der Diskussion kauften die Soldaten eine KVZ und ein Programm des KBW, das sie am nächsten Tag im Kurs auf den Tisch legen und zur Diskussion stellen wollten.

Isländische Volksmassen fordern Abzug aller fremden Truppen

z.woe. Die Unterstützung der von den isländischen Massen breit erhobenen Forderung nach Abzug aller fremden Truppen und Schließung des US-Stützpunktes in Keflavik hat wesentlich zum Sieg der „Nationalkommunistischen Volksallianz" bei den letzten Wahlen beigetragen. 1949 hatten die USA Island einen Stützpunkt aufgezwungen. 1973, nach der Erweiterung der isländischen Fischereizone auf 200 Seemeilen, wurde deutlich, wen die NATO-Truppen schützen: Der britische Außenminister drohte, britischen „Marineeinheiten Interventionen zum Schutz der britischen Trawler zu befehlen". Nachdem am 14.6.1973 Island vor dem NATO-Rat den sofortigen Abzug der britischen Kriegsschiffe gefordert und die Überprüfung der isländischen NATO-Mitgliedschaft angekündigt hatte, drohten die USA, „alles zu tun, um eine Schließung des Stützpunktes zu verhindern". Im Jahr darauf wurden sie, wesentlich durch einen Boykott des isländischen Flughafenpersonals gegenüber NATO-Piloten, gezwungen, ihre Truppen um zunächst 400 Mann zu verringern, Isländer in der Bedienung des technischen Gerätes einzuweisen und sich auf den militärischen Teil des Flughafens zurückzuziehen. Daß jetzt zwecks Bildung einer Parlamentskoalition die „Nationalkommunistische Volksallianz" von den vor der Wahl propagierten Forderungen abgeht, wird entgegen den Hoffnungen der Imperialisten dem Kampf der isländischen Massen zum Abzug aller fremden Truppen kein Ende setzen.

Aussöhnung zwischen Zaire und Angola

z.gek.Brüssel. Mehrere hunderttausend Menschen bereiteten der Delegation Angolas unter Agostinho Neto bei ihrem Besuch in Kinshasa, der Hauptstadt Zaires, einen begeisterten Empfang. „Dies ist eines der glücklichsten Ereignisse für unser Land seit der Erringung der Unabhängigkeit", sagte Präsident Neto bei seinem Eintreffen. „Die Gespräche von Karthum haben die Perspektive einer weiten Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern eröffnet." Präsident Mobutu von Zaire sagte, es gelte „die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben beider Völker auf Basis des Respekts der Souveränität und territorialen Integrität zu schaffen". Er nahm eine Einladung zu einem Besuch in Luanda „in der kürzestmöglichen Zeit" an und schlug die Einbeziehung von Sambia und der Volksrepublik Kongo als Nachbarländern in die angestrebte enge Zusammenarbeit vor. Als Ergebnis der zweitägigen Gespräche wurde festgelegt, daß beide Länder sich um die baldige Wiedereröffnung der Benguela-Eisenbahn bemühen werden, eine gemeinsame Grenzkommission im Rahmen der OAU bilden und alle Differenzen in diesem Rahmen beilegen wollen sowie die Rückkehr der schätzungsweise eine Million angolanischer Flüchtlinge in Zaire sowie mehrerer hunderttausend zairischer Flüchtlinge in Angola „auf Basis der Freiwilligkeit der Betroffenen" anstreben.

Kämpfe der „Unberührbaren", der landlosen Bauern und Landarbeiter in ganz Indien

z.jon.London. Im Dorf Jagannathapuram im indischen Bundesstaat Andrah Pradesh verbrannten 500 Demonstranten am 21.3. das Haus eines reichen Händlers, der sich zuvor geweigert hatte, Angehörige der unterdrückten Kasten zu bedienen. In Kanjhawala, im Verwaltungsgebiet von Delhi, versuchten reiche Bauern durch Sengen und Morden vergeblich, bis dahin landlose Bauern von dem ihnen zugeteilten und von ihnen besetzten Land zu vertreiben. Am 23.7. kam es zu mehrtägigen Kämpfen zwischen den unterdrückten Kasten und bewaffneten Banden reicher Händler und Großgrundbesitzer in der südindischen Stadt Vilupuram im Bundesstaat Tamil Nadu.

Bei den mehr als zehntägigen Kämpfen Ende Juli/Anfang August im Osten des Bundesstaates Maharashtra (Hauptstadt Bombay) in der Umgebung der Stadt Nagpur wurden nach der offiziellen Verlautbarung der Polizei 105 Regierungsfahrzeuge, 12 Bahnhöfe, 11 Busbahnhöfe sowie eine unbekannte Zahl von Schulen und Banken zerstört. Das Gros dieser Zerstörungen gehe auf das Konto der Republikanischen Partei Indiens, einer Partei, in der vor allem Angehörige der unterdrücktesten Teile des indischen Volkes organisiert sind, „Unberührbare", Mitglieder der rechtlosen Kasten. 1400 Harijane, Kinder Gottes, wie die „Unberührbaren" offiziell genannt werden, seien obdachlos, 1200 Hütten seien verbrannt worden. Über die Zahl der Toten und Verwundeten in diesen Kämpfen schweigt die Polizei. Allein zehn starben und 70 wurden am 4.8. in Nagpur verwundet, als die Polizei in eine Demonstration von 10000 landlosen Bauern und Arbeitern schoß. Tatsächlich sind diese Zahlen zu niedrig. Eine Meldung in der „Times of India" vom 8.8. spricht davon, daß Häuser in 900 Dörfern verbrannt worden seien und zehntausende Bauern und Landarbeiter obdachlos.

Die Auseinandersetzungen von Studenten aus höheren Kasten mit den Organisationen der Dalits (Unterdrückte), wie sich die „Unberührbaren" selbst nennen, den Dalits Panthers, hätten die Kämpfe ausgelöst. Das ist die offizielle Erklärung. Tatsächlich handelt es sich um ein von langer Hand mit Unterstützung der Staatsmacht vorbereitetes Pogrom der Großgrundbesitzer und Kapitalisten gegen die landlosen Bauern und Landarbeiter. Die Siedlungen der Landarbeiter wurden – oft nachts – von bewaffneten Banden überfallen, die Häuser angesteckt, die gesamte Habe zerstört, die Brunnen vergiftet, die Landarbeiter und ihre Familien mißhandelt und in den Städten zusammengetrieben. Die Polizei war selbst vielfach an diesen Aktionen beteiligt. Die Gegenaktionen der Dalits brachten die reaktionäre Kampagne zu Ende.

Imperialistische Zeitungen sind seitdem voll von bewegten Klagen über das „Kastenproblem" in Indien. „Jährlich werden tausende Harijans' umgebracht, das kümmert sie überhaupt nicht", sagte uns ein indischer Kommunist in London. „Jetzt wehren sich die armen und landlosen Bauern erfolgreich. Da sind die Imperialisten beunruhigt."

Unter dem Vorwand, den unterdrücktesten Teilen des Volkes Teilnahme an der parlamentarischen Vertretung und materielle Unterstützung zu gewähren, fügten die britischen Imperialisten 1935 ihrem Gesetz über die Regierung Indiens ein Register der unterdrücktesten Kasten an, das nach folgendem Kriterium aufgestellt war: „Hindukasten, deren Kontakt Reinigung von seiten der höheren Hindukasten erfordert".

Diese „Unberührbarkeit" ist nichts als der Ausdruck der vollständigen Rechtlosigkeit und Diskriminierung der untersten Schichten der landlosen und armen Bauern, darunter des größten Teils der nationalen Minderheiten, die vor allem vom Besitz des Bodens und wichtiger Produktionsmittel ausgeschlossen werden sollen: Verbot, die gleichen Quellen zu benutzen wie die besitzenden Kasten. Verbot, bestimmte Gewerbe auszuüben, Heiratsverbot usw. Die britischen Imperialisten haben dieses System zur vollen Entfaltung gebracht und das Kastenregister gleich in die Verfassung auch des unabhängigen Indiens hineingeschrieben, weil das aufs trefflichste der Niederhaltung und Spaltung des Kampfes der indischen Volksmassen gegen die imperialistische Ausplünderung und Unterdrückung dient.

Anfang der siebziger Jahre gab es rund 80 Mio. Angehörige „registrierter Kasten", die zu 90% in Dörfern lebten. Sie stellten damit schätzungsweise um die 20% der ländlichen Bevölkerung, die große Mehrheit der Landarbeiter. In dem Maß, in dem die Imperialisten und die ihnen verbündeten indischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten das Bauernlegen und die Kapitalisierung der Landwirtschaft vorantreiben, verschlechtert sich die Lage dieser landlosen und armen Bauern, verbessern sich aber zugleich die Möglichkeiten zum Kampf gegen die Rechtlosigkeit und Ausbeutung. Der französische Soziologe Beteille beschreibt diesen Prozeß an einem Beispiel so:

„Mit seiner großen Konzentration an Harijan-Arbeitern ... war Tangore in Südindien einer der ersten von sieben Bezirken, der für eine intensive landwirtschaftliche Entwicklung ausgewählt wurde. Im östlichen Teil wurden die wenigen Harijane, die Pächter waren, vertrieben und mußten Tagelöhner werden. Entsprechend benutzten die mittleren und großen Großgrundbesitzer ausschließlich Lohnarbeiter ... um ihre Felder zu bestellen. Das intensive Programm führte tatsächlich zu einer Steigerung der Reisproduktion und zeitweise in der Nachfrage nach Arbeitskräften, begleitet von organisiertem Druck für höhere Löhne von seiten der Harijan-Arbeiter und ihrer Führer. In Tangore hat eine große und ziemlich homogene Klasse von ‚reinen' Landarbeitern, die fast ganz aus Harijane bestand (und auch am marxistischen Kommunismus orientiert war) das Lohnniveau etwas erhöht. Aber diese Erhöhung wurde zum Preis von Unsicherheit, Konflikt und Gewalt erreicht. Am 25. Dezember 1968 wurden nach langen Streitigkeiten zwischen Grundbesitzern und Lohnarbeitern die Häuser einer ganzen Harijan-Straße angezündet und 42 Frauen und Kinder verbrannt."

Man erkennt die Hoffnungen, die die Imperialisten auf das Kastensystem und die „Kastenkonflikte" setzen, die sie schüren, um die Kämpfe der armen indischen Bauernmassen zu vernichten. „Kapitalisierung der Landwirtschaft" und „Entwicklung der Industrie auf dem Lande", das sind die Parolen, die die Imperialisten der indischen Bourgeoisie vorgeschrieben haben, um die Millionenheere der landlosen indischen Bauern und Landarbeiter auszubeuten. Die „Financial Times", das Organ der alten britischen Kolonialmacht, am 14. August 1978:

„Das Wachstum der großen Industrie, die vielfach kapitalintensiv ist, hat nur einen vernachlässigbaren Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geleistet. Es muß einen radikalen Wechsel in der Politik zur Ermutigung von arbeitsintensiver Heim- und Kleinindustrie in den Dörfern geben. Das ist der zentrale Zug der neuen Entwicklungspolitik, die die Janata-Regierung unter Moraji Desai verfolgt."

Die bewaffneten Bauernaufstände, die 1967 in Naxalbari ihren Ausgang nahmen, wurden vor allem von nationalen Minderheiten und den unterdrückten Kasten getragen. Überall, wo die Aufstände aufflammten, brachen die Kastenschranken, die die werktätigen Massen spalten, schlagartig zusammen. Mit den Kämpfen landloser und armer Bauern in ganz Indien im Zeitraum weniger Wochen, den Angriffen der „Unberührbaren" gegen ihre Peiniger, hat der Befreiungskampf der indischen Volksmassen gegen die imperialistische Herrschaft eine neue Stufe erreicht.

Der Traum von den asiatischen Billiglohnländern wird den EG-Imperialisten vergehen

z.mih. Blaublut Lambsdorff ist weiter auf Tour durch Südostasien für das westdeutsche Finanzkapital. Die Marschroute für das „Mehrzweckwunder", wie ihn die „Westberliner Morgenpost" tituliert, ist klar: Die Schlinge soll den Ländern der Dritten Welt enger gezogen werden, der Kapitalexport in die „Billiglohnländer" soll steigen, die Verschuldung wachsen. Der gräfliche Gesandte besuchte Länder der ASEAN, um im Vorfeld der Welthandelskonferenz im Mai 1979 in Manila und dem kommenden Außenministertreffen von ASEAN und EG



wird der Handel untereinander durch Zollsenkung von 10% bis 30% gefördert und die Beziehung zu Ländern der Dritten Welt vertieft. Bezahlt werden können die gemeinsamen Aufbauprogramme aus den Gewinnen des Verkaufs des Erdöls, Erdgases und Urans. Die Erdöleinnahmen Indonesiens stiegen von 1972/73 (480 Mio. US-Dollar) bis 1977/78 auf das Zehnfache. Wer heute mit einem der fünf Länder verhandeln will, verhandelt mit ASEAN. So können die fünf ihre Gemeinschaftsprogramme im Handel mit den USA, mit der EG, Japan, Australien und Neu-Seeland koordinieren und

der Toten und Verwundeten in diesen Kämpfen schweigt die Polizei. Allein zehn starben und 70 wurden am 4.8. in Nagpur verwundet, als die Polizei in eine Demonstration von 10000 landlosen Bauern und Arbeitern schoß. Tatsächlich sind diese Zahlen zu niedrig. Eine Meldung in der „Times of India" vom 8.8. spricht davon, daß Häuser in 900 Dörfern verbrannt worden seien und zehntausende Bauern und Landarbeiter obdachlos.
Die Auseinandersetzungen von Studenten aus höheren Kasten mit den
folgendem Kriterium aufgestellt war: „Hindukasten, deren Kontakt Reinigung von seiten der höheren Hindukasten erfordert".
Diese „Unberührbarkeit" ist nichts als der Ausdruck der vollständigen Rechtlosigkeit und Diskriminierung der untersten Schichten der landlosen und armen Bauern, darunter des größten Teils der nationalen Minderheiten, die vor allem vom Besitz des Bodens und wichtiger Produktionsmittel ausgeschlossen werden sollen: Verbot, die gleichen Quellen zu benutzen wie die
löhner werden. Entsprechend benutzten die mittleren und großen Großgrundbesitzer ausschließlich Lohnarbeiter ... um ihre Felder zu bestellen. Das intensive Programm führte tatsächlich zu einer Steigerung der Reisproduktion und zeitweise in der Nachfrage nach Arbeitskräften, begleitet von organisiertem Druck für höhere Löhne von seiten der Harijan-Arbeiter und ihrer Führer. In Tangore hat eine große und ziemlich homogene Klasse von ‚reinen' Landarbeitern, die fast ganz aus Harijane bestand (und auch
nahmen, wurden vor allem von nationalen Minderheiten und den unterdrückten Kasten getragen. Überall, wo die Aufstände aufflammten, brachen die Kastenschranken, die die werktätigen Massen spalten, schlagartig zusammen. Mit den Kämpfen landloser und armer Bauern in ganz Indien im Zeitraum weniger Wochen, den Angriffen der „Unberührbaren" gegen ihre Peiniger, hat der Befreiungskampf der indischen Volksmassen gegen die imperialistische Herrschaft eine neue Stufe erreicht.

z.gek.Brüssel. Mehrere hunderttausend Menschen bereiteten der Delegation Angolas unter Agostinho Neto bei ihrem Besuch in Kinshasa, der Hauptstadt Zaires, einen begeisterten Empfang. „Dies ist eines der glücklichsten Ereignisse für unser Land seit der Erringung der Unabhängigkeit", sagte Präsident Neto bei seinem Eintreffen. „Die Gespräche von Karthum haben die Perspektive einer weiten Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern eröffnet." Präsident Mobutu von Zaire sagte, es gelte „die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben beider Völker auf Basis des Respekts der Souveränität und territorialen Integrität zu schaffen". Er nahm eine Einladung zu einem Besuch in Luanda „in der kürzestmöglichen Zeit" an und schlug die Einbeziehung von Sambia und der Volksrepublik Kongo als Nachbarländern in die angestrebte enge Zusammenarbeit vor. Als Ergebnis der zweitägigen Gespräche wurde festgelegt, daß beide Länder sich um die baldige Wiedereröffnung der Benguela-Eisenbahn bemühen werden, eine gemeinsame Grenzkommission im Rahmen der OAU bilden und alle Differenzen in diesem Rahmen beilegen wollen sowie die Rückkehr der schätzungsweise eine Million angolanischer Flüchtlinge in Zaire sowie mehrerer hunderttausend zairischer Flüchtlinge in Angola „auf Basis der Freiwilligkeit der Betroffenen" anstreben.

Festigung der Einheit der palästinensischen Revolution

z.mat. Seit der Sprengung des Hauses, in dem sich die Büros der Front zur Befreiung Palästinas PLF und der Organisation zur Befreiung Palästinas PLO befanden, vor zwei Wochen, haben die Imperialisten einige Illusionen fahren lassen müssen. Monatelang hatte ihr Journalistentroß sich bemüht, Anzeichen für gelungene Spaltung zu registrieren. Als sie sich am Ort des Terroranschlags in Beirut sammeln wollten, sperrten bewaffnete Palästinenser unmißverständlich die Straße: „Das ist eine Angelegenheit des palästinensischen Widerstands und geht euch gar nichts an." Fünf Tage später berichtete die libysche Nachrichtenagentur Jana, daß die Befreiungsorganisation Al Fatah in einem Dokument für den palästinensischen Zentralrat warnt vor „den Absichten des Feindes, die palästinensische Revolution von innen anzugreifen, nachdem es ihm nicht gelungen ist, das von außen zu erreichen." In demselben Dokument schließt sie sich einer Resolution des Zentralrats von 1977 an, eine gemeinsame Armee der palästinensischen Revolution zu schaffen. Vom Zentralkomitee der PLO ist vor einer Woche das von der PLO erarbeitete Programm der Nationalen Einheit verabschiedet worden. Die in der „Ablehnungsfront" zusammengeschlossenen Organisationen haben am 23.8. dem Zentralrat ein Dokument zur nationalen Einheit vorgelegt. Am 24.8. hat das Zentralkomitee der PLO eine Kommission errichtet zur Vorbereitung von Gesprächen zur Einheit des palästinensischen Widerstandes, die Ende September stattfinden sollen.

Der Traum von den asiatischen Billiglohnländern wird den EG-Imperialisten vergehen

z.mih. Blaublut Lambsdorff ist weiter auf Tour durch Südostasien für das westdeutsche Finanzkapital. Die Marschroute für das „Mehrzweckwunder", wie ihn die „Westberliner Morgenpost" tituliert, ist klar: Die Schlinge soll den Ländern der Dritten Welt enger gezogen werden, der Kapitalexport in die „Billiglohnländer" soll steigen, die Verschuldung wachsen. Der gräfliche Gesandte besuchte Länder der ASEAN, um im Vorfeld der Welthandelskonferenz im Mai 1979 in Manila und dem kommenden Außenministertreffen von ASEAN und EG im November in Brüssel einen Keil in die Bewegung der Blockfreien im Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung zu treiben und über bilaterale Abkommen die Festigung der ASEAN aufzuweichen. So darf es laut Lambsdorff in Djakarta „nicht zu leeren Deklamationen kommen. Auch die Frage, in welchen Bereichen neue Rohstoffabkommen weltweit funktionieren und sinnvoll finanziert werden können, soll möglichst schon im Vorfeld ... von Manila ebenso konkret wie behutsam abgeklärt werden. Andernfalls – so befürchtet der Minister – könnte das Unternehmen Manila ebenso zu einem Fiasko führen wie vor zwei Jahren die Konferenz von Nairobi." (Morgenpost, 24.8.78) „Behutsam abklären!" Der Herr Wirtschaftsminister weiß genau, daß die ASEAN die Forderung der Blockfreienbewegung voll unterstützt. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie ist natürlich gegen die neue Weltwirtschaftsordnung, die als Bedingung die Streichung sämtlicher Schulden der Länder der Dritten Welt an die Imperialisten hat. Die Schulden sind das Faustpfand der Imperialisten, über die „Freiheit der Märkte" immer tiefer in die Länder einzudringen und sie auszupressen. Verstärkter Kapitalexport soll der westdeutschen Finanzbourgeoisie die ASEAN als „Billiglohnländer" sichern. Auf dem Treffen der ASEAN und der EG im November will Westdeutschland den Vorsitz in der EG nutzen, um diesem Traum entscheidend näher zu kommen und so den imperialistischen Konkurrenten den Rang abzulaufen. Lambsdorff sprach in Djakarta: „Entwicklungshilfe seitens der Industriestaaten ist nicht hilfreich, wenn die Märkte geschlossen bleiben ..." (Morgenpost, 24.8.1978) Hilfreiches Schlachtvieh für die Profite der Imperialisten wollen die Länder der ASEAN nicht länger sein.

„Hervorragendes Klima für ausländische Investoren" schreibt das Regime des südlichen Korea: kein Mindestlohn, wöchentliche Arbeitszeit von 48 bis 60 Stunden, Überstunden, uneingeschränkte Nachtarbeit, Durchschnittslohn von 200 US-Dollar, also knapp 400 DM. Die westdeutschen Imperialisten liegen hinter den USA und Japan an dritter Stelle des Kapitalexports in das südliche Korea. Bis Ende 1977 hatten sie dort 13 Mio. US-Dollar investiert. Zwecks Inspizierung der Produktionsanlagen sowie Aushandlung günstiger Bedingungen für den Kapitalexport wird der blaublütige Wirtschaftsminister auf Reisen geschickt.

Die ASEAN (Association of Southeast Asian Nations), 1967 gegründet, hat sich gefestigt. In den letzten zwei Jahren haben die fünf Mitgliedsländer Thailand, Malaysia, die Philippinen, Indonesien und Singapur große Anstrengungen unternommen, ehemals eigennützige Maßnahmen in den gemeinsamen Interessen abzulegen und zu einer lebensfähigen Wirtschaftseinheit zu verschmelzen. Der gemeinsame Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft soll das Preisdiktat der Imperialisten brechen und die Plünderung der reichen Rohstoffvorkommen unterbinden. Außer in Singapur sind nahezu sämtliche Metalle von Eisen und Kupfer bis zu den Stahlveredlern, vor allem aber Erdöl, Erdgas und Uran, vorhanden. Außerdem exportieren sie Kautschuk, Kaffee, Tee und Tabak. So sind z.B. „die westdeutschen Importe aus Indonesien 1977 gegenüber dem Vorjahr um 42% auf 759 Millionen gestiegen. Die westdeutschen Exporte übertrafen mit 1,15 Milliarden DM die Einfuhren aber wertmäßig um rund ein Drittel." (Morgenpost, 25.8.78) Gegen die wachsende Verschuldung haben die Außenminister der ASEAN-Mitgliedsländer Gemeinschaftsprogramme entwickelt. „Die bedeutendsten Programme sind zur Zeit fünf Industrieprojekte, die Produktion von biologischen Harnstoffen (Karbamid) in Indonesien und Malaysia, Sodaasche in Thailand, Dieselmaschinen in Singapur und Phosphatdünger auf den Philippinen." (Far Eastern Economic Review, 9.6.78) Dieses Gemeinschaftsprogramm dient direkt der Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge. Bisher mußte der größte Teil an Getreide importiert werden. So hat Indonesien 1977 2,6 Mio. t Reis, fast ein Drittel des gehandelten Reis' auf dem Weltmarkt, einführen müssen. Kosten: 682 Mio. US-Dollar. Neben den gemeinsamen Entwicklungsprogrammen wird der Handel untereinander durch Zollsenkung von 10% bis 30% gefördert und die Beziehung zu Ländern der Dritten Welt vertieft. Bezahlt werden können die gemeinsamen Aufbauprogramme aus den Gewinnen des Verkaufs des Erdöls, Erdgases und Urans. Die Erdöleinnahmen Indonesiens stiegen von 1972/73 (480 Mio. US-Dollar) bis 1977/78 auf das Zehnfache. Wer heute mit einem der fünf Länder verhandeln will, verhandelt mit ASEAN. So können die fünf ihre Gemeinschaftsprogramme im Handel mit den USA, mit der EG, Japan, Australien und Neu-Seeland koordinieren und teilweise gemeinsam investieren. Die Imperialisten müssen versuchen, sich die gesamte ASEAN unter den Nagel zu reißen.

Wo die westlichen Imperialisten sich tummeln, da ist der Sozialimperialismus nicht weit. Die Sowjetunion hat ihre Haltung gegenüber der ASEAN in letzter Zeit grundlegend gewandelt. Hat sie die Gemeinschaft lange Zeit als „eine im Dienst der USA stehende militärische Tarnorganisation" bezeichnet und ihre „Deklaration zur Neutralisierung Südostasiens", wo vorgeschlagen wird, Südostasien zu einer „friedlichen, freiheitlichen und neutralen Zone zu machen", offen bekämpft, betont sie jetzt, man „solle die Existenz der ASEAN mit Wohlwollen betrachten". Die Unterstützung und Anerkennung der ASEAN durch immer mehr Länder der Dritten Welt zwang die Sowjetunion, auch Unterstützungsbeteuerungen zu heucheln. Gleichzeitig aber fordert sie die Erweiterung der Gemeinschaft, so daß „auch Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung wie Vietnam, Laos und Kampuchea eingeschlossen werden", um über Vietnam, das die UdSSR im RGW an sich gebunden hat, Einfluß ausüben zu können.

Alle Imperialisten sprechen entweder von „nahezu problemlosen Wirtschaftsbeziehungen" oder von „wachsender Freundschaft zur ASEAN". Die Länder der ASEAN werden sich trotz großer Schwierigkeiten über diese Art von Freundschaft bedanken. „Nahezu problemlos" für die Imperialisten ist doch wohl untertrieben.

Die Türkei löst sich aus der imperialistischen Umklammerung

Ecevit kündigt verstärkte Kooperation mit arabischen und afrikanischen Ländern an

z.hev. Am 22. August war die türkische Zentralbank gezwungen, die Lira erneut abzuwerten. Gegen 14 Währungen wird sie jetzt zwischen 1,9 und 18,5% geringer bewertet; am meisten hat sie gegenüber dem Schweizer Franken verloren, aber auch gegen die DM (bisher 11,73 TL gleich 1 DM, jetzt 12,30 TL). Gegenüber dem US-Dollar blieb der Wechselkurs auf 25 TL gleich 1 Dollar. Insgesamt hat die türkische Währung seit Jahresanfang rund 40% eingebüßt – ein direktes Barometer für den Zangenangriff des imperialistischen Kapitals auf die Selbständigkeit des Landes. Die türkische Regierung will jetzt den Lirakurs vom Dollar lösen, um den Finanzspekulationen des US-Kapitals nicht hilflos ausgeliefert zu sein. Die Lira soll zukünftig an 14 Währungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgerichtet sein und innerhalb wöchentlich von der türkischen Zentralbank festgelegter Bandbreiten der Sonderziehungsrechte des IWF schwanken dürfen.



Auf dieser Demonstration wird die Forderung nach Schließung der Dardanellen für Kriegsschiffe erhoben. „Das Mittelmeer den Mittelmeerländern!“

Die USA sollen nicht glauben, daß sie mit der Aufhebung des Waffenembargos die Türkei jetzt in der Tasche haben. Der türkische Ministerpräsident Ecevit forderte von den USA für die durch das Embargo entstandenen Schäden Ersatz und meinte, der Kongreßbeschluß habe „unangenehme Aspekte“, und er lasse sich nichts von außen aufzwingen. Die Forderung des IWF nach Einfrieren der Staatsausgaben und Lohnstopp sei „unrealistisch“ und mit den „wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten der Türkei unvereinbar“.

Tatsächlich scheint die Lage der Türkei hoffnungslos. Die Zentralbank hat Anfang Juli die Zahlungen an das Ausland eingestellt, als von den „dringendsten“ Forderungen der Imperialisten von 2,1 Mrd. US-Dollar, zu denen noch 600 Mio. Dollar alleine in diesem Jahr fällig wären, gerade noch 200 Mio. abgedeckt waren. Hoffnungslos aber sind lediglich die Imperialisten, die nicht mehr wissen, wie sie das türkische Volk weiter ausplündern sollen. Mit zahlreichen Streiks im letzten und der ersten Hälfte dieses Jahres (1977 gingen den Ausbeutern 4,7 Millionen Streiktage verloren) hat die Arbeiterklasse gegen die Verschlechterung ihrer Lage angekämpft und für die Regierung Ecevit eine Lage geschaffen, die ihr ein schlichtes Eingehen auf die Forderungen des internationalen Finanzkapitals unmöglich macht. Nach Angaben der westdeutschen Imperialisten soll die Gesamtverschuldung der Türkei 16 Milliarden US-Dollar betragen, wovon die Staatsschuld 3,2 Mrd. Dollar ausmache. Die Handelsbilanz ist seit Jahren negativ, 1977 wurden für 4 Milliarden Dollar mehr Waren eingeführt als ausgeführt. Jammert die „Welt“: „Die Vertreter der bereits anwesenden Unternehmen klagen über eine – nicht zuletzt von den leeren Devisenkassen herrührende – Importpolitik, die eine rationelle Planung und Produktion vereitelt“ (17.8.). Nachmittags sei in vielen Städten für zwei Stunden der Strom abgeschaltet und das schlimmste daran sei, daß die Arbeiter dann Kaffee trinken. „Von Unternehmensgewinnen wagt bei solchen Arbeitsverhältnissen niemand zu reden.“ Ausgesprochen ärgerlich sind die EG-Imperialisten, daß die Türkei sich ihnen nicht mit fliegenden Fahnen unterordnet, sondern weiter an den Importbeschränkungen für EG-Waren festhält und die 1973 vollzogene Erweiterung der EG auf neun Mitgliedsländer immer noch nicht anerkannt hat.

Die wirtschaftliche Lage der Türkei ist allerdings nicht rosig. Die Imperialisten haben das Land heruntergewirtschaftet, seine Arbeiterklasse als mobile Reservearmee eingesetzt und bringen jetzt die türkische Regierung in noch größere Devisenschwierigkeiten, weil die Zahlungen der türkischen Arbeiter im Ausland zurückgehen – ein Teil der Arbeiter ist nach Hause geschickt worden, der andere bekommt den Lohn gesenkt. In der Türkei liegen Produktionskapazitäten brach, weil die Energiebasis nicht ausreicht, und von den traditionellen Exportprodukten Tabak, Baumwolle, Obst und Gemüse wurden 1977 weniger im Ausland abgesetzt als 1976, lediglich bei Industriegütern aus landwirtschaftlichen Rohstoffen konnte die Ausfuhr gesteigert werden.

Bei der Verwirklichung ihres Wirtschaftsplans für 1978 stützt sich die Regierung zunehmend auf die Kraft des türkischen Volkes und die Zusammenarbeit mit den arabischen und den Balkanländern. Das Schwergewicht des Plans liegt auf Energie- und Bewässerungsprojekten, dem Ausbau des Eisenbahnnetzes und der Schifffahrt, des Bergbaus (Eisenerz, Kupfer, Kohle), um zu verhindern, daß importiert werden muß. Der Import soll auf 5 Milliarden US-Dollar begrenzt werden, eine Minderung um 800 Mio. gegenüber dem letzten Jahr und sicher eine Maßnahme, die den Imperialisten nicht in den Kram paßt. Auch die Erhöhung der Transitgebühren für LKW-Transporte durch die Türkei in den Iran um 50% seit Anfang August ist ein Schlag gegen die Imperialisten. Daß ausgerechnet der Feind der Imperialisten in der arabischen Welt, Libyen, der Türkei einen 100-Millionen-Dollar-Kredit, zwei Jahre tilgungsfrei, gewährt hat, die islamische Entwicklungsbank einen solchen über 16,32 Mio. US-Dollar für Phosphateinfuhren aus Jordanien und Tunesien für die staatliche Düngemittelfabrik Azot Sanayii A. S., und Rumänien zusammen mit der Türkei eine Traktorenfabrik errichtet und die türkische Sozialversicherungsorganisation einen Großkomplex für die Produktion pharmazeutischer Produkte „zur Ausschaltung des Zwischenhandels“ aufbauen will, ist den imperialistischen Interessen genau entgegengesetzt. Ähnliche Schritte unternimmt die türkische Regierung auf politischem Gebiet. Die Türkei hat als Beobachter an der Konferenz der Blockfreien teilgenommen. Ecevit hielt auf einem Seminar über „Probleme der neuen Weltwirtschaftsordnung“ eine Rede, in der er die verstärkte Kooperation mit den arabischen und afrikanischen Ländern ankündigte und die Türkei als ein Land der Dritten Welt bezeichnete. Nur über den Aufbau einer Basisindustrie könnten Entwicklungsländer eine höhere Selbständigkeit erreichen, ihre Rolle im internationalen Handel, im Rohstoff- und Industriebereich stärken und ihren Einfluß auf die internationalen Finanzorganisationen vergrößern.

Während das Ziel des türkischen Volkes nach vollständiger Vertreibung der Imperialisten in immer schärfer geführten Kämpfen gegen die türkischen Reaktionäre und ausländischen Kapitalisten klarere Konturen gewinnt und die Regierung einen Kurs der Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt zu steuern beginnt, versuchen die US-Imperialisten nach der Aufhebung des Waffenembargos neue Abhängigkeiten zu schaffen. Aber ihre Manöver sind durchsichtig. Die angeblichen eine Milliarde Dollar an „Hilfe“, mit der sie die türkische Regierung zu kaufen versuchen, entsprechen exakt der einen Milliarde sofort fälliger Schuldenrückzahlungen der Türkei an das internationale Finanzkapital. Ergebnis wäre gerade ein Zahlungsaufschub und neue Möglichkeiten der Knebelung und Gängelung. Aber die Zeiten, wo die Türkei als „kranker Mann am Bosporus“ von den Imperialisten getreten und gedemütigt werden konnte, sind vorbei.

Schweden: Metallarbeiter in der 10. Streikwoche

z.job. Auch in der zehnten Woche steht der Streik der Metallarbeiter in Boden (Nordschweden) geschlossen für zwei Kronen mehr! (1 Skr gleich 0,45 DM) Kein Akkord! Die Kapitalisten versuchen, durch Geldstrafen und durch Fremdvergabe von Streikbrecherarbeiten den Streik zu brechen. Jetzt haben sie allen 43 Arbeitern des Autoreparaturbetriebes die Entlassung angedroht (vgl. letzte KVZ). Im „Mitbestimmungsgesetz“ von 1977 ist gegen „wilde“ Streiks festgelegt: das Recht der Kapitalisten, die Arbeiter auszusperren, Schadensersatz in unbegrenzter Höhe zu verlangen, Arbeiter zu entlassen und das Verbot für die Gewerkschaften, diese Streiks zu unterstützen. Vorher galt die 200-kr-Grenze für solchen „Schadensersatz“- 50 Jahre lang war es der Kapitalistenklasse nicht gelungen, diese Grenze aufzuheben.

Demonstration der Arbeiter von „Bil & Traktor“ aus Boden ins 1000 km entfernte Stockholm gegen das Gerichtsverfahren

Spielraum haben die Kapitalisten durch die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschafts-(LO-)Führung erhalten. Der Tarifvertrag vom März bringt 27 Öre mehr, ab 1.1.1979 weitere 45 Öre, Laufzeit bis 1.11.1979. Die LO-Führung hat unterschrieben, daß der Vertrag als „Norm“ gilt, daß sie also keine lokalen weiteren Lohnforderungen unterstützt. Der Tarifvertrag bringt für die Masse der Arbeiter eine Reallohnsenkung um 6%. Gegen den Normtarifvertrag und das Mitbestimmungsgesetz richtet sich der jetzige Streik der Metallarbeiter. Ihre Forderung nach Lohnerhöhung und gegen die Akkordhetze ruft die ganze Kapitalistenklasse und den Staatsapparat auf den Plan. Ihr Streik findet die Unterstützung der ganzen schwedischen Arbeiterklasse.

Das „komplexe System zur Sicherung der Erzeugnisqualität“
Ein neues Antreibersystem der neuen Zaren
z.hah. „Als einer der heimtückischsten Gründe für das Sinken der Erzeugnisqualität gilt zu Recht mangelnder Rhythmus.“ Der Haß der neuen Bourgeoisie auf den Kampf der sowjetischen Arbeiter gegen die Ausbeutung kommt in dem Artikel der „Sozialistit-
den Fünfjahresplan der Neuen Zaren zu retten. Seine „Komplexität“ besteht darin, daß es in sich vereinigt die Überwachung des einzelnen Arbeiters, Schmierung der Offiziere und Unteroffiziere der staatskapitalistischen Produktion wie Erzielung von Extra-
kumente“, an denen „beliebige Veränderungen vorgenommen werden können“.
Mittel zu ihrer Durchsetzung ist die Erfassung der Belegschaft durch die „Arbeitsplanstammkarte“: „Dieses Dokument begleitet jedes Fernsehge-
gen“ sowie „Kontinuierlichkeit – maximale Beseitigung unrationeller Unterbrechungen (Stillstandszeiten) im Produktionsprozeß“.
Auf Grundlage der Kontrolle der „einfachen Ausführenden“ setzen sich dann die Ausbeuter und Antreiber,
Streik dänischer Hafenarbeiter
z.cum. Im dänischen Hafen Esbjerg haben vom Dienstag, 15.8., bis zum Donnerstag, 17.8., 40 Seeleute einen Streik durchgeführt. Sie forderten
Aspekte“, und er lasse sich nichts von außen aufzwingen. Die Forderung des IWF nach Einfrieren der Staatsausgaben und Lohnstopp sei „unrealistisch“ und mit den „wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten der Türkei unvereinbar“.
Tatsächlich scheint die Lage der Türkei hoffnungslos. Die Zentralbank hat Anfang Juli die Zahlungen an das Ausland eingestellt, als von den „dringendsten“ Forderungen der Imperialisten von 2,1 Mrd. US-Dollar, zu denen noch 600 Mio. Dollar alleine in diesem Jahr fällig wären, gerade noch 200 Mio. abgedeckt waren. Hoffnungslos aber sind lediglich die Imperialisten, die nicht mehr wissen, wie sie das türkische Volk weiter ausplündern sollen. Mit zahlreichen Streiks im letzten und der ersten Hälfte dieses Jahres (1977 gingen den Ausbeutern 4,7 Millionen Streiktage verloren) hat die Arbeiterklasse gegen die Verschlechterung ihrer Lage angekämpft und für die Regierung Ecevit eine Lage geschaffen,
anwesenden Unternehmen klagen über eine – nicht zuletzt von den leeren Devisenkassen herrührende – Importpolitik, die eine rationelle Planung und Produktion vereitelt“ (17.8.). Nachmittags sei in vielen Städten für zwei Stunden der Strom abgeschaltet und das schlimmste daran sei, daß die Arbeiter dann Kaffee trinken. „Von Unternehmensgewinnen wagt bei solchen Arbeitsverhältnissen niemand zu reden.“ Ausgesprochen ärgerlich sind die EG-Imperialisten, daß die Türkei sich ihnen nicht mit fliegenden Fahnen unterordnet, sondern weiter an den Importbeschränkungen für EG-Waren festhält und die 1973 vollzogene Erweiterung der EG auf neun Mitgliedsländer immer noch nicht anerkannt hat.
Die wirtschaftliche Lage der Türkei ist allerdings nicht rosig. Die Imperialisten haben das Land heruntergewirtschaftet, seine Arbeiterklasse als mobile Reservearmee eingesetzt und bringen jetzt die türkische Regierung
Industriegütern aus landwirtschaftlichen Rohstoffen konnte die Ausfuhr gesteigert werden.
Bei der Verwirklichung ihres Wirtschaftsplans für 1978 stützt sich die Regierung zunehmend auf die Kraft des türkischen Volkes und die Zusammenarbeit mit den arabischen und den Balkanländern. Das Schwergewicht des Plans liegt auf Energie- und Bewässerungsprojekten, dem Ausbau des Eisenbahnnetzes und der Schifffahrt, des Bergbaus (Eisenerz, Kupfer, Kohle), um zu verhindern, daß importiert werden muß. Der Import soll auf 5 Milliarden US-Dollar begrenzt werden, eine Minderung um 800 Mio. gegenüber dem letzten Jahr und sicher eine Maßnahme, die den Imperialisten nicht in den Kram paßt. Auch die Erhöhung der Transitgebühren für LKW-Transporte durch die Türkei in den Iran um 50% seit Anfang August ist ein Schlag gegen die Imperialisten. Daß ausgerechnet der Feind der Imperialisten in der arabischen Welt, Liby-
Während das Ziel des türkischen Volkes nach vollständiger Vertreibung der Imperialisten in immer schärfer geführten Kämpfen gegen die türkischen Reaktionäre und ausländischen Kapitalisten klarere Konturen gewinnt und die Regierung einen Kurs der Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt zu steuern beginnt, versuchen die US-Imperialisten nach der Aufhebung des Waffenembargos neue Abhängigkeiten zu schaffen. Aber ihre Manöver sind durchsichtig. Die angeblichen eine Milliarde Dollar an „Hilfe“, mit der sie die türkische Regierung zu kaufen versuchen, entsprechen exakt der einen Milliarde sofort fälliger Schuldenrückzahlungen der Türkei an das internationale Finanzkapital. Ergebnis wäre gerade ein Zahlungsaufschub und neue Möglichkeiten der Knebelung und Gängelung. Aber die Zeiten, wo die Türkei als „kranker Mann am Bosporus“ von den Imperialisten getreten und gedemütigt werden konnte, sind vorbei.



Demonstration der Arbeiter von „Bil & Traktor“ aus Boden ins 1000 km entfernte Stockholm gegen das Gerichtsverfahren
Spielraum haben die Kapitalisten durch die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschafts-(LO-)Führung erhalten. Der Tarifvertrag vom März bringt 27 Öre mehr, ab 1.1.1979 weitere 45 Öre, Laufzeit bis 1.11.1979. Die LO-Führung hat unterschrieben, daß der Vertrag als „Norm“ gilt, daß sie also keine lokalen weiteren Lohnforderungen unterstützt. Der Tarifvertrag bringt für die Masse der Arbeiter eine Reallohnsenkung um 6%. Gegen den Normtarifvertrag und das Mitbestimmungsgesetz richtet sich der jetzige Streik der Metallarbeiter. Ihre Forderung nach Lohnerhöhung und gegen die Akkordhetze ruft die ganze Kapitalistenklasse und den Staatsapparat auf den Plan. Ihr Streik findet die Unterstützung der ganzen schwedischen Arbeiterklasse.

Das „komplexe System zur Sicherung der Erzeugnisqualität“

Ein neues Antreibersystem der neuen Zaren

z.hah. „Als einer der heimtückischsten Gründe für das Sinken der Erzeugnisqualität gilt zu Recht mangelnder Rhythmus.“ Der Haß der neuen Bourgeoisie auf den Kampf der sowjetischen Arbeiter gegen die Ausbeutung kommt in dem Artikel der „Sozialistitscheskaja Industrija“ deutlich zum Ausdruck. Neben dem Friedens- und Entspannungsgesäusel fließt Breschnew wenig so flüssig über die Lippen wie die Klagen über den „Verlust von Abermillionen von Arbeitsstunden durch Bummelei, Maschinenstillstand“ etc. Mit einem neuen Antreibersystem, dem „komplexen System der Sicherung der Erzeugnisqualität“, reagieren die Neuen Zaren auf den Widerstand der sowjetischen Arbeiterklasse und propagieren es fortlaufend unter der Rubrik „Sozialistische Neuerung“.

Nach einer „Phase der Erprobung“ in Industriezentren wie Moskau, Leningrad soll es nun allgemein durchgesetzt werden – eine Maßnahme, um den Fünfjahresplan der Neuen Zaren zu retten. Seine „Komplexität“ besteht darin, daß es in sich vereinigt die Überwachung des einzelnen Arbeiters, Schmierung der Offiziere und Unteroffiziere der staatskapitalistischen Produktion wie Erzielung von Extraprofiten durch die staatskapitalistischen Betriebe, die es anwenden und durchsetzen.

Zweck des „komplexen Systems“ ist die „Erhöhung der Verantwortlichkeit jedes einzelnen für Qualität, die Verstärkung der Initiativen und die Erziehung zu wirtschaftlicher Arbeitseinstellung“. Dazu wird ein „Komplex von Werkstandards“ festgelegt, „wer was wo wann und wie zu tun hat. Sie sind für jeden Mitarbeiter Gesetz, ob das nun der Generaldirektor der Vereinigung oder der einfache Ausführende ist.“ Was für den Generaldirektor Aussicht auf höhere Prämie, ist für den „einfachen Ausführenden“ Verschärfung der Ausbeutung, denn diese Werkstandards sind „dynamische Dokumente“, an denen „beliebige Veränderungen vorgenommen werden können“.

Mittel zu ihrer Durchsetzung ist die Erfassung der Belegschaft durch die „Arbeitsplanstammkarte“: „Dieses Dokument begleitet jedes Fernsehgerät vom ersten Arbeitsgang in der Montage bis zur Endabnahme und Verpackung. Es wird von den Kontrolleuren der Abteilung Technische Kontrolle ausgefüllt. Von der Arbeitsplanstammkarte kann man gleichzeitig mehrere Informationsfonds beziehen: die Gesamtzahl der abgenommenen Geräte, die Zahl der Rückgaben, den Arbeitsplatz, an dem von der Norm abgewichen wurde, die Defektarten und ihre Ursachen. Danach lassen sich operativ schwache Stellen in der technologischen Kette ermitteln und deren Ursachen beseitigen.“

Die Karten werden in den in den Rechner „Ritm“ eingegeben, so daß „ein gesamter Komplex der Angaben, die zur operativen Analyse der Ursachen vom Ausschuß im Produktionsprozeß“ entsteht.

Damit nicht genug, wird neben der „Arbeitsplanstammkarte“ das System der „Arbeitsorganisations-Karten“ verwandt, das jeden Arbeiter der Kontrolle durch die staatskapitalistische Betriebsleitung unterwirft: Mit ihnen wird „eine allseitige Untersuchung der Arbeitsorganisation und der Arbeitsbedingungen an jedem Arbeitsplatz vorgenommen. Jede mögliche Fehlleistung wird berücksichtigt, klassifiziert und für die Eingabe in den elektronischen Rechner kodiert.“

Damit wollen die Neuen Zaren die Steigerung der Mehrwertproduktion der Arbeiter vorantreiben durch Verdichtung des Arbeitstages, Steigerung der Intensität der Arbeit, alles im Namen der „rationellen Produktionsorganisation“: Gewährleistet soll die „geradlinige Bewegung der Arbeitsgegenstände werden, d.h. jedes Einzelteil soll in allen Phasen und bei allen Operationen den kürzesten Weg zurücklegen“ sowie „Kontinuierlichkeit – maximale Beseitigung unrationeller Unterbrechungen (Stillstandszeiten) im Produktionsprozeß“.

Auf Grundlage der Kontrolle der „einfachen Ausführenden“ setzen sich dann die Ausbeuter und Antreiber, „alle hauptamtlichen Mitarbeiter und ehrenamtlich Tätigen, die mit der Organisation der Produktion zu tun haben“ zusammen. Sie ziehen „die moralische und materielle Verantwortung der konkreten ausführenden Personen für ihre vorbehaltlose und völlige Verwirklichung der Maßnahmen zur Vervollkommnung der Arbeitsorganisation und der Produktion in Betracht“. Die „moralische Verantwortung“ wird nach einem „strengen System“ exekutiert: Im Moskauer Dynamowerk werden „täglich Informationen“ über Verletzungen des Standard durch „jeden einzelnen Werktätigen“ ausgehängt, nichts anderes als Steckbriefe für die Antreiber und der Versuch, die Organisatoren des Kampfes der Arbeiter ausfindig zu machen und sie in der Belegschaft zu isolieren. Die „materielle Verantwortung“, das ist die Drohung mit „Strafen“, also Prämienkürzung, wobei die neuen Bourgeois genau wissen, daß ohne die Prämienzuschläge der Lohn für das Lebensnotwendige nicht ausreicht.

Im „Elektron“-Werk in Lwow haben die Staatskapitalisten nach ihren Angaben die „Arbeitsproduktivität um 17%“ erhöht und „infolge der Übernahme des Systems“ einen Extraprofit von durchschnittlich 8,6 Mio. Rubel pro Jahr erzielt. Für die Direktoren und ihre Handlanger fiel ein Bestechungsfonds von 500000 Rubel dabei ab. Den Widerstand der Arbeiter haben sie nicht brechen können, sie jammern über „Schwierigkeiten“ bei der Verwirklichung ihres „komplexen Systems“. Es gibt zu viele „Ebenen“ im Betrieb, die „noch gar keine Standards“ haben oder „totgeborene Standards“.

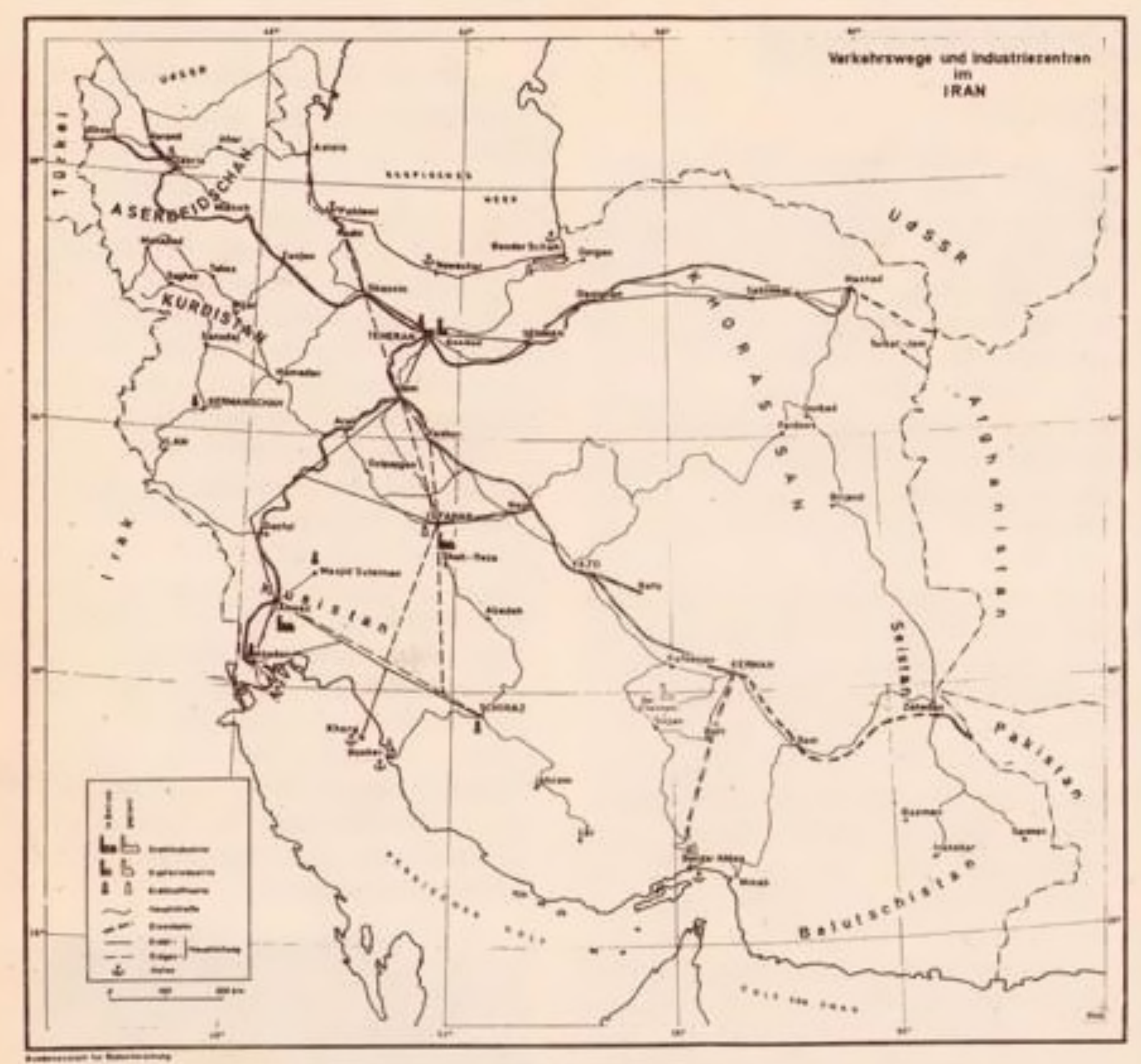


Arbeiterinnen eines Zweigbetriebes der Produktionsvereinigung „Elektron“. Sie werden als ungelernte oder angelernte zu Niedriglöhnen ausgebeutet. Mit dem „komplexen System“ wollen die Neuen Zaren die Ausbeutung weiter verschärfen.

Streik dänischer Hafenarbeiter

z.cum. Im dänischen Hafen Esbjerg haben vom Dienstag, 15.8., bis zum Donnerstag, 17.8., 40 Seeleute einen Streik durchgeführt. Sie forderten Lohnerhöhungen um 2000 dänische Kronen im Monat. Das sind rund 680 DM. Außerdem forderten sie eine Verkürzung der Arbeitszeit. Bestreikt wurden drei Autofähren nach England sowie mit Speckschwarten beladene Containerschiffe der DFDS-Linie. Nachdem die Seeleute am Mittwochabend beschlossen hatten, ihren Streik weiterzuführen, beauftragte die ESS-Food, der Absatzverband der Exportschlachtereien, eine holländische Reederei, ihre Ladung nach Großbritannien zu liefern. Die Matrosen verhinderten jedoch das Beladen des Containerschiffes. Als die DFDS-Leitung Polizei mit Hunden aufmarschieren ließ, legten auch Hafenarbeiter die Arbeit nieder. Am Donnerstag konnte jedoch der Streik von Polizei mit Hunden gewaltsam niedergeschlagen werden. Unser Bild zeigt die streikenden Matrosen, die gegen den Polizeieinsatz protestieren, der sie daran hindern will, gegen das Auslaufen der Fähre „Winston Churchill“ vorzugehen.





Chronik der Kämpfe 1978

Januar 1978:

Mashad. Frauen der Stadt begehen den von der Schwester des Schahs ins Leben gerufenen „Frauenbefreiungstag" und greifen die Unterdrückung der Frauen unter dem Schahregime an und die besondere Entwürdigung der Frauen durch die Propagierung faschistischer Frauen als Führerinnen der Frauenbefreiung.

Qum. 5000 Einwohner der Stadt versammeln sich, als die Regierung eine Hetzkampagne gegen A. Khomeni, der 1963 ins Exil gegangen ist, beginnt. Sie greifen Banken, Regierungsgebäude und Polizeistationen an. Soldaten und Panzer werden gegen sie eingesetzt. 500 werden erschossen, die Toten von den Schahtruppen in einen nahegelegenen Salzsee geworfen. Der Schah gibt die Anweisung, von jedem, der nach dem Leichnam eines der Toten fragt, das Geld für die Kugel zu verlangen. SAVAK und Militärpolizei besetzen das Krankenhaus.

Kermanshah. Zur Solidarität mit den Ein-

März 1978

In *Teheran, Babol, Qazvin* und in *Yard* finden Demonstrationen statt.

Mai 1978

Qum. Nach Beendigung der Trauerzeit erneut Demonstration, rote Fahnen werden entrollt, Tonbandaufnahmen der Reden von Tabriz gespielt. Kinos, US-Banken, europäische Hotels demoliert, eine Pepsi-Cola-Fabrik zerstört, die Wagen in Brand gesteckt. Das Polizeihauptquartier wird geschleift.

Zug Teheran-Khoramshahr. Der Zug wird auf freier Strecke angehalten, Flugblätter werden verteilt. Von den Polizisten, die eingreifen, werden zehn krankenhausreif geschlagen.

Teheran. Demonstration in der Stadt, 9 Stunden dauernde Kämpfe zwischen Polizei und Demonstranten, die Basar- und Marktverkäufer streiken, ebenfalls die Studenten. Schahtruppen marschieren auf.

Nieder mit dem Schah-Regime! Raus mit den amerikanischen Beratern!

z.gug. Seit Mitte des letzten Jahres hat sich das iranische Volk in zahlreichen Kämpfen erhoben gegen die Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrükkung durch das Schah-Regime, das die Großgrundbesitzer und Kompradorenbourgeoisie vertritt, und durch den Imperialismus, insbesondere den US-Imperialismus. Diese Kämpfe haben sich bis heute zu einer gewaltigen demokratischen Massenbewegung entwickelt, die alle Städte im Iran erfaßt hat, die auch gleichzeitig die Industriezentren des Landes sind. Diese Massenbewegung hat das Schah-Regime ins Wanken gebracht. Bereits vor zwei Monaten mußte der Leiter der SAVAK (State Security and Intelligence Organisation) abgesetzt werden, vor einigen Tagen hat der Ministerpräsident Amouzegar seinen Rücktritt erklärt. Die Forderungen, unter denen der Kampf geführt wird, sind: Nieder mit dem Schah-Regime! Weg mit dem SAVAK! Rückkehr aller im Exil Lebenden! Freilassung aller politischen Gefangenen! Für freie Wahlen! Raus mit den amerikanischen Beratern, Yankee, go home!

Einrichtungen des Schah-Regimes wie der Imperialisten werden angegriffen und dem Erdboden gleichgemacht. Über zahlreiche Städte und Dörfer des Landes hat das Regime den Ausnahmezustand verhängt, Panzer, Soldaten und Hubschrauber werden gegen die Volksmassen eingesetzt, Tausende wurden erschossen, verwundet, verhaftet.

Die Führung in diesem Kampf hat die Kleinbourgeoisie und Bourgeoisie, wenn auch die Arbeiterklasse die treibende Kraft des Kampfes ist. Die Lebenslage der Arbeiter, Bauern und kleinen Gewerbetreibenden ist durch die Ausplünderung des Landes durch Imperialismus und seine Stützen, die Klasse der Großgrundbesitzer, so schlecht, daß die nackte Existenz in vielen Fällen bedroht ist. Die Bourgeoisie, die diesen Kampf führt, propagiert die Einhaltung der Verfassung und die Abhaltung freier Wahlen, was auf die Wiederherstellung bürgerlich demokratischer Rechte hinausläuft, und vor allem ihre eigene Unterdrükkung beseitigen soll.

Der Ausgangspunkt dieses Kampfes und insbesondere die Beteiligung der iranischen Bourgeoisie ist die völlige Zerrüttung der Wirtschaft des Iran, die durch die jahrelange Ausbeutung und Ausplünderung durch den Imperialismus und die Großgrundbesitzer und Kompradoren verursacht ist.

„Der Schah hat das verstrichene Vierteljahrhundert zu nutzen gewußt . . ., er hat den Iran von einem unterentwickelten Land in eine Beinahe-Großmacht verwandelt! . . .und tatsächlich, das marode Märchenland blühte auf. Durch die staubigen Wüsten wurden Asphaltstraßen getrieben." (Welt am Sonntag, 21.5.78)

Mit der Propaganda über die angeblich großen Fortschritte im Iran hetzen die Imperialisten gegenwärtig auch gegen die Kämpfe des Volkes dort, behaupten, die ungebildeten religiösen Massen seien gegen die Veränderung bestehender Verhältnisse, die der Schah kühn verändere. Versteht man allerdings wie die Imperialisten unter Fortschritt das Vorhandensein einer Straße von der Ölquelle zum nächsten Hafen, auf Kosten einer völlig darniederliegenden Landwirtschaft, die nicht einmal die Versorgung mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln gewährleistet, dann mag dieser Begriff stimmen.

Der Iran ist ein drastisches Beispiel für das Mißlingen des Aufbaus einer nationalen Wirtschaft, was zwangsläufig in einem Land der Dritten Welt ohne die Befreiung vom Imperialismus auftreten muß, und steht damit auch als Beweis gegen alle Beteuerungsversuche der Imperialisten und Sozialimperialisten, daß ein Land der Dritten Welt gerade gestützt auf den Imperialismus nur seine Wirtschaft voranbringen könne.

Die Einnahmen des Staates kommen zu 95% aus den Erdölförderungen im Land. Über 30% dieser Einnahmen gibt das Schahregime alljährlich an die US-Imperialisten wieder ab für Waffen und Kriegsgerät zur Aufrüstung des Iran. Falsch wäre es, anzunehmen, die Waffen des Schahregimes hätten den ausschließlichen Zweck, das eigene Volk zu unterdrücken und im Auftrag des US-Imperialismus den „freien Markt" der Länder am arabischen Golf zu sichern, sondern es ist durchaus so, daß das Schah-Regime diese Waffen kauft zum Schutz der 95%igen Einnahmequelle des Staates vor dem völligen Zugriff der Imperialisten, weshalb das Schah-Regime z.B. auch in der UNO gegen die Imperialisten für die Auflösung aller Stützpunkte im Indischen Ozean stimmt u.ä.

Nachdem das durch und durch reaktionäre Schah-Regime von den US-Imperialisten mit Hilfe des CIA 1953 nach seinem Sturz wieder in den Sattel gehoben wurde und durch entsprechende Kredite abgesichert wurde, war das erste, was der Schah im Auftrag des US-Imperialismus machen mußte, die Aufhebung der Verstaatlichung der Erdölgesellschaften, was der Ausgangspunkt des Putsches der US-Imperialisten war.

Es wurde von den Imperialisten ein Erdölkonsortium gebildet, das das bis vor der Verstaatlichung von den britischen Imperialisten beherrschte AIOC (Anglo Iranian Oil Company) ablöste. Gebildet wurde es von Erdölmonopolen der Imperialisten, die über 90% der Erdölförderung im Nahen und Mittleren Osten sowieso schon in der Hand hatten und sich maßgeblich an dem vorangegangenen Ölboykott gegen die gestürzte Mossadegh-Regierung beteiligt hatten: 5 Erdölkonzerne der US-Imperialisten erhielten jeweils 8% Anteil, die AIOC 40%, die Royal Dutch Shell 14% und die Compagnie Francaise de Pétroles 6%. Das Konsortium bildete zwei Firmengruppen, die Iran Oil Operating Company und die Iranian Oil Exploration & Production Company, die praktisch alle Rechte der Ausbeutung, Verarbeitung und des Transports des iranischen Erdöls von der Regierung zugesichert bekamen. Der iranischen Regierung sollten als Gegenleistung knapp 13% des Gewinns des Konsortiums zustehen sowie Abschlagszahlungen für die nächsten Jahre und eine Entschädigung für die von der AIOC verursachten Verluste des iranischen Staates.

Unter Ausnutzung des bestehenden Drucks der Volksmassen, die in zahlreichen Demonstrationen, Streiks und Kundgebungen für die Verstaatlichung der AIOC gekämpft hatten, als auch mit der Rückendeckung der iranischen Bourgeoisie verabschiedete das Schah-Regime 1957 das Erdölgesetz. Mit diesem Gesetz wollte das Schah-Regime einen größeren Anteil des iranischen Staates an den Profiten aus der Ausbeutung des Erdöls des Landes für sich sichern. In seinem Buch „Im Dienste meines Landes" charakterisiert der Schah die Erdölpolitik folgendermaßen:

„Im Jahre 1957 hat das persische Parlament in seinem Rahmen ein Gesetz verabschiedet, das die NIOC (National Iranian Oil Company) unter anderem ermächtigte,



Qum, Mai 1978. Pepsi-Cola ist eine der über 5000 Gesellschaften im Iran und sie ist ein Symbol für das iranische Volk für die Ausbeutung und Unterdrückung durch den US-Imperialismus. Yankees raus! ist eine der Forderungen in den Kämpfen des iranischen Volkes.



wohnern von Qum wird eine Demonstra-

Azerabdegan. Die Universität wird ge-

der Frauenbefreiung.

Qum. 5000 Einwohner der Stadt versammeln sich, als die Regierung eine Hetzkampagne gegen A. Khomeni, der 1963 ins Exil gegangen ist, beginnt. Sie greifen Banken, Regierungsgebäude und Polizeistationen an. Soldaten und Panzer werden gegen sie eingesetzt. 500 werden erschossen, die Toten von den Schahtruppen in einen nahegelegenen Salzsee geworfen. Der Schah gibt die Anweisung, von jedem, der nach dem Leichnam eines der Toten fragt, das Geld für die Kugel zu verlangen. SAVAK und Militärpolizei besetzen das Krankenhaus.

Kermanshah. Zur Solidarität mit den Ein-

entrollt, Tonbandaufnahmen der Reden von Tabriz gespielt. Kinos, US-Banken, europäische Hotels demoliert, eine Pepsi-Cola-Fabrik zerstört, die Wagen in Brand gesteckt. Das Polizeihauptquartier wird geschleift.

Zug Teheran-Khoramshahr. Der Zug wird auf freier Strecke angehalten, Flugblätter werden verteilt. Von den Polizisten, die eingreifen, werden zehn krankenhausreif geschlagen.

Teheran. Demonstration in der Stadt, 9 Stunden dauernde Kämpfe zwischen Polizei und Demonstranten, die Basar- und Marktverkäufer streiken, ebenfalls die Studenten. Schahtruppen marschieren auf.

mezustand verhängt, Panzer, Soldaten und Hubschrauber werden gegen die Volksmassen eingesetzt, Tausende wurden erschossen, verwundet, verhaftet.

Die Führung in diesem Kampf hat die Kleinbourgeoisie und Bourgeoisie, wenn auch die Arbeiterklasse die treibende Kraft des Kampfes ist. Die Lebenslage der Arbeiter, Bauern und kleinen Gewerbetreibenden ist durch die Ausplünderung des Landes durch Imperialismus und seine Stützen, die Klasse der Großgrundbesitzer, so schlecht, daß die nackte Existenz in vielen Fällen bedroht ist. Die Bourgeoisie, die diesen Kampf führt, propagiert die Einhaltung der Verfassung und die Abhaltung freier Wahlen, was auf die Wiederherstellung bürgerlich demokratischer Rechte hinausläuft, und vor allem ihre eigene Unterdrükkung beseitigen soll.

Der Ausgangspunkt dieses Kampfes und insbesondere die Beteiligung der iranischen Bourgeoisie ist die völlige Zerrüttung der Wirtschaft des Iran, die durch die jahrelange Ausbeutung und Ausplünderung durch den Imperialismus und die Großgrundbesitzer und Kompradoren verursacht ist.

„Der Schah hat das verstrichene Vierteljahrhundert zu nutzen gewußt . . ., er hat den Iran von einem unterentwickelten Land in eine Beinahe-Großmacht verwandelt! . . .und tatsächlich, das marode Märchenland blühte auf. Durch die staubigen Wüsten wurden Asphaltstraßen getrieben." (Welt am Sonntag, 21.5.78)

perialismus. Yankees raus! ist eine der Forderungen in den Kämpfen des iranischen Volkes.

nationalen Wirtschaft, was zwangsläufig in einem Land der Dritten Welt ohne die Befreiung vom Imperialismus auftreten muß, und steht damit auch als Beweis gegen alle Beteuerungsversuche der Imperialisten und Sozialimperialisten, daß ein Land der Dritten Welt gerade gestützt auf den Imperialismus nur seine Wirtschaft voranbringen könne.

Die Einnahmen des Staates kommen zu 95% aus den Erdölförderungen im Land. Über 30% dieser Einnahmen gibt das Schahregime alljährlich an die US-Imperialisten wieder ab für Waffen und Kriegsgerät zur Aufrüstung des Iran. Falsch wäre es, anzunehmen, die Waffen des Schahregimes hätten den ausschließlichen Zweck, das eigene Volk zu unterdrücken und im Auftrag des US-Imperialismus den „freien Markt" der Länder am arabischen Golf zu sichern, sondern es ist durchaus so, daß das Schah-Regime diese Waffen kauft zum Schutz der 95%igen Einnahmequelle des Staates vor dem völligen Zugriff der Imperialisten, weshalb das Schah-Regime z.B. auch in der UNO gegen die Imperialisten für die Auflösung aller Stützpunkte im Indischen Ozean stimmt u.ä.

Nachdem das durch und durch reaktionäre Schah-Regime von den US-Imperialisten mit Hilfe des CIA 1953 nach seinem Sturz wieder in den Sattel gehoben wurde und durch entsprechende Kredite abgesichert wurde, war

der US-Imperialisten erhielten jeweils 8% Anteil, die AIOC 40%, die Royal Dutch Shell 14% und die Compagnie Francaise de Pétroles 6%. Das Konsortium bildete zwei Firmengruppen, die Iran Oil Operating Company und die Iranian Oil Exploration & Production Company, die praktisch alle Rechte der Ausbeutung, Verarbeitung und des Transports des iranischen Erdöls von der Regierung zugesichert bekamen. Der iranischen Regierung sollten als Gegenleistung knapp 13% des Gewinns des Konsortiums zustehen sowie Abschlagszahlungen für die nächsten Jahre und eine Entschädigung für die von der AIOC verursachten Verluste des iranischen Staates.

Unter Ausnutzung des bestehenden Drucks der Volksmassen, die in zahlreichen Demonstrationen, Streiks und Kundgebungen für die Verstaatlichung der AIOC gekämpft hatten, als auch mit der Rückendeckung der iranischen Bourgeoisie verabschiedete das Schah-Regime 1957 das Erdölgesetz. Mit diesem Gesetz wollte das Schah-Regime einen größeren Anteil des iranischen Staates an den Profiten aus der Ausbeutung des Erdöls des Landes für sich sichern. In seinem Buch „Im Dienste meines Landes" charakterisiert der Schah die Erdölpolitik folgendermaßen:

„Im Jahre 1957 hat das persische Parlament in seinem Rahmen ein Gesetz verabschiedet, das die NIOC (National Iranian Oil Company) unter anderem ermächtigte,



wohnern von Qum wird eine Demonstration durchgeführt.

Isfahan, Rasht, Abadan, Mashad, Teheran. Zweitägiger Streik der kleinen Geschäftsleute und Ladenbesitzer gegen das Massaker in Qum.

Ahvaz. Ausgehend von einer Kundgebung werden US-Banken und andere ausländische Banken sowie Polizeiwagen demoliert. Es findet ein heftiger Kampf gegen die Polizeitruppen statt.

Dezfool. Demonstration, auf der mehrere Demonstranten Waffen tragen.

Februar 1978

Tabriz. Am Morgen des 19.2. versammeln sich Demonstranten vor einer Moschee. Sie werden von Polizei angegriffen, die auf die Demonstranten schießt und mit Bajonetten gegen sie vorgeht. Die Demonstration kann dennoch durchgeführt werden, die Toten werden mitgetragen. Polizei- und SAVAK-Wagen werden in Brand gesteckt, Banken, Kinos, Freudenhäuser, Regierungsgebäude demoliert. Die Nachricht von der Demonstration verbreitet sich in der Stadt. An drei weiteren Stellen bilden sich Demonstrationszüge, die ebenfalls die Einrichtungen des verhaßten Schahregimes und der Imperialisten angreifen. Im Zentrum der Stadt treffen sich die Demonstrationszüge, gemeinsam ziehen sie zur Zentrale der Rastakhiz Partei, der faschistischen Einheitspartei des Schah. Sie wird geschleift von den mittlerweile über 100000 Demonstranten. Soldaten greifen die Demonstration an und eröffnen das Feuer. Hunderte werden erschossen. Über Tabriz wird der Ausnahmezustand verhängt.

Azerabdegan. Die Universität wird geschlossen. Einen Tag vorher wurden zehn Studenten erschossen.

Isfahan. Demonstration, die sich mit Wagenladungen von Steinen bewaffnet hat. Zerstörung von Banken, Kinos. In der Innenstadt wird gestreikt.

Babol. Demonstranten zerstören Banken und Polizeiwagen.

Shiraz. Studentendemonstration, revolutionäre Lieder werden gesungen. Einrichtungen der Schahregierung und der Imperialisten werden zerstört. Schahtruppen lagern vor der Stadt. Mit Wasserwerfern wird Farbe verspritzt, um die Demonstranten später verhaften zu können. Am Abend schaltet das Militär den Strom ab und wütet unter der Bevölkerung.

Juli 1978

Mesched. Bei Demonstrationen und Kundgebungen werden 40 Menschen erschossen.

August 1978

Isfahan. Drei Tage hintereinander Demonstrationen. Die Polizei erschießt 100 Personen. Der Ausnahmezustand wird über die Stadt verhängt.

Abadan. In einem Kino in Abadan sterben mehr als 650 Personen infolge eines Kinobrandes. Das Kino war von außen verschlossen und an allen vier Ecken angezündet worden. Selbst bürgerliche Kräfte machen den Schah für das Massaker verantwortlich und vergleichen den Brand mit dem Reichtagsbrand 1933 in Deutschland. Bei der Massenbeisetzung versammeln sich 20000 und führen anschließend eine Demonstration durch.

*Lebenshaltung Stadt 1975**

Tageslohn, durchsch.	100
ungel. Arb. (76%)	60– 70
gelern. Arb. (24%)	200–250
Lebenshaltung	
1 kg Rindfleisch	75
1 kg Hammelfleisch	120
1 Zimmer-Miete	1000–1500
Steigerungsraten 1975	
Netto-Volkseink.	2,7%
Preissteigerungsrate	9,2%
Lebenshaltung 1976	26,3%
Preise 1977	15,5%

* Preise in Rial

*Einkommen auf dem Land 1971**

	Pächterfamilie	Bauernfamilie
Reinertrag aus:		
Früchten	27129	21307
Viehhaltung	5519	6324
Teppiche	3000	2200
	35648	29831
abzügl. Ausgaben für:		
Pacht	10580	
Steuern	1120	1176
Zinsen	1534	1670
Schuldentilgung	21476	25328
es bleiben	938	1657

* Preise in Rial

Die Erdölabkommen mit den ausländischen Gesellschaften (1957–1966)

Datum	Die Namen der gegründeten Erdölgesellschaften	Die Namen der ausländischen Gesellschaften	ursprüngliches Kapital Mio. Dollar	Prospektionsgebiet qkm
1957	Société Irano-Italienne (SIRIP)	ENI (Ente Nationale Idrocarburi)		22900
1958	Iranian-Pan American Oil (IPAC)	Pan American	25	16000
1964	Farise Petroleum Co. (FPC)	ERAP/SNPA (Bureau de Recherches des Pétroles, Francarep, Regie Autonome des Pétroles, Coparex and Eurafrep	27	5800
1964	Dashtestan Offshore Petroleum Co. (DOPCO)	Shell	59	6036
1964	Iranian Marine International Oil Co. (IMINOCO)	Phillips Petroleum Co., Indias Oil and Gas Commission AGIP (Italia)	34	5759
1964	Iranian Offshore Petroleum Co. (IROPCO)	Tidewater, Skelly, Superior, Sunray, Kerr-McGhee, Cities Service, Richfield	40	2250
1964	Lavan Petroleum Co. (LAPCO)	Atlantic, Union Oil, Sun Oil, Murphy Corp.	25	8000
1965	Persian Gulf Petroleum Co. (PEGUPCO)	Deutsche Erdöl-AG, Deutsche Schachtbau, Gelsenberg, Preußag, Gewerkschaft Elwerath, Scholven-Chemie, Wintershall AG	5	5150
1966	NIOC und ERAP	l'Enterprise francaise des recherches et d'activités pétrolières	30 bis 40	11700



Wie im Bild die Deutsche Bank haben sich zahlreiche Filialen des westdeutschen Finanzkapitals im Iran festgesetzt: Dresdner Bank, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, Bayerische Vereinsbank, Commerzbank, Berliner Bank, Berliner Handelsbank, Vereins- und Westbank, Frankfurter Bank. Die Deutsche Bank gibt einen 100 Seiten starken Katalog heraus, in dem der Iran nach allen Seiten hin auf die besten Möglichkeiten der Ausbeutung und Ausplünderung abgeklopft wird. Über 130 westdeutsche Kapitalisten sind inzwischen über die Expansion mittels Warenexport hinaus mit eigenen Werken an der Ausbeutung der iranischen Arbeiter beteiligt. Darunter befinden sich Konzerne wie Siemens, Daimler-Benz, Bayer, Hoechst, BASF, Hochtief, AEG, Krupp, Deminex, usw. Die KWU errichtet zwei Kernkraftwerke und verhandelt über vier weitere, BBC Mannheim baut ein Wärmekraftwerk. Die Rechnung der Imperialisten ist, die Energie aus diesen Anlagen zum Raub an den Bodenschätzen des Iran zu nutzen. Daß sich das iranische Volk gegen die imperialistische Ausbeutung und Plünderung erhoben hat und die iranische Regierung den Imperialisten gewisse Schranken ziehen mußte, trifft diese Blutsauger schmerzlich.

ausländische Firmen dazu einzuladen, uns bei der Erschließung unserer Ölvorkommen zu helfen. Ich war entschlossen, bei der nun folgenden weiteren Erschließung unserer Ölvorkommen eine ganz neue Politik einzuschlagen. Alle ausländischen Firmen, die bei uns nach schwarzem Gold suchten, sollten entweder im Auftrage des persischen Staates arbeiten oder mit ihm in ein echtes Partnerschaftsverhältnis treten."

Das Erdölgesetz sichert allen iranischen und ausländischen Personen das Recht zu, an Erdölangelegenheiten teilzunehmen. Die NIOC muß jedoch an den Aktien beteiligt werden zu mindestens 30%, sie kann Konzessionen vergeben für Schürfung, Förderung, Verarbeitung, Transport und die Größe des Konzessionsgebietes. Wie groß das Konzessionsgebiet ist, hängt von der Höhe der Beteiligung der NIOC ab. Um gleichzeitig bei dieser Regelung gegenüber den imperialistischen Konzernen noch immer etwas in der Hinterhand zu behalten, wurde über ein Drittel des Landes Konzessionsverbot verhängt. Die Absicht, die mit diesem Gesetz verfolgt wurde, war, unter Ausnutzung der Konkurrenz der Imperialisten untereinander, dem iranischen Staat jeweils einen hohen Anteil an der Erdölförderung zu erhalten. Folgende imperialistischen Konzerne bildeten zusammen mit der NIOC nach den Bedingungen dieses Gesetzes gemeinsame Erdölgesellschaften: *Eni, ERAP, Shell, IPAC, FPC, DOPCO.*

Um zudem die fast ausschließliche Einnahmequelle des Staates, außer den Steuern, die von 1974/75 bis 1976/77 von 149,2 Mrd. Rial auf 313 Mrd. Rial gestiegen sind, hochzuhalten und die Verluste durch Inflation auszugleichen, schloß sich das Schah-Regime den OPEC-Staaten an. Ein besonderer Grund, für Preiserhöhungen innerhalb der OPEC einzutreten, ergibt sich für die iranische Regierung aus der hohen Produktivität der Förderstellen, wo die Förderung an einem Bohrloch teilweise das Hundertfache eines Bohrloches in den USA beträgt. Der Verkauf des iranischen Erdöls zu Weltmarktpreisen verschafft den Imperialisten einen besonders hohen Extraprofit oder umgekehrt, dem iranischen Volk als eigentlich rechtmäßigem Besitzer seiner Reichtümer, einen besonders hohen Verlust.

Die Einnahmen aus der Erdölförderung sollten die finanzielle Grundlage für den Aufbau einer kapitalistischen Wirtschaft sein. Um diese Pläne abzusichern, war erstens eine völlige Niederhaltung der Bewegung der Volksmassen gegen das Schah-Regime, das es bereits einmal gestürzt hatte, notwendig sowie eine ungeheure Ausbeutung der Arbeitskraft, damit die ehrgeizigen Wirtschaftspläne des Schah-Regimes der Konkurrenz der Imperialisten überhaupt nur annähernd gegenübertreten konnten.

Notwendig war weiterhin die Beseitigung der feudalen Verhältnisse, das heißt, die Ersetzung der Kettung des Bauern an einen Großgrundbesitzer aufgrund der Naturalwirtschaft durch die Kettung des Bauern an den Großgrundbesitzer oder Fabrikbesitzer durch Lohnarbeit bzw. die Verschuldung bei den Banken.

Durch rasche Industrialisierung sollte der Aufbau der Wirtschaft vonstatten gehen, konnte aber gestützt auf den Imperialismus gar nicht gelingen. Die bestehenden Industriezweige befanden und befinden sich in den Händen der Imperialisten, die landwirtschaftliche Produktion war aufgrund der feudalen Verhältnisse äußerst zurückgeblieben, die übrige Grundstoffproduktion außer Erdöl ist wenig entwickelt, obwohl der Iran über reiche weitere Rohstoffvorkommen verfügt. Die Infrastruktur ist nur notdürftig entwickelt für den Transport des Öls zum nächsten Hafen, die Arbeitskräfte sind schlecht ausgebildet. Auf der Grundlage der jahrzehntelangen Ausbeutung durch die Erdölkonzerne war eine rasche Industrialisierung des Landes ausgeschlossen, ohne die ökonomische Abhängigkeit von den Imperialisten zu erhöhen. Die „Welt" vom 24.1.1975 schreibt:

„Weil man in Teheran weiß, daß der Einsatz größerer Kapitalien für eine Industrialisierung nicht genügt, ist die Zusammenarbeit mit den Industrieländern sehr gefragt."

Unter allen erdenklichen Vergünstigungen schließt der Schah Verträge mit allen Monopolen der Welt ab, zur Errichtung von Industrieanlagen im Iran. Die Bedingung ist, daß die Auslandsbeteiligung 40% nicht übersteigen soll, was aber den Aufkauf des Landes durch die Imperialisten nicht aufhalten konnte. Sogar die Sozialimperialisten, die vorderhand ja von der Erdölausbeutung im Iran ausgeschlossen sind, haben hier ihre Chance gewittert. Sie sind gegenwärtig das größte Abnehmerland iranischer Waren, bauen das Stahlwerk in Isfahan, haben einen Vertrag mit dem Iran über Erdgaslieferungen abgeschlossen und unterhalten eine eigene Bank im Iran.

Die vollständige Öffnung des Landes durch den Schah für die imperialistische Ausbeutung und Ausplünderung ist es, was die Imperialisten in Frohlocken über die „Fortschritte" und angebliche Industrialisierung des Iran versetzt. Nicht der Aufbau einer nationalen Wirtschaft des Iran ist ihr Interesse, sondern die maximale Ausbeutung der Arbeitskräfte und Rohstoffe des Iran und die Produktion für den iranischen Markt, der durch die Vernichtung der landwirtschaftlichen Kleinproduktion entsteht.

Die völlige Anarchie dieser Produktionsweise zeigt sich im Transportwesen, in der Stromversorgung, vor allem aber in der Landwirtschaft des Landes. Die Stromversorgung im Iran ist so schlecht, daß in den letzten beiden Jahren mehrfach Stromabschaltungen durchgeführt werden mußten. Dies, obwohl der Iran in der Erdölförderung in der Weltrangliste an 4. Stelle steht. Die Straßen und Eisenbahnlinien sind durch die Warenströme überlastet, in den Häfen können tagelang keine Schiffe gelöscht werden.

Am krassesten sind die Auswirkungen in der Landwirtschaft. Die Großgrundbesitzer, die einzigen, die überhaupt neben den Imperialisten über fruchtbaren Boden verfügen, lassen in kapitalistischer Großproduktion im wesentlichen Lebensmittel produzieren, die für den Export bestimmt sind wie Pistazien oder in der Fischwirtschaft die Produktion von Kaviar. 30% der ehemals intakten, das ganze Land durchziehenden Bewässerungskanäle sind vertrocknet und zerstört, weil die Bauern nach der „weißen Revolution" im Gegensatz zu den Großgrundbesitzern kein Geld haben, die Bewässerungsanlagen instand zu halten. So werden viele Bauern, wo nicht durch die völlige Verschuldung bei den Banken, durch die Vertrocknung des Bodens vom Land vertrieben. Die Weltbank empfiehlt dem Schah-Regime, sich zur Lösung der schlechten Lebensmittelversorgung in noch tiefere Abhängigkeit von den Imperialisten zu begeben:

„Der Iran darf sich nicht wirklich verwundbar fühlen durch die Lebensmittelbeschaffung und die Weltpreise, wenn eine logische Einfuhrpolitik auf lange Sicht aufgenommen wird ... Der Iran kann noch viele landwirtschaftliche Produkte billiger einführen, als wenn sie im Land produziert würden." (Le Monde)

Bereits jetzt steigen die Lebensmitteleinfuhren des Iran um jährlich 14%, für die ein zunehmend größerer Teil der Deviseneinnahmen durch das Erdöl an die Imperialisten zurückfließt. Zudem beschleunigt der Import billiger Waren aus den imperialistischen Ländern den Ruin der Bauern, Handwerker und Kleinbourgeoisie. Gerade die Überschwemmung des iranischen Marktes, die seit der Krise des Imperialismus eingesetzt hat, beschleunigt diesen Vorgang, verschärft die Inflation im Land und hat zusammen mit der schlechten Lebensmittelversorgung gegenwärtig die Widersprüche der Bourgeoisie zum Schah-Regime zum Ausdruck gebracht. Mit seiner „weißen Revolution" hat der Schah sämtliche Widersprüche im Land verschärft. Der Widerspruch zwischen den Interessen der iranischen Nation und den Imperialisten ist auf äußerste angespannt. Die gegenwärtigen Massenkämpfe sind der Beginn der wirklichen, nationaldemokratischen Revolution, die im Kampf gegen den Imperialismus das Schah-Regime und die Herrschaft der Großgrundbesitzer und Kompradoren beseitigen wird.

Zehntausende protestieren gegen die Einmischungen des US-Imperialismus in die Angelegenheiten des Iran im Winter 1952. Ein Jahr zuvor hatte die Nationale Front unter Mossadegh im Senat die Verstaatlichung des Erdölkonzerns AIOC beschlossen, nachdem diese Gesellschaft des britischen Finanzkapitals jahrzehntelang das Land ausgeplündert hat. In dem § 4 des Gesetzes heißt es: „Auf alle Einnahmen aus dem Erdöl und den Erdölprodukten besitzt das iranische Volk ein unantastbares Recht." Daraufhin kürzte die AIOC den Erdölarbeitern den Lohn. Im ganzen Land kommt es zu Streiks und Demonstrationen, als die US-Imperialisten gemeinsam mit den britischen Imperialisten versuchen, Mossadegh unter Druck zu setzen, indem z.B. der US-Konzernchef zu Verhandlungen nach Iran reist, die britische Flotte vor der Küste des Iran zusammengezogen wird und die Ölkonzerne einen Boykott gegen den Iran durchführen, um das Land wirtschaftlich zu schädigen.



Nachdem der Schah versucht hatte, Mossadegh zu stürzen, flieht er aus dem Land. Die Massen ihrerseits stürzen die Statue des Schahs vom Sockel. Die sozialistische Trudeh Partei, die großen Einfluß unter den Massen hatte, vertrat sowohl in der Frage der Verstaatlichung der AIOC und in der Frage des Kampfes gegen die Schahregierung keinen marxistisch-leninistischen Standpunkt mehr. Sie duldete es, daß, obwohl die Verstaatlichung bereits längst beschlossen sich nach wie vor Spezialisten und Berater der Imperialisten im Land tummelten. Sie hat in diesen Klassenkämpfen nicht die Notwendigkeit des bewaffneten Sturzes der Feudalherren und Großgrundbesitzer wie die Vertreibung der Imperialisten gefordert. Kurze Zeit später wird Mossadegh mithilfe der US-Imperialisten und ihres CIA gestürzt.

Erfolgreiche Besuchsreise

z.ges. Die Kommentare der Imperialisten klingen zerknautscht. Der offensichtliche Erfolg der Reise des Vorsitzenden Hua Guo-feng nach Rumänien und Jugoslawien will ihnen nicht in den chen suchen, warum sich das Streben nach Unabhängigkeit gerade gegen sie richtet. Die VR China wende die „perfide Methode" der „differenzierten Annäherung" an und wolle die „Ein- in Vietnam. Wer kann es als Einmischung bezeichnen, wenn die VR China Vietnam in langwierigen Verhandlungen zur Einhaltung dieser Vereinbarung zu bewegen versucht? dem Programm. Und ihren würdigen Abschluß wird Huas Tournee am Hof des Schahs vom Iran finden. Eine deutliche und demonstrative Geste, mit der die Pekinger Revisionisten dem Hen- schaffen so neue Elemente der Instabilität in der Welt." Entschieden hat sich Jugoslawien allen imperialistischen und sozialimperialistischen Spaltungsversuchen der Blockfreien-Bewegung



Zehntausende protestieren gegen die Einmischungen des US-Imperialismus in die Angelegenheiten des Iran im Winter 1952. Ein Jahr zuvor hatte die Nationale Front unter Mossadegh im Senat die Verstaatlichung des Erdölkonzerns AIOC beschlossen, nachdem diese Gesellschaft des britischen Finanzkapitals jahrzehntelang das Land ausgeplündert hat. In dem § 4 des Gesetzes heißt es: „Auf alle Einnahmen aus dem Erdöl und den Erdölprodukten besitzt das iranische Volk ein unantastbares Recht." Daraufhin kürzte die AIOC den Erdölarbeitern den Lohn. Im ganzen Land kommt es zu Streiks und Demonstrationen, als die US-Imperialisten gemeinsam mit den britischen Imperialisten versuchen, Mossadegh unter Druck zu setzen, indem z.B. der US-Konzernchef zu Verhandlungen nach Iran reist, die britische Flotte vor der Küste des Iran zusammengezogen wird und die Ölkonzerne einen Boykott gegen den Iran durchführen, um das Land wirtschaftlich zu schädigen.

beit mit den Industrieländern sehr gefragt."

Unter allen erdenklichen Vergünstigungen schließt der Schah Verträge mit allen Monopolen der Welt ab, zur Errichtung von Industrieanlagen im Iran. Die Bedingung ist, daß die Auslandsbeteiligung 40% nicht übersteigen soll, was aber den Aufkauf des Landes durch die Imperialisten nicht aufhalten konnte. Sogar die Sozialimperialisten, die vorderhand ja von der Erdölausbeutung im Iran ausgeschlossen sind, haben hier ihre Chance gewittert. Sie sind gegenwärtig das größte Abnehmerland iranischer Waren, bauen das Stahlwerk in Isfahan, haben einen Vertrag mit dem Iran über Erdgaslieferungen abgeschlossen und unterhalten eine eigene Bank im Iran.

Die vollständige Öffnung des Landes durch den Schah für die imperialistische Ausbeutung und Ausplünderung ist es, was die Imperialisten in Frohlocken über die „Fortschritte" und angebliche Industrialisierung des Iran versetzt. Nicht der Aufbau einer nationalen Wirtschaft des Iran ist ihr

die völlige Verschuldung bei den Banken, durch die Vertrocknung des Bodens vom Land vertrieben. Die Weltbank empfiehlt dem Schah-Regime, sich zur Lösung der schlechten Lebensmittelversorgung in noch tiefere Abhängigkeit von den Imperialisten zu begeben:

„Der Iran darf sich nicht wirklich verwundbar fühlen durch die Lebensmittelbeschaffung und die Weltpreise, wenn eine logische Einfuhrpolitik auf lange Sicht aufgenommen wird ... Der Iran kann noch viele landwirtschaftliche Produkte billiger einführen, als wenn sie im Land produziert würden." (Le Monde)

Bereits jetzt steigen die Lebensmitteleinfuhren des Iran um jährlich 14%, für die ein zunehmend größerer Teil der Deviseneinnahmen durch das Erdöl an die Imperialisten zurückfließt. Zudem beschleunigt der Import billiger Waren aus den imperialistischen Ländern den Ruin der Bauern, Handwerker und Kleinbourgeoisie. Gerade die Überschwemmung des iranischen Marktes, die seit der Krise des Imperialismus eingesetzt hat, beschleunigt

Berater der Imperialisten im Land tummelten. Sie hat in diesen Klassenkämpfen nicht die Notwendigkeit des bewaffneten Sturzes der Feudalherren und Großgrundbesitzer wie die Vertreibung der Imperialisten gefordert. Kurze Zeit später wird Mossadegh mithilfe der US-Imperialisten und ihres CIA gestürzt.

diesen Vorgang, verschärft die Inflation im Land und hat zusammen mit der schlechten Lebensmittelversorgung gegenwärtig die Widersprüche der Bourgeoisie zum Schah-Regime zum Ausdruck gebracht. Mit seiner „weißen Revolution" hat der Schah sämtliche Widersprüche im Land verschärft. Der Widerspruch zwischen den Interessen der iranischen Nation und den Imperialisten ist auf äußerste angespannt. Die gegenwärtigen Massenkämpfe sind der Beginn der wirklichen, nationaldemokratischen Revolution, die im Kampf gegen den Imperialismus das Schah-Regime und die Herrschaft der Großgrundbesitzer und Kompradoren beseitigen wird.

Erfolgreiche Besuchsreise

z.ges. Die Kommentare der Imperialisten klingen zerknautscht. Der offensichtliche Erfolg der Reise des Vorsitzenden Hua Guo-feng nach Rumänien und Jugoslawien will ihnen nicht in den Kram passen. Alles, was die Unabhängigkeit und den Zusammenschluß der Völker stärkt, ist ihnen zuwider. Eifrig suchen sie nach Spaltungslinien, die sie in ihrem Bestreben nach Einflußbereichen nutzen könnten.

Die sowjetischen Sozialimperialisten schäumen über den Besuch Hua Guo-fengs in Rumänien und Jugoslawien. Grund dazu haben sie. Erst vor einigen Wochen sind sie gescheitert mit ihren Spaltungsbemühungen gegen die blockfreien Länder, die auf ihrer Außenministerkonferenz jedem Imperialismus und Hegemonismus eine eindeutige Absage erteilten. Auch Kuba mußte unterschreiben. Großen Druck haben die Sozialimperialisten ausgeübt, um die Unterzeichnung des chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrages zu verhindern. Sie sind gescheitert, und Japan hat sich verpflichtet, nicht nach Hegemonie zu streben und jedes Hegemoniestreben jeder anderen Macht im südostasiatischen Raum zu bekämpfen. Die Sozialimperialisten wollen die Volksrepublik China isolieren. Sie sind auf dem besten Weg, sich selber zu isolieren. Das Unabhängigkeitsstreben der Staaten richtet sich nicht mehr ausschließlich gegen den US-Imperialismus und die alten europäischen Kolonialmächte, sondern immer bewußter auch gegen die sozialimperialistische Supermacht. Die Ursache dafür ist, daß diese Supermacht immer unverhüllter ihr Streben nach Weltherrschaft hervorkehrt. Wer sich in Gegensatz zu den Interessen der Völker bringt, braucht sich nicht zu wundern, wenn sich die Völker gegen ihn zusammenschließen. Der Haß der Sozialimperialisten auf die VR China ist groß. Aber die Sozialimperialisten müssen sich an der eigenen Nase packen, wenn sie nach den Ursachen suchen, warum sich das Streben nach Unabhängigkeit gerade gegen sie richtet. Die VR China wende die „perfide Methode" der „differenzierten Annäherung" an und wolle die „Einheit der sozialistischen Länder" spalten, beklagt sich die Sowjetunion. Aber die „Einheit der sozialistischen Länder", wie sie die Sozialimperialisten verstehen, besteht bloß darin, daß diese Länder gemeinsam dem sowjetischen Druck unterworfen sind. Nach der bewaffneten Besetzung der CSSR haben die Sozialimperialisten zur Rechtfertigung eigens die Theorie der „begrenzten Souveränität" lanciert. Im Kampf für die Verteidigung ihrer Unabhängigkeit sind aber einige der Länder, die die Sowjetunion zu ihrem Einflußbereich zählt, so souverän, dort Unterstützung zu suchen, wo sie ohne imperialistische und hegemonistische Hintergedanken zu haben ist, bei der VR China. In ihrem Versuch, das Bild der VR China anzuschwärzen, schreckt die SU nicht vor den dümmsten Lügen zurück. Nachdem die SU als Supermacht erkannt ist, soll auch die VR China als solche erscheinen. So behauptet die „Prawda", die VR China halte einen Teil des indischen Gebietes besetzt, interveniere in Burma, versuche sich in vietnamesische Angelegenheiten einzumischen und stifte die Auseinandersetzung zwischen Vietnam und Kampuchea an. Die Völker haben kein so schlechtes Gedächtnis und erinnern sich der schandbaren Rolle, die die SU gespielt hat, als Nehru versuchte, durch Krieg chinesisches Territorium zu erobern. Die Beziehungen zwischen der VR China und der VR Burma beruhen auf den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und sind in den letzten Jahren durch mehrere Staatsbesuche befestigt worden. Das paßt der SU nicht, denn es erschwert ihre Versuche, sich in Südostasien breitzumachen. Zwischen Vietnam und der VR China gibt es seit 1955 eine Vereinbarung über die Behandlung der Auslandschinesen in Vietnam. Wer kann es als Einmischung bezeichnen, wenn die VR China Vietnam in langwierigen Verhandlungen zur Einhaltung dieser Vereinbarung zu bewegen versucht? Kampuchea hat sich vom US-Imperialismus befreit, und das Demokratische Kampuchea verspürt keinerlei Lust, über eine indochinesische Föderation schließlich der Vorherrschaft der SU unterworfen zu werden. Nur Imperialisten können dagegen sein, daß Vietnam seine Truppen vom Territorium des Demokratischen Kampuchea zurückzieht und so den Weg zu friedlichen Verhandlungen freimacht. Das ist im Interesse der Völker Vietnams und Kampucheas und der Völker der Welt. Die VR China unterstützt diesen vernünftigen Vorschlag der Regierung des Demokratischen Kampuchea. Dagegen muß man befürchten, daß die Verfolgung der Auslandschinesen in Vietnam und der Bruch des Abkommens von 1955 direkt Teil sozialimperialistischer Kriegsvorbereitungen gegen die VR China sind.

Mit ihren Schwindeleien kann die SU niemals das chinesische Volk unter Druck setzen und isolieren. Das ist durch die Besuche Hua Guo-fengs in Rumänien und Jugoslawien glänzend bestätigt worden. Dem Vormachtstreben der Sozialimperialisten ist durch die unabhängige Außenpolitik Rumäniens und Jugoslawiens ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Wer kann sich wundern, daß die Sozialimperialisten aufheulen?

Die Sozialimperialisten sind nicht die einzigen, die aufheulen. Der „Rote Morgen" heult im gleichen Chor. „Chinesische Revisionisten als Kriegstreiber im Dienste Washingtons", posaunt das Blatt in die Welt. Es schreibt: „Hua auf Weltreise. Es ist das erste Mal, daß ein chinesischer Parteichef Europa besucht. Ausgedehnte Gespräche mit den rumänischen und jugoslawischen Revisionisten stehen auf dem Programm. Und ihren würdigen Abschluß wird Huas Tournee am Hof des Schahs vom Iran finden. Eine deutliche und demonstrative Geste, mit der die Pekinger Revisionisten dem Henker auf dem Pfauenthron gerade jetzt den Rücken stärken, wo sein Regime durch die anhaltenden mächtigen Volkskämpfe angeschlagen ist."

Es ist bekannt, daß die Balkanländer einer der Brennpunkte der Rivalität der beiden Supermächte in ihrem Kampf um Europa sind. „Es ist kein Zufall, daß Huas Reise nach Bukarest und Belgrad führt", schreibt der „Rote Morgen". Wie wahr! Rumänien und Jugoslawien steuern einen Kurs der Unabhängigkeit und kämpfen gegen den Druck der beiden Supermächte auf die Balkanländer. Ceausescu sagte in seiner Tischrede: „Wir leben in einer Epoche, wo die Verteidigung und Festigung der nationalen Unabhängigkeit und die unabhängige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Völker für die Entwicklung der ganzen Welt wesentlich sind. Deshalb werden wir zusammen mit den anderen fortschrittlichen Kräften der Welt unser Bestes tun, um zur Verwirklichung der großen Ziele unserer Epoche beizutragen." Solche Worte muß man an den Taten messen, und da kann man feststellen, daß Rumänien schon vor 10 Jahren trotz seiner Mitgliedschaft im Warschauer Pakt sich nicht hat zwingen lassen, an dem sozialimperialistischen Überfall auf die CSSR teilzunehmen.

Tito hat in seiner Rede festgestellt: „Alte Krisen sind nicht gelöst worden und neue wurden geschaffen. Es gab keinen Rückgang, sondern an manchen Stellen, in jüngster Zeit vor allem in Afrika, eine Intensivierung der Angriffe auf die Unabhängigkeit und Freiheit vieler Länder. Der Kampf und die Rivalität zwischen den Großmächten und den politisch-militärischen Blöcken, d.h. ausländische Faktoren, werden anderswo hin übertragen und schaffen so neue Elemente der Instabilität in der Welt." Entschieden hat sich Jugoslawien allen imperialistischen und sozialimperialistischen Spaltungsversuchen der Blockfreien-Bewegung widersetzt.

Mit dem „Roten Morgen" kann man sagen: „Es ist kein Zufall, daß Huas Reise nach Bukarest und Belgrad führt."

Der „Rote Morgen" weiß natürlich, daß seine Argumente schwach sind, und trägt deshalb dick mit dem Zwischenaufenthalt Hua Guo-fengs in Teheran auf. Vergebens. Jede erfolgreiche Revolution im Iran wird zur Stärkung der Unabhängigkeit des Iran führen und den Zugriff der beiden Supermächte auf den Iran erschweren. Die Außenpolitik der VR China dient stets der Stärkung der Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt und unterstützt alles, was die Rivalität der beiden Supermächte einschränkt und den Kampf dagegen fördert. Wie soll diese Außenpolitik in Widerspruch zum revolutionären Kampf der Völker geraten, solange die Völker wissen, daß sie und nur sie das Werk ihrer Befreiung vollbringen können?

Der „Rote Morgen" ist auf das Niveau der üblichen revisionistischen Demagogie herabgesunken. Sie kann nur den beiden Supermächten, speziell dem Sozialimperialismus nutzen. Der Ton ist schon der gleiche: „In dieser Situation (der Spannung auf dem Balkan) gießen die chinesischen Revisionisten Öl ins Feuer, schüren sie die Spannungen und handeln sie als aktive Kriegstreiber, wenn sie in Belgrad und Bukarest die Trommel für den ‚antihegemonistischen' Kampf unter dem Kommando Washingtons rühren."

Aber- und Abermillionen Tonnen Papier haben die Sowjetrevisionisten schon mit solchem Zeug gefüllt, und es hat nichts genützt. Der Zusammenschluß der Völker gegen Imperialismus und Sozialimperialismus wird stärker. Die Kühnheit des Kampfes wächst.

Tumorbefall bei Elbeaalen nim.nt zu

r.roh. Bis zu 28% der Aale aus der Elbe sind von Tumoren befallen und dürfen von den Fischern nicht mehr in den Handel gebracht werden. Der Grund für die Verseuchung der Fische ist die kontinuierlich steigende Verseuchung der Elbe durch Industrieabwässer der Kapitalisten. Natronlaugen, chlorierte Kohlenwasserstoffe und giftige Schwermetalle, wie Quecksilber und Blei, gelangen wegen ungenügender Filterung in solchen Mengen in die Elbe, daß selbst bei ihrer Verdünnung durch das Elbewasser die Selbstreinigungskraft des Flusses nichts mehr bewirkt. Nach Untersuchungen des hydrobiologischen Instituts Hamburg war um die Jahrhundertwende gelegentlich Tumorbefall bei Aalen zu finden, in den fünfziger Jahren ca. bei 6% und seit 1970 bei ca. 12% bis 28%. Diese Entwicklung hat bewirkt, daß viele Elbefischer erst zum Standortwechsel gezwungen waren und schließlich ruiniert wurden. Überhaupt gibt es nur noch sechs Fischereibetriebe an der Elbe.

Damit der Fisch aus der Elbe vom Geschmack überhaupt noch geniesbar ist, muß er in Fischteichen gewässert werden. Die Behandlung der Fische nach dem Fang verursachte für die meisten Fischer so hohe zusätzliche Kosten für Transport, Pacht und Fütterung, daß sie aufgeben mußten. Für die Massen bedeutet sie auf jeden Fall Verteuerung dieser Fische, die zwar den Schlammgeschmack jetzt nicht mehr haben, aber die Giftstoffe und der widerliche Geschmack ist etwas ganz anderes.

Neue Manöver zur Durchsetzung der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben

r.kar. 1200 Hektar wollte die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) ursprünglich für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben aufkaufen. Trotz heftiger Erpressung und offenen Betruges konnte sie nur 45% der Fläche zusammenraffen, 540 Hektar. Deshalb läßt die DWK jetzt verbreiten, sie baue die Wiederaufbereitungsanlage auch unter diesen Voraussetzungen. Demagogisch bemerkt sie: „Auch würden wir es bedauern, wenn die Anlagen ausschließlich auf Grundstücken mit gutem Waldbestand errichtet werden müssen, während dicht daneben große Flächen abgebrannten Waldes brachliegen."

Einerseits sollen die Bauern für die Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen verantwortlich gemacht werden, andererseits sollen sie durch Inaussichtstellung der Nachbarschaft zur Wiederaufbereitungsanlage zum Verkauf getrieben werden, denn natürlich ist die DWK „weiterhin daran interessiert, die volle ursprünglich vorgesehene Fläche zu erhalten". Der TÜV hat in einem jetzt veröffentlichten Bericht die vorgesehenen Maßnahmen „des Brand- und Explosionsschutzes, der Tanklagerung hochradioaktiver Abfallösung, der Plutoniumverluste, des Überladungs- und des Gebäudekonzepts" beanstandet. Die Lan-

Neue Manöver zur Durchsetzung der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben

r.kar. 1200 Hektar wollte die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) ursprünglich für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben aufkaufen. Trotz heftiger Erpressung und offenen Betruges konnte sie nur 45% der Fläche zusammenraffen, 540 Hektar. Deshalb läßt die DWK jetzt verbreiten, sie baue die Wiederaufbereitungsanlage auch unter diesen Voraussetzungen. Demagogisch bemerkt sie: „Auch würden wir es bedauern, wenn die Anlagen ausschließlich auf Grundstücken mit gutem Waldbestand errichtet werden müssen, während dicht daneben große Flächen abgebrannten Waldes brachliegen."

Einerseits sollen die Bauern für die Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen verantwortlich gemacht werden, andererseits sollen sie durch Inaussichtstellung der Nachbarschaft zur Wiederaufbereitungsanlage zum Verkauf getrieben werden, denn natürlich ist die DWK „weiterhin daran interessiert, die volle ursprünglich vorgesehene Fläche zu erhalten". Der TÜV hat in einem jetzt veröffentlichten Bericht die vorgesehenen Maßnahmen „des Brand- und Explosionsschutzes, der Tanklagerung hochradioaktiver Abfallösung, der Plutoniumverluste, des Überladungs- und des Gebäudekonzepts" beanstandet. Die Lan-
desregierung nutzt diesen Bericht, um sich als Interessenanwalt der Bauern gegenüber der DWK aufzuspielen. Ihr berüchtigtes Schlagwort „Von Sicherheit verstehen wir mehr" ist bekannt.

Möcklinghoff: Plakatieren unterdrücken!

r.hep. Am 23.6.78 hat der CDU-Abgeordnete Hartmann im niedersächsischen Landtag die Landesregierung befragt, mit welchen Mitteln man das Plakatieren der Kommunisten unterdrücken könne. Innenminister Dr. Möcklinghoff antwortete am 1.8.78: Plakatieren könne als Sachbeschädigung und mit Schadensersatzforderungen verfolgt werden, er prüfe noch, ob auch mit Polizeiverordnungen. Seine vorgelegte Unterdrückungsbilanz aus dem Wahlkampf: 439 Plakatierungen bekannt, 97 Plakatierer ermittelt, nur einer zur Beseitigung von Schäden herangezogen. An Unterdrückungsmitteln soll es fehlen. Es gibt die Polizeiverordnungen seit Jahren, weiter z.B., daß versucht wird, die Vergabe öffentlicher Räume davon abhängig zu machen, daß nicht plakatiert wird.

Die Kommunisten und viele andere fortschrittliche Kräfte nutzen Plakate als in Herstellung und Verbreitung einfache Mittel der Information. Die Massen lesen die Plakate, sie bleiben hängen. Bei der Lage gehen einfache Polizisten und Hausmeister nur ungern und auf Druck gegen das Plakatieren vor. Prozesse gehen oft mit Freispruch aus, weil sich Polizisten nicht mehr an Einzelheiten erinnern, Strafanträge formal mangelhaft sind usw., es gibt unter den Richtern Widersprüche, mit welchen Gesetzen und Begründungen die Unterdrückung betrieben werden soll.

So gemeindenah wie möglich sollen mehr Arbeiter zu Idioten gemacht und kostenlos ausgebeutet werden

Im Herbst entscheidet der Landtag über den Landespsychiatrieplan Schleswig-Holstein

r.kas. Im Herbst will der Landtag über ein neues Psychiatriegesetz entscheiden. Dazu liegen bislang ein Gesetzentwurf der SPD und der Landespsychiatrieplan des Sozialministeriums von Anfang 1978 vor. War im Krankenhausbedarfsplan von 1973 noch eine Bettenzahl von 6868 für 1985 als Ziel angegeben, so reduziert der Bettenplan von diesem Jahr diese Zahl auf 5800. Die Bettenzahl und die Verweildauer in den Krankenhäusern soll gesenkt werden durch „das rechtzeitige Angebot anderweitiger Betreuungs- und Versorgungsmöglichkeiten, psychiatrische Beratungsstellen, Patientenclubs, Werkstätten für Behinderte" (Sozialminister Claussen).

„So gemeindenah wie möglich, so bedarfsgerecht wie nötig" soll heißen, daß mehr Kranke und Behinderte in Gemeindenähe abgeschoben und den Kapitalisten im ganzen Land zur kostenlosen Ausbeutung zur Verfügung gestellt werden. Schärfere staatliche Zwangsmaßnahmen schlägt deshalb die SPD unter dem Stichwort „Hilfe und Schutzmaßnahmen im Bereich der Psychiatrie" vor: Die Betroffenen „können gegen oder ohne ihren Willen in einem geeigneten Krankenhaus untergebracht werden"; entscheidend für die Einweisung ist das Gutachten eines Amtsarztes oder eines Facharztes für Psychiatrie; die Einweisung kann durch eine gerichtliche Anordnung erfolgen und eine Anhörung des Betroffenen unterbleiben, wenn es „für den Gesundheitszustand des Betroffenen erhebliche Nachteile mit sich bringen würde".

Daß die Bourgeoisie heute psychisch Kranke in die Ausbeutung werfen kann, anstatt sie wie unter dem Faschismus direkt zu beseitigen, ist den „Fortschritten" der bürgerlichen Wissenschaft geschuldet, der Entwicklung der Psychopharmaka. Vorher kannte die bürgerliche Psychiatrie nur die Zwangsjacke, Elektroschocks oder Insulinkur, um die Patienten ruhig zu stellen. Psychopharmaka eröffneten in den 50er Jahren die Möglichkeit, nicht nur die Persönlichkeit auszulöschen, sondern auch „rebellierende" Kranke für lange Zeit ruhig zu stellen und einer „Arbeitstherapie" zuzuführen.

Das „gemeindenahe" Versorgungskonzept der Landesregierung sieht jetzt vor, die psychisch Kranken und geistig Behinderten in sieben statt in drei große Versorgungsgebiete einzuteilen und ihre Ausbeutung in enger Verbindung mit den Organisationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu organisieren.

Im Kreis Preetz/Plön gibt es in dieser Hinsicht eine prächtig funktionierende Zusammenarbeit zwischen der Firma Kuhnke, die elektronische Anlagen herstellt und in Malente 600 Arbeiter ausbeutet, und der Lebenshilfe G.m.b.H., deren erster Vorsitzender der Landrat Galette ist. 50 Behinderte sind schon jetzt mit dem Zusammenbau von Relais beschäftigt. Die Firma hat im vergangenen Jahr ihren Umsatz um 50% gesteigert. Jetzt soll in Wakendorf eine Behindertenwerkstatt mit angeschlossener Großküche für 100 Menschen gebaut werden. Damit die Sache nicht in den Verruf der Kinderarbeit kommt, wurde aus „Lebenshilfe für das behinderte Kind" „Lebenshilfe für den Behinderten". Mit finanzieller Unterstützung des Arbeitsamtes sollen für dieses Projekt zusätzlich aus dem gesamten Kreis Ostholstein Behinderte angekarrt werden. In Drachensee, wo die Behinderten Wäsche für die Bundeswehr waschen, herrscht bei der Arbeit totales Sprechverbot. Die Kranken sind der übelsten Schikane ausgesetzt. Für ihre Arbeit bekommen sie keinen Pfennig, wenn sie stationär oder in Pflegeheimen untergebracht sind, werden die Angehörigen sogar noch unterhaltspflichtig gemacht. Eltern und Angehörige haben jedoch nur die Alternative, die Kranken den ganzen Tag zu Hause rumhängen zu lassen und zu beaufsichtigen oder sie den „beschützenden Werkstätten" zuzuführen.

Besonders brennend wird die Lösung des Erfordernisses „Gemeindenähe" für die Landesregierung, weil sich in den letzten zehn Jahren die Zahl der Alkoholsüchtigen drastisch erhöht hat: von 17,54% der Aufnahmen in den Landeskrankenhäusern 1967 auf 45% 1977. Diese, die bei entsprechender medikamentöser Therapie noch ausgezeichnet auszubeuten wären, allein den Landeskrankenhäusern zu überlassen, wäre Sünde. Fälle, die nach Auffassung der Amtsärzte noch Aussicht auf Rehabilitation haben, kommen in sogenannte „offene" Kliniken, z.B. nach „Freudenholm" oder in die Landesklinik Elmschenhagen. Es wird dort Gruppentherapie angeboten, und die Arbeitstherapie besteht in der Herstellung kunsthandwerklicher Gegenstände aus Schmiedeeisen, Holz oder Peddigrohr. Die anderen kommen in Pflegeheime oder in die Landeskrankenhäuser, wo sie mit Psychopharmaka in regelrechte Automaten verwandelt werden, die über keinerlei eigenen Willen mehr verfügen, sich untereinander nicht mehr unterhalten, morgens von den Pflegern zur Arbeitstherapie gebracht werden und abends wieder geholt werden.

Einziger Zweck der SPD-Vorlage und des jetzigen Streits um das neue Psychiatriegesetz ist, ein möglichst scharfes Gesetz durchzupeitschen und der SPD mit ihrem reaktionären Gesetzentwurf gegenüber der Regierungsvorlage die „liberale" Oppositionsrolle zuzuweisen.

600 demonstrieren gegen Bau der Besatzersiedlung





Westberlin. 600 Teilnehmer zählte die Demonstration gegen die Bebauung des Düppeler Feldes in Zehlendorf mit Wohnungen für 250 US-Besatzersoldaten. Diese Wohnungen werden aufgrund eines Befehls des amerikanischen Stadtkommandanten Benedict gebaut, der damit die Westberliner Bebauungsvorschriften und die Westberliner Gerichtsbarkeit außer Kraft gesetzt hat. Die Aktionsgemeinschaft Königsweg/Düppeler Feld, die von einem bürgerlichen Wahlbündnis beherrscht wird, hatte aufgrund eines Versammlungsbeschlusses zur Demonstration aufgerufen. Ihr Versuch, die „Schutzmacht USA" aus der Schußlinie zu nehmen und die ganze Sache auf das Niveau eines parlamentarischen Streits zu verfrachten, konnte sich nicht durchsetzen. Jedenfalls wurde die Forderung nach Rücknahme des Baubefehls durch den amerikanischen Kommandanten erhoben. Gleichwohl gelang es dieser Initiative, die Abschlußkundgebung ohne klaren Beschluß über das weitere Vorgehen zu beenden. Auf einer Versammlung am Dienstag, die der KBW einberufen und zu der mehrere Teilnehmer der Demonstration in einem Flugblatt aufgerufen hatten, wurde beschlossen, für das Wochenende ein Fest am Bauplatz vorzubereiten und an der Forderung nach Beendigung des Baues der Besatzersiedlung festzuhalten.

Schnellbahn für den Profit des Industriekapitals

Die „Vorzüge" der Trasse Hannover-Würzburg sind für die Bauern Maßnahmen zur Vernichtung ihrer Existenz

r.pel. In seiner Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes „Koordiniertes Investitionsprogramm für die Bundesverkehrswege bis zum Jahre

für den Neubau von zwei Schnellbahntrassen Stuttgart-Mannheim und Hannover-Würzburg. Das Industriekapital hat diese neuen gefordert, um die Um-

liegt weit unter den dort üblichen Landpreisen und zudem, wer würde ihnen Ersatzland verkaufen?

Die Interessen sind diametral entge-

stenz, Zerstörung von Naherholungsgebieten und Tariferhöhung im Personenverkehr. Um keinen Pfennig wird z.B. die Verminderung der Transport-

Psychiatrie; die Einweisung kann durch eine gerichtliche Anordnung erfolgen und eine Anhörung des Betroffenen unterbleiben, wenn es „für den Gesundheitszustand des Betroffenen erhebliche Nachteile mit sich bringen würde".

Daß die Bourgeoisie heute psychisch Kranke in die Ausbeutung werfen kann, anstatt sie wie unter dem Faschismus direkt zu beseitigen, ist den „Fortschritten" der bürgerlichen Wissenschaft geschuldet, der Entwicklung der Psychopharmaka. Vorher kannte die bürgerliche Psychiatrie nur die Zwangsjacke, Elektroschocks oder Insulinkur, um die Patienten ruhig zu stellen. Psychopharmaka eröffneten in den 50er Jahren die Möglichkeit, nicht nur die Persönlichkeit auszulöschen, sondern auch „rebellierende" Kranke für lange Zeit ruhig zu stellen und einer „Arbeitstherapie" zuzuführen.

Das „gemeindenahe" Versorgungskonzept der Landesregierung sieht jetzt vor, die psychisch Kranken und geistig Behinderten in sieben statt in drei große Versorgungsgebiete einzu-





Westberlin. 600 Teilnehmer zählte die Demonstration gegen die Bebauung des Düppeler Feldes in Zehlendorf mit Wohnungen für 250 US-Besatzersoldaten. Diese Wohnungen werden aufgrund eines Befehls des amerikanischen Stadtkommandanten Benedict gebaut, der damit die Westberliner Bebauungsvorschriften und die Westberliner Gerichtsbarkeit außer Kraft gesetzt hat. Die Aktionsgemeinschaft Königsweg/Düppeler Feld, die von einem bürgerlichen Wahlbündnis beherrscht wird, hatte aufgrund eines Versammlungsbeschlusses zur Demonstration aufgerufen. Ihr Versuch, die „Schutzmacht USA" aus der Schußlinie zu nehmen und die ganze Sache auf das Niveau eines parlamentarischen Streits zu verfrachten, konnte sich nicht durchsetzen. Jedenfalls wurde die Forderung nach Rücknahme des Baubefehls durch den amerikanischen Kommandanten erhoben. Gleichwohl gelang es dieser Initiative, die Abschlußkundgebung ohne klaren Beschluß über das weitere Vorgehen zu beenden. Auf einer Versammlung am Dienstag, die der KBW einberufen und zu der mehrere Teilnehmer der Demonstration in einem Flugblatt aufgerufen hatten, wurde beschlossen, für das Wochenende ein Fest am Bauplatz vorzubereiten und an der Forderung nach Beendigung des Baues der Besatzersiedlung festzuhalten.

Schnellbahn für den Profit des Industriekapitals

Die „Vorzüge" der Trasse Hannover-Würzburg sind für die Bauern Maßnahmen zur Vernichtung ihrer Existenz

r.pel. In seiner Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes „Koordiniertes Investitionsprogramm für die Bundesverkehrswege bis zum Jahre 1985" erklärte der Bundesverkehrsminister: „Die Ziele der Verkehrspolitik ergeben sich aus der gesellschaftlichen und politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, aus den langfristigen politischen Absichten und den gesetzlich festgelegten Verpflichtungen." (S. 3)

Die gesellschaftliche und politische Ordnung hierzulande ist bestimmt durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie, durch ihr Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Sicherung ihrer Verfügung über diese Produktionsmittel durch den Gewaltapparat des bürgerlichen Staates. Die „langfristigen politischen Absichten" bestehen in der Förderung des Höchstprofits der Kapitalisten. Kurt Gscheidle handelt wie er spricht. Er hat als oberster Dienstherr der Deutschen Bundesbahn in zwei Jahren von Ende 1974 bis Ende 1976 32500 Arbeiter und Angestellte rausrationalisiert, bis 1979 sollen weitere 30000 folgen. Er hat zwischen 1950 und 1976 6001 Kilometer Streckennetz stillegen lassen, vornehmlich in ländlichen Gebieten, und die Verödung dieser Regionen betrieben. Jetzt „hält er die Stillegung weiterer 6000 Kilometer für möglich" (Die Verkehrspolitik in der 8. Legislaturperiode, 15.2.77) und verkündet, daß „Leistungen nur beibehalten werden (sollen), die wirtschaftlich vertretbar zu betreiben sind."

Wirtschaftlich vertretbar erscheinen ihm eine Kreditaufnahme von 13,8 Mrd. DM für die Zeit von 1976 bis 1980, saftige Tariferhöhungen für den Personenverkehr, möglichst jährlich, und die Investition von 11,8 Mrd. DM für den Neubau von zwei Schnellbahntrassen Stuttgart-Mannheim und Hannover-Würzburg. Das Industriekapital hat diese neuen gefordert, um die Umschlagszeit des Kapitals zu verringern und die Transportkosten zu drücken. Nachdrücklich hat es in den letzten Jahren diese Ziele verfolgt. Die Reduzierung des Anteils der Bundesbahn am Güterverkehr von 60% im Jahre 1950 auf 27% 1977 ist Beleg. „Sicherer, schneller, besser", unter diesem Ruf ist Kurt Gscheidle – und Ernst Albrecht ist da mit ihm einig – angetreten, die Verwertungsbedingungen des Industriekapitals zu verbessern. Mit der geplanten Trasse Hannover-Würzburg soll die Transportzeit um mindestens 30% gedrückt werden und die Kapazität von 120 Zügen pro Tag und Richtung auf 240 hochgeschraubt werden. Alle sechs Minuten soll ein Zug mit Geschwindigkeiten bis zu 240 km/h durch die Ortschaften donnern auf einem erhöhten Wall von 12 bis 18 Metern.

Das ist der Plan. Nur, es gibt Einwände dagegen. Um die zehn Zusammenschlüsse gibt es mittlerweile im Raum Hildesheim, die gegen den Bau dieser Trasse auftreten. Die Bauern dieser Gegend wissen: Wird diese Trasse gebaut, geht es ihnen an die Existenz. Fruchtbare Lößböden, auf denen vorwiegend Getreide und Zukkerrüben angebaut werden mit relativ hohen Hektarerträgen, wecken die Gier der Großgrundbesitzer und Großbauern. Haben diese mit Hilfe des Finanzkapitals etliche Mittelbauern noch nicht von ihren Höfen vertreiben können, so böten die Zerschneidung der Felder durch die Trasse und die sich anschließenden Flurbereinigungsverfahren dazu eine gute Möglichkeit. Die Entschädigung von 8000 DM/ha, die die Bundesbahn anbietet, liegt weit unter den dort üblichen Landpreisen und zudem, wer würde ihnen Ersatzland verkaufen?

Die Interessen sind diametral entgegengesetzt. Niemand ist für die Pläne der Bundes- und Landesregierung zu gewinnen. Die von Bundesbahnpräsident Vaerst gepriesenen Vorzüge der neuen Trasse: Vergrößerung des Transportvolumens, Senkung der Betriebsführungskosten durch Einsparung von Personal und Verminderung des Energiebedarfs, Einsatz von Großcontainern und Spezialwaggons, Ausbau des Huckepacksystems, all diese Vorzüge wirken sich für die Massen aus als Ruinierung bäuerlicher Existenz, Zerstörung von Naherholungsgebieten und Tariferhöhung im Personenverkehr. Um keinen Pfennig wird z.B. die Verminderung der Transportkosten auf den Erzeugerpreis für Getreide durchschlagen.

Vor einiger Zeit hat die Bourgeoisie eine alternative Trassenführung angeboten. Sie ist auf Spaltung aus. Bis jetzt ist das Ergebnis mager. Die bürgerliche Presse klagt: „. . . zahllose Widerstände verzögern den Bau", und: „Die Leistungen werden häufig übersehen, auf die die *Volkswirtschaft* nicht verzichten kann," (Hannoversche Allgemeine Zeitung). Die *Volksmassen* können es.

Schulmitwirkungsgesetz NRW
Muster sozialdemokratischer Reformreaktion

r.acm.Münster. Am 1. August ist in NRW das neue Schulmitwirkungsgesetz (SchMG) in Kraft getreten. Girgensohn, Kultusminister in NRW, macht Rundreise, um es vorzustellen. Es handelt sich schlicht um ein schulisches „Betriebsverfassungsgesetz". Die Mitwirkungsorgane haben sich „einseitiger Parteinahme zuungunsten gesellschaftlicher oder politischer Gruppen und Interessenverbände" zu enthalten. Girgensohn: „Mit dem Schulmitwirkungsgesetz und der Beteiligung der Eltern ist eine markante Neuerung in einer alten Rechtsauffassung überwunden worden, wie sie in Verhältnissen vergleichbarer Art, Krankenanstalten, Gefängnissen und beim Militär der Fall ist." Die Beteiligung der Eltern, das bedeutet: auf Konferenzen hocken, und bei Erlassen von Schulordnungen und bei Beschlüssen über die Einführung von Lehrmitteln und die Verwendung von Haushaltsmitteln mitzusprechen. Rechte sind das nicht, sondern Zwang zur Zusammenarbeit mit Staat und Schulbürokratie. Girgensohn: „Durch diese Konzeption besteht keine Gefahr, daß ein fruchtloses Gegeneinander in den einzelnen Gremien entsteht." Zwangsweise werden die Eltern und Lehrer zur Mitarbeit verpflichtet, tun sie's nicht, müssen sie die Folgen tragen. So denken sich's die Bourgeois; Festnagelung auf alle reaktionären Maßnahmen, weil gemeinsam erarbeitet. Lehrer und Eltern sowie die Schüler sollen sich in den Gremien gegenseitig schlagen.

Gegen dieses Musterexemplar sozialdemokratischer Reformreaktion wurde auf einer Veranstaltung in Münster Krach geschlagen. Lehrer prangerten die Verlängerung der Arbeitszeiten an, Eltern wetterten gegen Wahlordnungen, gegen Durchführung von Wahlen bis zur Zerfleischung über mehrere Stunden usw. Noch ganz neu, steht dieses Gesetz schon unter Beschuß.

Die ehrenamtlichen Dezernten

b.ulw. Nach den Kommunalwahlen haben sich die Politiker im Magistrat neu gruppiert. Wolfgang Hochheim z.B. ist neuer ehrenamtlicher Dezernent für Auslandsbeziehungen und Bevölkerungskontakte. Er ist Vorsitzender im Finanzausschuß und Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke, d.h. auf Plünderung spezialisiert. Die KN hat über die werten Herren ehrenamtlichen Dezernenten „in loser Folge" berichtet. Hochheims Aufgabe ist es, die Volksmassen für das Expansionsstreben der BRD-Imperialisten zu gewinnen. Die KN schrieb am 7.7.78, er wolle „die engen Beziehungen zu den Partnerstädten Brest, Vaasa und Coventry" ausbauen und die Volksmassen für die „Brückenfunktion Kiels" nach Skandinavien gewinnen.

Was das heißt, ist von der ‚Kieler Woche' bekannt, wo die ‚Europastadt Kiel' propagiert wurde – von daher ist auch bekannt, daß der Magistrat mit dieser Propaganda regelmäßig nicht durchkam. Darum will Hochheim das jetzt das ganze Jahr mit einer Reihe von Informationsveranstaltungen erreichen, von denen die erste im Herbst in Gaarden stattfinden soll, wobei er sich auf die vom Magistrat finanziell unterstützten Vereine und Verbände „mit ihren vielen ehrenamtlichen Helfern" stützen will.

Um die Schwierigkeiten beim Stadtsanierungsprogramm zu beseitigen, wurde der Sozialdemokrat Holger Ipsen neuer ehrenamtlicher Dezernent für Wohnungsbau und Wohnungswesen. 1974 hat er ein Manöver nach dem anderen gefahren, um die KVAG-Fahrpreiserhöhungen durchzusetzen, und seither ist er führend in der Durchsetzung des Generalverkehrsplans. Er wolle die „Schwierigkeiten bei älteren Häusern in Privatbesitz", für die die städtischen Sanierungspläne ein Überwechseln von Privatbesitz in den Besitz der Banken bedeutet, rasch durch die nötige „Feinarbeit" mit den Gremien der Kieler Wohnungsbaugesellschaft bereinigen.

Eine ihrer weiteren Perlen hat die Kieler Bourgeoisie auf den Posten des ehrenamtlichen Dezernenten für die Berufsfeuerwehr und für das Amt für Zivilschutz gesetzt, Karl Diekelmann. Er ist seit dem 1.4.77 hauptamtlich auf dem Posten des Wehrbereichsführers des Reservistenverbandes Schleswig-Holstein und Hamburg. Er fordert:

1.Ausbau der Einsatzzentrale der Feuerwehr für Großeinsätze (Kosten: 1,5 Millionen DM),
2.Anschaffung eines modernen Feuerlöschbootes,
3.Bau von Feuerwehrhäusern zunächst in Elmschenhagen, dann in Suchsdorf, Meimersdorf und Schilksee, also rund um Kiel, sodann
4. Instandsetzung acht alter Bunker (in „Einvernehmen mit der Bundeswehr") und
5. Ausbau des Katastrophenschutzes.

ren, um die KVAG-Fahrpreiserhöhungen durchzusetzen, und seither ist er führend in der Durchsetzung des Generalverkehrsplans. Er wolle die „Schwierigkeiten bei älteren Häusern in Privatbesitz", für die die städtischen Sanierungspläne ein Überwechseln von Privatbesitz in den Besitz der Banken bedeutet, rasch durch die nötige „Feinarbeit" mit den Gremien der Kieler Wohnungsbaugesellschaft bereinigen.
Eine ihrer weiteren Perlen hat die Kieler Bourgeoisie auf den Posten des ehrenamtlichen Dezernenten für die Berufsfeuerwehr und für das Amt für Zivilschutz gesetzt, Karl Diekelmann. Er ist seit dem 1.4.77 hauptamtlich auf dem Posten des Wehrbereichsführers des Reservistenverbandes Schleswig-Holstein und Hamburg. Er fordert:
1.Ausbau der Einsatzzentrale der Feuerwehr für Großeinsätze (Kosten: 1,5 Millionen DM),
2.Anschaffung eines modernen Feuerlöschbootes,
3.Bau von Feuerwehrhäusern zunächst in Elmschenhagen, dann in Suchsdorf, Meimersdorf und Schilksee, also rund um Kiel, sodann
4. Instandsetzung acht alter Bunker (in „Einvernehmen mit der Bundeswehr") und
5. Ausbau des Katastrophenschutzes.

So soll die Heimatfront kriegsfähig gemacht werden.

„Wenn ich das bekäme, was ich verdiene, wäre ich zufrieden", kommentiert die KN am 16.8. die 965,- DM, die die ehrenamtlichen Dezernenten erhalten. Sicherlich werden die Herren bald bekommen, was sie verdienen, nur ist zu bezweifeln, ob sie damit zufrieden sein werden.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 05 11/81 40 45

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27–29, 5000 Köln 1, Telefon 02 21/72 08 76/77

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 0 89/53 13 48

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstr. 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 0 40/38 21 68

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 04 21/6 16 04 55

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 0 30/6 14 50 99

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 06 11/73 02 31

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken

Geschäftsstelle Mannheim, J 7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 06 21/1 62 79

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 07 11/61 18 05

Geschäftsstelle München: Lindwurmstr. 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/53 13 48

„Einzelhandel spürt Aufwind"

An der Kasse 6 Tonnen am Tag umpacken – Bis in die Nacht arbeiten

b.brg. Einzelhandel spürt den Aufwind, heißt es in der KN vorletzte Woche. Die Umsätze stiegen „um 7% über die Vergleichszahlen des Vorjahres". In den nächsten Jahren würden sie über 3,5% Umsatzsteigerung nicht hinauskommen, hatten die Kapitalisten vor der Tarifrunde noch verkünden lassen.

Ausweitung der Verkaufsflächen und Ausweitung des Sortiments sind Ursachen der Umsatzsteigerung. Hauptseitig wird das verursacht durch Anschaffungen, die die Bourgeoisie macht, was man sehen kann am Posten Maschinen, Büroeinrichtungen, Fahrzeuge (plus:17%). Gestiegen ist auch der Posten Elektroartikel und optische Geräte, Uhren usw. (was z.T. auch auf die mangelnde Qualität bei Uhren z.B. zurückzuführen ist). Dagegen lagen unter dem „Durchschnitt":Hausrat, Wohnbedarf (6%), Kosmetische Erzeugnisse (4%), und „keine Verbesserungen" wurden erzielt bei Textilwaren und Schuhen mit 4% (real 0%). Bei Nahrungs- und Genußmitteln liegt die Steigerung bei 7%, wobei darin Sekt und Kaviar sowie auch Aldi-Wurst enthalten sind. Das zeigt, daß es nicht die Volksmassen sind, die die großen Ausgaben tätigen können.

Bekannt ist, daß im Verhältnis dazu der Personalbestand sinkt. Die Auspressung der Arbeitskraft wird unendlich gesteigert. Ein krasses Beispiel ist die Arbeit an den Kassen im Einzelhandel, wo die Rationalisierung als erstes vorangetrieben wurde. In den Kaufhäusern sind die Sammelkassen nach und nach aufgelöst worden, und der letzte Schritt soll jetzt mit den Computerkassen getan werden.

„Am letzten langen Samstag hatten wir nicht einmal genug Leute zur Ablösung an den Kassen", erfährt man in der Kosmetikabteilung bei Hertie. „Ab und zu helfen die Propagandisten ja mal aus". Für die bedeutet das, daß sie in der Zeit keinen Umsatz machen können, wovon aber ihr Verdienst abhängt; für das Auspacken und Einordnen sowie das Auszeichnen der Ware sind sie selber zuständig. Am schärfsten ist die Belastung der Kassiererinnen in den Lebensmittelbereichen und in den Filialgeschäften, und da wiederum bei den „Umpack-Kassen". Die Kassen sind immer so besetzt, daß auf alle Fälle eine Menschenschlange die Kassiererinnen zur Eile treibt, und eine Pause gar nicht drin ist. Pünktlich Feierabend gibt es nicht, weil „zuendebedienen" sogar im Manteltarifvertrag festgelegt ist und dann das Abrechnen noch dazu kommt (§5(3)). Die HBV hat dazu errechnen lassen, daß eine Kassiererin in der Stunde durchschnittlich 500 kg von einem Korb in den anderen heben muß und in Spitzenzeiten (Freitags) 5 bis 6 Tonnen am Tag. Dazu kommt, daß in den Lebensmittelläden meist eine Temperatur von 19 Grad herrscht, was viel zu gering ist, wenn man den ganzen Tag darin sitzt, und zu Gesundheitsschäden führt. Nach ärztlichen Angaben sind 22 bis 23 Grad „ideal", meldet die HBV.

Richtig sind dazu die Forderungen, wie sie die HBV bereits propagiert, nach Pausen und Ablösungsregelungen für Kassiererinnen, so daß sie nicht ununterbrochen die 8 Stunden an den Kassen sitzen. In Schleswig-Holstein wird zum Ende des Jahres der Manteltarifvertrag für den Einzelhandel und Buchhandel gekündigt. Dazu müssen diese Forderungen mindestens durchgesetzt werden.

Genauso muß die Streichung sämtlicher Regelungen, die es den Kapitalisten ermöglichen, die 40-Stunden-Woche und den 8-Stunden-Tag zu untergraben, durchgesetzt werden. Dazu gehört §5 Absatz 3: „...*(Mehr- oder Minderarbeit an einem Werktag oder in einer Woche) ist zulässig, wenn innerhalb von 52 Wochen die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit... nicht überschritten wird*". Davon machen die Konzernherren reichlich Gebrauch, indem die Freizeittage der Verkäuferinnen und Verkäufer verschoben werden bzw. ausfallen (ein Kollege hat davon einen zweiten Urlaub von zwei – drei Wochen nehmen können), in den vier Weihnachtswochen gibt es diese Freizeit sowieso nicht und zusätzlich muß man an den langen Samstagen arbeiten. In §6 des Manteltarifes haben die Kapitalisten die Genehmigung für die Anordnung von Mehr-, Nacht- und Schichtarbeit – zu ihrem Glück fehlt ihnen jetzt nur noch die Änderung des Ladenschlußgesetzes.

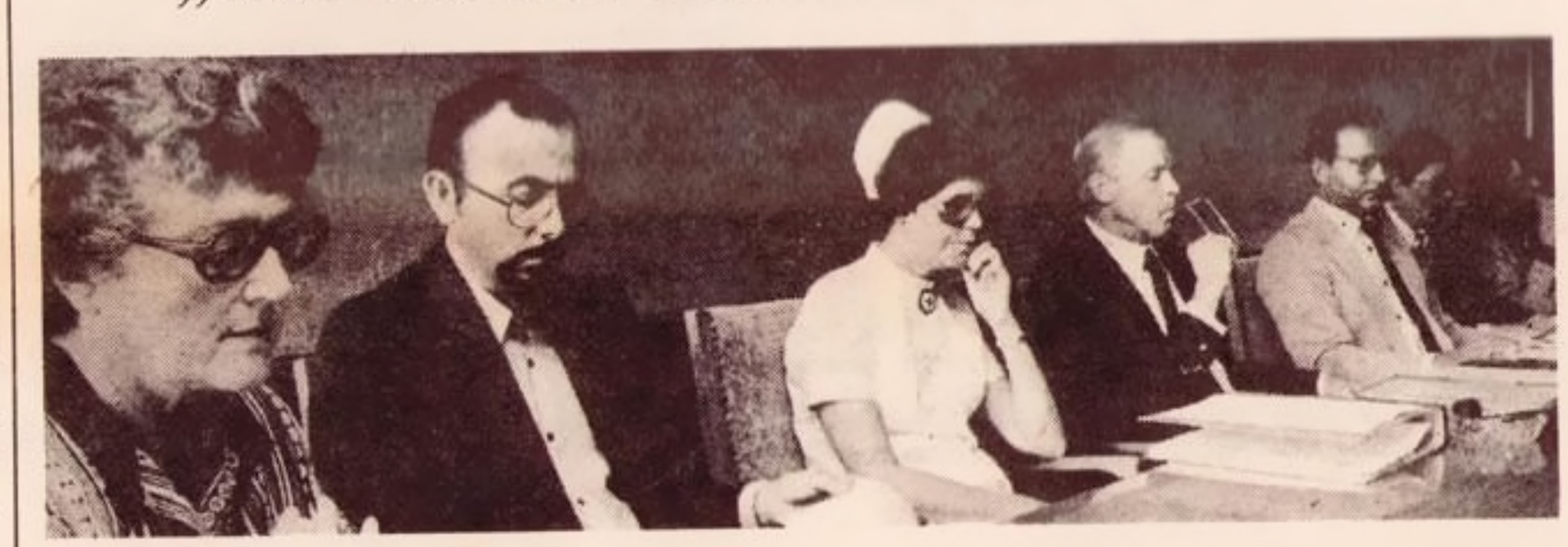
8-Stunden-Tag, 40-Stunden-Woche an 5 Arbeitstagen, keine Nacht- und Schichtarbeit, keine Überstunden, das sind die richtigen Forderungen gegenüber den Absichten der Einzelhandelskapitalisten, die Arbeitszeit und die Öffnungszeit auszudehnen.

„Man muß sich eben die Hände waschen"



Sie mögen gar nicht die Augen heben angesichts ihrer üblen Vertuschungs- und Lügenmanöver, die leitende Kreismedizinaldirektorin Potrz, Oberarzt Dr. Hetzel, Oberin Klatt, Chefarzt Dr. Wesselhöft, Leitender Kreisverwaltungsdirektor Schob (von links) auf der Pressekonferenz im Pinneberger Kreishaus am 22.8. Außer frechen Anschuldigungen gegen die Beschäftigten haben diese Figuren nichts zu bieten. „Man muß sich eben die Hände waschen" oder „Es gibt nicht mehr Salmonellen als sonst, man kann sie nur besser erkennen" waren ihre Rechtfertigungsversuche. Die Chefantreiberin gegenüber den Schwestern, Oberin Klatt, hält sogar soviel von Hygiene, daß sie in ihrer Schwesternkluft, in der sie kurz danach wieder auf Station geht, auf dieser Pressekonferenz erscheint.

Kaufhäusern sind die Sammelkassen nach und nach aufgelöst worden, und der letzte Schritt soll jetzt mit den Computerkassen getan werden.
Richtig sind dazu die Forderungen, wie sie die HBV bereits propagiert, nach Pausen und Ablösungsregelungen für Kassiererinnen, so daß sie nicht
sind die richtigen Forderungen gegenüber den Absichten der Einzelhandelskapitalisten, die Arbeitszeit und die Öffnungszeit auszudehnen.
„Man muß sich eben die Hände waschen"



Sie mögen gar nicht die Augen heben angesichts ihrer üblen Vertuschungs- und Lügenmanöver, die leitende Kreismedizinaldirektorin Potrz, Oberarzt Dr. Hetzel, Oberin Klatt, Chefarzt Dr. Wesselhöft, Leitender Kreisverwaltungsdirektor Schob (von links) auf der Pressekonferenz im Pinneberger Kreishaus am 22.8. Außer frechen Anschuldigungen gegen die Beschäftigten haben diese Figuren nichts zu bieten. „Man muß sich eben die Hände waschen" oder „Es gibt nicht mehr Salmonellen als sonst, man kann sie nur besser erkennen" waren ihre Rechtfertigungsversuche. Die Chefantreiberin gegenüber den Schwestern, Oberin Klatt, hält sogar soviel von Hygiene, daß sie in ihrer Schwesternkluft, in der sie kurz danach wieder auf Station geht, auf dieser Pressekonferenz erscheint.

Ahrensburg: Jugendschutztruppe „gegen Alkoholismus"

b.wiv. „Der Alkohol stellt zur Zeit die Gefahr No.1 für Jugendliche dar." Damit begründet Ahrensburgs 1. Stadtrat Dieter Neumann (SPD) seine Bemühungen um den Aufbau von Jugendschutztrupps in der Stadt. Der Halunke ist ein ausgemachter politischer Betrüger.

Die Stadt hat erhebliche Probleme mit den Jugendlichen, die seit einiger Zeit einen hartnäckigen Kampf um ihre Rechte führen und dabei auch ihre Erfahrungen mit der Stadt gemacht haben. Letzten Freitag meldete die Ahrensburger Zeitung: „Jugendliche terrorisieren die Bevölkerung", und berichtete, daß innerhalb weniger Tage acht Anschläge mit Feuerwerkskörpern und Steinen auf Wohnungen und gegen die Polizeiwache verübt wurden. Die leichte Kriminalstatistik verzeichnet 1977 eine Zunahme von 41% gegenüber dem Vorjahr (im Kreis Storman 20,4% und in Schleswig-Holstein um 11%).

Die Arbeitslosigkeit in Bereich des Arbeitsamtes Bad Oldesloe ist mit 3% relativ gering, aber die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen erhöhte sich im Juli um 36,2% gegenüber dem Vormonat auf 286, was 8,7% der gesamten Arbeitslosen entspricht.

Die Jugendlichen haben dem Ahrensburger Magistrat schon eine Reihe von Kämpfen geliefert. Im Kampf um ein Jugendzentrum wurden 1972 zwei mal leerstehende Häuser besetzt, die „Aktion Jugendzentrum" organisierte innerhalb von 2 Tagen eine Demonstration mit 400 Teilnehmern. 1976 gab es wieder eine starke Bewegung für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Die Leiterin der Städtischen Jugendeinrichtung Bruno-Brügge-Heim (BBH), Frauke Siedenburg, die diesen Kampf unterstützte, wurde innerhalb der Probezeit entlassen. Der nachfolgende Heimleiter Wilkens trat als offener Unterdrücker auf. Dafür schlossen ihn die Besucher des Heins einmal im Herbst 1977 während einer Veranstaltung aus, so daß er durchs Fenster hineinkommen mußte.

Die Jugendlichen haben ein großes Interesse an einem Jugendzentrum, das sie selber verwalten und kontrollieren, wo sie sich über ihre Interessen und Forderungen beraten können und ihre Freizeit nach ihren Interessen gestalten können. Inzwischen wird das Heim nur noch von Kindern besucht. Das Programm ist ebenfalls völlig auf sie abgestimmt.

Die Jugendlichen halten sich jetzt hauptsächlich in Kneipen, im „Why Not", oder in der Spielhalle auf. Neumann bezeichnet dies als einen „traurigen Erfolg der Jugendpflege."

Hier will Neumann mit seinen Jugendschutztrupps eingreifen, um die Kontrolle über die Jugendlichen zu behalten. Diese Trupps, bestehend aus Sozialarbeitern und zivilen Polizisten, sollen die Lokale kontrollieren. Gleichzeitig ruft er auf, den Kauf von Alkohol durch Jugendliche zu denunzieren.

Ebenfalls ist den Stadtvätern der Kampf der Schüler gegen das Schulgesetz und gegen die Schulunterdrükkung ein Dorn im Auge. Im Kampf gegen das Schulgesetz waren viele Klassen an der Storman-Schule und an der Heimgarten-Schule zum Streik bereit. Die Schulleitung konnte dies nur durch massive Eingriffe und Ordnungsmaßnahmen bzw. deren Androhung verhindern.

Der Einsatz der Jugendschutztrupps soll ein Mittel sein, um die Jugendlichen zu spalten und den Zusammenschluß um ihre Interessen zu verhindern, indem sie die Jugendlichen aus den Kneipen raus und von der Straße weg in die elterliche Wohnung oder die städtischen Jugendeinrichtungen zurückschicken wollen. Die Jugendlichen können die Angriffe abwehren, indem sie den Kampf für ein unabhängiges Jugendzentrum wieder aufnehmen und den Kampf gegen die Schulunterdrückung und gegen das Schulgesetz nach den Ferien fortsetzen.

Termine und Veranstaltungen

Kreisveranstaltungen des KBW

Donnerstag, 31.8.78 20.00Uhr
Kreis Kiel. Über die „Öffentlichen Unternehmen" plündert, unterdrückt und schikaniert der Kieler Magistrat die Volksmassen."
Kiel „DAB-Krug", Kleiner Kuhberg

Kreis Neumünster. Industrieansiedlung Neumünster: Nachdem der Lohn enorm gesenkt wurde, sind die Kapitalisten wieder bereit zu investieren
Neumünster. Jugendzentrum, Friedrichstr. 24

19.30 Uhr
Kreis Lübeck. Ausbau des Lübecker Hafens – Expansion nach Nord und Ost – aus Steuergeldern. Die Massen müssen zahlen.
Lübeck. Gaststätte „Leuschners", Kronsforder Allee

Freitag, 1.9. 19 Uhr
Kreis Segeberg. „Kreiskrankenhaus Segeberg – Rationalisierung bis zur „Musterklinik".
Segeberg. „Zur Lohmühle" Kurhausstr. 86

Kreis Rendsburg. Lufttransportgeschwader und Marinetruppen, „Friedensflüge" und Ostseemanöver für die Expansionsabsichten der BRD-Imperialisten
Rendsburg „Bahnhofshotel", Bahnhofstr. 18

Mittwoch,6.9.,19.30 Uhr
Kreis Lauenburg. Der Bau der Autobahn von Hamburg nach Westberlin: Expansion und Kriegsvorbreitung ist der Zweck
Mölln. Gaststätte Eulenspiegel

Freitag, 8.9., 20 Uhr
Kreis Plön. Der medizinische Versorgungsnotstand im Kreiskrankenhaus Preetz ist Modell für das Ehrenbergprogramm: Das öffentliche Dienstrecht soll den Widerstand der Kollegen brechen.
Preetz. „Kathrins Stuben"
Kreis Storman. Die Bourgeoisie versucht die Jugend, insbesondere die Arbeitslosen, unter ihre Kontrolle zu bringen – Überbetriebliche Ausbildung und Neumanns Jugendschutztruppen.
Ahrensburg. Treffpunkt: Baracke Stormstraße

Seminare des KBW zur Vorbereitung der „Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der 3.Welt"

Mittwoch, 1.9. 20 Uhr
Kreis Kiel. „Der Sozialimperialismus macht leidige Erfahrungen. Immer öfter bekommt er von den Völkern der Welt Prügel"
„Birkenklause", Gärtnerstr., Hassee

„Nach dem Sieg gegen US-Imperialismus verteidigt Kambodscha seine Unabhängigkeit und den Aufbau des Sozialismus gegen alle Angriffe"
„Moravia Eck", Bielenbergstr/Kirchenweg, Gaarden

Kreis Plön. Der medizinische Versorgungsnotstand im Kreiskrankenhaus Preetz ist Modell für das Ehrenbergprogramm: Das öffentliche Dienstrecht soll den Widerstand der Kollegen brechen.
Preetz. „Kathrins Stuben"
Kreis Storman. Die Bourgeoisie versucht die Jugend, insbesondere die Arbeitslosen, unter ihre Kontrolle zu bringen – Überbetriebliche Ausbildung und Neumanns Jugendschutztruppen.
Ahrensburg. Treffpunkt: Baracke Stormstraße
Seminare des KBW zur Vorbereitung der „Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der 3.Welt"
Mittwoch, 1.9. 20 Uhr
Kreis Kiel. „Der Sozialimperialismus macht leidige Erfahrungen. Immer öfter bekommt er von den Völkern der Welt Prügel"
„Birkenklause", Gärtnerstr., Hassee
„Nach dem Sieg gegen US-Imperialismus verteidigt Kambodscha seine Unabhängigkeit und den Aufbau des Sozialismus gegen alle Angriffe"
„Moravia Eck", Bielenbergstr/Kirchenweg, Gaarden

„Das Problem des Volkes von Zimbabwe ist die Unterdrückung durch den Imperialismus. – Es gibt keine andere Lösung als den bewaffneten Befreiungskampf."
Gaststätte Stender, Waitzstr.

„Südamerika – dort hat der US-Imperialismus seinen Menschenrechten schon lange Geltung verschafft."
„Wiker Post", Stammtisch, Holtenauerstr.

Dies Vorbereitungsseminar findet außerdem statt:
Norderstedt. Westerngrill, Ochsenzollerstr.
Quickborn. Jugendzentrum, 19.30 Uhr
Neumünster. Jugendzentrum, Friedrichstr. 24
Rendsburg. Ort und Zeit zu erfragen bei O. Schröder, Tel. 04331/26675

Itzehoe. Offene Schulung zum „Kommunistischen Manifest"
„Zum Kulmbacher", Große Paaschburg

Paramilitärisches Katastrophenschutzzentrum

b.Lauenburg. Endgültig wurde jetzt der Bau eines Katastrophenschutzzentrums in Lauenburg beschlossen, in dem sowohl die örtliche Feuerwehr, das Rote Kreuz, sowie das technische Hilfswerk untergebracht werden sollen. Dieses paramilitärische Zentrum, gemeinsam vom Land und der Stadt finanziert, soll 1979 fertig sein.

„Ratgeber Selbstmedikation“ – Werbung für Kostendämpfung a la Ehrenberg

b.reh. Unter dem Motto „Ratgeber Selbstmedikation“ wirbt die Arzneimittelfirma Stada für Selbstbehandlung von „Bagatellerkrankungen“. „Spätestens nach Inkrafttreten des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes – seit dem 1. Juli 1977 – entdecken Gesundheitspolitiker ... in der Selbstmedikation ein erfolgversprechendes Mittel zur Kostendämpfung ...Selbstmedikation ist auch ein Mittel, um die Überfüllung in den ärztlichen Wartezimmern zu beheben. Dadurch gewinnt der Arzt Zeit für schwerkranke Patienten.“

In einer Broschürenreihe, die in allen Apotheken verteilt werden soll, werden zu folgenden Themen Ratschläge zur Selbstmedikation gegeben: Halsschmerzen, Husten, Grippe, Durchfallerkrankungen, Verstopfung, Pilzinfektion, Reisekrankheit, Schmerzen, Nervosität, Herz-Kreislaufleiden, Eisenmangel. Bei dem Punkt Nebenhöhlenentzündung wird darauf hingewiesen, daß dabei aber eine Behandlung durch den Arzt notwendig sei. Wie man aber herausfinden soll, ob die Kopfschmerzen, die man ständig hat, von einer Nebenhöhlenentzündung oder wovon sonst herrühren, bleibt einem selbst überlassen. So ist es bei den meisten schweren Erkrankungen so, daß die ersten Erscheinungen von den sog. „Bagatellkrankheiten“ nicht zu unterscheiden sind. Nach ein, zwei Wochen ist eine Behandlung dann viel schwieriger als im Anfangsstadium. Behandelt man eine Krankheit falsch, z.B. bei Darmverschluß mit Abführmitteln und nicht mit entkrampfenden Mitteln, wird die Sache nur verschlimmert und kann tödlich sein.

In einer Apotheke in Kiel haben die Kollegen beraten, daß diese Broschüren lediglich zur Kostendämpfung dienen sollen. Es hat demzufolge noch niemand außer dem Chef diese Broschüre ausgegeben, der anfangs selber noch vertreten hatte, daß man früher ja absolut gegen Selbstmedikation gewesen sei und die Menschen bei allem sofort zum Arzt geschickt hätte.

Streichung des Mutterschaftsgeldes bei Früh- und Totgeburten gefordert.

b.Lübeck. Der Lübecker Gynäkologe Dr. K.J. Siems macht in einem Artikel des schleswig-holsteinischen Ärzteblattes vom Juli 78 darauf aufmerksam, daß die Zahlung eines einmaligen Betrages von 150.DM des Mutterschaftsgeldes bei Frauen mit einer Tot- bzw. Frühgeburt gestrichen werden sollte. Er begründete diese Maßnahme mit dem „nicht notwendigen Aufbau der Mutter-Kind-Beziehung“ in den Wochen des Mutterschutzes nach der Geburt bei diesen Frauen.

Der nächste Schritt, der aus dieser Begründung folgen würde, wäre dann, daß diese Frauen auch den Mutterschaftsurlaub nicht mehr nötig hätten.

Trotz Nachrichtensperre und allerlei Lügen – die Wahrheit über die Salmonelleninfektion läßt sich nicht vertuschen

b.mal. Am 11.8.78 hat der KBW durch Plakatanschlag in Pinneberg über die im Kreiskrankenhaus herrschende Salmonelleninfektion aufgeklärt und die Verantwortlichen genannt (Plakattext s. KVZ Nr. 33, S.18).

Verantwortlich sind der Landrat Hebisch, Chefarzt Nolte und Verwaltungsleiter Fredrich, Vollstrecker des Ehrenbergschen Kostendämpfungsprogramms in Pinneberg.

Durch die öffentliche Plakataktion war die Kreisverwaltung gezwungen, Zahlenmaterial zu veröffentlichen. Gleichzeitig versuchte sie, die Ursachen für die Ausbreitung der Infektion zu vertuschen. Dazu veranlaßte sie entsprechende Artikel in der örtlichen Presse, dem „Pinneberger Tageblatt“. „Keine Gefahr für Ansteckung“, Schlagzeile vom 12.8.78. Nachdem inzwischen bekannt wurde, daß über 100 Personen an Salmonellen erkrankt waren, neue Schlagzeile: „Im Urlaub im Süden infiziert“.

Nur nicht die Ursachen in den herrschenden Verhältnissen im Kreiskrankenhaus suchen, nur nicht die Zunahme der Infektionskrankheiten als empfindlichen Anzeiger für die soziale Lage der Massen benennen.

In der amtlichen Statistik über Erkrankungen an nach dem Bundesseuchengesetz meldepflichtigen Krankheiten fällt in den letzten drei Jahren vor allem der sprunghafte Anstieg der Salmonellose – einer schweren Darmerkrankung – auf. Mehr als 2/3 aller Erkrankungen betrafen Teilnehmer an Gemeinschaftsverpflegung. Der Anstieg der Salmonellose ist ein Ausdruck dafür, daß immer mehr gezwungen sind, in der Kantine einen aus minderwertigen Rohstoffen hergestellten Fraß zu sich zu nehmen und zugleich die Abwehrkräfte durch die Arbeitshetze, Nacht- und Schichtarbeit herabgesetzt sind. Eine andere Infektionsquelle sind Fertigprodukte, auf die die Massen wegen der hohen Preise für Frischfleisch und Gemüse immer mehr zurückgreifen müssen. Bei einer Untersuchung von bratfertigem tiefgefrorenen Geflügel waren 51% der Proben mit Salmonellen verseucht (Winter 73/74).

„Bisher steht das Geflügelfleisch im Kontaminationsgrad (Ansteckungsgrad, d. Verf.) an der Spitze der Schlachttiere.“ (Ernährungsbericht der Bundesregierung 1976) „Wenn heute 3000 bis 10000 Tiere pro Stunde in einer Geflügelschlachterei geschlachtet werden, dann liegt es nahe, daß es zu einer Übertragung von pathogenen und toxigenen Mikroorganismen auf zahlreiche andere Schlachtkörper kommen kann.“ Beim Ausnehmen, im Brühwasser und vor allem im Kühlwasserbottich, durch den die Hähnchen am Fließband gezogen werden, wird auch das letzte Hähnchen angesteckt. Die Übertragung auf den Menschen kann durch nicht ausreichend gegartes Fleisch erfolgen, am häufigsten aber, wenn andere Lebensmittel durch Tropfwasser, z.B. angetaute Ware im Supermarkt oder im Kühlschrank, infiziert werden.

Die Zunahme der Salmonellenerkrankungen von 21,0 pro 100000 Einwohner 1970 auf 50,6 im Jahre 1975 spiegelt wider, daß es der Bourgeoisie gelungen ist, Teile der Massen in ihrer Lage soweit herunterzudrükken, daß sie auf billigste und schlechte Verpflegung angewiesen sind.

Diese allgemeine Entwicklung trifft bei der Pinnerberger Salmonelleninfektion zusammen mit mangelnder Hygiene und Vernachlässigung der Sauberkeit in den Kreiskrankenhäusern. Entzug von Pflege und Vernachlässigung der Sauberkeit sind Ergebnis der im Rahmen der Ehrenbergschen Kostendämpfung durchgeführten Stellenstreichungen.

Als 1974 im Öffentlichen Dienst die wöchentliche Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden gesenkt wurde, gab es im Kreiskrankenhaus Pinneberg 376 Planstellen. 1975 hätten es etwa 19 Planstellen mehr sein müssen, um die nun fehlenden 752 Arbeitsstunden in der Woche aufzufangen. Es blieb aber bei 376 Planstellen und heute gibt es sogar noch weniger, nämlich 355,5 Planstellen. Hinzugerechnet werden muß zusätzlich noch die erkämpfte Urlaubsverlängerung, die 1977 für einen Großteil der Beschäftigten einen bis zwei Tage mehr Urlaub erbrachte, 1978 zwei Tage. Gestrichen wurden allein bei den Putzfrauen 13 Planstellen, beim Krankenpflegepersonal 7 Planstellen. Allein diese Zahlen bringen die tatsächliche Verschärfung der Arbeitshetze noch nicht zutage.

Im gleichen Zeitraum mußte die zusammengeschrumpfte Belegschaft ein Mehr an Leistungen erbringen:
– Eine neue, schon lange überfällige Intensivstation wurde 1977 im 4. Stock eingerichtet. Allein dafür müssen sechs zusätzliche Pflegekräfte eingerechnet werden.

- Verlegen von Herzschrittmachern wurde ab 1976 durchgeführt, eine personalintensive Arbeit.
- Im Labor werden Untersuchungen nicht mehr an andere Stellen verschickt, sondern mit eigenen Geräten durchgeführt.
- Im Röntgen gibt es mehr komplizierte und zeitaufwendige Untersuchungen wie Venographien (Gefäßröntgen) und ERCP (spezielle Gallenuntersuchung).
- Eine steigende Zahl von Medikamenten und Neueinführungen erschwert die Stationsarbeit.
- Seit März 77, dem Dienstantritt des neuen Chefarztes der Inneren Abteilung, hat sich die Zahl der Magen- und Darmspiegelungen verdoppelt.

Diese Zustände sind von der Belegschaft des Kreiskrankenhauses in den letzten drei Jahren auf mehreren Personalversammlungen angegriffen worden. Die Belegschaft weiß, daß unter diesen Umständen Hygiene und Sauberkeit leiden. Es ist sowieso nur ihrer Sorgfalt zu verdanken, daß das Ausmaß der Infektion nicht noch größer wurde.

Aufgabe der Pressekonferenz der Kreisverwaltung am 22.8. sollte es sein, diese Zusammenhänge zu verschweigen. Um die Lügenargumentation einheitlich auszurichten, hatte der stellvertretende Landrat, Herr Schob, eine viertägige Nachrichtensperre verhängt. Solange braucht das Pack von Chefärzten, Gesundheitsdirektoren, die Oberin und der Landrat, um die gemeinsame Linie auszuarbeiten.

Zur Hygiene wußte der Chefarzt der chirurgischen Abteilung zu berichten, daß dies keine Frage sei, wenn sich nur jeder die Hände wasche. Auf der Veranstaltung des KBW in Pinneberg am Tag nach der Pressekonferenz berichtete eine Patientin ihre Erfahrung von der Station III Nord des Kreiskrankenhauses: mehrmals kein Toilettenpapier auf der Toilette. An verschiedenen Tagen, besonders am Wochenende, fehlen Seife und Einmalhandtücher. Die aushilfsweise angestellte Putzfrau muß nicht nur die ganze Station reinigen, sondern auch noch im Speisesaal und in anderen Stationen aushelfen. Da muß irgendwo die Hygiene leiden.

Davon redet Chefarzt Wesselhöft nicht. Ein anderer Veranstaltungsteilnehmer berichtet, daß er als Patient im Streckverband oft auf die Schwestern warten mußte, da diese total überlastet waren. Solange mußte er dann auf Hygiene warten.

Daß die Zunahme der Salmonelleninfektion wie auch anderer Infektionskrankheiten ein Ergebnis der dauernden Lohnsenkungen ist, daß versuchen Schob und Wesselhöft mit vereinten Kräften aus der Welt zu bringen. Schob: „Eine jährlich wiederkehrende Infektionskrankheit, die anscheinend nicht ausgerottet werden könne“. Das Ansteigen der Erkrankungen an Salmonellen kann er damit nicht erklären. Wesselhöft springt ihm zur Seite. Es liege an den besseren Nachweismethoden, die Krankheit selbst hätte gar nicht zugenommen. Der Beweis bleibt aus. Nachweis von Salmonellen durch Nährböden und Labortests, das ist schon seit Jahrzehnten eine weitverbreitete Untersuchungstechnik.

Daß inzwischen 36 Beschäftigte erkrankt sind im Kreiskrankenhaus Pinneberg, das steht fest. Das sind ca. 10% des Personals. Gearbeitet haben Teile des Personals bis zuletzt. Noch einen Tag nach der Pressekonferenz wurde eine Kollegin aus dem Labor erst von der Arbeit freigestellt. Der Verwaltungsleiter hatte „vergessen“, die Kollegin vorher zu informieren. Offensichtlich wollte er sie lieber noch einige Tage als Arbeitskraft ausnutzen.

Am Tag der Berichterstattung über die Pressekonferenz im „Pinneberger Tageblatt“, war die Redaktion gezwungen, einen Leserbrief zu veröffentlichen, der den Landrat und die Chefärzte als Helfershelfer von Ehrenberg angreift, und sie für die Ausbreitung der Salmonellen verantwortlich macht. Am besten, wenn man jetzt von den Betrieben und Gewerkschaften her die Krankenhäuser inspiziert und die Belegschaften in den Krankenhäusern in ihrem Kampf gegen den Dienstherrn unterstützt.

170% Akkord – Urlaub ist trotzdem nicht drin

MaK-Kapitalisten peilen 20% Umsatzsteigerung an

b.pes. Einen Umsatz von 450 Mio DM gaben die MaK Kapitalisten im letzten
an. Auch dann hat man noch lange nicht genug. So werden die Kollegen in
es ja mit dem Kantinenessen nicht getan. Ohne daß es abends ein ordentli-
durch die Hallen zur Neufestsetzung der Vorgabezeiten. In den „Kieler

handlung dann viel schwieriger als im Anfangsstadium. Behandelt man eine Krankheit falsch, z.B. bei Darmverschluß mit Abführmitteln und nicht mit entkrampfenden Mitteln, wird die Sache nur verschlimmert und kann tödlich sein.

In einer Apotheke in Kiel haben die Kollegen beraten, daß diese Broschüren lediglich zur Kostendämpfung dienen sollen. Es hat demzufolge noch niemand außer dem Chef diese Broschüre ausgegeben, der anfangs selber noch vertreten hatte, daß man früher ja absolut gegen Selbstmedikation gewesen sei und die Menschen bei allem sofort zum Arzt geschickt hätte.

Streichung des Mutterschaftsgeldes bei Früh- und Totgeburten gefordert.

b.Lübeck. Der Lübecker Gynäkologe Dr. K.J. Siems macht in einem Artikel des schleswig-holsteinischen Ärzteblattes vom Juli 78 darauf aufmerksam, daß die Zahlung eines einmaligen Betrages von 150.DM des Mutterschaftsgeldes bei Frauen mit einer Tot- bzw. Frühgeburt gestrichen werden sollte. Er begründete diese Maßnahme mit dem „nicht notwendigen Aufbau der Mutter-Kind-Beziehung“ in den Wochen des Mutterschutzes nach der Geburt bei diesen Frauen.

Der nächste Schritt, der aus dieser Begründung folgen würde, wäre dann, daß diese Frauen auch den Mutterschaftsurlaub nicht mehr nötig hätten.

krankungen an nach dem Bundesseuchengesetz meldepflichtigen Krankheiten fällt in den letzten drei Jahren vor allem der sprunghafte Anstieg der Salmonellose – einer schweren Darmerkrankung – auf. Mehr als 2/3 aller Erkrankungen betrafen Teilnehmer an Gemeinschaftsverpflegung. Der Anstieg der Salmonellose ist ein Ausdruck dafür, daß immer mehr gezwungen sind, in der Kantine einen aus minderwertigen Rohstoffen hergestellten Fraß zu sich zu nehmen und zugleich die Abwehrkräfte durch die Arbeitshetze, Nacht- und Schichtarbeit herabgesetzt sind. Eine andere Infektionsquelle sind Fertigprodukte, auf die die Massen wegen der hohen Preise für Frischfleisch und Gemüse immer mehr zurückgreifen müssen. Bei einer Untersuchung von bratfertigem tiefgefrorenen Geflügel waren 51% der Proben mit Salmonellen verseucht (Winter 73/74).

„Bisher steht das Geflügelfleisch im Kontaminationsgrad (Ansteckungsgrad, d. Verf.) an der Spitze der

Sauberkeit in den Kreiskrankenhäusern. Entzug von Pflege und Vernachlässigung der Sauberkeit sind Ergebnis der im Rahmen der Ehrenbergschen Kostendämpfung durchgeführten Stellenstreichungen.

Als 1974 im Öffentlichen Dienst die wöchentliche Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden gesenkt wurde, gab es im Kreiskrankenhaus Pinneberg 376 Planstellen. 1975 hätten es etwa 19 Planstellen mehr sein müssen, um die nun fehlenden 752 Arbeitsstunden in der Woche aufzufangen. Es blieb aber bei 376 Planstellen und heute gibt es sogar noch weniger, nämlich 355,5 Planstellen. Hinzugerechnet werden muß zusätzlich noch die erkämpfte Urlaubsverlängerung, die 1977 für einen Großteil der Beschäftigten einen bis zwei Tage mehr Urlaub erbrachte, 1978 zwei Tage. Gestrichen wurden allein bei den Putzfrauen 13 Planstellen, beim Krankenpflegepersonal 7 Planstellen. Allein diese Zahlen bringen die tatsächliche Verschärfung der Arbeitshetze noch nicht zutage.

diesen Umständen Hygiene und Sauberkeit leiden. Es ist sowieso nur ihrer Sorgfalt zu verdanken, daß das Ausmaß der Infektion nicht noch größer wurde.

Aufgabe der Pressekonferenz der Kreisverwaltung am 22.8. sollte es sein, diese Zusammenhänge zu verschweigen. Um die Lügenargumentation einheitlich auszurichten, hatte der stellvertretende Landrat, Herr Schob, eine viertägige Nachrichtensperre verhängt. Solange braucht das Pack von Chefärzten, Gesundheitsdirektoren, die Oberin und der Landrat, um die gemeinsame Linie auszuarbeiten.

Zur Hygiene wußte der Chefarzt der chirurgischen Abteilung zu berichten, daß dies keine Frage sei, wenn sich nur jeder die Hände wasche. Auf der Veranstaltung des KBW in Pinneberg am Tag nach der Pressekonferenz berichtete eine Patientin ihre Erfahrung von der Station III Nord des Kreiskrankenhauses: mehrmals kein Toilettenpapier auf der Toilette. An verschiedenen Tagen, besonders am Wochen-

chungstechnik.

Daß inzwischen 36 Beschäftigte erkrankt sind im Kreiskrankenhaus Pinneberg, das steht fest. Das sind ca. 10% des Personals. Gearbeitet haben Teile des Personals bis zuletzt. Noch einen Tag nach der Pressekonferenz wurde eine Kollegin aus dem Labor erst von der Arbeit freigestellt. Der Verwaltungsleiter hatte „vergessen“, die Kollegin vorher zu informieren. Offensichtlich wollte er sie lieber noch einige Tage als Arbeitskraft ausnutzen.

Am Tag der Berichterstattung über die Pressekonferenz im „Pinneberger Tageblatt“, war die Redaktion gezwungen, einen Leserbrief zu veröffentlichen, der den Landrat und die Chefärzte als Helfershelfer von Ehrenberg angreift, und sie für die Ausbreitung der Salmonellen verantwortlich macht. Am besten, wenn man jetzt von den Betrieben und Gewerkschaften her die Krankenhäuser inspiziert und die Belegschaften in den Krankenhäusern in ihrem Kampf gegen den Dienstherrn unterstützt.

170% Akkord – Urlaub ist trotzdem nicht drin

MaK-Kapitalisten peilen 20% Umsatzsteigerung an

b.pes. Einen Umsatz von 450 Mio DM gaben die MaK Kapitalisten im letzten Jahr aus den Arbeitern herausgeholt. Mit der gleichen Anzahl Arbeitern (3400) wollen sie dies Jahr mindestens auf 545 Mio. DM kommen. Ins Auge gefaßt haben sie noch ganz andere Beträge. Allein die Fertigung des Leopard III wird ihnen bis 1985 runde 2 Mrd. DM Umsatz bringen, was allein pro Jahr mehr als 330 Mio ausmacht. Dieselmotoren, Panzer, Loks und seit neuestem das Troika-Minensuchsystem machen die Produktionspalette der MaK aus.

Nur durch die ständige Verletzung des 8-Stundentages, durch die Akkordschinderei und Nacht- und Schichtarbeit sind sie in der Lage, in der Konkurrenz ganz vorn zu liegen. Die 3400 Arbeiter auf der MaK arbeiten überwiegend im Akkord, im Einzel- oder Gruppenakkord. Nur im Lager und Transport, sowie der Isolierung wird im Zeitlohn gearbeitet.

„Bestände halbieren, Lieferbereitschaft verdoppeln“ so weihte Dr.Elenz von der Krupp Essen die neue Lagerhalle ein. In Lohngruppe 4 und 5 werden die Arbeiter im Lager eingestuft. Das sind jetzt 7,80 DM bzw. 8,05 DM die Stunde. MaK zahlt noch einen Zuschlag zwichen 1,50 und 1,80 DM, wobei der tarifliche Zuschlag für Zeitlöhner 1,13 DM beträgt. So kommt man bei einem Normalarbeitstag im Monat auf gerade 1200-1300 DM netto, ein Lohn, der zum Leben nicht reicht. So lachen sich die Kapitalisten ins Fäustchen, wenn die Kollegen ungheuer viele Überstunden machen. Im Durchschnitt 4 bis 5 in der Woche. Die offiziellen Zahlen geben für 1975 11,7%, für 1976 10,1% und für 1977 11,1% an. Auch dann hat man noch lange nicht genug. So werden die Kollegen in den Akkord gepreßt. Hier zahlen die Kapitalisten meistens Lohngruppe 7, das sind 9,06 DM Tarif und im Monat knapp über 1500 DM brutto. In der Gießerei, Abstecherei, Motorenbau, Stahlbau, Lokbau, auf dem Prüfstand im Kesselbau in der Sonderfertigung werden Gruppen-oder Einzelakkorde gezahlt. Nicht nur daß die Kapitalisten hier zwischen Gruppen- und Einzelakkord spalten, liegt die Breite der Akkordsätze doch zwischen 140 und 170%. Die ausländischen Arbeiter, die die MaK jetzt bevorzugt einstellt, werden höchstens in Lohngruppe 6 genommen. Insgesamt ist es auf der MaK so, daß fast jeder Arbeiter einen unterschiedlichen Lohn hat.

Durch den niedrigen Lohn in den Akkord gepreßt, reicht aber auch das Geld nicht aus, um die erhöhten Reproduktionskosten zu finanzieren, einmal ganz davon abgesehen, daß die geraubte Lebenszeit sich schlecht finanzieren läßt. 170% Akkord abzugeben bedeutet, daß man nach der Arbeit vollständig geschafft ist. In der Gießerei ist das aber üblich. Die Kollegen klotzen rein und haben dann ca. 2600 DM brutto, wobei dann höchstens 1800 DM netto bleiben. Ein Arbeiter mit 4 Kindern berichtet uns, daß man damit nicht auskommen kann. Die Wohnung kostet inclusive Heizung und Strom 500 DM. Es ist eine Wohnung der MaK-eigenen St. Georg Wohnungsbaugesellschaft. Allein für die Ernährung der Familie müssen mindestens 600 DM aufgebracht werden und auch das bedeutet,: Kantinenessen für den Mann und mindestens einmal Eintopf für die Familie. Nur ist es ja mit dem Kantinenessen nicht getan. Ohne daß es abends ein ordentliches Stück Fleisch gibt, braucht man am nächsten Tag gar nicht mehr anzutreten. Rechnet man jetzt noch die Ratenzahlungen fürs Auto, die Fahrtkosten für die KVAG, Kleidung für die Familie, so ist ein Urlaub nicht mehr drin. Der Kollege konnte gerade zehn Tage nach Schweden in den Urlaub fahren, weil er dort ein kleines Häuschen geerbt hat und auch die Verpflegung fast umsonst bekam.

Für die Gesundheit der Arbeiter wirkt sich der mörderische MaK-Akkord darin aus, daß sie mit 40 Jahren für die Akkordproduktion ungeeignet sind. Entweder werden sie entlassen oder ins Lager und zum Transport versetzt. Dann rutscht der Lohn gleich um ganze 300 DM. Für den einzelnen Arbeiter ist es eine Strafe, aus dem Akkord ins Zeitlohnsystem versetzt zu werden.

Zur Zeit gehen die MaK-Kapitalisten daran, die Mehrarbeit noch weiter auszudehnen. Betrug 1974 der Umsatz pro Beschäftigtem 94000 DM, 1976 104000 DM und 1977 132000 DM, so wollen sie dies durch neue Rationalisierungsinvestitionen vervielfachen. 75 Mio DM haben die MaK-Kapitalisten in den letzten 4 Jahren investiert. Damit haben sie die computergesteuerte Zentrallagerhalle gebaut. Gegenwärtig rüsten sie die Rohrschlosserei mit NC-Maschinen um. Nur noch zwei Kollegen arbeiten an einer Maschine, einer ölt und der andere beschickt sie. Nachdem die MaK-Kapitalisten letztes Jahr die Akkordvorgabezeiten im Motorenbau um 10% gekürzt haben, bei mehr Arbeit, die zu erledigen ist, schicken sie jetzt die Kalkulatoren durch die Hallen zur Neufestsetzung der Vorgabezeiten. In den „Kieler Nachrichten“ vom Samstag suchen sie einen Meister oder Techniker für die Gießerei mit „Refa-Erfahrung“.

Die Arbeiter sind in einer Zwangsjacke. Kämpfen sie gegen den mörderischen Akkord, so reicht der Lohn für die Zeitarbeit nicht hin und her. Schuften sie im Akkord bis an die Grenze der physischen und psychischen Erschöpfung, reicht der Lohn auch nicht aus, um die erhöhten Reproduktionskosten zu tragen. Ein Akkordarbeiter, der nicht in den Urlaub fahren kann, macht die Schinderei nicht lange mit. Dies Jahr sind aber wesentlich weniger Kollegen, gerade aus den Akkordbetrieben, in den Urlaub gefahren, teilweise haben sie sogar durchgearbeitet. Die MaK-Kapitalisten nutzten die Lage und haben dies Jahr keine Aushilfskräfte eingestellt. So mußte die Arbeit in der Urlaubszeit von den dagebliebenen Kollegen mitgemacht werden.

Der sozialdemokratische Vorschlag, gegen diese Lage die 35-Stundenwoche durchzusetzen, ist schon hinterhältig. Was nützt das, ohne daß die Akkordschinderei abgeschafft wird, ohne daß Überstunden-und Schichtarbeit verboten wird. Es ist ein Angebot an die Kapitalisten, die Akkordarbeit auszudehnen. Demgegenüber kann die richtige Antwort nur das Verbot der Schicht-, Akkord- und Überstundenarbeit sein. Die Grundlage für die Durchsetzung dieser Forderung wird der Lohnkampf legen, wo die Kapitalisten Federn lassen müssen, soll die Lage nicht noch unerträglicher werden.

Assistenzarzt gekündigt: „Das Vertrauensverhältnis ist nicht mehr gegeben“

b.ols. Dem Assistenzarzt H.-A. Berger am Stadtkrankenhaus Rendsburg ist in der Mitte des Monats vom Senat der Stadt gekündigt worden. Begründung: Auf einer Personalversammlung im März dieses Jahres habe er behauptet, daß durch Mangel an Pflegepersonal Patienten zu schlecht versorgt worden sind, in einem Fall ein Patient letztlich deswegen sogar verstorben sei. Daß er sich nicht an seinen Chef gewandt habe, sondern den Vorfall später auf der Personalversammlung zur Sprache gebracht habe, stelle ein schweres Dienstvergehen dar. Das Vertrauensverhältnis seines Dienstherrn zu ihm sei nicht mehr gegeben. Tatsache ist, daß im Stadtkrankenhaus das Pflegepersonal so schwach bemessen ist, daß z.B. eine Station mit über 20 Patienten und mehreren frisch operierten Patienten über mehrere Stunden im Tagdienst mit nur einer Kraft besetzt ist, und Tatsache ist, daß diese Zustände von vielen Beschäftigten bekämpft werden, gerade auch auf dieser Personalversammlung angegriffen worden sind. Dagegen will der Senat vorgehen und hat die Kündigungsgründe gegen H.-A. Berger konstruiert. Fast alle Kollegen sind dagegen. Auf der Versammlung der Assistenzärzte wurde einmütig beschlossen, einen Brief an den Senat zu schreiben, in dem dieser aufgefordert wird, die Kündigung zurückzunehmen, und in dem es heißt, daß das Recht auf der Personalversammlung gegen schlechte Zustände in der Personalbesetzung Stellung zu nehmen, unangetastet bleiben muß.

„Wer wird die Landarbeit verrichten?“

Bei 43 Wochenstunden ein Brutto-Lohn von 1460 DM

b.erm. 106300 Landarbeiter gab es 1949 in Schleswig-Holstein. 1977 waren es noch 7523. Gerade noch 7,08%. Das ist das Ergebnis einer ungeheuren Rationalisierung in der Landwirtschaft.

Den „Knecht“ bei Familienanschluß und unter vorwiegender patriarchalischer Gewalt der Bauern fanden wir auf den Mittelbetrieben der Geest. Diesen Knecht gibt es heute kaum noch, denn die patriarchalischen Verhältnisse sind vollends durch das nackte Lohnsystem zerschlagen worden. Der Mittelbauer der Geest verrichtet seine Arbeit heute vorwiegend selbst und spannt stattdessen seine ganze Familie, jung und alt, mit ein.

Der Großteil der Landarbeiter, damals wie heute, arbeitet auf den Gütern in Ostholstein, Schwansen und Angeln. Damals war der Stundenlohn relativ niedrig und zum Ausgleich gab es Deputat, Naturalien in Form von Milch, Ferkeln, Brennholz, Wohnungen, usw., so daß die Reproduktion relativ gesichert war. 1977 erhielten nur noch weniger als 5% der Landarbeiter Deputat. 60% der in der Landwirtschaft Beschäftigten erhalten heute Stundenlohn, dessen Grundlage der niedrige Stundenlohn von damals geblieben ist. Tariflohn seit dem 1.4.1978 ist für:

Tabelle. Landwirtschaftliche Tariflöhne, 1. April 1978.

Lohngruppe V (Treckerfahrer und Maschinenführer)	7,76DM
Lohngruppe VI (Facharbeiter)	8,30DM
Lohngruppe VII (Handwerker 1. u. 2. Gehilfenjahr)	8,03DM
ab 3. Gehilfenjahr	8,92DM

63,2% der Landarbeiter werden laut Umfrage der Landwirtschaftskammer nach Tarif bezahlt, und gut ein Drittel über Tarif. Für den Treckerfahrer errechnet sich bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 43 Stunden ein Bruttomonatslohn von 1460 DM Tarif, davon die Lebenshaltungskosten für sich und seine Familie zu bestreiten, ist eine Kunst, die nicht einmal jemand fertig bringt, der Gemüse im Garten baut, das Schwein selbst schlachtet, usw. Das haben die Grafen und Gutsherren voll einkalkuliert und lassen die Landarbeiter viele Überstunden machen. Viele müssen gerade während und nach der Ernte 12, 13, 14 Stunden auf dem Trecker sitzen, um das abgeerntete Land schwarz zu machen, zu pflügen und neue Saat einzusäen, was sehr gesundheitsschädlich für Gehör und Bandscheiben ist. Dieser extrem langen Arbeitszeit im Sommer steht oft eine niedrige Arbeitszeit im Winter von nur sieben Stunden täglich gegenüber, so daß die Schufterei des Landarbeiters im Sommer nur dazu dient, die Schulden des Winters zu tilgen. Sowieso versucht der Agrarkapitalist die Arbeitszeit immer mehr nach Wetter und Jahreszeit zu variieren und die Normalarbeitszeit außer Kraft zu setzen. Früher war die Arbeitsbelastung das ganze Jahr über relativ gleichmäßig, weil die Produktion recht vielseitig war. Heute werden auf den Gütern nur noch die Produktionszweige mit der höchsten Profitrate betrieben, und das ist in der Regel der Ackerbau. Dort sind fast überall die Kühe abgeschafft und der Melker entlassen worden.

Immer mehr Agrarkapitalisten gehen dazu über, Saisonarbeiter, z.B. Kinder, Studenten, Ausländer oder Industriearbeiter in Nebenbeschäftigung für sich arbeiten zu lassen. Diese sind ohne Tarifvertrag, ohne Rechte und müssen faktisch alle Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen annehmen. Die festen Landarbeiter sollen dadurch nur zusätzlich unter Druck gesetzt werden. In der Statistik sind für Schleswig-Holstein 1977 schon 3647 unständige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft aufgeführt. Man kann aber getrost davon ausgehen, daß nur ein Bruchteil statistisch erfaßt ist. Viele Landarbeiter wohnen in Werkswohnungen in der Nähe des Hofes, der

Tabelle. Entwicklung der Zahl der Landarbeiter in Schleswig-Holstein

Jahr	1949	1960/61	1964/65	1970/71	1973/74	1975/76	1977
Landarbeiter	106300	39118	28023	16539	12000	10300	7523

Agrarkapitalist will sie jederzeit griffbereit haben oder sie werden über den Landarbeiterwohnungsbau an den Hof gekettet. Haben sie erst einmal zinsgünstige Gelder aus dem Grünen Plan für ihr Häuschen erhalten, können sie kaum noch diesem Hof entrinnen, weil die Gelder bei der Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit auf einen Schlag zurückgezahlt werden müssen. Außerdem werden sie dem Gutsherrn viele Überstunden liefern müssen, damit sie die Tilgungsraten der Kredite einhalten können.

Das „Bauernblatt“ vom 12.8.1978 stellt im Namen der Agrarkapitalisten besorgt die Frage: „Wer wird die Landarbeit verrichten?“ Sie stellten fest, daß niemand mehr Landarbeiter werden will. Nur 6% der Landarbeiter sind unter 35 Jahre. 60% zwischen 40 und 50 Jahre alt. Anschließend berieten sie darüber, welche Maßnahmen und Druckmittel sie haben, um Jugendliche zu zwingen, sich in der Landwirtschaft zu verdingen. An eine Erhöhung des Lohnniveaus hatten sie dabei nicht gedacht. Jedoch wollten sie kostenlos das „Image des landwirtschaftlichen Arbeitnehmers“ erhöhen, die Berufsberatung darauf ansetzen, und für alle diejenigen eine dreijährige Lehre vorausschieben, was in der Landwirtschaft eine besonders günstige Vernutzung von Arbeitskraft darstellt.

Vergessen zu erwägen haben sie noch, daß der Zivildienst eine ausgezeichnete Möglichkeit ist, junge Menschen in den landwirtschaftlichen Dienst zu verpflichten, wie es schon bei Baldur Springmann in Geschendorf bei Segeberg in großem Umfang und bei der Landwirtschaftlichen Alterskasse als Betriebshelfer geschieht. Ebenso die Tatsache, daß die Landwirtschaftskammer ihre Förderung für private Betriebshilfedienste streicht, wenn den Betriebshelfern ein zu hoher Lohn gezahlt wird, was direkter staatlicher Eingriff auf den Lohn ist und zur Zwangsarbeit führt.

Der Graf von Bülow ist eine dieser parasitären gräflichen Existenzen. Sein Gut Küren bei Plön ist 750 ha groß.

In den 50er Jahren hatte er noch 30 – 40 Landarbeiter beschäftigt, vorwiegend Flüchtlinge, deren elende Lage er nach dem Krieg voll ausnutzte. 1960 verkaufte er sämtliche Kühe, weil er mit dem Anbau von Getreide mehr Geld verdienen kann. Das Melkpersonal wurde überflüssig gemacht. 1977 waren auf dem Gut noch acht Landarbeiter und 1978 nur noch sieben, sowie der Verwalter. Das sind 0,93 arbeitende AK/100 ha, oder wenn man den Nichtstuer wie ihn und den Antreiber Verwalter noch mitrechnet, wie es die bürgerliche Statistik tut, dann sind es 1,2 AK/100 ha. Der Durchschnitt Schleswig-Holsteins liegt bei 6,1 AK/100 ha. Auch wenn er kein Vieh hat, gibt es doch eine Ahnung davon, wie hoch der Ausbeutungsgrad der Landarbeiter liegt.

Die Arbeitszeit ist im Sommer normalerweise neun Stunden täglich und im Winter sieben bis siebeneinhalb Stunden täglich. Oft müssen aber auch 12 bis 14 Stunden, wie gegenwärtig, manchmal sogar bis Mitternacht, gearbeitet werden. Im Moment bringt er sogar das Essen, das er bei den Frauen abholt, den Arbeitern aufs Feld, damit ja keine Minute verloren geht. Je größer und teurer die Trecker und Mähdrescher werden, desto mehr achtet er darauf, daß sie nicht stillstehen.

Alle Landarbeiter sind älter als 45 Jahre. Ihr Lohn beträgt ca. 8 DM pro Stunde brutto. Deputat bekommen sie schon seit kurz nach dem Krieg nicht mehr. Sie wohnen in Katen, die zum Gut gehören. Diese haben weder Bad noch WC und Kohlenheizung. Dafür müssen 102 DM Miete monatlich an den Grafen gezahlt werden.

Das Finanzkapital giert nach dem Ernteertrag

b.hei. Auf einer Pressekonferenz legte der Präsident der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer, Graf Rantzau, den 2. Quartalsbericht der Landwirtschaftskammer vor. Besondere Beachtung schenkt er dabei dem Punkt „Liqiditätslage“, worunter verstanden wird, wieviel plus oder minus ein Bauer hat, wenn man seine gesamten kurzfristigen Darlehen und Guthaben gegeneinander aufrechnet.

Die Ernte ist die Haupteinnahmequelle im Jahr für den Bauern. Davon muß er den größten Teil der Unkosten im nächsten Wirtschaftsjahr bezahlen, wie z.B. Futterbeschaffung für den Winter, Düngereinkauf, Raparaturen usw. Außerdem können kurzfristige Kredite u.ä. bezahlt werden. Seine „Liquiditätslage“ ist also relativ gut. Nach diesem Geld, das der Bauer aus seiner Ernte einnimmt, giert das Finanzkapital. Die verschiedensten Tricks werden angewandt, um sich einen möglichst großen Teil dieses Geldes anzueignen. Teilweise geschieht das schon im voraus, wie z.B. bei dem „Düngerwechsel“. Im Frühjahr nutzen die Lagerhändler die Situation aus, daß viele Bauern diese für die Bestellung notwendigen Düngemittel nicht bezahlen können. Die liefern ihnen Düngemittel auf „Wechsel“, der zur nächsten Ernte eingelöst werden muß. So wird dem Lagerhändler ein Teil der Ernte überschrieben, bevor der Bauer sie überhaupt zu Gesicht bekommen hat. Durch überhöhte Preise für Futtergetreide bis kurz vor der Ernte wird die Verschuldung der Bauern wesentlich verstärkt. Nach der Ernte fallen die Preise um 4-5 DM je dz. Ein zweites Beispiel zeigt, wie sich die Lagerhandelskapitalisten einen weiteren Teil des Ernteertrages der Bauern aneignen.

Wintergerste wird fast ausschließlich als Futtergetreide angebaut, d.h., es wird als Schrot z.B. an Schweine verfüttert. Reicht einem Bauern die Gerste nicht über den Winter bis zur nächsten Ernte aus, ist er gezwungen, beim Landhandel oder der Genossenschaft kurz vor der Ernte Gerste zu kaufen. Oft machen die Bauern dann Verträge, daß sie die gekaufte Gerste erst nach der kommenden Ernte bezahlen brauchen. Im Juli lag der Preis für Futtergerste bei 44,80 DM. Ein Bauer hat beim Lagerhändler z.B. 40 dz bestellt, das macht 1792 DM. Bezahlen brauchte er erst nach der Ernte. Im August aber ist der Preis auf 39 DM gefallen. Um die 1792 DM zu bezahlen, braucht der Bauer jetzt fast 46 dz, d.h. er ist gezwungen, dem Lagerhändler 6 dz zu schenken.

Nach der Ernte haben die Landmaschinenverkäufer und Futterhändler Hochsaison, sie ziehen von Hof zu Hof, um den Bauern ihre Produkte aufzuschwatzen. Auf der NORLA vom 6.-10. September in Rendsburg kann man sie alle auf engstem Raum zusammengedrängt sehen, wie sie um den schwer erarbeiteten Lohn der Bauern konkurrieren. Oft gehen sie dabei ein ganzes Stück mit ihren Preisen herunter, um die Bauern in langfristige Verträge zu zwingen. Die Ausplünderung der Bauern durch das eine oder andere Produkt reicht nicht aus. Sie wollen die Bauern das ganze Jahr über fest im Griff haben. Kein Wunder, daß das Finanzkapital sich Sorgen macht über die Liquidität der Bauern. Das Bauernblatt vom 12.8. berichtet über die Pressekonferenz des Grafen: „. . .muß allerdings befürchtet werden, daß auch im Hinblick auf die verzögerte Ernte die Liquidität zunächst noch weiter absinkt und sich danach nicht in wünschenswertem Maße verbessert.“ Eine Ermutigung an die Landhandelskapitalisten, den Zugriff auf die kommende Ernte zu verstärken.

Kernkraftwerk Brunsbüttel: Genehmigte Abgabewerte wurden um das mehr als 1000-fache überschritten.

b.wiv. Mit Schreiben vom 28.Juli hat ein Dr. Wolter aus dem Sozialministerium, das zuständige Genehmigungsbehörde für das Kernkraftwerk Brunsbüttel ist, der Bürgerinitiative Kiel Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht und anderswo mitgeteilt: „Die spezifische Aktivität des Reaktorwassers vor und während des Austritts betrug 0,17 Ci Jod-131 pro Tonne Reaktorwasser und ca. 1 Ci (Curie) Edelgas pro Tonne Reaktorwasser“. Schon gleich nach dem Störfall hatte das Sozialministerium verbreiten lassen, daß *nur* 100 Tonnen radioaktiven Wasserdampfes durch die Dachklappen des Maschinengebäudes ins Freie entwichen seien. Das macht eine Gesamtaktivität von 17 Ci Jod-131 und 100 Ci Edelgase.

Eine ganze Seite stellte die „Frankfurter Rundschau“ am 31.7. den Untersuchungsbeamten der Reaktorsicherheitskomission zur Verfügung. Dort heißt es: „Durch die erhöhte Jod- und Edelgasabgabe, verursacht durch die häufigen Sofortabschaltungen, ist die Betriebsmannschaft in den Zielkonflikt geraten, die an sich durch die Betriebsgenehmigung äußerst knapp bemessenen Emissionswerte (260 mCi (Millicurie! Red.) pro anno Langzeitabgabe, 12 mCi pro anno Kurzzeitabgabe) zu überschreiten oder die Anlage außer Betrieb setzen zu müssen“.

Nicht klar wird, ob sich diese Grenzwerte auf das Jod 131 *und* die Edelgase beziehen. Nimmt man sie aber *nur* für das fadioaktive Jod, so ist allein durch den dreistündigen Störfallbetrieb der genehmigte Langzeitabgabewert um das *65fache* und der genehmigte Kurzzeitabgabewert um das *1416fache* überschritten worden!

Aber nicht das stört die RSK-Beamten, sondern: „Falls die in der Genehmigung festgesetzten Werte nicht ausgereicht hätten, wären die Strahlenschutzverantwortlichen verpflichtet gewesen, mit der Genehmigungsbehörde, gegebenenfalls unter Einschaltung des BMI und der SSK (Strahlenschutzkommission, Red.) eine *betriebsgeeignete Situation* herbeizuführen“ (FR). Man versteht, weshalb sowohl die Untersuchungsbeamten wie auch vor wenigen Tagen der schleswig-holsteinische FDP-Schumacher dem Sozialministerium vorwerfen, daß die ganze Zeit seit Inbetriebnahme kein „Strahlenschutzbeauftragter“ im KKW Brunsbüttel bestellt war.

Um solchen ärgerlichen Sachen ein Ende zu bereiten, schlägt die Untersuchungskommision vor: „Es muß durch den SSK-Ausschuß Kerntechnische Anlagen eingehend geprüft werden, ob durch Anwendung von Rückhaltetechniken und gleichzeitig *optimaler Festsetzung der Emissionswerte* ein Betrieb ermöglicht werden kann, der die Betriebsmannschaft *von diesem Zielkonflikt* (s.o. Red.) *befreit*“ (FR).

Die ganze „Untersuchung“ verfolgt den einzigen Zweck, in Zukunft nicht nur in Brunsbüttel, sondern überall den ganzen radioaktiven Dreck ins Freie abzulassen.

Ausplünderungspolitik der Stadt Kiel mit Hilfe von Eingemeindung und Satzung

b.cht. Die Bewohner der Barkauer Str. in Poppenbrügge sollen für die Kapitalisten die Straße bezahlen, wenn es nach den Plänen der Stadt Kiel geht. Der Ausbau der Straße war von der Gemeinde Moorsee beschlossen worden, der Nutzen der Straße für die Anwohner auf 8,5% geschätzt. Soviel sollten sie auch von den Kosten der Straße übernehmen. Im übrigen dient diese Straße dem Gewerbegebiet am Ende der Straße; der Gewerbeverkehr muß nur deshalb durch diese Straße fahren, weil eine Abbiegeschleife von der B 404 aus nicht in Betracht gezogen worden war (die Kosten dafür hätte man auch auf niemanden abwälzen können). Die Stadt Kiel führte nach der Eingemeindung 1970 den Ausbau fort, der 1972 beendet war. Jetzt, nach sechs Jahren, plant die Stadt eine Umlage der Ausbaukosten zu 75%. Das bedeutet für die Anwohner, die kleine und keineswegs wohlhabende Hausbesitzer, z.T. Rentner sind, eine Belastung um das 4-5fache, d.h. statt ca. 1200 DM soll der Betrag je nach Grundstücksgröße ca. 5-6000 DM betragen. Um diese Ausplünderung jetzt durchführen zu können, mußte die Stadt Kiel zu einigen Gaunereinen greifen. Sie mußte die November 77 verabschiedete Satzung zur Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Straßen, Wegen und Plätzen fünf Jahre rückwirkend in Kraft treten lassen. Und sie mußte die 5-jährige Verjährung für kommunale Abgaben dadurch außer Kraft setzen, daß sie für die 1972 fertiggestellte Straße sich noch Rechnungen auf Ende 1973 datieren ließ. Gekrönt wird diese Frechheit noch dadurch, daß das Tiefbauamt die Straße, durch die täglich Last- und Lieferwagen massenweise zum Gewerbegebiet raufdonnern, zu einer Anliegerstraße erklärt, um 75% der Kosten abzuwälzen (für eine Durchgangsstraße sieht die Satzung 50 bzw. 25 % vor).

Auf einer Bürgerversammlung dazu am 23.8., auf der Vertreter des Bauverwaltungsamtes darlegen sollten, wieviel die Anwohner an die Stadt zu zahlen hätten, waren sich die Versammelten einig, daß darüber nicht verhandelt zu werden braucht, und daß die Stadt aufgefordert wird, die alten Vereinbarungen von Moorsee anzuerkennen. Die Vertreter der Stadt erinnerten sich voll Unbehagen, daß die Barkauer Straße schon häufiger unruhig war. Sie wird noch unruhiger werden und wird sich auch in diesem Punkt gegen die Ausplünderungspolitik der Stadt zusammenschließen.

Arbeitsvermittlung umstrukturiert

b.Kiel. Die Arbeitsvermittlung der staatlichen Arbeitsämter ist zur Durchsetzung des Ehrenberg'schen „Arbeitsförderungsgesetzes“ umstrukturiert worden: Die einzelnen Vermittlungsstellen umfassen jetzt nicht mehr einzelne Berufsgruppen, sondern ganze Berufsbereiche, um für reibungslosere Vermittlung in billigste Tätigkeiten zu sorgen. Die Berufsberater sollen verstärkt in die Schulen gehen, und dort auch in die jüngeren Jahrgangsstufen. Im Arbeitsamt Paderborn laufen Versuche, die Ergebnisprotokolle des „Beratungsgespräches“ mit Ausbildungssuchenden an die Kapitalisten weiterzugeben.

Die Dienstaufsicht wird personell ausgeweitet, weil das Programm nur gegen die Kollegen durchzusetzen geht. Für sie ist das mit erheblicher Mehrarbeit verbunden. „Spiegel“ 3/78: „Ehrenberg will nun die Arbeitsämter zwingen, häufiger als bisher ihre Listen nach schwierigen Fällen zu durchforsten.“

Zugleich ist in allen Landesarbeitsamtsbezirken für die nächsten Jahre der Neubau von jeweils mehreren Arbeitsämtern geplant, so in Kiel auf dem ehemaligen Schlachthofgelände. Der qm kostet um die 500 DM. Die Bourgeoisie plündert dafür die Versicherungskassen, um den Ausbau der staatlichen Arbeitsämter zu Zwangsarbeitsanstalten voranzutreiben. Die Maßnahmen sind dieselben, wie am Ende der Weimarer Republik.

Öffentliche Vereidigung von Rekruten

b.Lübeck. Am 31.8. sollen Rekruten aus der Lübecker Hanseatenkaserne des 172. Jägerbataillons und aus der Trave- Kaserne des leichten Pionierbataillons 610 in Stockelsdorf, einer Lübecker Randgemeinde im Kreis Ostholstein, öffentlich ihr Gelöbnis ablegen. Oberstleutnant Moderow und Oberstleutnant Masch rufen dazu auf.

Verstärkt soll hier wieder die Propaganda für die Zwecke der Armee gemacht werden, aber nach Angriffen des Soldaten- und Reservistenkomitees Lübeck bei den letzten Vereidigungen in der Lübekker Innenstadt trauen sie sich nicht nach Lübeck, sondern gehen in eine Randgemeinde. Das wird nichts nützen.

Das Finanzkapital giert nach dem Ernteertrag

Kernkraftwerk Brunsbüttel: Genehmigte Abgabewerte wurden um das mehr als 1000-fache überschrit-

Tabelle. Landwirtschaftliche Tariflöhne, 1. April 1978.

Lohngruppe V (Treckerfahrer und Maschinenführer) 7,76DM
Lohngruppe VI (Facharbeiter) 8,30DM
Lohngruppe VII (Handwerker 1. u. 2. Gehilfenjahr) 8,03DM
ab 3. Gehilfenjahr 8,92DM

63,2% der Landarbeiter werden laut Umfrage der Landwirtschaftskammer nach Tarif bezahlt, und gut ein Drittel über Tarif. Für den Treckerfahrer errechnet sich bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 43 Stunden ein Bruttomonatslohn von 1460 DM Tarif, davon die Lebenshaltungs-

Immer mehr Agrarkapitalisten gehen dazu über, Saisonarbeiter, z.B. Kinder, Studenten, Ausländer oder Industriearbeiter in Nebenbeschäftigung für sich arbeiten zu lassen. Diese sind ohne Tarifvertrag, ohne Rechte und müssen faktisch alle Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen annehmen. Die festen Landarbeiter sollen dadurch nur zusätzlich unter Druck gesetzt werden. In der Statistik sind für Schleswig-Holstein 1977 schon 3647 unständige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft aufgeführt. Man kann aber getrost davon ausgehen, daß nur ein Bruchteil statistisch erfaßt ist. Viele Landarbeiter wohnen in Werkswohnungen in der Nähe des Hofes, der

Der Graf von Bülow ist eine dieser parasitären gräflichen Existenzen. Sein Gut Küren bei Plön ist 750 ha groß. In den 50er Jahren hatte er noch 30 – 40 Landarbeiter beschäftigt, vorwiegend Flüchtlinge, deren elende Lage er nach dem Krieg voll ausnutzte. 1960 verkaufte er sämtliche Kühe, weil er mit dem Anbau von Getreide mehr Geld verdienen kann. Das Melkpersonal wurde überflüssig gemacht. 1977 waren auf dem Gut noch acht Landarbeiter und 1978 nur noch sieben, sowie der Verwalter. Das sind 0,93 arbeitende AK/100 ha, oder wenn man den Nichtstuer wie ihn und den Antreiber Verwalter noch mitrechnet, wie es die bürgerliche Statistik tut, dann sind es 1,2 AK/100 ha. Der Durchschnitt Schleswig-Holsteins liegt bei 6,1 AK/100 ha. Auch wenn er kein Vieh hat, gibt es doch eine Ahnung davon, wie hoch der Ausbeutungsgrad der Landarbeiter liegt.

Die Arbeitszeit ist im Sommer normalerweise neun Stunden täglich und im Winter sieben bis siebeneinhalb Stunden täglich. Oft müssen aber auch 12 bis 14 Stunden, wie gegenwärtig, manchmal sogar bis Mitternacht, gearbeitet werden. Im Moment bringt er sogar das Essen, das er bei den Frauen abholt, den Arbeitern aufs Feld, damit ja keine Minute verloren geht. Je größer und teurer die Trecker und Mähdrescher werden, desto mehr achtet er darauf, daß sie nicht stillstehen.

Alle Landarbeiter sind älter als 45 Jahre. Ihr Lohn beträgt ca. 8 DM pro Stunde brutto. Deputat bekommen sie schon seit kurz nach dem Krieg nicht mehr. Sie wohnen in Katen, die zum Gut gehören. Diese haben weder Bad noch WC und Kohlenheizung. Dafür müssen 102 DM Miete monatlich an den Grafen gezahlt werden.

durch, daß das Tiefbauamt die Straße, durch die täglich Last- und Lieferwagen massenweise zum Gewerbegebiet raufdonnern, zu einer Anliegerstraße erklärt, um 75% der Kosten abzuwälzen (für eine Durchgangsstraße sieht die Satzung 50 bzw. 25 % vor).

Auf einer Bürgerversammlung dazu am 23.8., auf der Vertreter des Bauverwaltungsamtes darlegen sollten, wieviel die Anwohner an die Stadt zu zahlen hätten, waren sich die Versammelten einig, daß darüber nicht verhandelt zu werden braucht, und daß die Stadt aufgefordert wird, die alten Vereinbarungen von Moorsee anzuerkennen. Die Vertreter der Stadt erinnerten sich voll Unbehagen, daß die Barkauer Straße schon häufiger unruhig war. Sie wird noch unruhiger werden und wird sich auch in diesem Punkt gegen die Ausplünderungspolitik der Stadt zusammenschließen.

Arbeitsvermittlung umstrukturiert

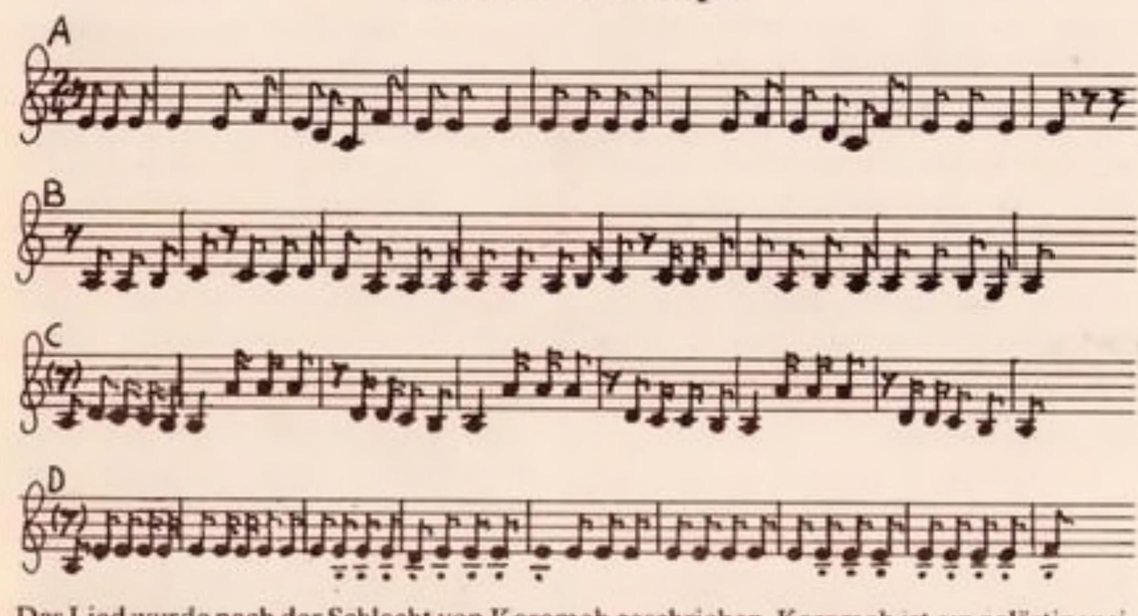
b.Kiel. Die Arbeitsvermittlung der staatlichen Arbeitsämter ist zur Durchsetzung des Ehrenberg'schen „Arbeitsförderungsgesetzes“ umstrukturiert worden: Die einzelnen Vermittlungsstellen umfassen jetzt nicht mehr einzelne Berufsgruppen, sondern ganze Berufsbereiche, um für reibungslosere Vermittlung in billigste Tätigkeiten zu sorgen. Die Berufsberater sollen verstärkt in die Schulen gehen, und dort auch in die jüngeren Jahrgangsstufen. Im Arbeitsamt Paderborn laufen

„Als ob wir tausend Wunder wären – In Lidda, in Ramlah, in Galiläa“

Lieder, Gedichte und Zeichnungen des Kampfes des palästinensischen Volkes für sein Selbstbestimmungsrecht

z.güb. Nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten hat Begin erklärt, als ihn Journalisten nach den besetzten Gebieten fragten: „Welche besetzten Gebiete meinen Sie, wir haben nur befreite Gebiete und die gehören alle Erez Israel.“ An der Kolonialistennatur der zionistischen Siedler hat sich nichts geändert. Herzel erklärte bereits die zionistische Kolonie zum „Schutzwall der Zivilisation gegen Asien“. Das Gedicht „Tausendmal leichter“ ist als direkte Antwort gedacht. Beide Supermächte wollen sich heute des zionistischen Wachhundes bedienen, um die arabischen Länder zu erpressen. Im Camp David versucht Carter am 5. September, Ägypten unter Druck zu setzen. Herzstück aller Bemühungen der Imperialisten und Zionisten ist der Versuch der Isolierung und schließlich Liquidierung der PLO und der palästinensischen Revolution. Immer wieder behaupten die Zionistenführer, ein palästinensisches Volk gäbe es gar nicht, um ihm das Selbstbestimmungsrecht auf seinen nationalen Grund und Boden verweigern zu können. Mit entsprechendem Haß verfolgen die Kolonialisten, wie mit dem nationalen Befreiungskampf, der Aufnahme des bewaffneten Kampfes die kulturelle Entwicklung des palästinensischen Volkes einen Aufschwung nimmt. Die Schlacht bei Karameh 1968 ist die erste siegreiche Schlacht der Fedayin gegen die zionistische Armee. Zwei führende palästinensische Dichter haben die Zionisten eigens durch Mordkommandos umbringen lassen. Das Verbot von GUPS und GUPA, d.h. das Verbot für die palästinensischen Arbeiter und Studenten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, dient demselben Zweck. Vergeblich: Das Gedicht „Hier bleiben wir – als ob wir tausend Wunder wären“ macht das deutlich. Es ist ein Gedicht von Tawfik Zayyed, der 1975 als führender Vertreter der Al-Jabbah Al-Democratiah (Demokratische Front, Organisation der PLO in den besetzten Gebieten) zum Bürgermeister in Nazareth gewählt wurde, nachdem er jahrelang ins Gefängnis gesperrt worden war. Die Lieder, Gedichte und Zeichnungen sind selber Waffen zur Bekräftigung des Kampfes um nationale Befreiung und das Recht auf Selbstbestimmung, des Kampfes des palästinensischen Volkes gegen den Imperialismus.

Das Blut im Kampfe



Das Lied wurde nach der Schlacht von Karameh geschrieben. Karameh ist ein palästinensisches Flüchtlingslager in Jordanien. Im März 1968 wurde es – ein halbes Jahr nach dem Überfall auf die arabischen Staaten – von der israelischen Armee mit Panzern und Flugzeugen angegriffen. In einer 15stündigen Schlacht wurde sie von den Befreiungskämpfern geschlagen. Es war der erste größere bewaffnete Zusammenprall zwischen palästinensischen Revolutionären und den Zionisten. Karameh ist ein Synonym für Ehre und Stolz des palästinensischen Volkes geworden.

A: Wir werden siegen, es lebe die Revolution, Al Fatah,
wir werden siegen, es lebe die Revolution, Al Fatah!

B: Das Blut im Kampfe einigte uns, o Karameh, o Karameh,
das Blut im Kampfe einigte uns, o Karameh, o Karameh.

C: In flammenden Bergen, Fedayin, im dunklen Tal, Fedayin,
in flammenden Bergen, Fedayin, im dunklen Tal, Fedayin.

D: Im Antlitz der Erde des Vaterlands, im Volkskrieg, im Volkskrieg,
das Blut im Kampfe hat uns geeint, im Volkskrieg, im Volkskrieg.

A: Wir werden siegen, es lebe die Revolution, Al Fatah,
wir werden siegen, es lebe die Revolution, Al Fatah!

B: Im Feuer des Kampfes schmieden wir sie, o Karameh, o Karameh
der Revolution einheitliche Kraft, o Karameh, o Karameh

B: Im Zusammenschluß Hand in Hand, o Karameh, o Karameh,
der Feuerschein des Widerstands, o Karameh, o Karameh.

C: Einheitliche Kraft, Fedayin, der Revolution, Fedayin,
einheitliche Kraft, Fedayin, der Revolution, Fedayin.

D: Im Antlitz der Erde des Vaterlands, im Volkskrieg, im Volkskrieg,
das Blut im Kampfe hat uns geeint, im Volkskrieg, im Volkskrieg.

A: Wir werden siegen, es lebe die Revolution, Al Fatah,
wir werden siegen, es lebe die Revolution, Al Fatah.

Tausendmal leichter

Tausendmal leichter
bringt ihr einen Elefanten durch ein Nadelöhr,
angelt ihr gebratenen Fisch in der Milchstraße
oder pflügt ihr das Meer um.
Tausendmal leichter
blast ihr das Licht der Sonne aus,
sperrt ihr den Wind ein
oder bringt ihr ein Krokodil zum Sprechen.
Tausendmal leichter
als daß ihr auslöscht
mit Gewalt und Unterdrückung
das Licht eines einzigen Gedankens!
Oder daß ihr uns abbringt
vom Weg, den wir wählten
auch nur um die Breite eines Haares

Hier bleiben wir

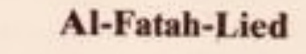
Als ob wir tausend Wunder wären
in Lidda, in Ramlah, in Galiläa . . .
Hier bleiben wir!
Auf eurer Brust
eine Mauer.
In euren Kehlen
Glassplitter
Kaktusstacheln.
Und in euren Augen
ein Feuersturm.
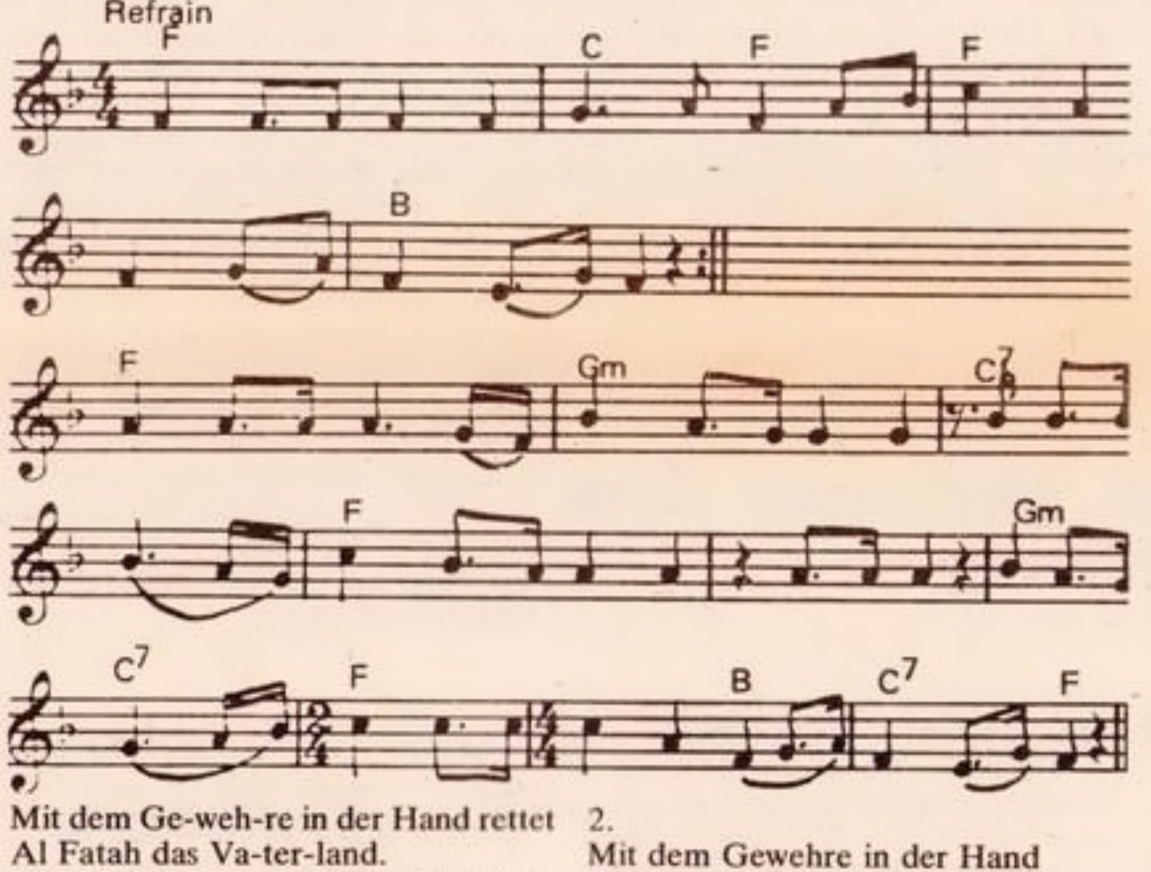
Hier bleiben wir!
Auf eurer Brust
eine Mauer!

Spülen Teller in euren Lokalen
und füllen die Gläser eurer Herren
und kehren den Schmutz in euren schwarzen Küchen:
um euren Wolfszähnen
einen Bissen für
unsere Kinder
zu entreißen.

Hier bleiben wir!
Auf eurer Brust
eine Mauer!
Hungernd
nackt
herausfordernd
singend
in die Straße zornige Proteste tragend,
eure Kerker mit unserem Stolz füllend
Kinder zeugend:
Generation auf Generation
für die Freiheit kämpfend.
Als ob wir tausend Wunder wären
in Lidda, in Ramlah, in Galiläa . . .
Hier bleiben wir!

Al-Fatah-Lied





Mit dem Ge-weh-re in der Hand rettet
Al Fatah das Va-ter-land.
Für Pa-läs-ti-na, Hei-mat der Väter,
be-kämpfen
wir – Feind und Ver-rä-ter. Un- ser
Volk, früh o-der
spä-ter, kehrt zu-rück in sein – Va-ter-

2.
Mit dem Gewehre in der Hand
rettet Al Fatah das Heimatland!
Dich Palästina lieben wir sehr,
wir sehnen uns nach Wiederkehr,
wir fassen Fuß jeden Tag mehr
in deinen Bergen, deinen Tälern und

Refrain: Mit dem Gewehre in der Hand
rettet Al Fatah das Heimatland!
Dir, Palästina, sind wir ergeben,
deiner Befreiung gilt unser Leben.
Dein Partisan kennt kein Aufgeben,
er ist der Massen unzerreißbares Band.
Refrain: Mit dem Gewehre in der Hand
rettet Al Fatah das Heimatland!
Nie, Palästina, wird dein Volk sterben!
Von tapferen Kämpfern sind wir die Erben,
des Feindes Frieden werden wir verderben!
Wir kämpfen zahlreich wie des Meeres Sand.
Refrain: Mit dem Gewehre in der Hand
rettet Al Fatah das Heimatland!

D

Das Lied wurde nach der Schlacht von Karameh geschrieben. Karameh ist ein palästinensisches Flüchtlingslager in Jordanien. Im März 1968 wurde es – ein halbes Jahr nach dem Überfall auf die arabischen Staaten – von der israelischen Armee mit Panzern und Flugzeugen angegriffen. In einer 15stündigen Schlacht wurde sie von den Befreiungskämpfern geschlagen. Es war der erste größere bewaffnete Zusammenprall zwischen palästinensischen Revolutionären und den Zionisten. Karameh ist ein Synonym für Ehre und Stolz des palästinensischen Volkes geworden.

A: Wir werden siegen, es lebe die Revolution, Al Fatah,
wir werden siegen, es lebe die Revolution, Al Fatah!

B: Das Blut im Kampfe einigte uns, o Karameh, o Karameh,
das Blut im Kampfe einigte uns, o Karameh, o Karameh.

C: In flammenden Bergen, Fedayin, im dunklen Tal, Fedayin,
in flammenden Bergen, Fedayin, im dunklen Tal, Fedayin.

D: Im Antlitz der Erde des Vaterlands, im Volkskrieg, im Volkskrieg,
das Blut im Kampfe hat uns geeint, im Volkskrieg, im Volkskrieg.

A: Wir werden siegen, es lebe die Revolution, Al Fatah,
wir werden siegen, es lebe die Revolution, Al Fatah!

B: Im Feuer des Kampfes schmieden wir sie, o Karameh, o Karameh
der Revolution einheitliche Kraft, o Karameh, o Karameh

B: Im Zusammenschluß Hand in Hand, o Karameh, o Karameh,
der Feuerschein des Widerstands, o Karameh, o Karameh.

C: Einheitliche Kraft, Fedayin, der Revolution, Fedayin,
einheitliche Kraft, Fedayin, der Revolution, Fedayin.

D: Im Antlitz der Erde des Vaterlands, im Volkskrieg, im Volkskrieg,
das Blut im Kampfe hat uns geeint, im Volkskrieg, im Volkskrieg.

A: Wir werden siegen, es lebe die Revolution, Al Fatah,
wir werden siegen, es lebe die Revolution, Al Fatah.

chen.
Tausendmal leichter
als daß ihr auslöscht
mit Gewalt und Unterdrückung
das Licht eines einzigen Gedankens!
Oder daß ihr uns abbringt
vom Weg, den wir wählten
auch nur um die Breite eines Haares

Und in euren Augen
ein Feuersturm.

Hier bleiben wir!
Auf eurer Brust
eine Mauer!

Hier bleiben wir!
Auf eurer Brust
eine Mauer!
Hungernd
nackt
herausfordernd
singend
in die Straße zornige Proteste tragend,
eure Kerker mit unserem Stolz füllend
Kinder zeugend:
Generation auf Generation
für die Freiheit kämpfend.
Als ob wir tausend Wunder wären
in Lidda, in Ramlah, in Galiläa . . .
Hier bleiben wir!

Al-Fatah-Lied

Refrain

Mit dem Ge-weh-re in der Hand rettet
Al Fatah das Va-ter-land.
Für Pa-läs-ti-na, Hei-mat der Väter,
be-kämpfen
wir – Feind und Ver-rä-ter. Un- ser
Volk, früh o-der
spä-ter, kehrt zu-rück in sein – Va-ter-

2.
Mit dem Gewehre in der Hand
rettet Al Fatah das Heimatland!
Dich Palästina lieben wir sehr,
wir sehnen uns nach Wiederkehr,
wir fassen Fuß jeden Tag mehr
in deinen Bergen, deinen Tälern und

Refrain: Mit dem Gewehre in der Hand
rettet Al Fatah das Heimatland!
Dir, Palästina, sind wir ergeben,
deiner Befreiung gilt unser Leben.
Dein Partisan kennt kein Aufgeben,
er ist der Massen unzerreißbares Band.
Refrain: Mit dem Gewehre in der Hand
rettet Al Fatah das Heimatland!
Nie, Palästina, wird dein Volk sterben!
Von tapferen Kämpfern sind wir die Erben,
des Feindes Frieden werden wir verderben!
Wir kämpfen zahlreich wie des Meeres Sand.
Refrain: Mit dem Gewehre in der Hand
rettet Al Fatah das Heimatland!

– land!

Strand.

(Hymne der nationalen Befreiungsbewegung Palästinas)



Links, der Arbeitsbeginn einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, die von der Generalunion Palästinensischer Arbeiter (GUPA) im Südlibanon aufgebaut wurde. Bekannt geworden sind SAMED-Werkstätten – rechts eine Stickerei, die in den Flüchtlingslagern errichtet wurde. Vor allem die Kinder, deren Eltern gefallen sind, werden dort ausgebildet. Zum Zweck erklärt die PLO: Den Bedarf der Kämpfer und des Volkes zu decken, die Herauskristallisierung des revolutionären ökonomischen Bewußtseins der palästinensischen Massen. Es gibt jetzt 27 Betriebe und Werkstätten, in denen 3 000, davon fast 70% Frauen arbeiten.



Sidon, Südlibanon. Demonstration der GUPA gegen die wachsende Teuerung; Training der militärischen Kader.